Parlamentsdienste

Services du Parlement

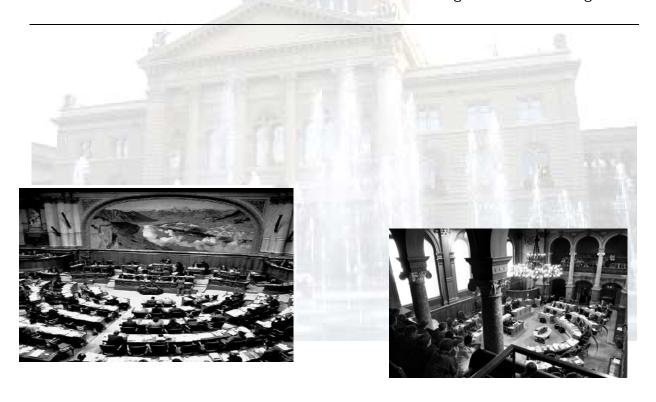
Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst 3003 Bern Tel. 031 322 97 44 Fax 031 322 82 97 doc@pd.admin.ch

86.030 Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetz



86.030 - Geschäft des Bundesrates.

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetz

Texte français

Einreichungsdatum 7.05.1986 Stand der Beratung Erledigt

Botschaft/Bericht: BBI 1986 II, 354 / FF 1986 II, 360

Chronologie

07.05.86 Botschaft des BR zu einem Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation und zu einem Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts
Die Stellung des Konsumenten als Marktpartner soll gestärkt werden: Nach dem Konsumenteninformationsgesetz KIG

stärkt werden: Nach dem Konsumenteninformationsgesetz KIG (BBI 86 II,354) werden Waren und bestimmte Dienstleistungen nur noch mit einheitlichen und vergleichbaren Deklarationen angeboten. Gesetzlich verankert werden die Eidg. Kommission für Konsumentenfragen sowie die Finanzhilfe an die Konsumentenorganisationen, die an Kriterien für die Durchführung vergleichender Warentets gebunden wird. Gleichzeitig will der BR das OR ändern, um bei Haustürverkäufen und ähnlichen Geschäften (Werbefahrten) ein siebentägiges Widerrufsrecht einzuführen; davon ausgenommen sind Immobilienverträge, Verträge über Wertpapiere und kleinere Summen, ausschliesslich schriftlich ausgehandelte Verträge (Versandhandel) und gewisse Versicherungsverträge.

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation (Konsumenteninformationsgesetz, KIG)

08.10.87 SR verabschiedet KIG mit 34:1
Der SR schwächt die finanzielle Unterstützung von Warentests durch eine Kann-Formel ab und stellt präzise Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit und Repräsentativität der Tests. Ferner fordert der SR eine paritätische Zusammensetzung von Wirtschafts- und Konsumentenvertretern in der Kommission für Konsumentenfragen.

21.03.90 NR verabschiedet KIG mit 88:13 Mit 112:53 lehnt der NR den gewerblichen Antrag ab, die Dienstleistungen vom KIG auszunehmen. Finanzhilfen sollen auch an die regionalen Konsumentinnenforen möglich sein (58:54), aber nicht von 50 auf 75 Prozent augestockt werden (71:46). Die Subventionierung wird nicht zwingend vorgeschrieben (Kann-Formel). Bei den Auflagen für Warentests verzichtet der NR, Bedingungen für Finanzhilfen aufzulisten, und beschränkt sich auf Grundsätze. Bei der Zusammensetzung der Kommission für Konsumentenfragen sieht der NR von Auflagen ab.

07.06.90 SR erweitert ebenfalls den Kreis der subventionsberechtigten Organisationen auf die regionalen Konsumentenorganisationen

18.09.90 NR für grosszügigere Subventionierung Der NR will die Konsumentenorganisationen auch für das koordinierte Aushandeln von Deklarations-Vereinbarungen entschädigen.

26.09.90 SR stimmt grosszügigeren Subventionierung zu

02.10.90 NR räumt letzte Differenz aus

05.10.90 Schlussabstimmung im NR (132:0) und SR (33:1)

B. Bundesgesetz über die Änderung des Obligationenrechts (Die Entstehung der Obligationen)

08.10.87 SR beschliesst mit 23:17 Nichteintreten Der SR will wegen einzelner Missbräuche nicht die Gesetzesmaschinerie in Gang bringen und befürchtet vom Widerrufsrecht eine Verwilderung der Sitten.

21.03.90 NR heisst OR-Revision mit 81:17 gut Der NR lehnt mit 73:48 das Widerrufsrecht bei Versicherungsverträgen ab.

07.06.90 SR heisst OR-Revision mit 28:1 gut Ein Nichteintretensantrag wird mit 26:14 abgelehnt. Der SR schliesst Strassenverkäufe vom Widerrufsrecht aus.

18.09.90 NR dehnt Widerrufsrecht auf Strassenverkäufe aus

26.09.90 SR stimmt Widerrufsrecht auf Strassenverkäufe zu

05.10.90 Schlussabstimmung im NR (142:0) und SR (35:1)

Zuständig

EVD

Freie Schlagwörter

Widerrufsrecht, droit de révocation, Wirtschaft, Konsumentenschutz, KIG, OR, Recht, Konsumentenorganisation, Strassenverkauf, Wirtschaft, Konsumenteninformation, Vertragsrecht, Konsument, Obligationenrecht, Konsumenteninformationsgesetz

Benutzerinformationen

Dieses Dokument stammt aus einer älteren Datensammlung. Für die Korrektheit kann nicht garantiert werden, werden.

.

🖒 Home

Art. 7a
Antrag der Kommission
Streichen
Proposition de la commission
Biffer

Gerber, Berichterstatter: Abschnitt 4a wird gestrichen; die Härtefälle werden jetzt neu in Artikel 5a geregelt.

Angenommen - Adopté

Hefti: Ich möchte anfragen, ob sich die Kommission auch mit den nationalrätlichen Postulaten befasst hat. Wenn zulässig, beantrage ich, Postulat 2 des Nationalrats auch zu übernehmen.

Gerber, Berichterstatter: Wir haben diese Postulate nicht speziell behandelt. Wir waren der Meinung, dass der Nationalrat diese Postulate überwiesen hat und dass sich der Bundesrat mit ihnen befassen muss. Grundsätzlich haben wir nichts dagegen einzuwenden, dass die in diesen Postulaten aufgeworfenen Fragen geprüft werden.

Hefti: In diesem Falle beantrage ich zumindest Zustimmung zu Postulat 2 des Nationalrates.

Präsident: Wird dagegen opponiert?

Gadient: Wenn Herr Hefti ein entsprechendes Postulat einbringen will, steht ihm das frei. Es ist aber nach unseren Bestimmungen nicht möglich, das Postulat des Nationalrats einfach zu übernehmen, da Postulate nicht wie Motionen an die andere Kammer überwiesen werden.

Muheim: Ich bin der Meinung von Herrn Gadient.

Hefti: Wenn das nach unserem Prozedere so ist, stelle ich keinen Antrag. Ich war der Auffassung, wir könnten einem Postulat des anderen Rats beistimmen.

Präsident: Herr Hefti hat keinen Antrag gestellt. Wir müssen infolgedessen auch nicht darüber befinden. Ich stelle fest, dass die Differenzen in diesem Sinn bereinigt wurden.

An den Nationalrat - Au Conseil national

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Botschaft und Gesetzentwürfe vom 7. Mai 1986 (BBI II, 354) Message et projets de loi du 7 mai 1986 (FF II, 360)

Antrag der Kommission Eintreten Proposition de la commission Entrer en matière

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Am 14. Juni 1981 haben Volk und Stände dem Konsumentenschutzartikel 31sexies der Bundesverfassung zugestimmt. In Ausführung dieses Gesetzgebungsauftrags legt uns der Bundesrat den Entwurf zu einem Konsumenteninformationsgesetz und zu einer Aenderung des Obligationenrechtes vor. Der Bundesrat erachtet es als sinnvoll, bestehende Lücken im Konsumen-

tenschutzrecht zu schliessen, indem die Konsumenteninformation und die finanzielle Unterstützung der Konsumentenorganisationen gesetzlich erfasst und Detailprobleme aus dem Bereich des Vertragsrechts durch die vorgeschlagene Aenderung des Obligationenrechtes gelöst werden.

Wir befassen uns zuerst mit dem Konsumenteninformationsgesetz: Im Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation wird festgelegt, dass Waren und gewisse Dienstleistungen einer Deklarationspflicht unterstellt werden. Die Ausgestaltung ist der freien Uebereinkunft zwischen Anbieter- und Konsumentenorganisationen überlassen. Der Bund kann nur notfalls eingreifen, wenn innert angemessener Frist keine Vereinbarung zustande kommt. Das ist der eine Schwerpunkt des Konsumenteninformationsgesetzes (KIG).

Der zweite Schwerpunkt dieses Gesetzes betrifft die Finanzhilfe an die Tätigkeit von Konsumentenorganisationen. Damit sollen die bereits seit den siebziger Jahren ausgerichteten Beiträge eine einwandfreie gesetzliche Grundlage erhalten

Ueber die Subventionsbedingungen kann auf das Testwesen Einfluss genommen werden. Wer Subventionen will, muss sich den Regeln unterziehen. Die Durchführung von Tests gehört zu den zentralen Tätigkeiten der Konsumentenorganisationen. Tests sind ein wichtiges Mittel der Konsumenteninformation, und eine einwandfreie Durchführung der Tests ist von grösster Wichtigkeit.

Dem bundesrätlichen Entwurf liegt das Bild eines mündigen Konsumenten zugrunde. Nicht von ungefähr legt der Bundesrat als Kernstück der Konsumentenschutzgesetzgebung ein Informationsgesetz vor. Der wohlinformierte Konsument kann sich weitgehend selber schützen. Er kann für sich selber Schlüsse ziehen und die richtigen Kaufentscheide fällen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Konsumentenorganisationen die nötigen Mittel erhalten und in die Lage versetzt werden, dem Konsumenten optimal zu dienen.

Obwohl in der Kommission der Verfassungsauftrag anerkannt und der Wille, ihn zu erfüllen, immer wieder bekräftigt wurde, waren weite Bereiche unserer Diskussionen geprägt von Skepsis und Misstrauen gegenüber diesem Gesetz und auch – das muss gesagt werden – gegenüber den Konsumentenorganisationen.

Die Kritik betraf beispielsweise die zu grosse Regelungsdichte. Zweifel wurden geäussert, ob nicht der Konsumentenschutz zum grossen Geschäft werden könnte. Dann auch, ob der Schutz der Produzenten gewährleistet sei und ob die Konsumentenorganisationen nicht der Beeinflussung durch Marktmächtige erliegen könnten. Die Zweifel wurden zum einen Teil durch die Kommissionsverhandlungen ausgeräumt, zum anderen fanden sie ihren Niederschlag in den Anträgen der Kommission zu den einzelnen Artikeln.

Die Arbeit der Konsumentenorganisationen stiess aber auch auf Anerkennung; das muss gesagt werden. Sie sind es, die dem Bund ermöglichen, den Verfassungsauftrag mit wenig eigenem Aufwand, aber doch sehr wirksam zu erfüllen. Die Konsumentenorganisationen haben schon bis heute – und das unter finanziell äusserst beengten Verhältnissen – zum Wohle der Konsumenten und ebenso der Wirtschaft – das schliesst sich nicht aus, das bedingt sich sogar – gewirkt. In Zukunft soll die Finanzhilfe verstärkt werden. Der Bundesrat spricht von 0,5 bis 1 Million Franken, die auf dem Budgetweg bewilligt werden sollten. Immerhin bleibt auch in Zukunft eine Ausgabenbremse eingebaut. Die Organisationen müssen 50 Prozent der Aufwendungen selber aufbringen.

Die Kommission beantragt Ihnen, auf das Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation einzutreten. Der Eintretensbeschluss erfolgte einstimmig. In der Gesamtabstimmung stimmte die Kommission diesem Gesetz mit 8 Stimmen zu 1 Stimme zu.

Bürgi: Gestützt auf Artikel 31sexies der Bundesverfassung haben wir zwei Vorlagen vor uns: diejenige über die Konsumenteninformation, die jetzt unmittelbar zur Beratung steht; sodann eine zweite im Hinblick auf die Ergänzung des

allgemeinen Teils des Obligationenrechts. Diese erste Vorlage hat die Kommissionsverhandlungen im ganzen erfolgreich bestanden. Die zweite etwas weniger, worauf zurückzukommen sein wird.

Die Vorlage über die Konsumenteninformation wurde allerdings erheblich umgebaut und präzisiert. Die Kommission hat darin einen erheblichen Zeitaufwand investiert. Dieser Umbau betraf im wesentlichen drei Schwerpunkte: einer ist unbestritten, nämlich die Durchführung von Warentests gemäss den Artikeln 6 und 7 der Vorlage. Es wurden hier erwünschte Präzisierungen für die Voraussetzungen zur Gewährung von Finanzbeihilfen eingefügt. Ich begrüsse es, dass darüber letztlich in der Kommission eine Einigung erzielt werden konnte.

Dann gibt es aber zwei Punkte, die ins Plenum gebracht werden und hier zu entscheiden sind. Einer dieser Minderheitsanträge betrifft die Kann- oder Muss-Formel für die Beiträge an Warentests. Die Kommission hat sich in Artikel 5 für die Kann-Formel entschieden.

Ich möchte der Detailberatung nicht vorgreifen. Ich gestatte mir indessen, darauf hinzuweisen, dass Finanzhilfen im Verfassungsartikel nicht ausdrücklich erwähnt sind. Aus diesem Grunde ist die zurückhaltendere Formel der Kommissionsmehrheit zweifellos gerechtfertigt.

Die zweite wesentliche Differenz betrifft die Zusammensetzung der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenschutz. Es war der Kommissionsmehrheit daran gelegen, die Stellung der Wirtschaft etwas zu verbessern. Eine gesamthafte Würdigung der Vorlage führt zur Feststellung, dass es der Verwaltung bei der ersten Vorlage besser gelungen ist als bei der zweiten, sich in Richtung eines Konsens zu bewegen.

Eintreten auf diese erste Vorlage lässt sich deshalb rechtfertigen, was ich Ihnen beantragen möchte.

Reichmuth: Ich spreche jetzt ebenfalls nur zur ersten Vorlage (A).

Das Gesetz über die Förderung der Konsumenteninformation enthält lediglich Vorschriften über die Deklarationspflichten beim Verkauf von Waren und beim Angebot von Dienstleistungen. Sodann umschreibt es die Voraussetzungen, unter welchen der Bund an Konsumentenorganisationen Finanzhilfen leisten kann.

Wie aus einer Aufstellung des eidgenössischen Büros für Konsumentenfragen aus dem Jahre 1985 ersichtlich ist, bestehen heute schon über 20 Bundesgesetze, die in dieser oder jener Form Konsumenteninteressen betreffen. Die wichtigeren davon sind zweifellos das Lebensmittelgesetz, das Giftgesetz, das Bundesgesetz über den Abzahlungsund Vorauszahlungsvertrag, das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb, das Handelsreisendengesetz sowie das Versicherungsaufsichtsgesetz.

Diese zahlreichen Vorschriften, auf die auch die Botschaft des Bundesrates hinweist, bringen zum Ausdruck, dass der Bund schon bisher zum Schutz der Konsumenten einiges getan hat. Man kann sich deshalb fragen, ob der Gesetzgeber nicht schon durch die vorhandene Gesetzgebung dem Verfassungsauftrag nach Artikel 31sexies Absatz 1 genügend nachgekommen wäre.

Nun ist zuzugeben, dass im Laufe der letzten Jahre eine Menge Konsumgüter mit zum Teil völlig neuen Verkaufsformen und Werbemethoden auf den Markt gekommen sind. Die Uebersicht und die Vergleichbarkeit der einzelnen Produkte ist für den Konsumenten schwieriger geworden. Der Konsumentenschutz muss deshalb vorab in der Verbesserung der Information der Konsumenten und im Schutz vor Irreführung und benachteiligenden Angebotsmethoden liegen. Die sachliche Information der Konsumenten über den Markt, die Waren und die Dienstleistungen liegt auch im Interesse der Anbieter, vor allem derjenigen, die qualitativ hochwertige Ware und seriöse Dienstleistungen anbieten. Die im vorliegenden Gesetzentwurf verankerten Waren- und Dienstleistungsdeklarationen können einer verbesserten Markttransparenz dienen, und die Bestimmungen über die Finanzhilfen an Konsumentenorganisationen legalisieren im

wesentlichen die bereits bisher ausgerichteten Bundesbeiträge, wobei die Anspruchsberechtigung und die zu subventionierenden Leistungen im Gesetz genauer umschrieben werden.

Von Bedeutung scheint mir die im Gesetz ausdrücklich festgehaltene Bestimmung, dass die Organisationen der Wirtschaft und der Konsumenten die zu deklarierenden Waren sowie die Anforderungen an Form und Inhalt der Deklarationen gegenseitig vereinbaren. Dienstleistungen sind nur deklarationspflichtig, soweit sie der Bundesrat bezeichnet.

Die Kommission hat die bundesrätliche Vorlage in einigen Punkten geändert und meines Erachtens auch verbessert. Sie tat das nicht in der Absicht, den im Gesetz enthaltenen Konsumentenschutzgedanken abzuschwächen, sondern um zwischen Anbietern und Verbrauchern eine etwas ausgewogenere Interessenwahrung zu gewährleisten. Die im Zweckartikel enthaltenen Zielsetzungen sind trotzdem in jeder Hinsicht gewahrt.

Ich votiere daher für Eintreten und für Zustimmung zu den Anträgen der Kommission.

Frau **Meier** Josi: Die Vorlage Konsumenteninformation und Vertragsrecht ist in einen selbständigen A- und B-Teil aufgespalten.

Ich werde beim Teil B für die Minderheit eintreten und Annahme beantragen. Deshalb beschränke ich mich hier auf grundsätzliche Ausführungen zur Gesamtvorlage, der ich in der Variante der Minderheit zustimmen möchte.

Die Vorlage verdient in dieser Form Unterstützung. Erstens, weil damit ein Verfassungsauftrag erfüllt wird; zweitens, weil sie im Dienste der Markttransparenz und damit im Dienste der Marktwirtschaft steht; drittens, weil die Tätigkeit der mitzufinanzierenden Konsumentenorganisationen einem dringenden, echten Bedürfnis entspricht.

Ich möchte Sie vorab daran erinnern, dass wir einen Verfassungsauftrag zu erfüllen haben. Volk und Stände stimmten 1981 mit Artikel 31sexies dem Gegenvorschlag zu einer Initiative zu, welcher Massnahmen zum Schutze der Konsumenten ermöglichen wollte.

Frischen Sie Ihr Gedächtnis auf! Das Bundesbüchlein beschrieb dem Stimmvolk den Sinn des Artikels: Es gehe darum, dem Konsumenten die Uebersicht über den Markt zu erleichtern. Der Artikel enthalte ein Bekenntnis zum Konsumentenschutz. Im Vordergrund stünde der Schutz vor Irreführung und benachteiligenden Angebotsmethoden, die Förderung der sachlichen Information sowie die obligatorische Kennzeichnung für Waren und Dienstleistungen.

Das Bundesbüchlein hat die Meinungen pro und kontra aufgeführt. Unter dem Kontra finden wir folgende Aussagen: «Der Konsument ist genügend geschützt, der Konsument ist mündig; die Hersteller und Anbieter werden in ihren Freiheiten beeinträchtigt; der Konsumentenschutz bringt mehr Staat und mehr Ausgaben.»

Unter dem Pro war zu lesen: «Ein Verfassungsartikel schafft eine umfassende rechtliche Grundlage für den Konsumentenschutz» – die Konsumenten verlangen heute mehr Schutz –; «der Konsumentenschutz ist nicht Bevormundung, sondern Hilfe zur Selbsthilfe; der Konsument soll in Kenntnis des Markts und seiner Rechte frei entscheiden können; der neue Artikel wird die Handels- und Gewerbefreiheit berücksichtigen; Vorrang hat weiterhin die Selbsthilfe, aber gewisse Mehraufwendungen können sich aus der Förderung der sachlichen Information ergeben.»

Volk und Stände haben den Pro-Argumenten den Vorzug gegeben, und zwar im Verhältnis von 2 zu 1. Daraus ist zu schliessen: Wenn der Bundesrat bessere Information der Konsumenten anstrebt, wenn er eine zusätzliche Finanzierung der Konsumentenorganisationen vorschlägt, wenn er die Kennzeichnung von Waren und Dienstleistungen verlangt, wenn er Schutz gegen Irreführung und benachteiligende Angebotsmethoden proponiert, dann steht sein Entwurf auf dem sicheren Verfassungsboden. Ausserdem steht der Entwurf voll auf dem Boden der Marktwirtschaft, wenn er durch diese Massnahmen einen transparenten

Markt erreichen will. Die Philosophie der Vorlage ist kein Wirtschafts-Darwinismus, sondern die hierzulande gängige soziale Marktwirtschaft. Dieser Begriff stammt nicht von einem Jünger von Marx, sondern der liberale Erhard hat ihn kreiert.

Unter anständigen Vertragspartnern auf dem Markt durfte man früher dem Ross ins Gebiss schauen und Angebote vergleichen, bevor man sich entschied. Die heutigen Angebote der High-tech-Zeit sind dem Gebiss eines Rosses leider nicht mehr vergleichbar. Der elektrischen Heimschreibmaschine oder dem Mikrowellenapparat kann ich nicht mehr ins Maul schauen. Aber auch anderes hat sich geändert: dem Lebensmittel sehe ich nicht an, wie es gespritzt oder stabilisiert ist, den Stoffen nicht mehr, welche Wassertemperatur und welche Reinigung sie ertragen, den Reinigungsmitteln und Verpackungen sehe ich nicht mehr an, welche Schadstoffe sie enthalten. Allenthalben bin ich auf zusätzliche Angaben, auf Ratschläge und Informationen angewiesen.

Die schweizerische Wirtschaft bleibt übrigens konkurrenzfähig, solange sie Qualität produziert. Informationen über die Produkte fördern die Qualität im Wettbewerb. Die Wirtschaft ist daher als Ganzes daran interessiert, gut informierte Konsumenten zu haben, wie sie das KIG will. Die Vorlage orientiert sich übrigens an diversen Partnerschaftsmodellen.

Die Organisationen, welche die Konsumenten informieren, verdienen in keiner Weise das abgrundtiefe Misstrauen, das in den Kommissionsarbeiten zum Ausdruck kam. Nicht zufällig haben sich die Frauen in diesem Rat gemeinsam für die Vorlage gewehrt. Frauen tätigen auch heute noch die meisten Einkäufe von Konsumgütern, vor allem für den täglichen und mittelfristigen Verbrauch. Sie wissen aus Erfahrung, dass die Werbung, für welche in der Schweiz jährlich drei bis vier Milliarden Franken ausgegeben werden, das ergänzende Korrektiv der neutralen Konsumenteninformation (welcher mit einigen hunderttausend Franken nur ein Zehntausendstel des Werbewirtschaftsbudgets zur Verfügung steht) wirklich brauchen kann.

Finanzhilfen an die Konsumentenorganisationen sind natürlich an klare Kriterien zu knüpfen. Das tut die Vorlage auch. Wo die Kriterien dann aber erfüllt werden, sind die Hilfen auch ohne Wenn und Aber und unabhängig von Budgetwillkür zu gewähren. Eine blosse Kann-Formel verletzt nach meiner Auffassung den Verfassungsauftrag.

Ich erfasse die Gelegenheit, die Leistungen der Konsumentenorganisationen zu anerkennen. Wir Schweizerfrauen jedenfalls sind dankbar für ihre Hilfestellungen und finden es am Platz, wenn sie für ihre Tests etwas mehr Mittel erhalten als bisher. Die frühzeitigen Hinweise auf alternative Produkte zu den FKW-haltigen, die Ozonschicht gefährdenden Kosmetika und Reinigungsmitteln sind ein Beispiel dafür, wie die Konsumentenorganisationen ihre Verantwortung nicht nur zugunsten der Wirtschaft, sondern auch zugunsten der Umwelt wahrnehmen. Wir dürfen uns daher ohne Bedenken hinter eine Vorlage stellen, welche die Tätigkeit dieser Organisationen verfassungskonform fördern will.

Miville: Ich habe den von Frau Meier soeben angestellten Vergleich der heutigen differenzierten Marktlage mit den seinerzeitigen Pferdemärkten sehr originell gefunden. Es ist mir dabei folgende Ueberlegung aufgetaucht: Die Pferdemärkte spielen in unserer Wirtschaft heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Was aber in weiten Bereichen der Wirtschaft übriggeblieben ist, ist die Mentalität einer bestimmten Sorte von Pferdehändlern, die man mit einem alten deutschen Ausdruck früher nicht umsonst «Rosstäuscher» genannt hat.

Die Vorlage, die wir heute zu behandeln haben, besteht aus zwei Teilen. Einerseits sollen Waren und bestimmte Dienstleistungen künftig mit einheitlichen Deklarationen angeboten werden und soll der Bund die Konsumentenorganisationen in ihrer Informationstätigkeit stärker als bisher, vor allem endlich gestützt auf einwandfreie gesetzliche Grund-

lagen unterstützen; andererseits wird für das Obligationenrecht ein Widerrufsrecht postuliert für jene Fälle, wo Kunden auf der Strasse, zu Hause oder auf Werbefahrten von Anbietern angesprochen und in vielen Fällen doch auch recht eigentlich überrumpelt werden.

Es war interessant, in unserer Kommission die Diskussionen über diese beiden Hauptbestandteile A und B zu verfolgen. Im Teil A machte sich – wie das unsere Kommissionspräsidentin ausgeführt hat – ein ausgesprochenes Misstrauen seitens einiger Kommissionsmitglieder gegenüber den Konsumentenorganisationen geltend, ein Misstrauen, das ich aufgrund all dessen, was diese Organisationen seit ihrem Bestehen geleistet haben, für nicht gerechtfertigt erachte. Ich bin der Ueberzeugung, dass sie nicht nur dem Konsumenten, sondern der Volkswirtschaft einen Dienst erweisen, der, wenn er nicht von diesen Organisationen erbracht würde, geradezu vom Staat übernommen werden müsste, wofür wir alle ja weniger zu haben wären. Soviel zum Teil A. Im Teil B machte sich die uralte rechtspolitische Meinungsverschiedenheit geltend, die wir in so vielen Vorlagen, insbesondere sozialpolitischer Art, immer wieder erlebt haben, indem die einen der Ueberzeugung sind, es handle sich um den mündigen Bürger, der - wenn er auf ein Geschäft zu seinem Nachteil hineinfalle - die Konsequenzen zu tragen habe, während die anderen der Auffassung beipflichten, dass der Gesetzgeber dazu veranlasst und verpflichtet sei, jedenfalls in bestimmten Bereichen den Bürger vor Uebervorteilungen und ungerechtfertigten Benachteiligungen in Schutz zu nehmen. In diesem Sinne haben wir es also mit einer Vorlage zu tun, die gewisse Aehnlichkeiten aufweist mit dem UWG. Die Lauterkeit des Handels, des Angebots und der Beziehung zwischen Konsument und Produzent sind Gegenstand des UWG. Hier handelt es sich um das Verhältnis zwischen Anbieter und Konsument.

Es gibt auch eine Parallele zum Preisüberwachungsgesetz, und zwar jene, dass ein Verfassungsauftrag zu erfüllen ist, dass sich aber bei einem Teil der Kommission und wahrscheinlich auch bei einem Teil des Rats eine ausgesprochene Unlust geltend macht, diesem Verfassungsauftrag auch wirklich folgerichtig Rechnung zu tragen.

Der Verfassungsartikel stammt aus dem Jahre 1981. Er verpflichtet uns dazu, Massnahmen zum Schutze der Konsumenten zu treffen. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die Arbeiten für diesen Konsumentenschutz bedeutend früher eingesetzt haben, nämlich in einer von Bundesrat Schaffner bereits im Jahre 1964 eingesetzten Studiengruppe.

Ich habe an die Beratung von heute drei Anliegen, die ich vertreten möchte:

1. Artikel 5 wurde von der Kommission mit einigen Einschränkungen, die hingenommen werden können, versehen. Er würde aber geradezu wirkungslos gemacht mit der Kann-Bestimmung in bezug auf die Unterstützung, die der Bund Konsumentenorganisationen zuteil werden lassen soll. Artikel 5 soll also ein Herzstück dieser Vorlage bleiben. 2. Ich erwarte - um das jetzt schon zu sagen, weil ich mich zu Teil B nicht mehr äussern werde - von diesem Rat dringend, dass er im Teil B dem Artikel 6a betreffend die Rechte der Konsumenten bei der Zustellung von unbestellten Waren zustimmt. Sie wissen, dass es sich hier um ein ganz grosses Aergernis handelt. Wir würden meiner Meinung nach einen Fehler begehen, wenn wir sagen, diese Materie sei schon aus anderen bestehenden Rechtsvorschriften abzuleiten. Eine Verdeutlichung der Konsumentenrechte in diesem Punkt, welche Möglichkeiten den Konsumenten bei der Zustellung von unbestellten Waren zustehen, halte ich für unerlässlich.

3. Die Konsumentenrechte sollen in jenem Teil, der mit eigentlichen Ueberrumpelungsgeschäften zu tun hat (Werbefahrten, Haustürkäufe), gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit vollständig gestrichen werden. Ich würde das für ein grosse Unglück erachten. Ich bin auch überzeugt, dass wir den Erwartungen, die heute im Volk an ein solches Gesetz gestellt werden, mit der Streichung dieses Teils B unserer Vorlage nur sehr unvollkommen Rechnung tragen würden.

Ich wiederhole es: Wir haben einem Verfassungsauftrag zu folgen, und zwar mit Blick auf die Wandlungen, die sich in der Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg mehr und mehr ergeben haben. Denken Sie etwa an das verwirrende Angebot, dem der Konsument heute gegenübersteht oder an die suggestive, in vielen Fällen desinformierende Werbung, die mit fast wissenschaftlicher Präzision betrieben wird.

Wir müssen den Konsumenten mit dieser Vorlage gegen eigentliche Ueberrumpelungen und Irreführungen schützen und einen Beitrag zur erhöhten Markttransparenz leisten, die letztlich im Interesse aller in dieser Wirtschaft Tätigen liegt. Es handelt sich nicht um Bevormundung – wie es von gewissen Kommissionsmitgliedern befürchtet worden ist –, sondern um eine vertretbare Hilfe, die wir als Gesetzgeber durchaus verantworten dürfen.

Mme Bauer: Il y a plus de six ans, en juin 1981, le peuple suisse a approuvé, à raison de deux contre un, l'article constitutionnel 31sexies concernant la protection des consommateurs.

Alors que depuis le début des années 50, dans la quasi totalité des pays démocratiques, les consommateurs se sont organisés afin, d'une part, d'obtenir une meilleure information sur les marchandises, les biens et les services, et afin d'être reconnus, d'autre part, comme des interlocuteurs et des partenaires valables, il apparaît que, dans ce domaine, des lacunes demeurent dans la législation suisse. Il faut noter cependant que chez nous également les associations de consommateurs gagnent en importance et qu'elles jouent incontestablement un rôle bénéfique d'information. C'est pourquoi je considère qu'il faut se réjouir du fait qu'elles participent activement au dialogue avec les associations de producteurs qui n'ont pas été oubliées - je voudrais le souligner - dans l'article constitutionnel puisque: «Les intérêts de l'économie nationale sont sauvegardés et le principe de la liberté du commerce et de l'industrie res-

Ainsi mandaté par le peuple suisse, le Conseil fédéral a élaboré deux lois modérées, équilibrées, mesurées, comme les qualifie M. Delamuraz, conseiller fédéral. La première règle est l'information des consommateurs et le soutien financier aux organisations de consommateurs. La seconde modifie le code des obligations dans le sens d'une meilleure protection des consommateurs de plus en plus exposés, force est de le reconnaître, à des techniques de vente raffinées qui peuvent les inciter à acquérir des marchandises dont ils n'ont pas besoin ou qu'ils ne sont pas à même de régler. Les jeunes et surtout les personnes âgées sont particulièrement exposées à ce genre de mésaventure. Dans cette intention et pour les protéger, la loi prévoit, lorsque la vente a été conclue dans certaines conditions, un droit de révocation de sept jours.

Article par article, notre commission a examiné et longuement discuté les propositions du Conseil fédéral. Je dois souligner qu'elles ont été âprement combattues et largement amendées par la majorité de la commission, plus encline, ont pu penser certains, à défendre les droits des producteurs que ceux des consommateurs. Réduire les droits des consommateurs, vider la loi de sa substance, tel semble avoir été l'objectif de certains membres de cette commission qui proposent de modifier dans ce sens la loi A et de biffer la loi B.

N'est-il pas paradoxal de constater, enfin, que ce sont les mêmes milieux qui se réclament du moins d'Etat, ceux-là mêmes qui se font les défenseurs du «Personalstopp», qui, aujourd'hui, voudraient exiger que la Confédération se charge de nouvelles tâches au lieu de faire confiance à l'initiative privée des citoyens, en l'occurrence aux associations nationales de consommateurs.

Je reviendrai sur quelques points de la discussion de détail mais je vous engage à voter l'entrée en matière concernant les deux lois proposées par le Conseil fédéral et à les accepter.

Kündig: Ich wollte zu diesem Geschäft nicht sprechen. Aber nachdem die heutigen Voten ungefähr in der Richtung ausgefallen sind, dass man meinen könnte, die schweizerische Wirtschaft setze alles daran, um den Konsumenten zu hintergehen, scheint es mir wichtig, dass ich mich dazu äussere.

Ich gebe mir absolut darüber Rechenschaft, dass wir einen Verfassungsartikel 31sexies haben, der uns an einen gewissen Auftrag bindet. Ich stelle aber gleichzeitig auch fest, dass wir verschiedene andere Verfassungsartikel haben, die es bereits heute ermöglicht haben, Konsumentenschutz zu betreiben, und der Bundesrat hat es auch getan. Das darf man heute ohne weiteres feststellen.

Ich stelle auch fest, dass wir in der Schweiz ein Versorgungssystem und einen Markt haben, die dem fairen Wettbewerb unterstellt sind und ein Angebot anbieten können. Es gibt für den Konsumenten jederzeit die Möglichkeit der Wahl, der Differenzierung und der Ueberprüfung seiner Situation. Dies wird im besonderen zugunsten des Konsumenten dadurch verstärkt, dass wir eine extrem starke Konkurrenz auf allen Gebieten haben.

Weil wir die Notwendigkeit durch den Verfassungsartikel haben, um im Bereich der Konsumenteninformation etwas zu tun, möchte ich mich von diesem Ziel als solchem nicht abwenden. Es ist richtig, wenn Konsumenten informiert sind. Denn wenn die Konsumenten informiert sind, sind sie auch in der Lage, eine echte Beurteilung und einen echten Kaufentscheid vornehmen zu können. Es scheint mir aber wichtig zu sein, dass gerade durch diese Information keine bestimmten Gruppierungen, keine bestimmten Versorgungsmöglichkeiten gefördert respektive andere benachteiligt werden.

In diesem Sinne widersetze ich mich dem Eintreten auf den ersten Teil der Konsumenteninformation nicht. Indessen scheint es mir notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, dass äusserste Sorgfalt auch auf diesem Gebiet notwendig ist; einmal in bezug auf die Deklaration der Waren. Man darf nicht durch extreme Deklarationsvorschriften die Versorgungsmöglichkeiten von kleinstrukturierten Zulieferern verunmöglichen, und man darf damit nicht die Konzentration fördern. Hierin besteht eine Gefahr.

Ich möchte vor dieser Gefahr warnen. Denn eine Schweiz, die nur noch von drei oder vier Grossverteilern versorgt wird, wird schlussendlich nicht mehr ihren heute dezentralen – bewusst dezentralen – Wirtschaftsstrukturen nachleben können.

In bezug auf den Informationsgehalt bei diesen Konsumenteninformationen scheint mir die Frage bei den Tests nun tatsächlich im Raum zu stehen. Man könnte aufgrund der heute gewalteten Diskussion fast annehmen, dass die Tests immer ihre absolute Richtigkeit haben und dass die Produzenten, die sich diesen Tests unterziehen müssen, versuchen, unseriös zu sein. Gerade dieses Misstrauen, das auch in der Kommission gegenüber den Tests – ich betone: nicht gegenüber den Konsumentenorganisationen, sondern gegenüber den Tests – laut wurde, muss man hier in diesem Rat erwähnen.

Mir scheint das deshalb richtig und begründet zu sein, weil ich ein Papier vor mir habe betreffend einen – noch nicht geschlichteten – Streit zwischen der Stiftung für Konsumentenschutz einerseits und dem Schweizerischen Bierbrauerverein andererseits. Da wurde offenbar ein Test durchgeführt, der – nach den Aeusserungen, die hier vorliegen und nicht geheim sind – doch einige Fragezeichen aufstellt. So wird z. B. im Brief der Stiftung für Konsumentenschutz zugegeben, dass gewisse Fehlerhaftigkeiten bei der Angabe des Alkoholgehalts vorgekommen sind, dass sie sich in bezug auf die Degustation einen gewissen Dilettantismus vorhalten lassen: Wörtlich heisst es: «Nach Konsultation des Fremdwörterbuches akzeptieren wir den Begriff 'dilettantisch'. Etwas anderes war bei der Durchführung eines Konsumententests auch nicht geplant.»

Ich erwähne auch den Brief des Schweizerischen Bierbrauervereins, in dem die Rede ist von der Wahl eines bezüglich Bier unerfahrenen Labors, von falscher Versuchsanstellung, indem verschieden gealterte Biere geprüft wurden, also nicht das Bier in seiner Qualität, sondern das Bier, wie es

gelagert wurde, was in der Beurteilung etwas ganz anderes darstellen muss. Dann weitere Vorwürfe wie die falsche Ermittlung des Stammwürzegehalts, mangelnde Fachkenntnisse bei der Farbe, falsche Ermittlung der Bitterstoffe, Schaumtests nach veralteter Methode, falsche Angaben über Alkoholgehalt und eben diese dilettantische Degustation.

Ich will damit nicht beurteilen oder ankreiden, aber ich will sagen, dass man doch sehr vorsichtig sein muss, damit solche Tests nun wirklich ein möglichst objektives Resultat bringen, denn wenn das nicht der Fall ist, führt das automatisch dazu, dass Betriebe oder Produkte, die in die Tests einbezogen werden, am Markt gefährdet und geschädigt werden könnten.

Ich habe dies aber auch aus einem anderen Grund gesagt. Mir scheint es, dass man nicht die Mentalität aufkommen lassen darf – wie das Herr Miville getan hat –, man habe eine Landesversorgung nach dem Prinzip des «Pferdediebs oder Pferdehändlers» – was Sie lieber wollen –, sondern dass wir darauf basieren müssen, dass die Lauterkeit des Handels in der Schweiz gegeben ist.

Wenn wir also Konsumenteninformation betreiben wollen, dann wollen wir dies gegenseitig tun, und zwar zur vernünftigen Information des Konsumenten, aber auf keinen Fall zur ungerechtfertigten Benachteiligung der einen oder anderen Seite.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je veux me conformer à l'ordonnance des débats que vous avez décidée, Monsieur le président, et, par conséquent, me limiter dans cette première intervention à analyser la loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs. Cela ne m'empêchera pas de faire quelques remarques générales introductives, qui seront aussi valables pour la seconde loi qui sera soumise à votre approbation.

Un groupe d'étude - M. Miville y a fait allusion - qui avait été institué par le conseiller fédéral Schaffner en 1964 délà. avait dressé la liste des problèmes en suspens, dans un rapport historique intitulé: «Le consommateur en Suisse et ses problèmes». Depuis 1964 - plusieurs d'entre vous l'ont dit - la législation, dans ce domaine, s'est enrichie d'un certain nombre d'éléments nouveaux. Dans de nombreux domaines, des lois ont été édictées, ou améliorées, dans le dessein d'assurer une meilleure protection du consommateur. L'aboutissement de l'ensemble de ces réflexions et de ces transformations a été le vote, par une large majorité du peuple et des cantons, d'un article constitutionnel sur la protection des consommateurs, adopté en juin 1981. Cet article confère à la Confédération la compétence obligatoire de prendre des mesures pour protéger les consommateurs, tout en sauvegardant les intérêts généraux de l'économie nationale, et en respectant le principe de la liberté du commerce et de l'industrie. Or, pour remplir ce mandat constitutionnel, il ne s'agit pas simplement de reformuler le droit de la protection des consommateurs qui existe déjà, mais de combler, sur la base de la nouvelle disposition de la constitution, les lacunes reconnues. Il s'agit de le faire précisément, mais aussi de manière à respecter les principes qui régissent l'économie de marché et le commerce libre, autrement dit en évitant de créer des distorsions, là où la volonté des deux partenaires préparant et concluant une affaire doit être harmonieusement exprimée et doit permettre un contact équilibré.

Le Conseil fédéral s'est d'ailleurs demandé, avant d'en arriver à cette proposition, s'il fallait réellement faire du neuf, ou si l'arsenal des lois existantes, avec quelques modifications ou quelques adaptations, n'était pas suffisant. En faisant du neuf, n'allions-nous pas contribuer, une nouvelle fois, à cette inflation législative qu'une saine partie du Parlement – à juste titre – combat très régulièrement?

Comme l'a dit M. Reichmuth qui se posait la même question tout à l'heure, le Conseil fédéral a constaté qu'il était nécessaire d'édicter deux lois, en l'occurrence celles dont nous parlons ici, visant à améliorer l'information des consommateurs et le faisant, il comble incontestablement une lacune. Il

accomplit le mandat constitutionnel vieux de six ans qui nous incombe et il ne contribue pas à l'inflation législative. Le dispositif entier – quatorze petits articles – tient dans le format de poche des messages du Conseil fédéral, soit quatre pages, pas une de plus; nous ne sommes donc pas en présence d'un nouveau monstre.

J'attire votre attention sur le fait que le projet de loi fédéral concernant la protection des consommateurs ne s'intitule pas: «loi sur la protection» mais bien : «loi visant à améliorer l'information des consommateurs.». Ce titre révèle l'attitude générale que le Conseil fédéral a adoptée dans ce domaine et qu'il vous invite à partager. Ce dernier, dans toute son oeuvre de réflexion et de préparation de la législation considère que le consommateur est adulte et responsable; que l'Etat n'a pas à le prendre par la main pour le guider dans tous ses pas et pour décider quasiment à sa place. Nous ne voulons pas d'un Etat paternaliste, qui inspirerait son comportement à l'individu ou qui même, prétendrait le lui dicter. En revanche, nous voulons par quelques dispositions de droit modestes placer le consommateur en situation de mieux choisir les biens et les services qu'il voudrait acquérir. Le moyen le plus efficace de contribuer à cette amélioration consiste à l'informer largement, tant il est vrai qu'un consommateur bien informé est à même de jouer beaucoup mieux son rôle de partenaire de l'économie nationale et que. par conséquent, - ce n'est pas un paradoxe - il a moins besoin d'une protection au sens littéral du terme.

Votre commission, d'une manière générale, souscrit à cette première loi ainsi qu'aux aux propositions du Conseil fédéral. Elle fait quelques propositions de modifications formelles auxquelles le Conseil fédéral adhère car elles rendent plus clair le texte de la loi. En revanche, sur quelques propositions gouvernementales, importantes ou moyennement importantes, qui ne touchent pas à la forme de la loi, mais à son fond, - je pense en particulier aux articles 5, 6 et 9 - des propositions de majorité s'opposent à des propositions de minorité. En général, le Conseil fédéral appuie les propositions de minorité et vous demande de suivre celles qu'il vous a faites. Je n'entre pas davantage dans le détail, nous en discuterons article par article, mais en vous proposant de suivre notre point de vue, je pense que nous pouvons dire que la Confédération entend se comporter correctement envers les consommateurs, comme elle se comporte correctement envers les producteurs. Un comportement correct, c'est un comportement de riqueur, mais aussi de confiance. C'est cette rigueur et cette confiance qui marquent le projet du Conseil fédéral dans cette première loi. Je termine en répondant à la question posée tout à l'heure par M. Bürgi concernant la constitutionnalité de cette contribution fédérale au financement de certaines activités privées. Le Conseil fédéral - j'en ai le souvenir très précis, alors même que je n'étais pas dans ce département - s'est également posé la question lors de la phase d'élaboration des textes que vous avez sous les yeux, c'est-à-dire dans les années 1985 et 1986.

Nous avons conclu que toute compétence constitutionnelle objective contenait également la compétence d'engager des moyens financiers qui permettent d'atteindre l'objectif fixé dans la constitution; il n'est pas nécessaire dès lors de mentionner expressis verbis cette compétence particulière dans l'article constitutionnel. Des exemples, j'en ai trois ou quatre. C'est l'article 22 quater de la constitution sur l'aménagement du territoire: il ne dit rien d'un subventionnement et pourtant c'est bien ce qui se fait par la Confédération aux cantons. Ensuite l'article 23bis sur l'approvisionnement du pays: il y a subventionnement aux entreprises. Egalement l'article 31 bis sur la paysannerie implique les subventions à l'agriculture. Enfin, l'article 31 quinquies sur la conjoncture permet un financement auprès des entreprises également. La base constitutionnelle est donc incontestable sur ce point, mais alors ce qui manquerait à M. Bürgi, bien entendu, dans l'état actuel du droit positif, c'est la base légale, et c'est précisément cette base légale que nous vous demandons de nous octroyer aujourd'hui, à l'appui d'un article constitutionnel suffisant:

La clause générale du premier alinéa de l'article 31 sexies fait de la protection des consommateurs une tâche obligatoire de la Confédération. Tant que les organisations de consommateurs remplissent elles-mêmes certaines tâches, surtout dans le domaine de l'information, elles en déchargent la Confédération et le maintien de cette activité volontaire se révèle dès lors d'intérêt public et justifie, par conséquent, une aide financière destinée à une affectation bien précise. Le destinataire ainsi que ses activités sont bien définis dans la loi. Nous pouvons considérer que la mesure est fondée en droit et légitime. En fait, je voudrais encore préciser qu'il ne s'agit pas, à proprement parler, d'une indemnisation car les organisations de consommateurs ne sont ni prescrites ni subdéléguées par la Confédération. Je vous remercie d'entrer en matière et de pouvoir aborder la discussion par articles de cette première loi fédérale.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung - Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission Abs. 1

...., so sind in vergleichbarer Form zu deklarieren:

a. ..

Abs. 2 bis 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2

Proposition de la commission

Al.

...., doivent être indiqués sous une forme permettant les comparaisons:

d.

Al. 2 à 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Die Kommission hat im Ingress zu Absatz 1 das Wort «einheitlich» gestrichen und es beim Wort «vergleichbar» bewenden lassen. Dies geschah in der Meinung, dass «einheitlich» in «vergleichbar» enthalten sein kann. Es muss aber nicht so sein.

Wir meinen, dass den Vereinbarungen zwischen den Wirtschafts- und den Konsumentenorganisationen möglichste Freiheit zu belassen sei.

Zu Buchstabe b möchte ich noch darauf hinweisen, dass bei den Dienstleistungen nur jene Dienstleistungen gemeint sind, die der Bundesrat bezeichnet. Er betrifft also die Waren einerseits, aber bei den Dienstleistungen nur eine Auswahl von Dienstleistungen, die der Bundesrat bezeichnen wird.

Angenommen - Adopté

Art. 3

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Hier ist darauf hinzuweisen, dass dieser Artikel für die ganze Philosophie des Gesetzes sehr wichtig ist. Die Vereinbarungen sind ja den Organisa-

tionen überlassen, und selbst dann, wenn eine Vereinbarung nicht oder nicht rechtzeitig zustande kommt, muss – gemäss Artikel 4 – der Bundesrat nicht eingreifen. Er kann eingreifen!

Ich meine, dass damit doch gewährleistet ist, dass extreme Deklarationen eben sehr unwahrscheinlich sein werden.

Angenommen - Adopté

Art. 4

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hefti: Was ist unter «die Vereinbarung unzureichend erfüllt wird» – Absatz 1 Buchstabe b – zu verstehen?

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: La suite est fixée, Monsieur Hefti, à l'article 3: Convention de droit privé. Et puis, si l'on doit constater que l'entente ne se fait pas, le Conseil fédéral serait légitimé à intervenir, par voie d'ordonnances, ce que prévoit l'article 4. Il en va de même lorsque l'entente est intervenue, mais que l'application qui en est faite n'est pas correcte et que les termes de la convention de droit privé sont lésés. Cela concerne les marchandises comme les services.

Angenommen - Adopté

Art. 5

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Ich schlage vor, dass wir die Sitzung hier abbrechen. Zu Artikel 5 wird es längere Ausführungen brauchen.

Präsident: Dieser Antrag wird bekämpft. Wir stimmen ab.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Bührer

14 Stimmen

Dagegen

13 Stimmen

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 11.50 Uhr La séance est levée à 11 h 50

Zehnte Sitzung - Dixième séance

Donnerstag, 8. Oktober 1987, Vormittag Jeudi 8 octobre 1987, matin

8.00 h

Vorsitz - Présidence: Herr Dobler

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Fortsetzung - Suite

Siehe Seite 538 hiervor - Voir page 538 ci-devant

Art. 5 Abs. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Der Bund kann Konsumentenorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung, die sich statutengemäss ausschliesslich dem Konsumentenschutz widmen, Kosten gewähren für:

a. die Durchführung von vergleichenden Tests über wesentliche und eindeutig erfassbare Eigenschaften von Waren und den wesentlichen Inhalt der vom Bundesrat bezeichneten Dienstleistungen;

b. die objektive und fachgerechte Konsumenteninformation durch Veröffentlichungen in gedruckten oder elektronischen Medien:

c. und d.

Streichen

Minderheit

(Miville, Bauer, Bührer, Meier Josi)

Der Bund gewährt Konsumentenorganisationen a. die Durchführung Inhalt von Dienstleistungen;

Art. 5 al. 1

Proposition de la commission Majorité

La Confédération peut accorder aux organisations de consommateurs d'importance nationale, qui se consacrent statutairement et exclusivement à la protection des consommateurs

a. L'exécution de tests comparatifs portant sur les caractéristiques essentielles clairement saisissables de biens et les éléments essentiels de services, désignés par le Conseil fédéral:

b. L'information objective et compétente des consommateurs par la presse ou les médias électroniques;

c. et d

Biffer

Minorité

(Miville, Bauer, Bührer, Meier Josi)

La Confédération accorde

a. L'exécution de services;

(Biffer le reste de la lettre)

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Wir kommen hier zu einem Artikel, der von Ihrer Kommission wesentlich umgestaltet – zum Teil präzisiert, zum Teil aber auch inhaltlich wesentlich verändert – worden ist. Es geht um die Finanzhilfe an die Konsumentenorganisationen. Im Ingress des Absatzes 1 sind zwei Aenderungen festzustellen: Erstens wurde von der

Kommission eine Kann-Formulierung eingeführt und zweitens das Wort «ausschliesslich» eingefügt. Diese beiden Aenderungen sind in der Absicht geschehen, Missbräuche zu verhindern. Man könnte sagen, um zu verhindern, dass sich allzu viele Organisationen an die Futterkrippe des Bundes drängen würden. Die Einfügung des Wortes «ausschliesslich» ist vertretbar unter der Voraussetzung, dass der Begriff «Konsumentenschutz» nicht allzu restriktiv interpretiert wird, aber auch vertretbar, weil gemäss Absatz 2 auch andere Organisationen, die sich nicht ausschliesslich dem Konsumentenschutz widmen, berücksichtigt werden können. Es ist richtig, dass dort die Kann-Formulierung gewählt wird, um eine gewisse Freiheit zu geben.

Sehr viel zu reden gab die Kann-Formel in Absatz 1. Der Grundsatz, dass den Konsumentenorganisationen Finanzhilfe für die Erfüllung eines dem Bund obliegenden Auftrags – das muss gesagt werden – gewährt werden soll, ist in Artikel 1 Buchstabe b festgeschrieben. Wir haben dem zugestimmt. Dieser Grundsatz und die Kann-Formel sind im Grunde nicht vereinbar, denn es besteht ja kein Anspruch mehr mit der Kann-Formulierung. Obwohl dieser Widerspruch unaufgelöst blieb – zwischen Grundsatz und Kann-Formulierung, die ja zu nichts verpflichtet –, stimmte die Kommission mit 6 zu 4 Stimmen in Artikel 5 der Kann-Formel zu. Ich wiederhole es: dies im Sinne einer Notbremse, falls die Konsumentenorganisationen überborden sollten. Soviel zur Kann-Formulierung.

Unter den Buchstaben a bis d hat der Bundesrat aufgelistet, wofür Finanzhilfe gewährt werden kann. Bei dieser Aufzählung hat die Kommission Präzisierungen und Umstellungen vorgenommen, Präzisierungen in Buchstabe a mit der Einschiebung des Begriffs «eindeutig erfassbar», und in Buchstabe b mit der Einschiebung «fachgerecht». «Fachgerecht» ergänzt dort den Begriff «objektiv». Diese beiden Präzisierungen, «eindeutig erfassbar» und «fachgerecht», sind nicht Gegenstand eines Minderheitsantrages. Sie sind unbestritten.

Ein Minderheitsantrag besteht betreffend der Einschiebung in Buchstabe a, «vom Bundesrat bezeichnete» Dienstleistungen. Mit dieser Einschiebung «vom Bundesrat bezeichnet» wird ein Unterschied bezüglich der Subventionsberechtigung zwischen Tests von Waren und Tests von Dienstleistungen hergestellt. Der Bundesrat muss die Dienstleistungen bezeichnen, für die subventionsberechtigt Tests gemacht werden dürfen. Es besteht hingegen keine direkte Verbindung zur Deklarationsregelung. Der Bundesrat kann andere Dienstleistungen zu den Tests zulassen, als er der Deklarationspflicht unterstellt. Er muss aber tätig werden. Andere Dienstleistungstests dürfen nicht subventioniert werden. Damit werden die Dienstleistungstests eingeschränkt, und das ist von der Kommissionsmehrheit bewusst so gewollt.

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Die Kommission hat Umstellungen vorgenommen. Sie hat die Buchstaben a und b umgestellt und die Buchstaben c und d gestrichen. Diese Umstellung und diese Streichung wurden einstimmig angenommen, in der Meinung, dass der Einbezug der Deklarationen gewährleistet ist. Ich bin beauftragt, das in diesem Plenum hier ausdrücklich festzuhalten.

Um nicht noch einmal das Wort ergreifen zu müssen, möchte ich noch gleich zu Absatz 2 erwähnen, dass dort eine redaktionelle Aenderung vorzunehmen ist. Der Bezug heisst nicht mehr Buchstabe a, sondern Buchstabe b. Das ist alles.

Miville, Sprecher der Minderheit: Ich danke unserer Kommissionspräsidentin dafür, dass sie den Artikel 5 so gründlich in seine Bestandteile zerlegt und diese erklärt hat. Ich versuche nun, daraus die Schlüsse zu ziehen, die nach Meinung der Kommissionsminderheit angebracht sind. Sehen Sie, die Kommissionsmehrheit hat dafür gesorgt, dass dieser Artikel in verschiedener Hinsicht präzisiert und im Grunde genommen restriktiv formuliert worden ist. Wir haben hingenommen, dass es da in der zweiten Zeile «ausschliesslich dem Konsumentenschutz» heisst. Ja gut, dann

ist es halt «ausschliesslich». Wir haben uns damit einverstanden erklärt, dass es im Text nicht nur «wesentliche», sondern auch «eindeutig erfassbare» Eigenschaften heisst. Wir haben dem zugestimmt, dass nach Buchstabe b eine «objektive und fachgerechte» Konsumenteninformation betrieben werden muss.

Aber auf zwei Punkten bestehen wir, weil dieser Artikel sonst - d. h. gemäss Vorschlag der Mehrheit hierzu - zu einem grossen Teil seiner Wirksamkeit entkleidet würde. In den Fällen, in denen der Anspruch gegeben ist - und dieses Gesetz formuliert viele Voraussetzungen für einen solchen Anspruch! -, soll der Bund verpflichtet werden, so wie es der Bundesrat mit seiner Formulierung «Der Bund gewährt » vorgeschlagen hat. Wenn wir sagen, «Der Bund kann», so sind in Zukunft Lösungen bis zum Nullpunkt hinunter denkbar. Dann kann er, oder er kann auch nicht. Und damit würde unserer Auffassung nach dem Verfassungsauftrag nun wirklich schlecht nachgelebt.

Wer immer befürchtet, dass hier zu kritiklos Geld verteilt wird, der möge doch die Botschaft auf den Seiten 23 und 24 nachlesen. Dort sind die Kriterien von 1 bis 7 enumeriert, welche für die Gewährung von Beiträgen massgebend sind. Man darf sagen: sie sind streng. Zum Beispiel Punkt 5: Es sind nur solche Institute und Laboratorien mit Prüfungen zu beauftragen, die für fachlich und technisch einwandfreie und neutrale Untersuchungen Gewähr bieten.

Wir haben uns auch mit der Streichung von Buchstabe c und d einverstanden erklärt, aber ich sage Ihnen noch einmal: jetzt nicht auch noch das! Diese Kann-Bestimmung ist nichts weiter als Ausdruck einer an sich unbegreiflichen Animosität gegen die Konsumentenorganisationen und eines Misstrauens bezüglich ihrer Funktionen. Der Artikel macht in den ersten Worten schon klar, dass sich diese Konsumentenorganisationen statutengemäss dem Konsumentenschutz widmen; es sind alle Kriterien und Einschränkungen getroffen, an die man denken könnte. Ich weise Sie auch darauf hin, dass nur 50 Prozent der Aufwendungen vom Bund entschädigt werden sollen. Wenn schon so sehr eingeschränkt wird, sollte zumindest dann, wenn die Voraussetzungen gegeben sind, ein Rechtsanspruch bestehen, und es sollte dann subventioniert werden.

In Absatz 2 darf man das «kann» durchaus tolerieren, wie das dem bundesrätlichen Vorschlag entspricht. Da handelt es sich um andere Organisationen, die sich statutengemäss der Konsumenteninformation widmen. In Absatz 1 aber sind diejenigen gemeint, die das - wie wir es jetzt formuliert haben - nicht nur statutengemäss, sondern auch ausschliesslich tun, und da müsste nicht auch noch ein «kann» das Ganze in Frage stellen.

Nun zur zweiten Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit.

Wir sind der Meinung, es müsse, wie der Bundesrat das vorgeschlagen hat, bei Buchstabe a um den «wesentlichen Inhalt von Dienstleistungen» gehen. Die Mehrheit hat nun auch hier in einer Weise, die ich als überängstlich empfinde, «wesentlicher Inhalt der vom Bundesrat bezeichneten Dienstleistungen» hinzugefügt. Ich bitte Sie sehr, diesem Vorschlag nicht zu folgen. Dieser Unterschied zwischen Dienstleistungen – die übrigens nach meinen Informationen nur 1 Prozent der Tests ausmachen (99 Prozent sind Waren) – und Waren ist nicht begreifbar, nicht ersichtlich. Was gäbe das auch für eine Liste der Dienstleistungen, die hier gemeint sind und mit denen sich Verwaltung und Bundesrat im Sinne der Enumerierung und Katalogisierung befassen müssten. Ersparen wir das doch diesen Instanzen. Für Deklarationen ist das in Ordnung und dort akzeptieren wir das. Die Botschaft macht klar - es gilt, was ich schon vorhin beim ersten Antrag gesagt habe -, welche Dienstleistungen gemeint sind: standardisierte, vergleichbare Leistungen, wie Unterrichtsverträge oder Ferienangebote. Auf Seite 10 sagt die Botschaft ganz genau, was gemeint und was nicht gemeint ist. Unter diesen Umständen meine ich, dass auch im zweiten Punkt dem Antrag der Minderheit gefolgt werden müsste, wenn dieser Artikel überhaupt die Wirkungen entfalten soll, die vom Verfassungsauftrag her gemeint sind.

Reichmuth: Dieser Artikel 5 Absatz 1 erster Satz wurde von der Kommission sehr ausgiebig behandelt, wie die Kommissionspräsidentin ausgeführt hat.

Es ging vorerst darum, in Absatz 1 erster Satz zu entscheiden, ob gesamtschweizerischen Konsumentenorganisationen ein Rechtsanspruch auf Bundessubventionen zuerkannt werden soll oder ob der Bundesrat es schliesslich noch in der Hand haben soll, die beitragsberechtigten Organisationen zu bezeichnen. Bisher wurden gemäss Bundesratsbeschluss vom 16. August 1972 Bundesbeiträge für die Konsumenteninformation ausdrücklich nur an die Arbeitsgemeinschaft der Stiftung für Konsumentenschutz und des Schweizerischen Konsumentenbundes ausbezahlt. Es handelte sich im Jahr 1970 um 100 000 Franken. Im Jahre 1972 wurde die Beitragslimite auf 150 000 Franken und im Jahre 1985 auf 180 000 Franken erhöht.

Die Botschaft zum vorliegenden Bundesgesetz rechnet auf längere Sicht damit, dass die Bundesbeiträge bis auf 1 Million Franken anzupassen sind. Lösungen bis zum Nullpunkt, wie Herr Miville sie befürchtet, sind also nicht zu erwarten. Angesichts der in Aussicht gestellten Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel ist aber die Möglichkeit nicht auszuschliessen, dass sich etliche weitere Konsumentenorganisationen bilden, die die Voraussetzungen des Artikels 5 Absatz 1 erfüllen und daher Anspruch auf Bundessubventionen erheben. Geben wir diesen im Gesetz einen Rechtsanspruch auf Subventionen, führt das zu einer unheilvollen Verzettelung der Mittel und zu einem neuen Giesskannensystem, dem der Bundesrat nichts entgegensetzen könnte. Es bliebe wahrscheinlich nichts anderes übrig, als die Budgetkredite wieder entsprechend den Bedürfnissen zu erhöhen. Diese Gefahr wurde auch in der Kommission erkannt, weshalb auch die Frage geprüft wurde, die subventionsberechtigten Organisationen im Gesetz namentlich aufzuführen. Man hat auf eine solche Legaldefinition verzichtet - in der Meinung, diese Lösung sei zu starr und sie berücksichtige allfällige Wandlungen in der Tätigkeit und Zielsetzung einer der genannten Organisationen nicht oder zu wenig.

Wenn wir in Absatz 1 die Kann-Formel beschliessen, geben wir dem Bundesrat die Möglichkeit, die Mittel zielgerichtet den wichtigen Konsumentenorganisationen für die im Gesetz erwähnten Tätigkeiten zukommen zu lassen.

Die Effizienz bleibt gewahrt und missbräuchlichen Ansprüchen kann so am besten begegnet werden. Das bedeutet ein ausdrückliches Vertrauensvotum für den Bundesrat. Wir müssen jede Gelegenheit benützen, um dem Bundesrat unser Vertrauen auszudrücken. Ich bitte Sie daher, bei Artikel 5 Absatz 1 erster Satz der Formulierung der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Da Herr Miville bereits zu Buchstabe a von Artikel 5 Absatz 1 gesprochen hat, möchte ich mich ebenfalls dazu äussern. Bei dieser Bestimmung geht es keineswegs um den Ausdruck der Aengstlichkeit der Kommission, sondern darum, ob Bundesbeiträge an Tests für alle möglichen Dienstleistungen ausgerichtet werden sollen. In Artikel 2 Buchstabe b haben wir gestern bestimmt, dass im Gegensatz zu den Waren nur jene Dienstleistungen deklarationspflichtig sind, die der Bundesrat als solche bezeichnet.

Angesichts der Unmenge von Dienstleistungsangeboten, die immer wieder neu auf dem Markt erscheinen, ist eine Beschränkung auf das Wesentliche sicher am Platz. Das gilt meines Erachtens aber ebensosehr für die Subventionierung von Tests im Dienstleistungsbereich. Wenn wir schon bei der Deklarationspflicht die Bezeichnung der in Betracht fallenden Dienstleistungen durch den Bundesrat festschreiben, so ist es nicht mehr als konsequent, wenn wir dies auch bei der Subventionsberechtigung der Dienstleistungstests analog handhaben. Denn hier geht es schliesslich darum, wofür der Bund das Geld zur Verfügung stellt.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Mme Bauer: Je suis l'une des cosignataires de la minorité et je souhaite m'exprimer au sujet de l'article 5, alinéa 1. J'estime qu'à la forme potestative: «La Confédération peut accorder aux organisations de consommateurs des contributions» il faut préférer la formule proposée par le Conseil fédéral: «La Confédération accorde des contributions aux organisations de consommateurs.» Pas à n'importe lesquelles – j'en conviens – pas à toutes, mais à celles qui, premièrement, sont d'importance nationale et, deuxièmement, à celles qui se consacrent statutairement à la protection des consommateurs. Le terme «exclusivement» qui a été ajouté par la majorité à la version du Conseil fédéral me semble trop limitatif, trop restrictif.

A ces organisations-là, la Confédération accorde donc des contributions dans les limites des crédits alloués jusqu'à concurrence de la moitié des frais pris en compte. En quoi consistent ces frais? Eh bien, il faut reconnaître, qu'une information incontestable, de qualité irréprochable, doit se baser sur des tests effectués dans des laboratoires, par des scientifiques reconnus. Or, ces tests coûtent cher. J'en ai fait faire moi-même un ou deux et je me rends compte qu'ils ne sont pas à la portée de tous les citoyens. Ces tests, réalisés en laboratoire, dans l'intention de savoir ce qu'on mange, s'il y a de la dioxine dans les salades autour des usines d'incinération, par exemple, seules des associations de consommateurs peuvent les demander et payer des analyses de ce genre.

Dès lors que ces tests sont effectués dans l'intérêt général, dans l'intérêt de la collectivité la plus large, on doit admettre qu'ils pourraient être pris en charge par la Confédération dans leur totalité. Ce serait toutefois accroître inutilement l'intervention de l'Etat; mais étant donné que les associations de consommateurs le libèrent d'une tâche d'utilité publique, il est juste que l'Etat assume, pour le moins, la moitié des frais.

En ajoutant à l'article 5, alinéa 1, lettre a l'expression «les caractéristiques essentielles, clairement saisissables», la majorité de la commission introduit, incontestablement, une notion subjective. Ce qui est «clairement saisissable» pour les uns ne l'est pas forcément pour d'autres. On ouvre donc la porte à l'interprétation personnelle et donc à la contestation. C'est pourquoi, pour ma part, je préfère, dans les deux cas que je viens d'évoquer, qu'on en reste aux propositions du Conseil fédéral.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral adhère à cinq propositions de modifications qui vous sont présentées par la commission et il vous propose, pour deux de celles-ci, de suivre la minorité.

Je passe rapidement sur les cinq modifications auxquelles nous adhérons. Il s'agit de modifications portant sur la terminologie de cet article, fixant d'une manière plus rigoureuse, plus limitative et plus précise les conditions auxquelles l'aide financière de la Confédération peut être appportée à des organisateurs de tests. Ce sont autant de précisions qui peuvent apparaître superflues, mais auxquelles le Conseil fédéral est d'accord d'adhérer. Il s'agit, au surplus de biffer les lettres c et d de cet article 5.

En revanche, le Conseil fédéral vous demande de ne pas suivre la proposition de la majorité concernant la première phrase de cet article. Ici, le Conseil fédéral et la minorité vous proposent de dire: «La Conférération accorde aux organisations de consommateurs d'importance nationale» plutôt que la formule de la majorité: «peut accorder». Le texte que nous vous proposons sur ce point est un texte très prudent. C'est un ensemble très limitatif de domaines et c'est des conditions très précises d'octroi du soutien financier qui sont déterminées par cet article, surtout après les amendements que la majorité y apporte et auxquels je viens de dire que le Conseil fédéral adhère.

Si, en dépit du caractère très prudent – j'allais dire très timide – du texte qui vous est proposé, vous en affaiblissez encore la valeur en retenant la formule «peut accorder» nous ne voyons pas où est la réponse que le législateur apporte au peuple et aux cantons qui, il y a six ans déjà, nous ont attribué un mandat constitutionnel clair et net. Je tiens quand même à dire avec émotion ma gratitude à Monsieur Reichmuth pour la très large confiance dont il

veuf investir le Conseil fédéral – ce n'est pas tous les jours que l'on entend des propos si généreusement dispensés. Je préfère, sur ce point, ne pas disposer de cette vaste marge de confiance et en rester à la formule positive, claire et nette telle qu'elle figure dans la proposition du Conseil fédéral. Cela concerne le premier point de la minorité.

Le second point concerne la fin de la lettre a. Le Conseil fédéral propose que l'exécution de tests comparatifs porte sur des caractéristiques essentielles, clairement saisissables de biens et sur des éléments essentiels de services en tout et pour tout. La majorité de la commission propose d'ajouter, à propos des tests de services, qu'il ne peut s'agir que des services désignés par le Conseil fédéral. Nous sommes tout à fait d'accord qu'à l'article 1, lorsque l'on parle des déclarations des services qui sont soumises à la loi, on oblige le Conseil fédéral, dans une ordonnance ultérieure, à dire quels seront ces services, à dresser une liste des déclarations à propos desquelles la loi jouera. Dans l'état actuel des choses, il est fort probable que le Conseil fédéral, dans un premier temps, limitera aux voyages à forfait et aux cours par correspondance le premier domaine dans lequel il compte intervenir.

En revanche, limiter les tests à ces seuls domaines serait leur donner véritablement une dimension trop restreinte et priver ainsi le consommateur de renseignements objectifs dont il a besoin aussi pour d'autres prestations de services que les voyages à forfait ou les cours par correspondance. Il y a en effet dans ce domaine une offre grandissante de services et un nombre considérable d'informations à donner et de mystères à percer et, sur ce point, le travail de débroussaillage, voire de révélation, que peuvent opérer les organisateurs de tests contribue à cet équilibre du marché, à cet éclairage des conditions du commerce, qui est la justification même de cette loi. Sur ce deuxième point, je vous demande de ne pas affaiblir encore davantage un texte au demeurant fort mesuré et même timide et d'adhérer à la proposition de la minorité de la commission.

Hefti: Bei allem Respekt: Ich glaube, dass sich der Bundesrat und die Minderheit der Tragweite ihrer Formulierung zuwenig bewusst sind. Es steht im Gesetz, dass die Beiträge im Rahmen der bewilligten Kredite erfolgen. Das ist in der Eintretensdebatte von Kollegin Meier Josi und von Kollege Miville unterstrichen worden.

Wenn Sie auf der anderen Seite mit der bundesrätlichen Formulierung und der Formulierung der Minderheit einen klaren Rechtsanspruch schaffen, wird es Streitigkeiten geben, die bis vor das Bundesgericht gehen, welche Organisationen nun Beiträge erhalten. Und das wird sich auch auf die Höhe der Beiträge ausweiten. Wir kommen leicht zur Lösung, dass hier nicht mehr der Bundesrat entscheidet, sondern der Richter, was im allgemeinen auch immer bedeutend teurer kommt und sicher nicht im allgemeinen Interesse liegt.

Deshalb bin ich der Auffassung, dass auch für die Konsumentenorganisationen gesamthaft betrachtet die Lösung der Mehrheit die bessere ist. Auch der Bundesrat sollte sich dem anschliessen, dass er hier leitet und nicht letzten Endes der Richter.

Abstimmung - Vote

Abs. 1 Einleitungssatz - Al. 1 phrase introductive

Für den Antrag der Mehrheit 28 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 16 Stimmen

Abs. 1 Bst. a - Al. 1 let. a

Für den Antrag der Mehrheit 24 Stimmen Für den Antrag der Minderheit 14 Stimmen

Art. 5 Abs. 2

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 5 al. 2

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 6

Antrag der Kommission

.... nur, wenn die Konsumentenorganisation in ihrer gesamten Testtätigkeit:

c. Vorschriften und andere anerkannte Normen angemessen berücksichtigt:

d. ihre Testprogramme unter Beizug von ausgewiesenen Fachleuten so erarbeitet,

e. die Tests in geeigneten Instituten, in der Regel in der Schweiz, durchführen lässt;

f. die von einem Test betroffenen und bekannten Anbieter über die Testergebnisse orientiert, ihnen im Falle der Veröffentlichung den Wortlaut der Publikation unter Ansetzung einer angemessenen Frist zur Stellungnahme unterbreitet und berechtigten Einwänden der Anbieter Rechnung trägt; sie muss auf Wunsch den Betroffenen bis zu einem Monat nach der Veröffentlichung die erforderlichen Auskünfte erteilen.

Art. 6

Proposition de la commission

.... tests comparatifs que si, pour l'ensemble des tests qu'elle exécute, l'organisation de consommateurs:

c. ... prescriptions légales et d'autres normes reconnues applicables aux objets à tester et aux procédés de test;

d. Elabore les programmes de test avec le concours d'experts reconnus et garantit une appréciation objective des objets testés;

e. Fait effectuer les essais dans des établissements appropriés, en principe en Suisse;

f. Informe, s'ils lui sont connus, les fournisseurs qui font l'objet d'un test sur les résultats obtenus et en cas de publication, leur soumet le texte pour avis, en leur fixant un délai raisonnable et respecte les objection justifiées du fournisseur; elle doit, à la demande des intéressés, fournir les renseignements requis dans un délai d'un mois après la publication des résultats.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: In Artikel 6 sind verschiedene Präzisierungen vorgenommen worden. Sie sind unbestritten. Im Ingress wurde eingefügt «in ihrer gesamten Testtätigkeit». Das ist eine relativ unproblematische Einfügung.

In Buchstabe c wurden die «privaten Normen» ersetzt durch «andere anerkannte Normen». Man denkt hier an Branchennormen, beispielsweise an die Normen des SEV.

In Buchstabe d wird von den Fachleuten noch vorausgesetzt, dass sie ausgewiesen sein müssen. Auch das ist eine Verstärkung und keine Veränderung.

In Buchstabe e wird gesagt, dass die Tests in der Regel in der Schweiz durchgeführt werden sollen. Das ist so oder so der Fall. Aber es gibt Ausnahmen, wo die Tests in der Schweiz nicht durchgeführt werden können.

In Buchstabe f ist die Kommission ausführlicher geworden. Sie hat neu und präziser formuliert. Inhaltliche Aenderungen waren nicht bezweckt. Es geht einfach darum, dass die betroffenen Anbieter angehört werden sollen und dass sie eine angemessene Frist zu einer Stellungnahme haben. Es geht um eine faire Behandlung der Anbieter. Das war das Anliegen der Kommission.

Zum letzten Halbsatz, der lautet: «.... sie (die Konsumentenorganisation) muss auf Wunsch den Betroffenen bis zu einem Monat nach der Veröffentlichung die erforderlichen Auskünfte erteilen.», halte ich fest, dass es sich nur um Auskünfte im Zusammenhang mit den eigenen Produkten handeln kann und nicht um andere. Soviel zu Artikel 6.

Angenommen - Adopté

Art. 6bis

Antrag der Kommission

Titel

Unabhängigkeit bei der Durchführung des Tests
Text

Eine Organisation, welche für die Durchführung von vergleichenden Tests gemäss Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a Finanzhilfe erhält, darf sich in keine Abhängigkeiten begeben, durch welche die objektive Durchführung der Tests nicht mehr gewährleistet ist.

Art. 6bis

Proposition de la commission

Titre

Indépendance dans l'exécution des tests

Texte

L'organisation qui obtient des contributions pour l'exécution de tests comparatifs selon l'article 5, 1er alinéa, lettre a, ne doit pas se trouver dans un rapport de dépendance qui ne lui permet plus de garantir une exécution objective des tests.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Artikel 6bis ist eine Neuschöpfung der Kommission. Wir haben damit zwar zur gesetzgeberischen Inflation beigetragen, aber die Kommission erachtete es als richtig und der Verdeutlichung nützlich, festzuhalten, dass die Konsumentenorganisationen tatsächlich und ausschliesslich im Interesse der Konsumenten tätig sein müssen und dass sie sich nicht von anderen Interessen beeinflussen lassen dürfen.

Das wollte die Kommission mit der Einfügung dieses Artikels 6bis bekräftigen und auch sicherstellen. Er ist unbestritten.

Angenommen - Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission

Abs. 1

c. die Bestimmungen über die Durchführung vergleichender Tests (Art. 6) und die Unabhängigkeit bei der Durchführung (Art. 6bis) nicht einhält.

Abs. 2

Fehlbare Organisationen werden in schweren Fällen von der Finanzhilfe ausgeschlossen.

Art. 7

Proposition de la commission

AI. 1

c. de tests comparatifs (art. 6) ni l'indépendance dans leur exécution (art. 6bis).

Al. 2

Dans les cas graves, les organisations fautives sont exclues du droit aux contributions.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: In Artikel 7 wurde in Buchstabe c ein Hinweis auch auf Artikel 6bis eingefügt. Das ist eine redaktionelle Aenderung.

In Absatz 2 wurde eine Verschärfung vorgenommen. Die Kann-Formulierung, die der Bundesrat gewählt hat, wurde fallengelassen. Dafür wurde präzisiert, dass nur in schweren Fällen die Finanzhilfe entzogen werden soll und kann.

Damif wollte die Kommission – das liegt ja auf der Linie ihrer gesamten Arbeit –, dass die Konsumentenorganisationen eben einem – sagen wir strengen – Regime unterstellt werden sollen.

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... Auskünfte erteilen und Einblick in die Unterlagen gewähren.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1.

.... tous les renseignements nécessaires et lui permettre de consulter les pièces justificatives.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: In Artikel 8 handelt es sich um eine Präzisierung von «Auskünfte». Dazu sollen auch Einblicke in die Unterlagen gehören; das ist eine Selbstverständlichkeit.

Angenommen - Adopté

Art. 9

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

...., in der die Konsumenten und die Wirtschaft paritätisch sowie die Wissenschaft vertreten sind.

Minderheit

(Bauer, Bührer, Meier Josi, Miville)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 und 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9

Proposition de la commission

AI. 1

Majorité

.... représentant des consommateurs et de l'économie, à parité, ainsi que de la science.

Minorité

(Bauer, Bührer, Meier Josi, Miville)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 et 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Artikel 9 ist wiederum ein, sagen wir, neuralgischer Punkt.

Die Kommission hat hier in Absatz 1 mit 5 zu 4 Stimmen beschlossen, dass die Kommission für Konsumentenfragen

paritätisch zusammengesetzt sein müsse.

Die heutige Kommission zählt unter 24 Mitgliedern 13 Vertreter aus Konsumentenschutzkreisen. Es besteht also eine leichte Ueberrepräsentation der Konsumentenkreise. Eine Aenderung in der Zusammensetzung ist nicht geplant. Auch wenn das «paritätisch» nicht eingefügt wird, ist keine Aenderung, keine Gewichtsverschiebung geplant. Trotzdem hat die Kommissionsmehrheit es als richtig und angebracht erachtet, zu verlangen, dass diese Kommission paritätisch zusammengesetzt wird. Sie hat dies getan im Sinne eines besseren Interessenausgleichs zwischen den Partnern, zwischen Anbietern, Produzenten und den Konsumentenorganisationen.

Es lag der Kommission daran, damit zu manifestieren, dass den Anbietern und Produzenten ein gebührendes Gewicht in dieser Kommission verschafft wird.

Mme Bauer, porte-parole de la minorité: Les chiffres qui nous ont été fournis par le Département fédéral de l'économie publique concernant les représentants des consommateurs et ceux de l'économie au sein de l'ensemble des commissions qui ont à s'occuper des problèmes de consommation prouvent que la disproportion est flagrante, et cela au détriment des consommateurs. On est bien loin de

la parité réclamée à l'article 9 par la majorité de notre commission. Qu'on en juge plutôt!

Dans ces commissions chargées des problèmes, non pas de production, mais bien de consommation, les consommateurs ne sont représentés que dans neuf commissions sur 24. Sur le total des sièges de ces commissions, soit 480, les consommateurs disposent de 19 sièges seulement. En ajoutant les organisations féminines et les organisations de salariés, on arrive à 73 sièges sur 480, c'est-à-dire seulement 15 pour cent. Ainsi donc, c'est bien d'iniquité, de sous-représentativité, de disparité qu'il faut parler. Par conséquent, je vous prie, Monsieur le Conseiller fédéral, d'user de votre don de persuasion et de votre pouvoir, qui sont grands, pour corriger rapidement des inégalités aussi choquantes.

En ce qui concerne la Commission fédérale de la consommation, le Conseil fédéral estime qu'il convient d'en rester à la répartition actuelle: 11 représentants des milieux de l'économie et de la science, 13 représentants des milieux de consommateurs; cette légère surreprésentation, ce modeste privilège de 2 voix se justifiant, affirme le Conseil fédéral – et j'abonde dans ce sens – de par la nature des préoccupations de la commission.

Ainsi donc, avec la minorité de la commission et le Conseil fédéral, je vous engage à voter en faveur de la version du Conseil fédéral.

Kündig: Bei diesem Artikel geht es nach Meinung der Mehrheit darum, festzulegen, dass die Konsumenten und die Wirtschaft innerhalb dieser Kommission paritätisch vertreten sein sollen. Es erstaunt mich einigermassen, dass gerade Vertreter aus Kreisen, die sonst immer die Parität wünschen und verlangen, hier die Parität bekämpfen wollen.

Die Begründung, weshalb hier eine Aenderung gegenüber dem heutigen Zustand notwendig ist, liegt darin, dass wir eine neue Gesetzessituation haben, dass wir hier neu legiferieren und dass wir eine neue Institution und eine neue Aufgabe erteilen. Somit wird auch die Kommission für Konsumentenfragen eine zusätzliche, erweiterte Bedeutung erhalten. Ich glaube, es ist richtig, wenn der Einfluss, der hier auf die Geschäftstätigkeit, auf die Anbieter genommmen wird, auch durch die Kommission paritätisch ausgewogen werden kann. Eine paritätische Vertretung in der Kommission einerseits durch Vertreter der Wirtschaft, anderseits durch Vertreter der Konsumentenorganisationen ist deshalb nach meinem Dafürhalten zu verwirklichen. Ich empfehle Ihnen, mit der Mehrheit zu stimmen.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: S'il s'agissait ici d'une commission d'arbitrage, par exemple, d'un collège qui devrait prendre un certain nombre de décisions, je serais à coup sûr favorable au principe de la parfaite parité, mais il ne s'agit précisément pas d'un collège arbitral, il s'agit d'une commission consultative qui doit se prononcer sur un certain nombre de problèmes liés à l'application de cette loi et d'une manière générale sur les problèmes de la consommation.

En 1964 déjà, lorsque l'on jetait les bases de cette institution nouvelle dont il est question ici, le Conseil fédéral accordait une certaine prépondérance aux représentants des consommateurs et il justifiait cette prépondérance, qui n'a jamais été combattue, de la manière suivante: «Die Wirtschaft soll abstimmungsmässig keinen entscheidenden Einfluss nehmen können. Sie soll dabei sein, damit die Kommission ihre Empfehlungen in Kenntnis und nach Prüfung der Anbieterargumente beschliessen kann. Im übrigen dürfen sich bei den meisten Fragen keine starren Fronten ergeben. Einmal bilden die Konsumentenvertreter keinen festen Block, zum andern sind Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft bei den Problemen zwischen Anbietern und Verbrauchern nicht immer der gleichen Ansicht.»

Je crois que ces arguments de 1964 valent aujourd'hui encore, et je crois surtout qu'ils vaudront demain encore si le Parlement vote la loi dont nous discutons aujourd'hui. Par

conséquent, pour les besoins de la cause et sans devoir craindre une distorsion, nous pouvons laisser dans cette commission consultative une certaine prépondérance, non écrasante d'ailleurs, aux consommateurs. Comme l'a rappelé d'ailleurs Mme Bauer, il y a dans mon département de très nombreuses commissions qui traitent de cette matière et, alors que l'on pourrait très bien imaginer qu'il faille les concevoir selon le schéma paritaire, aucune de ces commissions ne l'est. Sur les quelque 467 membres, qui constituent ces commissions du Département de l'économie publique. seuls 75 membres représentent les consommateurs. Je n'ai aucunement l'intention de vous proposer la parité, dans ce cadre-là, ni d'élever à plus de 250 le nombre des représentants des consommateurs. La Commission de l'agriculture, par exemple, continuera de connaître une disparité en faveur des producteurs parce que la nature des problèmes de cette commission de l'agriculture concerne plus directement les producteurs que les consommateurs. Inversement, dans cette seule et unique commission de mon département qui traite de la consommation, il est légitime que nous donnions aux consommateurs une légère prépondérance, ce qui ne représente aucun risque mais bien une assurance de bonne connaissance des problèmes.

Je vous demande par conséquent de suivre la minorité de votre commission.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 21 Stimmen 16 Stimmen

Art. 10

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Streichen

Art. 10

Proposition de la commission Al. 1 Adhérer au projet du Conseil fédéral Al. 2 Biffer

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: In Artikel 10 haben wir Absatz 2 gestrichen. Dies geschah, um den falschen Eindruck zu vermeiden, dass der Zivilrichter in allen Fällen, in denen es sich nicht um die Waren- und Dienstleistungsdeklaration handelt, nicht zuständig sein soll. Der Zivilrichter kann angerufen werden, namentlich auch im Fall von Artikel 6 Buchstabe f. Das UWG kennt den Tatbestand der unrichtigen Aussage über Leistungen von Dritten; daneben spielt der Persönlichkeitsschutz, den auch Firmen geniessen. Dieser Absatz kann also ohne Schaden gestrichen werden.

Angenommen - Adopté

Art. 11, 12

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 13

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2

Er kann für den Vollzug der Vorschriften die betroffenen Organisationen der Wirtschaft und der Konsumenten beiziehen.

Art. 13

Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
Pour l'exécution des dispositions, il peut faire appel

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Hier hat die Kommission in Absatz 2 die Möglichkeit des Beizugs von Organisationen ausgeweitet. Der Bundesrat wollte den Beizug von Organisationen der Wirtschaft und der Konsumentenkreise für den Vollzug auf Deklarationen beschränken. Die Kommission hat diese Möglichkeit auf den Vollzug des ganzen Gesetzes ausgeweitet. Es ist eine Kann-Formulierung, und es ist zu betonen, dass keine Organisation gegen ihren Willen beige-

zogen werden kann. Es ist eine Möglichkeit. Man kann die

Organisationen einladen mitzumachen, aber man kann nie-

Angenommen – Adopté

manden zwingen.

Art. 14

Antrag der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes Dagegen 34 Stimmen 1 Stimme

В

Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts Loi fédérale modifiant le code des obligations

Antrag der Kommission Eintreten Antrag Schmid Nichteintreten

Proposition de la commission Entrer en matière Proposition Schmid Ne pas entrer en matière

Frau Bührer, Berichterstatterin: Mit der Aenderung des Obligationenrechts wird bezweckt, die Stellung des Konsumenten als Marktpartner zu stärken. Zum einen soll eine klare Regelung für die Zusendung unbestellter Waren getroffen werden, zum andern soll ein Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften und ähnlichen Verträgen eingeführt werden. Schon zu Beginn unserer Kommissionsberatungen war klar, dass der Aenderung des Obligationenrechtes heftiger Widerstand erwachsen würde. Insbesondere die Einführung des Widerrufsrechts für Versicherungsverträge stiess auf deutliche Ablehnung. Trotzdem ist die Kommission auf die Aenderung des Obligationenrechts eingetreten, und zwar ohne Gegenstimme. Dieser Eintretensbeschluss ist auch im Rückblick nicht unlogisch, obwohl dann alle Artikel gestrichen wurden. Die Kommission war der Meinung, es solle zumindest die Möglichkeit offengelassen werden, die Bedenken, die in der Grundsatzdebatte geäussert worden waren, durch Abänderung des bundesrätlichen Entwurfes aus dem Wege zu räumen. Die Türe sollte also nicht mit lautem Knall zufallen. Zugefallen ist sie so oder so. Am Ergebnis hat das nichts geändert. In der Folge beschloss die Kommission die Streichung sowohl von Artikel 6a (neu) als auch von Artikel 40a bis 40f (neu).

Zu Artikel 6a (neu) zuerst einige Bemerkungen. Dieser Artikel soll die Zusendung unbestellter Waren regeln. Die Rechtslage zu dieser Frage ist heute nicht klar, auch wenn

sich eine halbwegs befriedigende Praxis etabliert hat. Nach heutiger Rechtslehre wird eine begrenzte Pflicht des Empfängers bejaht, die Sache im Hinblick auf eine allfällige Abholung durch den Absender aufzubewahren. Nach dem Entwurf des Bundesrates wird diese Pflicht grundsätzlich verneint, ausgenommen sind nur offensichtlich irrtümlich zugestellte Sendungen. Aber auch in diesem Fall besteht nach dem bundesrätlichen Entwurf lediglich eine Aufbewahrungs- und keine Rücksendepflicht. Obwohl bezüglich der heutigen Praxis zahlreiche offene Fragen und recht unterschiedliche Auffassungen bestehen und eine gesetzliche Regelung der Materie fehlt, hat die Kommissionsmehrheit die Streichung dieses Artikels beschlossen. Die wesentlichen Gründe für die Streichung waren:

 Eine Regelung sei unnötig, es bestehe kein rechtliches Bedürfnis. Die Praxis sei eingespielt, und es ergäben sich keine übermässigen Probleme. Zumindest stehe der Vorschlag in keinem vernünftigen Verhältnis zum Bedürfnis.

2. Grosse Zurückhaltung sei geboten, wenn es um eine Aenderung solch grundlegender Erlasse, wie es das Obligationenrecht darstellt – man brauchte das Bild des Tempels –, geht.

Die Kommission hat sich mit 5 zu 4 Stimmen für die Streichung entschieden. Es besteht zu diesem Punkt ein Minderheitsantrag.

Die Artikel 40a bis 40f betreffen das Widerrufsrecht. Diese Artikel wurden en bloc gestrichen. Es fand also keine Detailberatung der einzelnen Artikel statt. Beim Widerrufsrecht handelt es sich um ein altes Anliegen des Konsumentenschutzes. Bereits im Abstimmungsbüchlein zum Konsumentenschutzartikel in der Bundesverfassung, das der Stimmbürger erhielt, wurde darauf hingewiesen – ich zitiere: «Aber auch verlockende Angebote und ungewöhnliche Werbeund Verkaufsmethoden verleiten manchen zu unüberlegten Käufen und übereilten Vertragsabschlüssen. Daraus erklärt sich denn auch die Idee des Konsumentenschutzes.» Man hatte damals also die Vorstellung, dass das ein Problem sei und dass dieses Problem durch den Konsumentenschutz aufgegriffen werden solle.

Bei der Formulierung des Verfassungsartikels, der ja im ersten Artikel als Generalklausel formuliert ist, wurde ohne Zweifel an das Widerrufsrecht unter gewissen eingrenzenden Umständen gedacht. Die Gründe, die für die Einführung eines begrenzten Widerrufsrechts sprechen, sind heute dieselben wie damals. Die Verkaufs- und Werbemethoden haben sich perfektioniert; sie perfektionieren sich laufend. Das Zielpublikum für Ueberrumpelungsmethoden wird sorgfältig ausgesucht und dieses Feld mit Erfolg und Ausdauer beackert. Die Etablierung eines Widerrufsrechts könnte die Attraktivität unseriöser Geschäftemacherei mindern. Das Widerrufsrecht hätte also eine präventive Wirkung.

Seriöse Firmen legen grossen Wert auf zufriedene Kunden und gewähren von sich aus grosszügige Widerrufsmöglichkeiten, so dass sie nichts zu fürchten haben. Hinzu kommt, dass in ausländischer Nachbarschaft das Widerrufsrecht zum Teil besteht oder in allernächster Zukunft gemäss den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft etabliert werden soll. Diese sehen auch ein Widerrufsrecht für Verträge vor, die ausserhalb von Geschäftsräumen – sogenannte Haustürgeschäfte und ähnliches – abgeschlossen werden. Dies sind sehr summarisch die Gründe – es besteht ja ein Minderheitsantrag –, die für die Einführung eines begrenzten Widerrufsrechts sprechen.

Die Mehrheit der Kommission hat den Gründen, die gegen jedes Widerrufsrecht sprechen, mehr Gewicht beigemessen. Es wurde argumentiert:

- 1. Das Widerrufsrecht wäre ein unzulässiger Eingriff man sprach sogar von einem Einbruch ins Vertragsrecht.
- 2. Rechtsunsicherheiten würden geschaffen.
- 3. Es würden einseitig die Interessen der Konsumenten geschützt.
- 4. Der Verfassungsauftrag sei bereits mit dem Konsumenteninformationsgesetz hinlänglich erfüllt.

Dies einige der wichtigsten Gründe. Die gewichtigste Kritik betraf die Art der Gesetzgebung, sozusagen die Gesetzesökonomie oder die Gesetzeshygiene. Ein Kommissionsmitglied hat es so formuliert: «Hier wird mit einer riesigen Klappe eine kleine Fliege geschlagen.» Mit anderen Worten: Die Verhältnismässigkeit sei nicht gewahrt; insbesondere aber sei es nicht akzeptabel, dass der allgemeine Teil des Obligationenrechts mit diesem Spezialfall verunziert und aufgebläht würde. Wenn schon, müsse die Regelung im besonderen Teil des Obligationenrechts plaziert werden. Die Kommission befasste sich jedoch nicht mit der Frage einer alternativen Einordnung. Das Widerrufsrecht stiess auf grundsätzliche Ablehnung. Die Artikel wurden en bloc gestrichen. Die Streichung erfolgte mit 7 gegen 4 Stimmen. Auch hier besteht ein Minderheitsantrag.

Schmid: Ich stelle Ihnen den Antrag, auf den Bundesbeschluss B, Aenderung des Obligationenrechtes, nicht einzutreten, weil ich diese Obligationenrechtsänderung für komplett überflüssig halte.

Zur Verfassungsmässigkeit meines Nichteintretensantrages: Wir haben seit dem 14. Juni 1981 einen Verfassungsartikel 31sexies Absatz 1, der vorsieht, dass der Bund unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutz der Konsumenten trifft. Begründet auf diese Verfassungsbestimmung wird uns der Beschluss B, Aenderung des Obligationenrechtes, vorgeschlagen. Wenn ich nun Ihnen Nichteintreten beantrage. könnte man mir den Vorwurf machen, dass ich Ihnen beantrage, den berühmten Verfassungsauftrag nicht zu erfüllen. Die Frage stellt sich nun doch: Was sind Verfassungsaufträge in dieser Hinsicht? Wenn Sie diesen Text betrachten, haben Sie wieder einmal mehr einen jener Open-end-Texte in der Verfassung, der als Verfassungsauftrag völlig untauglich, aber als Verfassungsermächtigung gut ist. Sagen Sie mir, wann der Verfassungsauftrag dieses Artikels 31sexies Absatz 1 tatsächlich erfüllt ist! Sie können Konsumentenschutz betreiben noch und noch und immer noch weitere «Verbesserungen» des Konsumentenschutzes sehen und verlangen. Sie können den Konsumenten schützen, bis es keine Anbieter mehr gibt, und dann ist dieser Verfassungsauftrag erledigt.

Die Frage ist meines Erachtens daher gegenstandslos. Mit dem Konsumenteninformationsgesetz (KIG) ist dieser Auftrag, wenn von einem solchen geredet werden kann, hinlänglich erfüllt, abgesehen davon, dass man aufgrund verschiedener anderer Verordnungen, von denen man heute nicht spricht, Konsumentenschutz betreibt: Lebensmittelverordnungen, gesundheitspolizeiliche Verordnungen usw. Ich bin also der Auffassung, dass Sie ohne weiteres meinem Antrag zustimmen dürfen und Nichteintreten beschliessen können.

Der Antrag ist gerechtfertigt, weil die materielle Aenderung unnötig ist. Sie haben zwei Komplexe in diesem Gesetzentwurf B, Aenderung des Obligationenrechts: einerseits den Artikel 6a (neu), Zusendung unbestellter Sachen, und andererseits die Artikel 40a ff., das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften und ähnlichen Verträgen.

Was den Artikel 6a betrifft, kann ich mich voll auf das verlassen, was Ihnen Frau Bührer mit Bezug auf die Argumentation der Mehrheit à contre coeur, aber trotzdem brillant dargelegt hat. Ich kann das nur unterstützen. Ich halte diesen Revisionsartikel 6a, per se genommen, in keiner Art und Weise für notwendig. Wie es Herr Miville gestern formuliert hat, gibt es zwar Aergernisse. Aber wenn wir alle Aergernisse gesetzlich beseitigen wollten, würden wir das tun, was wir an sich kritisieren, nämlich den Vollauf unserer Gesetzesmaschinerie noch viel mehr anheizen. Artikel 6a OR darf im Ernst nicht als Argument für diese Gesetzesrevision betrachtet werden. Viel wichtiger sind die Artikel 40a ff., das Rücktrittsrecht des Konsumenten.

Die Artikel 40a ff. regeln das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften und ähnlichen Verträgen, wie man uns sagt. Ich halte das tatsächlich für eine überflüssige Regelung. Sie können sich erinnern, dass wir vor ungefähr Jahresfrist das UWG revidiert haben. Wir haben im UWG einen neuen

Artikel 3 Litera h aufgestellt, der sich mit den besonders aggressiven Verkaufsmethoden befasste. Dieser Artikel 3 Litera h des UWG lautet heute: «Unlauter handelt insbesondere, wer den Kunden durch besonders aggressive Verkaufsmethoden in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt.» Mit dieser Regelung - Sie erinnern sich an die Botschaft und an die Ausführungen von Herrn Bundesrat Furgler seinerzeit - wollte man namentlich Haustürgeschäfte. Verkaufsreisen und Verkaufsparties ansprechen, und Sie haben dem zugetimmt. Weil ich damals wusste, dass eine neue Regelung der Artikel 40a ff. in Vorbereitung war, habe ich die Auffassung vertreten, dass wir uns doch die Frage stellen sollten, wieweit wir ein und denselben Tatbestand immer wieder pönalisieren, ja kriminalisieren und ausmerzen wollten. Es gibt einen alten Grundsatz, dass man nicht mehr als notwendig legiferieren soll. Man kommt bei der Diskussion dieser Frage einmal auf den Einwand, den Herr Miville gestern angetönt hat, die Frage nämlich: Kann das UWG mit dem OR verglichen werden? Herr Miville hat gestern die Auffassung vertreten, das UWG regle ein anderes Verhältnis als das OR, nämlich das Verhältnis zwischen den Anbietern - er hat zwar «Konsumenten» gesagt, aber das ist ein offensichtliches Versehen (Miville: Konkurrenten), Konkurrenten, richtig, Herr Miville, zwischen Konkurrenten selbst -, und das OR zwischen Anbieter und Konsument. Das war früher richtig, Herr Miville. Nach neuem UWG trifft das nicht mehr zu. Gemäss Artikel 1 des neuen UWG hat das Gesetz den lauteren und unverfälschten Wettbewerb im Interesse «aller Beteiligten» - also auch der Konsumenten - zu gewährleisten. Das UWG regelt neuerdings also auch und ausdrücklich das Verhältnis zwischen Anbieter und Konsumenten, soweit das Lauterkeitsrecht angesprochen ist. Hier haben wir eine Regelung, welche den Konsumenten eine Massnahme in die Hand gibt, unlauteres Verhalten seitens der Anbieter auf dem Klageweg (Artikel 10 UWG) zu verfolgen.

Das besonders aggressive Verhalten des Anbieters ist also im UWG bereits angesprochen, geregelt, ja sogar pönalisiert worden. Ich muss Sie deshalb fragen: Was soll hier noch eine zivilrechtliche Norm? Ich will Ihnen gerne zugestehen, dass mir eine zivilrechtliche Norm ohne Artikel 3 Litera h UWG an sich sympathischer gewesen wäre. Nachdem aber Artikel 3 Litera h UWG steht, sollten wir nicht einen Tatbestand doppelt und dreifach regeln. Wir haben ja übrigens im bestehenden Obligationenrecht verschiedene Normen, die ähnliche Tatbestände, welche in diesen Bereich hineingreifen, bereits regeln. Herr Miville hat gestern von der Uebervorteilung gesprochen; das ist der klassische Fall von Artikel 21 OR. Irrtum beim Vertragsabschluss sind in Artikel 23 OR, absichtliche Täuschung in Artikel 28 OR geregelt. Wer bedroht wird oder unter psychischem Zwang handelt, kann sich auf Artikel 29 OR berufen. Es ist nicht so, dass wir nichts hätten. Mit diesem Widerrufsrecht kommen wir in eine Materie hinein, die vertragsgerecht an sich bereits geregelt ist. Es kommt ein wichtiges Element hinzu. Es geht um eine Frage der Philosophie, wie wir es in Zukunft mit unseren Bürgern halten wollen, ob wir sie auch in Zukunft für einigermassen mündige und selbstverantwortungsfähige Bürger halten wollen oder nicht. Mitunter scheint mir. als ob seitens des Bundes die Tendenz bestehen würde, den Bürger nicht ernstzunehmen. Es muss sich niemand wundern, wenn sich der Bürger denn auch so verhält. Wir können doch nicht die Vertragstreue - pacta sunt servanda - für einen bestimmten Bereich einfach herausnehmen und meinen, dieser Grundsatz stimme da nicht. Das führt zu einer Verwilderung der Sitten, indem die Tendenz wächst, gedankenlos, ja bedenkenlos darauf zu bauen, dass man nach Vertragsabschluss immer noch innerhalb von 7 Tagen nein sagen kann. Das ist doch nicht die Art und Weise erwachsener, mündiger und verantwortungsvoller Bürger, miteinander umzugehen.

Diese Regelung ist nicht nur überflüssig; aus meiner Sicht ist sie auch verfehlt. Die Artikel 40a ff. sind, wenn ich ein Wort von Herrn Piller, das er im Zusammenhang mit der Steuerreduktion bei Familien verwendet hat, aufgreifen will,

ein Etikettenschwindel. Man könnte der Auffassung anhangen, es gehe tatsächlich nur um diese Haustürgeschäfte. Ich bitte Sie aber, den Text von Artikel 40a noch einmal zu lesen; Sie werden feststellen, dass weit darüber hinausgeschossen wird. Alle Verkaufsverträge, die ausserhalb der Geschäftsräume des Anbieters abgeschlossen werden, sind, wenn der Konsument nicht kaufmännisch handelt und der Wert der Ware 100 Franken übersteigt, voll in diesem Artikel erfasst. Es geht also nicht nur um die in der Botschaft erwähnten klassischen Dinge.

Es stellt sich mir die Frage, was mit einem solchen Text passiert. Das gibt Prozessfutter; der Prozessweg wird häufig beschritten werden müssen, um auf dem Rechtsweg zu erkennen, was der Gesetzgeber eigentlich wollte. Sie schaffen damit eindeutig eine überflüssige, ungute, schlechte und «philosophisch» fragwürdige Regel.

Zusammenfassend halte ich dafür, dass dieser Bundesbeschluss B verfassungsrechtlich nicht notwendig ist; er ist vertragsrechtlich schlecht und unklar. Ich nehme an, dass das auch die Gründe waren, die die Kommission dazu bewogen haben, sieben Streichungsanträge zu stellen.

Würden Sie der Kommission folgen, hätten Sie einen Beschluss B mit Titel und Ingress, mit Bestimmungen über Referendum und Inkrafttreten, aber ohne materiellen Inhait – ein etwas komisches Ergebnis! Davon möchte ich Sie befreien; ich habe daher einen Nichteintretensantrag gestellt und bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Affolter: Als Kommissionsmitglied empfehle ich Ihnen, dem Nichteintretensantrag von Herrn Schmid zu folgen. Er ist konsequent und deckt sich mit den Beratungsergebnissen unserer Kommission.

Würde der Rat Eintreten auf die Vorlage beschliessen, müsste dies Rückweisung an die Kommission nach sich ziehen, weil wir materiell die Vorlage gar nicht behandelt haben.

Einige von uns reisen zurzeit jeden Abend an irgendeine der zahlreichen Wahlveranstaltungen. Jeden zweiten Abend brandet uns der Vorwurf entgegen, wir täten nichts gegen die über die Bürger hereinstürzende Gesetzesflut; wir wehrten uns nicht gegen die ständig zunehmende Regelungsdichte; wir würden, anstatt die Rolle von Gesetzgebern. besser gelegentlich die von Gesetzesverhütern oder Holzern im Paragraphenwald übernehmen. Dies sollte in erster Linie auch der Bundesrat bedenken; denn er hat 1983 als eines seiner Legislaturziele erklärt, er wolle der beunruhigenden Gesetzesinflation und Zunahme der Regelungsdichte entgegentreten. Der Bundesrat müsste als erster einsehen, dass wir nicht alle Wechselfälle des Lebens, nicht sämtliche Risiken, die dem Bürger drohen, mit gesetzlichen Regelungen auffangen können. Wir dürfen unsere Gesetze wirklich nicht zu Gebrauchsanweisungen machen.»Wir sollten uns vor Augen führen, dass es nie gelingen wird, eine einmal erreichte Regelungsdichte wieder abzubauen. Die Auswirkungen einmal erlassener Gesetze haben nicht nur wir, sondern auch die nach uns geborenen Generationen noch zu tragen.

Wir kommen nicht mehr darum herum, zuerst in jedem einzelnen Fall abzuwägen, ob eine Gesetzesnovelle auch der Gesetzeswürdigkeit im Lichte angezeigter Regelungsdichte entspricht. Nicht alles, was wünschbar erscheint – selbst zum Schutze des Bürgers wünschbar erscheint –, ist auch gesetzeswürdig. Mir scheint, diese notwendige Abwägung sei im vorliegenden Fall schon in den vorberatenden Instanzen nicht genügend erfolgt.

Die beantragte Gesetzesergänzung des Obligationenrechtes stellt einen klassischen Anwendungsfall von unnötiger und nicht gerechtfertigter Erhöhung der Regelungsdichte dar. Ich danke Frau Bührer, dass sie diese Argumentation in ihr Eintretensreferat eingebaut hat, obschon sie selbst davon nicht sehr überzeugt ist.

Zum Artikel 6a: Diese Einfügung entspricht tatsächlich nicht einem ausgewiesenen rechtlichen Bedürfnis – darauf kommt es hier an –, noch drängt sie sich unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit auf. Dass sich die Empfänger von unbestellten Sachen belästigt oder verärgert fühlen, ist, solange keine Unsicherheit in der Rechtslage besteht, kein Grund zur Normierung. Hier hat das Bundesgericht mit ein paar wenigen Entscheiden, die nie angefochten worden sind und in jedem Rechtslehrbuch nachzulesen sind, schon vor Jahrzehnten eine Klarheit geschaffen, die mit der beantragten Bestimmung eher wieder in Frage gestellt wird. Weitaus die meisten der Empfänger von unbestellten Sachen wissen, wie sie sich in solchen Situationen zu verhalten haben. Deshalb ist auch dem Bedürfnis nach Rechtssicherheit durch die etablierte Praxis – nicht eine halbwegs befriedigende Praxis, Frau Bührer, sondern eine durchaus klar herausgearbeitete Praxis – genügend Rechnung getragen.

Zur Artikelfolge 40a bis 40f: Was hier geboten wird, ist bedeutend schlimmer. Ich betrachte diese Implantierung von sechs Artikeln in den ersten Abschnitt des allgemeinen Teils des OR schlicht als legislatorische Entgleisung ersten Ranges. Die Artikel 1 bis 40 unseres OR beschäftigen sich in allgemeinster Weise mit der Entstehung der Obligationen durch Vertrag, mit Abschluss, Form, Inhalt der Verträge, Mängeln des Vertragsabschlusses und Stellvertretung. Dieser Abschnitt wurde seit Inkrafttreten des Obligationenrechts (vor 75 Jahren!) allen Bedürfnissen der rechtlichen Erfassung der Vertragsentstehung gerecht. Diese 40 Artikel wurden seit der Entstehung des OR in keinem Buchstaben abgeändert. Dieser Abschnitt ist zeitlos modern, weil grossartige Rechtschöpfung. Jetzt will man dieser in 40 Kernsätze gekleideten vorbildlichen Rechtschöpfung sechs neue Artikel aufpfropfen, überschrieben mit «Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften und ähnlichen Verträgen». Dies muss doch jedem als krasse Unverhältnismässigkeit erscheinen, der nur die geringste Ahnung von unserem Obligationenrecht und seiner Bedeutung für den täglichen Gebrauch hat. Dies sprengt vor allem auch den allgemeinen Teil - ob man ihn als «Eingangstempel» oder «Vorstube» aufgefasst haben will - in nicht verantwortlicher Weise.

Ich bedaure, dass die Achtung von Bundesrat und Verwaltung vor unseren grossen klassischen Gesetzeswerken wie Obligationenrecht und Zivilgesetzbuch stark gesunken ist. Ich brauche die schon begangenen «Sündenfälle» nicht zu erwähnen. Man kann an diese Hauptgesetzgebung, vor allem an den allgemeinen Teil, nicht ungestraft Axt anlegen. Dies wollte auch das Parlament nicht. Frau Josi Meier hat vor zehn Jahren ein Postulat eingereicht. Sie visierte dort die sogenannten Haustürgeschäfte an, mehr aber nicht. Das wurde dann aber flugs zu einem Widerrufsrecht für alle möglichen Verträge und Dienstleistungen ausgeweitet. Selbst Heiratsvermittlung und Beitritt zu einem Verein fallen darunter.

Selbstverständlich – da gebe ich Herrn Bundesrat Delamuraz recht – sind die neuzeitlichen Werbemethoden raffinierter geworden. Das wissen wir, aber es berechtigt noch keineswegs dazu, im Zeichen des Konsumentenschutzes den allgemeinen Rechtsgrundsatz, der auch seine ausgewiesene Berechtigung hat, nämlich *Pacta sunt servanda*, unbesehen über Bord zu werfen.

Ich wehre mich also primär gegen die verfehlte rechtliche Einordnung einer solchen Regelung. Wenn etwas in dieser Richtung getan werden soll – was ich nicht ausschliessen möchte –, soll man es bitte dort unterbringen, wo es hingehört, nämlich in den speziellen Teil des Obligationenrechtes, z. B. für Haustürgeschäfte im 6. Titel «Kauf und Tausch». Ich wehre mich auch dagegen, dass im allgemeinen Teil des Obligationenrechtes neue Rechtsbegriffe wie «Kunde» oder «Anbieter» eingeführt werden sollen, die man bis jetzt im Obligationenrecht überhaupt nicht findet und für die jedenfalls keine Legaldefinition besteht.

Ich möchte Ihnen abschliessend nur eines sagen: Man bezeichnet gelegentlich die Kleine Kammer als «juristisches Gewissen» des Parlaments. Heute spricht man eher von der Abschaffung des Ständerats. Dann wäre man auch das juristische Gewissen los. Zum juristischen Gewissen gehören aber wohl auch Ehrfurcht vor bewährten Rechtsregeln und die Bedachtnahme auf die Gefahren heutiger Aende-

rungswut und überquellender Regelungsdichte, einem Grundübel unserer Zeit.

Ich bitte Sie, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Sie würde einen weiteren Schritt weg von der Vorstellung des mündigen Bürgers hin zum Vormundstaat bedeuten.

Frau **Meier** Josi, Sprecherin der Minderheit: *Audiatur et altera pars*. Die Streichungsanträge auf der Fahne legen auf den ersten Blick einen Nichteintretensantrag nahe. Ich bitte Sie, trotzdem einzutreten und damit zu ermöglichen, dass zumindestens getrennt über die beiden Regelungsgruppen abgestimmt werden kann, welche Teil B enthält. Die Vorlage B regelt in der Tat im Sinne des Verfassungsauftrages von Artikel 31sexies zwei Lücken. Beide betreffen den Schutz des Konsumenten vor ihn benachteiligenden, teils besonders aggressiven Angebotsmethoden.

Schon die Expertenkommission Nef zum Verfassungsartikel wollte eine Grundlage zum Schutze des Konsumenten vor solchen Methoden schaffen. In ihrem Bericht erwähnte sie ausdrücklich die beiden Sachgebiete: «Normen über die Zustellung unbestellter Waren» und «Ausweitung des Rücktrittsrechts auf all jene Verträge, die mit ungewöhnlichen Angebotsmethoden zustande kommen».

Der jetzige Verfassungstext enthält zwar eine Generalklausel. Aus der Entstehungsgeschichte ist aber klar ersichtlich, dass diese Klausel den Schutz vor benachteiligenden Angebotsmethoden einschliessen wollte. Das Bundesbüchlein, das ich gestern erwähnte, hat dem Stimmbürger das Beispiel ebenfalls namentlich in der Erläuterung zum Text erwähnt. Geklärt hat die Vorgeschichte auch, dass die Vorschläge der Vorlage B mit dem Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit vereinbar sind. Ich verweise Sie etwa auf die Botschaft 79.039 zur Initiative, die dazu sehr ausführliche Auskünfte gibt. Sie können die Vorlage daher nicht aus rechtlichen Gründen ablehnen. Ihr Entscheid ist vielmehr politischer Art.

Ich bitte Sie aber nochmals, dem im Verhältnis 2 zu 1 geäusserten Willen von Volk und Ständen Respekt zu erweisen und nicht zum voraus die Diskussion zu verweigern.

Wir sollten uns auch die Frage stellen, ob es heute noch angezeigt sei, uns vor einer Rechtsentwicklung in Europa so schroff abzuschotten. Die einschlägigen Richtlinien der EG zu unserem Thema sind schliesslich entstanden, weil die Mitgliedstaaten etwas Grundlegendes erkannten: dass nämlich bei den auf dem Wege der Ueberrumpelung zustande gekommenen Verträgen die bisher in der Theorie supponierte gleiche Stärke der Vertragspartner zur Illusion geworden ist, so dass sie wirklich einer Korrektur zugunsten des Konsumenten bedarf.

Die Praxis zeigt uns in der Tat, dass die Vertragspartner zwar gleichberechtigt, aber keineswegs gleich stark sind. Besonders bei einigen Kaufsvertragsarten stehen sehr starke Anbieter sehr unerfahrenen Abnehmern gegenüber. Unser OR - Kollege Schmid hat eben darauf hingewiesen - hat dieser Erfahrungstatsache schon immer etwas Rechnung getragen. Es betrachtet Verträge, bei denen ein Partner die Unerfahrenheit des anderen ausnützt oder ihn offensichtlich übervorteilt, als unverbindlich. Reicht das nicht aus? Leider nein! Der Betroffene muss nämlich seine Unerfahrenheit oder die Uebervorteilung vor Gericht nachweisen und ist oft, gerade wieder wegen seiner Unerfahrenheit, dazu ausserstande. Aus diesem Grunde hat man schon andere Wege gesucht und Kaufvertragstypen, bei denen das Ungleichgewicht der Parteien besonders hervorstach, mit einem zusätzlichen Schutz, eben dem Rücktrittsrecht des schwächeren Teils versehen, so etwa beim Vorzahlungsvertrag.

Es gibt vorerst einen Verfahrensgrund, der für Eintreten spricht. Die beiden Vorschläge betreffend Regelung der Zustellung unbestellter Sachen und betreffend Widerrufsrecht werden in den Vernehmlassungen sehr unterschiedlich gewichtet. Der erste Vorschlag fand breite Zustimmung und stiess kaum auf Widerstand. Nur das Widerrufsrecht wurde von Wirtschaftskreisen sehr stark bekämpft.

Eintreten auf die Vorlage B könnte daher zuhanden des Zweitrats eine klarere Uebersicht über Ihre heutige Gewich-

tung der beiden Vorschlagsgruppen schaffen. Zu diesem Zwecke wäre je global über Artikel 6a (neu) OR und über Artikel 40a (neu) bis 40f (neu) OR abzustimmen.

Ich bin nicht nur aus fomellen, sondern auch aus materiellen Gründen für Eintreten – ganz abgesehen vom Verfassungsauftrag. Ich lege Ihnen diese Gründe gleich summarisch dar und kann dann darauf verzichten, nochmals getrennt den Minderheitsantrag auf Zustimmung zum Bundesrat zu begründen.

Gegen Artikel 6a (neu) - Sie haben es eben wieder von Kollege Affolter gehört - wurde zur Hauptsache eingewendet, es gehe nicht an, am ehrwürdigen Tempel des Obligationenrechts, besonders nicht am Eingangskapitel - oder soll ich nun wegen des Tempels eventuell von Kapitellen reden? - zu rütteln. Die neue Regelung sei unnötig, weil Kommentatoren die Frage genügend ausgeleuchtet hätten. Nur deswegen sollte eine sachlich anerkannte Regelung nicht mit Nichteintreten abgeschmettert werden. Es geht hier schliesslich nicht um Aesthetik, sondern um Alltagssorgen des Durchschnittsbürgers. Wir haben uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Der Durchschnittsbürger verfügt weder über den Kommentar Guhl noch über den Kommentar Tuor noch hat er die entsprechenden Bundesgerichtsentscheide. Im besten Falle besitzt er als ehemaliger Gewerbeschüler ein Zivilgesetzbuch und ein Obligationenrecht. Beide geben ihm keine Antwort auf die praktische, alltägliche Frage, wie er sich verhalten muss, wenn unerwünschte Ware bei ihm ankommt. Muss er sie aufbewahren? Wenn ja, wie lange; was geschieht, wenn er sie wegwirft oder braucht, statt sie zurückzuschicken? Die Säulen des Tempels drücken ihn! Wir sollten daher seine Frage klären, und zwar im Obligationenrecht im Sinne des bundesrätlichen Entwurfes. Dieser will, dass solche Zustellungen nicht als Antrag gelten und dass zu vermuten ist, der Absender verzichte also bei offensichtlich irrtümlichen Zustellungen auf Rücksendung. Die humanitären Werke, die heute schon durch Aufforderung zur Rücksendung Klarheit schaffen, haben von einer solchen Regelung nichts zu befürchten, hingegen werden Ihnen die PTT für eine Klarstellung im Gesetz dankbar sein, weil sich doch etliche unseriöse Anbieter wegen der zu erwartenden Verluste von unerwünschten Streusendungen abhalten liessen.

Das Bild des Obligationenrechts als sakrosankter Tempel ist doch etwas überholt. In der Kommission schlug ich vor, es zu ersetzen durch jenes einer Stube, die man halt dann neu möblieren muss, wenn die alten Möbel unbrauchbar geworden sind. Eine allfällige Regelung gehört also ins Obligationenrecht, wo sie vernünftigerweise zuerst gesucht wird. Wir wären mit der Lösung sicher nicht auf dem Holzweg. Manche Industriestaaten gehen heute weiter. Sie verbieten solche Sendungen schlichtweg, machen sie zum Tatbestand des unlauteren Wettbewerbs oder bedrohen den Absender, der Zahlung verlangt, sogar mit Strafe. In diesem Umfeld erscheint Artikel 6a (neu) als massvolle Lösung, der man nach dem Eintreten ohne Bedenken zustimmen kann.

Zum Rücktrittsrecht möchte ich beim Eintreten nur soviel sagen: Vorerst rücke ich ausdrücklich ab von einer Auffassung, die der Vorort zum Ausdruck brachte. Er findet, diese Vorlage sei überhaupt keine Diskussionsgrundlage mehr, da sie sich materiell über einen von der Expertenkommission ausgehandelten Vorschlag hinwegsetze. Damit ist die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob Expertenkommissionen für die Gesetzgebung zuständig seien. Die Verfassung verneint das eindeutig. Sie hat weder den Bundesrat noch das Parlament aus der Verantwortung entlassen. Wir sind daher auch weiterhin gehalten, Vorschläge der Regierung zu diskutieren, selbst wenn sie von jenen der Experten abweichen. Expertenvorschläge sind nicht Entscheide, sondern Entscheidgrundlagen.

Ich unterbreite Ihnen vier Ueberlegungen, welche für die grundsätzliche Zustimmung sprechen:

- 1. Das Rücktrittsrecht ist erprobt.
- 2. Es erlaubt eine Straffung der Gesetze.
- 3. Es entspricht der Entwicklung der Verhältnisse.
- 4. Es ist massvoll ausgestaltet.

Zu erstens. Das Rücktrittsrecht ist alles andere als ein Exot in unserem Recht. Es kann vielmehr auf europäische und einheimische Ahnen verweisen. Die alten Griechen räumten es für bestimmte Käufe ein, ebenso die Kreter, was eigentlich die Freunde klassischer Tempel günstig stimmen sollte. In vielen unserer Städte und Kantone war es noch im 18. Jahrhundert für bestimmte Verträge gängig. So konnte der reuige Weinkäufer in Lenzburg am Tage nach Vertragsschluss zurücktreten und zahlte nur den bei der Degustation getrunkenen Wein. Viele Staaten haben das Rücktrittsrecht für bestimmte Vertragsarten seit Mitte dieses Jahrhunderts zunehmend eingeführt: die Schweiz 1962 für das Abzahlungs- und Vorauszahlungsgeschäft. Es geht also weniger darum, etwas total Fremdes einzuführen, als ein längst erprobtes, bewährtes und etwas in Vergessenheit geratenes Instrument neu zu beleben.

Zu zweitens. Das Rücktrittsrecht mit seinen sechs Artikeln verdient den Vorwurf der Gesetzesinflation nicht, weder vom Umfang noch von der Sache her. Vielmehr ist es im Zusammenhang mit der geplanten Aufhebung des Abzahlungsund Vorauszahlungsgesetzes zu sehen. Artikel 40a (neu) bis 40f (neu) treten als pièce de résistance an dessen Stelle. Wir hätten es nicht mit mehr, sondern mit konzentrierteren Bestimmungen zu tun. Wenn sich der Bürger übrigens über Gesetzesinflationen beklagt, meint er in der Regel überhaupt nicht Gesetze, sondern vornehmlich Verordnungen, für die wir gar nicht verantwortlich sind.

Zu drittens. Die Rechtssicherheit ist nicht gefährdet. Dieser Vorwurf ist ebenso verfehlt wie jener, man gefährde den Grundsatz, Verträge seien zu halten. Jeder von uns kann sich vertraglich vereinbarte Rücktrittsvorbehalte - Sie können auch von Genehmigungsvorbehalten sprechen - innert kurzer Frist ohne weiteres zwanglos vorstellen. So akzeptierten wir auch ohne weiteres eine gesetzlich vorgeschriebene Ueberprüfungsfrist auf Seiten der Versicherungsanbieter, die je nach Art von zwei bis vier Wochen dauert. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Auch Konsumenten haben, insbesondere bei Ueberrumpelungsgeschäften, ein legitimes Interesse, ihre Risiken in Ruhe zu überdenken. Wenn das zeitlich begrenzte Rücktrittsrecht von Gesetzes wegen zugunsten des Konsumenten auf bestimmte Vertragsgruppen ausgedehnt wird, geschieht somit nichts Revolutionäres. Wir nehmen einzig auf neue Entwicklungen Rücksicht, eben auf die starke Zunahme iener Anbieter, die mit Ueberrumpelungseffekten die Vertragschancen seriöser Konkurrenten auf dem Markt mindern. Es ist auch nicht zu vergessen, welch teure Waren heute den Leuten angedreht werden, die sie weder brauchen noch wollen, noch vermögen.

Das Rücktrittsrecht bei atypischen Abschlussorten verschafft dem Käufer Zeit zum wirklich freien Entschluss, zur echten Willensbildung. Entspricht der Vertrag auch nach dem Ueberschlafen noch der eigenen Vorstellung, denkt ein Konsument gar nicht an Rücktritt. Das wissen die Grossverteiler, die heute längst anstandslos innert 8 Tagen unpassende Waren zurücknehmen - Ausverkäufe vorbehalten und den Kaufpreis auszahlen. Das weiss aber auch jeder alerte Detaillist, der durch kulantes Entgegenkommen seine Kunden warmhält. Das wissen vor allem die organisierten Direktverkäufer, die freiwillig ein Rücktrittsrecht von 5 Tagen anerkennen und es zu einem Hauptpunkt ihres Ehrenkodexes gemacht haben. Seriöse Anbieter haben also überhaupt nichts zu befürchten. Was übrig bleibt, sind die sogenannten «wilden» Anbieter. Mit Ihrem Nichteintreten schützen Sie gerade diese Kategorie.

Das UWG ist heute noch angezogen worden. Es beschlägt in der Tat vornehmlich die Rechte der Mitbewerber und gibt den Verbraucherorganisationen gewisse Rechte aufzutreten. Es räumt aber dem einzelnen Vertragspartner kein Rücktrittsrecht ein. Wir haben es hier auch nicht mit einer pönalen, sondern mit einer von Kollege Schmid selbst als erwünscht betrachteten zivilrechtlichen Regelung zu tun. Zu viertens. Das Rücktrittsrecht ist massvoll ausgestaltet. Es lehnt sich an die Richtlinien der EG von Dezember 1985 an, die übrigens dieses Thema dem Vernehmen nach für eine

der nächsten Begegnungen mit den EFTA-Ländern traktandiert haben. Der Versicherungsvertrag wurde dort nur ausgenommen, weil eine besondere Richtlinie für solche Geschäfte in Arbeit ist. Unsere Vorlage ist denn auch sehr zurückhaltend, was Versicherungsverträge angeht. Sie fallen nur im engen Rahmen unter die Novelle.

Alles in allem beschränkt sich die Vorlage auf soziale Schwachpunkte der heutigen Regelung. Eintreten ist daher auch bezüglich des Rücktrittsrechtes wirklich vertretbar. Man kann sich Varianten zu den Artikeln 40a (neu) bis 40f (neu) denken. Ich wäre auch für bedeutend weniger zu haben; man könnte beispielsweise die Versicherung global ausnehmen. Angesichts der Stimmung in der Kommission wurde aber darauf verzichtet.

Ich beantrage Ihnen deshalb, global über das Rücktrittsrecht abzustimmen. Sofern Sie ablehnen, werden wir uns mit dem Geschäft einzeln auseinandersetzen, wenn es aus der erneuerten Volkskammer zurückkommt. Stimmen Sie zu, liesse sich auch eine Rückweisung an unsere Kommission erwägen.

Für meinen Teil und im Namen der Minderheit beantrage ich Ihnen Zustimmung auch zu dieser Vorlage B und damit auch Eintreten. Es gehört zu den edlen Aufgaben des Parlamentariers, auch den Sorgen kleiner Leute Rechnung zu tragen. Sie haben Gelegenheit, das zu dokumentieren.

Miville: Wir nehmen wieder einmal an einem ausserordentlich hochstehenden juristischen Seminar teil. Im Grunde wundere ich mich, dass man für so etwas noch ein Sitzungsgeld erhält und nicht Eintritt zahlen muss, um derart fundierte Belehrungen entgegennehmen zu dürfen.

Herr Schmid, es ist mir hoffentlich gelungen, den Irrtum zu berichtigen. Ich habe gestern im Hinblick auf das UWG nicht von «Konsumenten», sondern von «Konkurrenten» gesprochen.

Es gibt nichts Undankbareres, als sich am zweitletzten Tage einer Legislaturperiode bei so und so vielen Mitgliedern des Rates unbeliebt zu machen und sich in schlechte Erinnerung zu bringen. Ich hoffe, dass ich das vermeiden kann. Aber ich muss Sie einmal etwas fragen: Wissen Sie, wie viele Juristen dem Ständerat angehören? Ich habe sie gezählt, weil ich zurzeit im Zeichen der Wahlen da und dort über den Ständerat referieren muss. Es sind 25 von 46! Eine sehr gute absolute Mehrheit!

Ich möchte ganz deutlich sagen: An sich ist mir das nicht zuviel. In so und so vielen Kommissionsberatungen, aber auch hier im Plenum bin ich für die juristische Sorgfalt, die in der Gesetzgebung angewendet wird und spürbar ist und unseren legislatorischen Arbeiten ganz gewiss guttut, schon dankbar gewesen. Das ist das Grundsätzliche, was ich sagen möchte.

Aber hie und da ist in unseren Beratungen auch ein gewisser Formalismus vorherrschend, ein Formalismus, der zweifellos mit dem Uebergewicht an Juristen in dieser Kammer zu tun hat, einer gewissen Realitätsferne. Ich denke nur daran, wie das Thema «Vergewaltigung in der Ehe» behandelt worden ist. Dafür haben wir in der Oeffentlichkeit, und zwar sozusagen in allen Kreisen eine eindeutige Antwort erhalten. So etwas scheint mir auch heute wieder vorzuliegen. Wir haben von Herrn Schmid und von Herrn Affolter blitzgescheite Voten gehört, so gescheit, wie die Autoren dieser Voten zum Glück nun einmal sind. Aber trotzdem scheint mir, haben Sie hier nicht das Wesentliche, sondern einen realitätsfernen Formalismus betont.

Sehen Sie sich doch bitte an, worum es zum Beispiel in Artikel 6a geht! Es geht um das, was ich gestern – ich halte an diesem Ausdruck fest – als eines der grossen Aergernisse im Land bezeichnet habe, nämlich diese Zustellung von unbestellten Waren, die immer mehr um sich greift und die Empfänger in Verlegenheit bringt. Herr Affolter, man wird an Veranstaltungen nicht nur gefragt, warum hier angeblich zu viele Gesetze gemacht werden. Man wird hie und da auch gefragt, wieso man für eindeutige Missstände keine Lösungen treffe. Und gerade in bezug auf diesen Sachverhalt haben die Leute recht. Ich bin schon oft gefragt worden,

wieso unsere Gesetze bei solchen unbestellten Sachen zum Schutz der Konsumenten nichts Eindeutiges vorkehren würden.

Da ist es mir alles in allem weniger wichtig, ob auch aus anderen Gesetzen dieses und jenes abgeleitet werden kann und ob die sedes materiae hier oder mit Vorteil anderswo zu liegen habe. Wichtig ist mir, dass an einem Ort, wo der Konsument nachschlagen kann, die Sache eindeutig geregelt ist und ihm gesagt wird, wie er sich gegen solche missbräuchlichen Dinge wehren kann. Ich sehe das hier als mögliche Realisierung an, und ich wäre unglücklich, wenn das aus formalistischen und rein juristischen Erwägungen wieder zunichte gemacht würde.

Reichmuth: In der Kommission wurde die Eintretensdebatte über die beiden Vorlagen A und B gemeinsam geführt. Wahrscheinlich war das der Grund, warum auch auf beide Vorlagen Eintreten beschlossen worden ist. Hätte schon bei der Eintretensdebatte eine materielle Diskussion in vertiefter Form stattgefunden, wäre kaum Eintreten beschlossen worden. Damit möchte ich mich bei Ihnen entschuldigen, dass wir, die Kommissionsmehrheit, Eintreten auf diesen Beschluss beschlossen haben.

Was gegen Eintreten spricht, ist hier bereits alles gesagt worden, so dass ich auf weitere Ausführungen verzichte. Ich weise nur noch auf einen Punkt hin: Wohin es führen und welche Konsequenzen es haben könnte, wenn wir mit der Einführung des Rücktrittsrechts einen Einbruch in das Vertragsrecht vornehmen, geht aus einer Eingabe des Schweizerischen Arbeitskreises für Partnervermittlungsfragen an die Kommission hervor. Dieser verlangt nämlich, dass auch für Ehevermittlungsverträge ein siebentägiges Rücktrittsrecht im OR verankert werde, mit der Begründung, es handle sich auch bei diesen Geschäften «um Verträge zwischen Anbietern und Letztverbrauchern».

Bürgi: Ich habe in der Kommission ebenfalls für Eintreten gestimmt. Ich gestehe aber zu, dass Herr Schmid mit seinem Nichteintretensantrag in realistischer Weise die Schlussfolgerung aus dem Ergebnis der Kommissionsberatungen zieht, und ich werde seinem Antrag zustimmen. Wenn Sie die Geschichte dieser Vorlage anschauen, kommen Sie unschwer zum Schluss, dass hier ganze Problembereiche eingefügt wurden, die ursprünglich überhaupt nicht zur Diskussion standen. Das gilt insbesondere auch für das Widerrufsrecht der Versicherungsverträge.

Ich mache darauf aufmerksam, dass diese Intervention ein ungewöhnliches Ausmass annehmen würde. Es werden in der Schweiz jährlich ungefähr 1 Million Versicherungsverträge abgeschlossen, davon einige hunderttausend traditionell in der Stube des Versicherten. Das gilt zum Beispiel für die Versicherung des Hausrates, für die persönliche Unfallversicherung des Privaten, für die individuelle Lebensversicherung über die zweite Säule hinaus. Der Versicherungsberater kommt im gegenseitigen Einvernehmen in die Stube des potentiellen Versicherten. Er drängt sich nicht unberufen durch die Haustüre hinein. Seine Beratung ist ein unerlässlicher Bestandteil des Vertragsabschlusses.

Sodann möchte ich darauf hinweisen, dass gerade für das Gebiet der Assekuranz bereits eine ausgebaute Gesetzgebung besteht, was häufig vergessen wird: es gibt vor allem das Versicherungsaufsichtsgesetz. Aus Zeitgründen verzichte ich darauf, Einzelheiten zu zitieren. Es gibt sodann das Versicherungsvertragsgesetz aus dem Jahre 1908 mit zahlreichen Artikeln zugunsten der Versicherten.

Es gibt schliesslich noch eine weitere Institution zur Behandlung von Publikumsklagen, nämlich den Ombudsmann der Assekuranz. Er kann in völliger Unabhängigkeit die ihm unterbreiteten Klagen prüfen. Falls er Missbräuche feststellt, interveniert er bei den Gesellschaften zugunsten des Versicherten, und das mit einer aussergewöhnlich hohen Erfolgsquote. Die Verfasser dieses Gesetzes haben von all diesen Dingen keine Kenntnis genommen. Irgendwie ist das für die heutige Gesetzgebung typisch.

Da gibt es zunächst eine Intervention 1, dann wird eine

Intervention 2 in einem anderen Gesetz dazugeschaffen, und irgendeinmal muss man noch mit Intervention 3 die entstandenen Koordinationsprobleme lösen.

Der Rat sollte für das weitere Vorgehen Jalons setzen. Ich widersetze mich nicht der Berücksichtigung von echten und nachgewiesenen Missbräuchen. In Uebereinstimmung mit Herrn Affolter bin ich der Meinung, dass dieses Problem im besonderen Teil des Obligationenrechtes wohl eingefügt werden könnte. Der Rat sollte ein Zeichen setzen und die weiteren gesetzgeberischen Bemühungen zu dieser Frage in die richtige Bahn lenken. Dies tun wir am besten, indem wir dem Nichteintretensantrag Schmid zustimmen.

Mme Bauer: Je vous invite à rejeter la proposition de M. Schmid, de ne pas entrer en matière, et à accepter celles du Conseil fédéral, parce qu'elles sont mesurées, modérées, raisonnables; parce qu'elles sont, on ne le répétera jamais assez, une réponse au mandat constitutionnel que le souverain nous a confié; parce que, enfin, ces propositions répondent à un besoin véritable. Qu'on en juge par ces quelques exemples authentiques.

Vous avez tous entendu parler de cas de ce genre qui vont se multipliant: Des jeunes auxquels, à leur lieu de travail et sans avertissement, on fait signer une assurance-vie. On m'a cité le cas d'un jeune de juste 20 ans qui, impressionné par le bagou du vendeur, a signé un contrat d'assurance-vie pour une durée de 34 ans, et s'est engagé à verser une somme de 38 000 francs; ou encore des personnes du troisième et du quatrième âge, qui constituent la cible privilégiée des vendeurs à domicile. Crédules et influençables, les personnes âgées - les cas suivants sont authentiques - ont pu acheter dix litre d'un produit à nettoyer les tapis, alors que le vieux couple en question ne possédait qu'une descente de lit, ou encore trois douzaines de bouteilles de Bordeaux, alors que la vieille dame en question était antialcoolique. Les personnes âgées signent pour se libérer d'un vendeur insistant dont elles ne savent pas comment se débarrasser.

Vous avez entendu parler aussi, bien sûr, des voyages gratuits en car, au cours desquels on fait signer un contrat de vente à ces mêmes personnes du troisième âge; ou encore de ces séances de soins du visage – c'est une des dernières trouvailles – gracieusement offertes à des vieilles dames ou à des adolescentes, tenues ensuite de régler l'utilisation de cosmétiques qu'elles n'ont point commandés; ou encore – et j'en terminerai par là – des thés-ventes à domicile où les invités se sentent moralement tenus d'acheter des objets dont ils n'ont pas forcément besoin.

Dans tous ces cas, l'institution d'un droit de révocation se justifie. Afin de protéger les faibles, financièrement et psychiquement, il est urgent de l'introduire dans notre législation. En effet, le code des obligations stipule, dans son article premier, alinéa premier, que «le contrat est parfait lorsque les parties ont réciproquement et d'une manière concordante manifesté leur volonté». Cela est loin d'être le cas dans les contrats signés hors des lieux de commerce, comme s'est plu à le relever le professeur Bernd Stauder, membre de la Commission fédérale de la consommation, et professeur de droit civil et de droit de la consommation à l'Université de Genève, lors des travaux de la commission. En effet, ce n'est pas le consommateur, mais bien le vendeur qui prend l'initiative du contrat. Il n'y a donc pas réciprocité, mais démarche unilatérale du vendeur.

Le Conseil fédéral est bien conscient de cette lacune. Cependant, il a fixé, et je voudrais le souligner ici, des conditions restrictives au droit de révocation, afin de préserver – et il importe de la préserver – la liberté du commerce et de l'industrie.

Je voudrais rapidement rappeler en passant que l'antiquité déjà connaissait le droit de repentir – c'est ainsi qu'on appelait à cette époque le droit de révocation, de résiliation – et que dans notre pays même, on cite plusieurs exemples au XVIII et au XVIII et au XVIII et au XVIII et au XIII et au XIII et aboli en maints endroits au XIX esiècle, sous l'influence du libéralisme économique, dès le début des années soixante,

dans de nombreux pays européens, on remit en valeur le droit de repentir, notamment pour les ventes à tempérament, les petits crédits ou les contrats conclus hors des locaux commerciaux usuels du fournisseur.

Avec le Conseil fédéral, avec les associations de consommateurs, j'estime que la révocation doit être possible dans un certain nombre de cas, notamment lorsque le consommateur a été pris à l'improviste, lorsqu'il a conclu un contrat sans préparation et sans le moindre délai de réflexion, lorsqu'il a agi enfin sous la pression psychique d'un vendeur astucieusement formé en la matière.

Le droit de renonciation, de révocation, le délai de réflexion ont le mérite d'accorder à l'acheteur le temps de méditer sur sa décision, de revenir, le cas échéant, sur un engagement qu'il a pris sous la pression psychique du vendeur et grâce à sa force de persuasion, et non pas en toute liberté. Car, dans un certain nombre de cas, la conclusion d'un contrat entre partenaires libres et égaux, telle que le définit en l'idéalisant les tenants du libéralisme économique, est une illusion, une duperie, et elle peut être lourde de conséquences pour les économiguement faibles.

Je vous engage par conséquent à entrer en matière et à accepter la loi fédérale modifiant le code des obligations telle que la proposent le Conseil fédéral et la minorité de la commission.

Jagmetti: Ich optiere für Eintreten und bin der Meinung, dass die Kommission die Vorlage dann noch einmal bearbeiten sollte, wie es sich ohnehin aufdrängen wird. Ich habe das Bedürfnis, diese Haltung kurz zu begründen:

Mit Artikel 6a könnte ich mich befreunden. Herr Affolter wies darauf hin, dass unser OR sehr gut redigiert worden sei. Das trifft wirklich zu. Es hat aber neben seinen inhaltlichen Qualitäten auch eine grosse Verständlichkeit, d. h. es ist dem Leser zugänglich. Mir scheint, dass eine solche Bestimmung, wie sie in Artikel 6a vorgesehen ist, die Zugänglichkeit der Rechtsordnung verstärkt und damit durchaus ihren Platz in unserem OR hat.

Bei den Artikeln 40a ff. habe ich insofern erhebliche Vorbehalte anzubringen, als sie die Versicherungen einbeziehen: Würden diese ausgeschlossen, liesse sich die ganze Materie ohne weiteres beim Kaufrecht ordnen – allenfalls mit einem Verweis bei der Miete (die Herren Affolter und Bürgi wiesen bereits darauf hin, dass es Aufgabe der Kommission wäre, diesen Schritt zu tun). Aus vier Gründen bin ich für einen Ausschluss der Versicherungen:

- 1. Vor allem würde sich ein Einbezug der Versicherungen in die Widerrufsmöglichkeit für den Konsumenten selbst kontraproduktiv auswirken. Ich erinnere mich an die Zeit der Gründung meines eigenen Hausstands. Damals besuchte mich eine ganze Reihe von Vertretern von Mobiliarversicherungen. Eine solche brauchte ich; das war richtig. Ich habe eine abgeschlossen. Hätte ich dann den nachfolgenden Besuchern jedesmal sagen müssen, ich hätte zwar eine Versicherung abgeschlossen, wisse aber, dass ich diese widerrufen und statt dessen ihr neues Angebot entgegennehme könne? Ich glaube, dass das keinem Bedürfnis entspricht, sondern dass die Interessenten genügend informiert sind.
- Zum andern weise ich Sie darauf hin, dass die Versicherungen einer Staatsaufsicht unterstehen und dass so eine entsprechende Sicherung eingebaut ist.
- 3. Eine Frage an Herrn Bundesrat Delamuraz: Wenn ich die Botschaft auf den Seiten 36 und 37 richtig verstehe, ist dieses Widerrufsrecht im Recht der Europäischen Gemeinschaft nur für Verträge über bewegliche Sachen vorgesehen, nicht für Versicherungen. Eine Anpassung an das europäische Recht würde also diesen einen Schritt, nicht aber den zweiten bedingen.
- 4. Schliesslich noch etwas im Interesse der Konsumenten: Mit der Unterzeichnung eines Antrags ist in der Regel eine Deckungszusage verbunden. Wird diese Deckungszusage nicht in Frage gestellt, wenn man ohne weiteres widerrufen kann? Ich sehe dort noch keine gute Uebereinstimmung. Das alles veranlasst mich, für den Ausschluss der Versiche-

rungen aus dem Widerrufsrecht zu plädieren, aber die Frage mit Bezug auf die beweglichen Sachen der Kommission zur weiteren Beratung zu übertragen.

Das sind die Gründe, weshalb ich selbst auf die Vorlage eintreten würde, obwohl ich weiss, dass damit Artikel 40a folgende heute kaum in die Detailberatung einbezogen werden könnten. Ich habe einfach die Wünsche für die Detailberatung genannt.

Vergegenwärtigen wir uns doch, dass das Volk im Jahre 1981 diesen Artikel in die Verfassung aufgenommen hat. Mit der Festlegung des Verfahrens in den kantonalen Zivilprozessrechten und mit der Vorlage A, über die wir beraten haben, erfüllen wir den Auftrag vielleicht dem Buchstaben nach, aber doch wohl noch nicht dem Sinn nach. Wir sollten deshalb diese Frage in nähere Beratung ziehen.

In diesem Sinne und mit dieser Einschränkung, die den Einbezug der Versicherung in das Widerrufsrecht betrifft, empfehle ich Ihnen Eintreten.

M. **Ducret:** Je voterai volontiers l'entrée en matière car, aujourd'hui, il y a des excès considérables dans le domaine des ventes par correspondance, à domicile ou sous toute autre forme. Toutefois, je ne voudrais pas tomber dans la simplification qui considérerait tous les commerçants comme des émules d'Ali Baba.

Dans notre pays, la majorité est composée de gens honnêtes. Les clients et les commerçants honnêtes sont d'ailleurs indispensables pour entretenir un climat de confiance. En effet, il n'y a pas que l'achat, mais également le crédit. Or, ce dernier qui est octroyé par les commerçants à leurs clients est proportionnel à la confiance de ceux-ci envers les premiers. Si vous diminuez cette confiance par toute une série de lois, par la même occasion, vous détruirez le crédit. Ainsi, lorsque l'on apportera quelque chose chez vous, on vous demandera en échange de l'argent comme au supermarché.

Il y a une quantité de gens qui reçoivent des objets de leurs commerçants et de leurs fournisseurs sans avoir à les payer immédiatement, parce qu'il y a un climat de confiance. Les supermarchés l'ont détruit. Même si vous êtes le maire de votre ville, vous ne sortirez pas du magasin avec votre chariot plein sans avoir payé. La confiance a disparu.

D'ailleurs, je signale à l'intention de ceux qui veulent protéger les consommateurs que, lorsque l'on entre dans un supermarché pour acheter un kilo de sucre, on ressort souvent avec un bidon d'huile d'olive en action, très avantageux, une paire de chaînes à neige, deux poissons rouges et un chiffon pour essuyer la buée de vos lunettes même si vous n'en portez pas. Il faut donc faire attention, car il y a partout des exagérations. Notre population doit être éduquée sur ces problèmes de vente.

Le studio Coop, dans le cadre des émissions publicitaires à la télévision, cherche à faire manger à tout le pays, durant une semaine, la même chose, parce que les petits pois sont avantageux et que la boîte de 3,50 francs se vend seulement 1,20 franc pendant quatre jours. La Migros ou Denner ou encore Usego agissent de même.

Aujourd'hui, nous vivons dans un climat où l'on ne sait plus si ce sont les autres ou nous-mêmes qui décidons. Néanmoins, il ne faut pas tomber non plus dans l'excès et croire qu'avec une loi on va tout changer.

J'ai proposé un amendement en souhaitant que l'entrée en matière soit acceptée.

A l'article 40 a, alinéa 1er, le chiffre 3, on a même inclus les commandes par téléphone. Celui qui a introduit cette disposition ne doit pas être très bien informé et ignore probablement que la personne livrant vos pommes de terre vous téléphone en disant: «J'ai fait ma récolte, elles sont là. Puisje vous les apporter?». Le marchand de pommes, votre fournisseur de miel ou votre marchand de bois agissent de la même manière. Chacune de ces personnes téléphone lorsque la marchandise est prête. Une telle disposition signifie-t-elle que, lorsque le marchand de bois aura déposé trois stères de fayard devant votre porte, vous les lui ferez reprendre parce qu'il n'est pas à votre goût, parce qu'il y a trop de

noeuds et que vous aurez de la peine à le couper ou à le fendre, sous prétexte qu'il vous a contacté par téléphone. Comment allez-vous prouver que c'est le commerçant qui vous à téléphoné, car un tel appareil ne laisse pas tellement de traces?

Dans notre pays. l'utilisation du téléphone est un signe de confiance. Des millions de francs de marchandises s'échangent chaque jour sur de simples coups de téléphone. Certes – M. Delamuraz me l'a fait remarquer tout à l'heure – entre professionnels, cet article ne pourra pas être évoqué, mais il y a des quantités d'autres personnes qui achètent par téléphone.

Chacun d'entre nous dans ce plenum, lorsque nous ravitaillons notre citerne à mazout, utilisons le téléphone. Rares sont ceux qui se sont rendus dans les bureaux de leur fournisseur pour passer une commande écrite. La Migros fait d'ailleurs de la publicité en disant: «Appelez le numéro »X« pour votre commande de mazout.» Bien entendu, c'est vous qui aurez téléphoné, mais allez-vous le prouver? Aurez-vous chez vous, comme parfois dans les hôtels, une fiche de téléphone indiquant le jour, l'heure et le numéro de téléphone atteint? Evidemment non. Par conséquent, vous aurez toute latitude pour refuser ensuite la livraison en disant: «Les prix sont descendus, revenez prendre la marchandise ou je ne vous la paie pas». Il faut maintenir les coutumes de notre pays en l'état actuel, car la situation est

J'ai tout de même peur de quelques-unes de ces entreprises qui sont en train de fonder leur existence sur ces ventes par correspondance et ces voyages joliment imagés dans l'exposé de Mme Bauer ou d'autres. Il faut une certaine protection et ne pas aller trop loin.

Je voterai l'entrée en matière mais ensuite je vous proposerai de biffer le chiffre 3 de l'alinéa premier.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Ich befinde mich als Kommissionspräsidentin in einer paradoxen Situation. Ich kann oder darf den Antrag Schmid im Namen der Kommission nicht bekämpfen. Ich muss ihn im Namen der Kommission aber auch nicht unterstützen!

Die Kommission ist auf diesen Teil B eingetreten, und zwar weder zufälliger- noch irrtümlicherweise. Es ist im Protokoll nachzulesen, Herr Reichmuth: wir sind sehr bewusst darauf eingetreten. Damit haben wir manifestiert, dass diese Materie nicht mit grosser Geste (ich betone «grosser») vom Tisch gewischt werden soll. Dass wir nachher sämtliche Artikel gestrichen haben, kommt natürlich de facto einem Nichteintretensantrag gleich.

Persönlich meine ich, dass sehr viel für Eintreten spricht. Wenn wir eintreten, müssten wir das Geschäft aber in die Kommission zurücknehmen – das wurde verschiedentlich betont. Es hat nämlich keine eigentliche Detailberatung stattgefunden, insbesondere nicht bei Artikel 40a und ff. Wir könnten dann sowohl über die Einordnung wie auch über die Ausgestaltung (Stichwort Versicherungsverträge) diskutieren. Wir könnten eine Lösung suchen und finden, die sowohl dem Verfassungsauftrag wie auch den geäusserten juristischen Bedenken gerecht sind.

Die Situation der Konsumenten ist in der Schweiz sicher nicht schlecht. Aber zu sagen, sie sei gut, geht mir entschieden zu weit, Herr Ducret. Einige Verbesserungen wären hier im Sinne des Konsumentenschutzes fällig.

Hefti: Ich möchte noch auf einen Aspekt hinweisen: Wenn wir auf diese Vorlage eintreten und sie nachher annehmen, wird das dazu führen, dass wir bei den Vertragsabschlüssen sorgloser werden. Das führt weiter dazu, dass vermehrte Kosten für den Verkäufer entstehen, die er eines Tages zwangsläufig wieder auf sein Produkt schlagen muss. Wir haben also im Augenblick vielleicht einen Vorteil, aber auf die Dauer werden wir alle für diesen Vorteil bezahlen.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Pourquoi donc une révision, très partielle d'ailleurs, du code des obligations? Parce

que le mandat constitutionnel que le peuple et les cantons ont accepté en 1981 déjà implique que nous mettions le consommateur en condition de prendre ses décisions souveraines lui seul, sans être en situation notoirement désavantagée par rapport au vendeur de biens ou de services qui l'aborde unilatéralement, souvent inopinément, sans y avoir été requis le moins du monde, qui le sollicite oralement, créant du même coup un effet de surprise.

Il ne s'agit en aucun cas de mettre le consommateur sous une sorte de cloche protectrice qui le garderait de toutes les mauvaises affaires, car tant qu'il y aura des affaires, il y en aura des bonnes et des mauvaises. Il y en aura des mauvaises pour l'acheteur, et pour le vendeur. Cela fait partie de la vie, de ses risques et de ses chances. Le législateur le plus raffiné et le plus interventionniste ne pourrait pas venir à bout de cela, Dieu merci! Mais encore faut-il, dans ce cadre de vie, parfois dans ce cadre d'arbitraire qu'est la vie, qu'un minimum de règles du jeu empêchent des distorsions manifestes, où le vendeur, qui agit avec des moyens souvent habiles, un très grand bagou, ce qui ne met évidemment pas l'acquéreur en état de juger raisonnablement, a la partie au départ trop belle, alors que la bonne marche de ce commerce libre dont nous nous réclamons postule une certaine égalité des partenaires en information, en moyens d'analyse et en sérénité. Lorsque le public visé est fragile - et c'est à lui que nous pensons tout particulièrement - et que les moyens de plus en plus raffinés sont engagés, il est bien évident que ces conditions de réflexion, de sérénité ne sont pas remplies et qu'à cet égard nous devons tout de même chercher à voir si nous pouvons améliorer les règles du jeu. Or, parmi ces dernières et parmi les moyens d'accomplir le mandat constitutionnel, le débat parlementaire et le débat public qui ont précédé la décision de juin 1981 ont expressis verbis cité la modification possible et nécessaire du code des obligations. Je le précise à l'intention de M. Schmid qui s'interrogeait quant à la légitimité de cette manière d'interpréter le mandat constitutionnel, tant au Parlement que dans le public. De nombreux orateurs de tous les bords politiques sont intervenus pour déclarer que c'était là sans doute une des conquêtes futures qu'impliquerait l'adoption, par le peuple et les cantons, de ce nouvel article constitutionnel.

La clarté des décisions, tant du Conseil des Etats que du Conseil national – rappelez-vous les scores de l'époque – comprend, bien entendu, sinon cette promesse, en tout cas cette perspective tracée, de s'engager aussi dans la voie de la modification du code des obligations.

Vous, Parlement, et nous, gouvernement n'assumerions pas complètement notre responsabilité politique en cette matière, si confortablement et brutalement, nous décidions de couper d'avec cette proposition de modifier le code des obligations et si un certain nombre de déclarations, faites à l'époque en toute clarté et en toute bonne foi, ne devaient pas être suivies d'effets dans ce domaine.

Nous accréditerions cette vieille thèse si souvent erronée – en l'occurrence elle ne le serait pas – selon laquelle les politiques sous la Coupole fédérale, qu'ils soient parlementaires ou conseillers fédéraux, n'en font de toute façon qu'à leur tête, quelle qu'ait bien pu être la décision populaire. Par conséquent, ne commettons pas cette bêtise politique qui ne contribuerait qu'à affaiblir une confiance, parfois déjà contestée, du peuple envers les organes politiques.

De quoi s'agit-il? Je serai un peu plus concret. Tout d'abord, en ce qui concerne l'article 6a sur l'envoi de marchandises non commandées, nous savons bien que ces méthodes se sont développées et se développeront encore, et qu'il y a constamment ambiguïté chez le pauvre destinataire submergé de paquets, d'échantillons, de toutes sortes d'envois, quant à savoir ce qu'il doit en faire.

Affirmer par des règles claires et simples qui ne constituent assurément aucune contribution à l'inflation législative dont a parlé avec inquiétude M. Affolter – je lui répondrai sur ce point tout à l'heure – c'est préciser le statut de ces marchandises et surtout que l'envoi non réclamé de marchandises ne signifie en rien une offre pour le destinataire qui les a

réceptionnées. Nous pensons qu'il y a là un moyen très simple de mettre un peu d'ordre dans les idées.

Je tiens encore à préciser que le principe de l'envoi de marchandises est, dans de nombreuses législations étrangères, soit condamné *expressis verbis*, soit très sévèrement réglementé. En Belgique et en France, l'envoi de marchandises non commandées est en principe interdit. En République fédérale d'Allemagne, la jurisprudence considère que l'envoi de marchandises non commandées constitue un acte de concurrence déloyale. La Grande-Bretagne est également intervenue selon une législation qui s'approche en quelque sorte de la nôtre.

J'en viens au droit de révocation. A l'article 40, lettres a et suivantes, pour des affaires de pas-de-porte ou de contrats semblables, il s'agit de protéger le consommateur dans des situations où il se trouve à l'improviste face à un fournisseur de choses mobilières ou de services et où, en conséquence, le danger existe qu'il conclue un contrat précipitamment. Il s'agit de le protéger, afin de lui permettre un consentement libre, éclairé et réfléchi. Le droit de révocation permet en quelque sorte au client d'agir comme partenaire égal et il le protège contre des abus lors de la négociation du contrat. Les Communautés européennes ont légiféré en cette matière. Elles ont, Monsieur Jagmetti, excepté le statut des assurances. Mais, dans le même temps, elles ont publié une circulaire selon laquelle elles allaient légiférer sur le cas particulier des assurances. Elles pensaient qu'il convenait de leur appliquer des règles particulières faisant l'objet d'une législation elle aussi particulière.

Nous constatons que celles des entreprises professionnelles de la vente directe qui se plient spontanément à ce droit de révocation ne rencontrent pas de problèmes chez leurs clients. Nous constatons aussi qu'une compagnie d'assurances pratique de même en Suisse depuis plusieurs années. Les unes et l'autre affirment que l'existence de ce droit de révocation n'a signifié en rien des difficultés insurmontables dans leurs relations, au contraire, que l'existence de cette soupape de sécurité a normalisé les rapports qu'elles entretiennent avec leur clientèle, a harmonisé ces rapports et a évité précisément aussi bien les litiges ouverts que les litiges rentrés qui constituent une certaine partie de la situation actuelle née d'un droit dépassé et insuffisant. Si nous proposions une grande machine juridique qui, unilatéralement, détruise le rapport normal entre des parte-

latéralement, détruise le rapport normal entre des partenaires commerciaux et traite les commerçants comme des gangsters en puissance, comme de très mauvais partenaires, ne visant qu'à abuser de la crédulité du peuple, si cette même législation intronisait en quelque sorte le consommateur comme consommateur-roi, alors vous auriez raison de ne pas entrer en matière et de vous opposer à ce nouvel enrichissement de notre code des obligations. Mais tel n'est certainement pas le cas et vous avez pu constater la mesure qui a présidé à la conception et à la rédaction du corps de projet que nous vous soumettons sous lettre B ce matin. Je vous propose donc d'y adhérer.

Monsieur Affolter, vous avez dit dans votre interpellation que vous voyez dans cette démarche dangereuse du Conseil fédéral une menace contre notre ordre juridique et contre un certain nombre de principes qui l'animent. Si nous proposions la refonte complète et le chambardement de la partie générale du code des obligations, sans doute est-ce là un argument que vous pourriez opposer au Conseil fédéral. Il n'en est rien. En laissant intact tout le code des obligations, nous proposons simplement d'y ajouter quelques lignes qui correspondent à l'adaptation nécessaire de ce texte fondamental aux conditions d'aujourd'hui dont vous avez reconnu avec moi qu'elles n'étaient décidément pas dans ce domaine celles qui régnaient il y a vingt ans.

C'est cela seulement l'adaptation que nous vous proposons et je voudrais rassurer M. Affolter quant au respect que le Conseil fédéral porte aux grands textes, ce respect est intégral et continuera de régner au collège gouvernemental. Il faut toutefois se demander si la rumeur selon laquelle on est en train de contribuer allègrement à l'inflation législative est un argument valable. Je serai très précis et très concret, sur ce point: à la suite du rejet de la loi sur le crédit à la consommation, le Département de Mme Kopp examine la possibilité d'abolir les dispositions sur la vente à tempérament et la vente avec paiements préalables - ce sont les articles 226 a à m, 227 a à i, du même code des obligations. Ces contrats ont certes perdu de leur importance depuis l'octroi des petits crédits, ils ne représentent plus aujourd'hui qu'à peine 5 pour cent de l'ensemble du crédit à la consommation. Si, en votant les dispositions que nous vous proposons ce matin, le Parlement introduisait un droit de révocation, on pourrait renoncer encore plus facilement à ces normes spéciales du code des obligations pour la vente à tempérament et la vente avec paiements préalables. Au total, Monsieur Affolter, le résultat quantitatif serait qu'en introduisant quelques lignes on en supprimerait du même coup un beaucoup plus grand nombre et que le bilan serait décidément celui d'une déflation législative et non d'une

En conclusion, vous avez voté tout à l'heure la première loi avec quelques nuances qui ne la minent pas et qui ne l'affaiblissent pas notablement, nous l'avons admis. En prenant cet acte politique responsable, vous avez contribué à réaliser une partie du mandat constitutionnel né en 1981. Ne pas entrer en matière maintenant sur le projet B, c'est amputer ce mandat constitutionnel de la seconde partie qui fait suite, naturellement et complémentairement, à la première partie. C'est incontestablement rater l'occasion d'éliminer de nos pratiques commerciales de mauvaises pratiques ou les risques de trop mauvaises pratiques, et c'est rater l'occasion d'un assainissement correct d'un secteur où, dans l'ensemble - et là je donne raison à M. Ducret - la situation est sans doute bonne mais où il faut précisément couper quelques branches et éliminer les risques décidément trop faciles d'abus. C'est de cela que nous devons parler. Je vous propose dès lors de ne pas fermer brutalement et définitivement la porte en refusant l'entrée en matière. Et alors, je vous l'accorde. l'entrée en matière votée, il s'agira de retravailler la matière en commission avant que de revenir devant le Conseil des Etats en plénum. Il s'agira en particulier de se prononcer sur ces articles à la lumière de quelques nuances apportées par les diverses interventions - celle de M. Bürgi pour les assurances, de M. Ducret, sensible au téléphone. Une discussion sereine en commission devrait permettre de les appréhender, quitte à ce que la commission - c'est évidemment son droit le plus strict - confirme la position résolument négative qu'elle a affirmée à propos de cette révision. Mais je crois qu'un deuxième examen est utile, alors permettez ce deuxième examen en votant l'entrée en matière. Dans l'esprit du représentant du Conseil fédéral, voter l'entrée en matière c'est renvoyer toute la partie B à l'examen de la commission du Conseil des Etats, je vous engage vivement à le faire.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission (Eintreten) Für den Antrag Schmid (Nichteintreten) 17 Stimmen 23 Stimmen

An den Nationalrat - Au Conseil national

87.226

Parlamentarische Initiative (Schönenberger)
Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Teilrevision
Initiative parlementaire (Schönenberger)
Loi sur la concurrence déloyale.
Révision partielle

Wortlaut der parlamentarischen Initiative vom 17. Juni 1987 Gestützt auf Artikel 93 BV und Artikel 21sexies Geschäftsverkehrsgesetz schlage ich folgende Aenderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 vor:

Artikel 3 Buchstabe I ist gänzlich aufzuheben.

Artikel 3 Buchstabe m und Artikel 4 Buchstabe d sind insoweit aufzuheben, als sie auf das von den Räten in der Schlussabstimmung abgelehnte Konsumkreditgesetz Bezug nehmen.

Texte de l'initiative parlementaire du 17 juin 1987

Me fondant sur l'article 93 de la constitution fédérale et l'article 21 sexies de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que la loi fédérale du 19 décembre 1986 contre la concurrence déloyale soit modifiée comme il suit: Abroger l'article 3, lettre I.

Abroger l'article 3, lettre m, et l'article 4, lettre d, dans la mesure où ces dispositions se réfèrent à la loi sur le crédit à la consommation, qui a été rejetée par les Chambres lors du vote final.

Herr **Dobler** unterbreitet namens des Büros den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 17. Juni 1987 beantragte Herr Ständerat Schönenberger mit einer parlamentarischen Initiative in Form einer allgemeinen Anregung die Aenderung des am 19. Dezember 1986 verabschiedeten Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb mit dem Ziel, die Unterstellung der Kleinkredite unter die lauterkeitsrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes rückgängig zu machen, und zwar als Folge der Ablehnung des Konsumkreditgesetzes in den beiden Räten vom Dezember 1986.

Begründung des Initianten

Die mit meiner parlamentarischen Initiative beantragte Revision des UWG drängt sich aus verschiedenen formellen und materiellen Gründen auf:

1. In seinem ablehnenden Entscheid anlässlich der Schlussabstimmung gegen das KKG am 4. Dezember 1986 hat der Gesetzgeber seinen Willen, auf die Regelung des Konsumkreditwesens zu verzichten, klar und eindeutig manifestiert. Sein Entscheid bezog sich nicht nur auf die mit der Ergänzung des neunten Titels des OR angestrebte «Sonderordnung» für Kleinkredite, sondern auf alle sich dem gemeinsamen legislatorischen Ziel – Ausdehnung des Sozialschutzes auf alle Teilzahlungsgeschäfte - unterwerfenden Bestimmungen strafrechtlicher, schuldbetreibungs- und konkursrechtlicher sowie UWG-rechtlicher Natur. Die «Einheit der Materie» zwischen diesen Teilnormenbereichen und den obligationenrechtlichen Konsumkreditbestimmungen ist somit zweifellos gewahrt. Ich teile diesbezüglich die Expertenauffassung von Professor Hans Giger (Gutachten vom 9.6.87, 4 ff.). Sie wird erhärtet durch verschiedene Indizien im parlamentarischen Ablauf: In den Revisionsverhandlungen zum UWG wurden die fraglichen Bestimmungen Artikel 3 Buchstabe I und m sowie Artikel 4 Buchstabe d praktisch überhaupt nicht diskutiert, weil beide Räte und ihre Kommissionen auf die umfassenden Verhandlungen über

Zwölfte Sitzung - Douzième séance

Mittwoch, 21. März 1990, Vormittag Mercredi 21 mars 1990, matin

08.30 h

Vorsitz - Présidence: M. Ruffy

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Botschaft und Gesetzentwürfe vom 7. Mai 1986 (BBI II, 354) Message et projets de loi du 7 mai 1986 (FF II, 360) Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1987 Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1987

Antrag der Kommission Eintreten Proposition de la commission Entrer en matière

Neukomm, Berichterstatter: Der Verfassungsartikel über die Konsumentenpolitik des Bundes, dem die Schweizer Stimmberechtigten am 14. Juni 1981 mit 860 000 Ja gegen 450 000 Nein zustimmten, war das Ergebnis einer fast zwanzigjährigen Diskussion.

Bundesrat Hans Schaffner hatte sich in der Dezembersession 1963 zu drei konsumentenpolitischen Vorstössen zu äussern. Der damalige Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes hielt am Schluss seiner Ausführungen fest, wie sehr er mit den Parlamentariern übereinstimme, dass zum wirksameren Schutze und zur besseren Information der Verbraucher wesentlich mehr getan werden müsse.

Auch auf internationaler Ebene kam einiges in Bewegung. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy verkündete am 15. März 1962 eine Botschaft an den Kongress, eine Art Charta für Verbraucherrechte. Die vier Grundrechte sind noch heute aktuell: das Recht des Konsumenten auf Sicherheit, das Recht des Konsumenten auf Information, auf freie Konsumwahl, und das Recht, in Kommissionen und bei der Ausgestaltung von Gesetzen gehört zu werden.

Die Zusammenarbeit der Konsumentenorganisationen über die Landesgrenzen hinaus begann schon 1960 mit der Gründung der International Organization of Consumers Union (IOCU) mit Sitz in Den Haag.

Bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde 1962 ein Europäisches Büro für Konsumentenfragen eingerichtet.

In der Schweiz setzte der Bundesrat Ende 1963 eine 29köpfige Studienkommission für Konsumentenfragen ein, zusammengesetzt aus Wissenschaftern, Wirtschafts- und Konsumentenvertretern.

Diese Studienkommission hielt in ihrem Schlussbericht vom Dezember 1964 fest, dass die starke Zunahme der Reklame und anderer Mittel der unternehmerischen Absatzpolitik nach einer Stärkung der Konsumentenposition rufe. Der Bericht wies vor 16 Jahren auf die notwendige Gesetzgebung hin. Die geltende Gesetzgebung biete dem Staat nicht jene Handhaben, über die er verfügen sollte, um ein Funktionieren der Marktwirtschaft unter Wahrung des Konsumentenwohls durchzusetzen.

Der vor nun neun Jahren in die Bundesverfassung aufgenom-

mene Konsumentenschutzartikel 31 sexies, für den die Konsumentenorganisationen und Politiker während Jahren vehement und hartnäckig gekämpft und gefochten haben, schreibl in Absatz 1 vor: «Der Bund trifft unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.»

Die Generalkompetenz entspricht dem Charakter unseres offenen Verfassungsrechts. Bei der Ausführung des Gesetzgebungsauftrages kann es nicht darum gehen, das bestehende Recht, das bereits mit Konsumentenbelangen zu tun hat – die Gesetzgebung über Lebensmittel, Mass und Gewichte, Giftgesetz usw. –, in einem einzigen Erlass zu kodifizieren. Es gilt, längst erkannte Lücken zu schliessen. Der Verfassungsartikel gibt einen klaren Auftrag.

Der Bundesrat hat mit seiner Botschaft vom 7. Mai 1986 dem Parlament eine ausgewogene Vorlage unterbreitet, die einen bemerkenswerten Konsens-Charakter aufweist.

Ich möchte dem Bundesrat und ganz besonders Herrn Bundesrat Delamuraz und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken.

Der Ständerat hat das Geschäft am 7. Oktober 1987 behandelt. In der Vorlage A, im Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation, stehen die produktbegleitenden Deklarationen und die Finanzhilfe an die objektive Tätigkeit der Konsumentenorganisationen im Vordergrund. Umstritten, sogar sehr umstritten, waren die Deklarationen von Dienstleistungen. Nur mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten blieben sie schliesslich vorläufig im Gesetzesentwurf enthalten.

Ueber die Subventionsbedingungen kann auf das Testwesen Einfluss genommen werden. Im Text der nationalrätlichen Kommission wird klar und eindeutig verlangt, dass die Tests nach wissenschaftlichen Prinzipien durchzuführen sind und die Konsumentenorganisationen eine technisch einwandfreie Fachkunde und neutrale Durchführung der Tests sicherzustellen haben. Vor der Publikation der Testş ist den Anbietern Gelegenheit zu bieten, eine Stellungnahme zu den Resultaten abzugeben.

Produktion und Handel haben in den Vernehmlassungsverfahren und ganz besonders auch in den Hearings grosses Gewicht auf diesen Punkt gelegt. Wir haben dies eindeutig feststellen können.

Auch der Bundesrat sah schon eine solche Klausel vor.

Der Ständerat wollte wesentlich weiter gehen und beabsichtigte in seiner Fassung vom Oktober 1987 eine eigentliche Zensur. Der Wortlaut, und nicht nur die Zahlen, seien vor der Veröffentlichung den Anbietern vorzulegen.

Die nationalrätliche Kommission kam beim Schicksalsartikel, eben bei dieser Finanzhilfe an die Durchführung vergleichender Tests, zu einer grundlegend neuen Konzeption, geradezu zu einer salomonischen Lösung. Eine Art Generalklausel legt nun die Grundsätze fest. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten in einem speziellen Erlass. Der Vorteil ist offensichtlich. Der Bundesrat kann nachher rasch und unkompliziert auf Erfahrungen und Entwicklungen der Praxis eingehen. Die Flexibilität dient der Sache.

Der nun allgemein gehaltene Artikel 6 über die Subventionsbedingungen fand in der Kommission breite Zustimmung, nachdem sich die Mitglieder bereits mit einer Skizze zu einer Ausführungsverordnung hatten vertraut machen können. Mit dem neuen Bundesgesetz wird auch festgelegt, dass Waren und gewisse Dienstleistungen künftig nur noch mit vergleichbaren Deklarationen anzubieten sind.

In der nationalrätlichen Kommission wurde vor allem über die Dienstleistungen diskutiert. Ich halte fest, dass die Dienstleistungen einen immer wichtigeren Stellenwert erhalten haben und einen zunehmend grösseren Anteil im Budget jeder Familie bilden. Der Konsument soll vermehrt bei Waren und Dienstleistungen vor dem Kauf Vergleiche anstellen können. Die Deklarationen haben also, wie die Tests, eine äusserst wichtige Funktion für die Verbesserung des Leistungswettbewerbs, der Markttransparenz und der objektiven Information des Konsumenten.

Die Warendeklarationen sollen in erster Linie auf dem Weg pri-

vatrechtlicher Vereinbarungen zwischen Konsumentenorganisationen und Bränchenverbänden zustande kommen. Die Ausgestaltung ist also vorerst der freien Uebereinkunft überlassen. Nur wenn es zu keiner Uebereinkunft kommt oder die privaten Vereinbarungen nicht eingehalten werden – es kann sich dabei um Verbandsmitglieder oder Aussenseiter handeln –, ist subsidiär eine Lösung auf dem Verordnungsweg vorgesehen. Dieser Weg entspricht zweifellos schweizerischer Tradition, ist vernünftig und dient den leistungsfähigen Anbietern und auch den Konsumentenorganisationen.

Noch eine Bemerkung zu den Bundesbeiträgen: Seit 1970 erhalten die Konsumentenorganisationen in der Schweiz für die objektive Information über Budgetbeschlüsse eine bescheidene Finanzhilfe. 1970 waren es insgesamt 100 000 Franken, 1990 400 000 Franken. Diese Subventionen sollen jetzt mit der einwandfreien Gesetzesgrundlage angemessen erhöht werden. Schon die Studienkommission für Konsumentenfragen hielt in ihrem Schlussbericht Ende 1964 – also vor 26 Jahren – fest, dass eigentlich ein Betrag von 1,5 Millionen Franken für das Testwesen in der Schweiz angebracht wäre. Wenn wir die Geldentwertung aufrechnen, kommen wir heute auf einen Betrag von etwa 4 Millionen Franken. Das wäre nicht übertrieben und entspräche immer noch erst einem Promille der jährlichen Werbeausgaben in der Schweiz. Die Werbeausgaben machen etwa 4,5 Milliarden Franken aus.

Die Tätigkeit der Konsumentenorganisationen lag schon bisher im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren noch zunehmen, wenn wir allein an den europäischen Markt denken, der uns vor neue Herausforderungen stellt.

Die nationalrätliche Kommission stimmte in der Gesamtabstimmung dem Konsumenteninformationsgesetz – also der Vorlage A – mit 11 zu 5 Stimmen zu.

Zur Vorlage B: Der Ständerat hat es am 8. Oktober 1987 mit 23 zu 17 Stimmen abgelehnt, auf diese Gesetzesvorlage einzutreten, bei der es sich um Aenderungen im Obligationenrecht handelt. Ich stelle mit Genugtuung fest, dass die nationalrätliche Kommission auf die für den Konsumenten überfälligen Bestimmungen mit 14 zu 6 Stimmen eingetreten ist.

Eine klare Regelung ist für die Zusendung unbestellter Waren vorgesehen. Andererseits soll endlich die siebentägige Bedenkfrist für Verträge verankert werden, die nicht in normalen, ständigen Verkaufslokalitäten getätigt werden.

In der Alltagspraxis gibt es immer wieder Fälle von überrumpelten Konsumenten, die bei redegewandten Vertretern an der Haustüre oder bei Werbefahrten Verträge abschliessen – beispielsweise für Kassenschränke, Rheumadecken, Badezusätze, Lexika usw. –, die sehr oft grosse finanzielle Belastungen verursachen. Ich denke an ältere, aber auch an einkommensschwächere Personen, die während längerer Zeit daran schwer zu tragen haben. Im Abstimmungsbüchlein zum Konsumentenschutzartikel in der Bundesverfassung, das die Stimmbürger erhielten, wurde 1981 darauf hingewiesen: «Aber auch verlockende Angebote und ungewöhnliche Werbe- und Verkaufsmethoden verleiten manchen zu unüberlegten Käufen und übereilten Vertragsabschlüssen. Daraus erklärt sich denn auch die Idee des Konsumentenschutzes.»

Bei der Formulierung des Verfassungsartikels vor vielen Jahren wurde also an das Widerrufsrecht unter gewissen eingrenzenden Umständen gedacht. Das Widerrufsrecht hat präventive Wirkung. Seriöse Firmen haben davon nichts zu befürchten, haben keine Nachteile zu erwarten. Im Gegenteil, sie sind an zufriedenen Kunden interessiert. In verschiedenen Ländern bestehen bereits solche Widerrufsrechte.

Die nationalrätliche Bestimmung lehnt sich an die EG-Richtlinie an. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzesentwurf B mit 8 zu 4 Stimmen angenommen.

Ich fasse zusammen: Die Fortschritte in der Konsumentenpolitik müssen erdauert werden. Für jede kleine Verbesserung braucht es viel Zeit, vor allem aber auch Zähigkeit und Unermüdlichkeit, um überfällige Konsumentenanliegen zu realisieren. Ich denke an die Lebensmittelgesetzgebung, an das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb, Kartellrecht usw. Die vorliegende Gesetzesvorlage hat eine fast 30jährige Geschichte. Die heutige Behandlung bedeutet einen Lichtblick.

M. Pidoux, rapporteur: En juin 1981, le peuple et les cantons ont adopté l'article 31 sexies de la constitution visant la protection des consommateurs, dont je vous cite le premier alinéa: «La Confédération prend des mesures pour protéger les consommateurs tout en sauvegardant les intérêts généraux de l'économie nationale et en respectant le principe de la liberté du commerce et de l'industrie».

En exécution de cet article constitutionnel, le Conseil fédéral nous soumet deux projets de loi, l'un sur l'information des consommateurs, l'autre sur une modification du Code des obligations. A cette occasion, le gouvernement estime judicieux de combler des lacunes qui existent dans le droit concernant la protection des consommateurs, en réglant leur information, le soutien financier des organisations de consommatrices et de consommateurs, et quelques problèmes de détail.

Si certains s'opposent maintenant à légiférer en la matière, soutenant que la liberté commerciale ne nécessite pas de telles normes, ils le font à retardement puisque, aujourd'hui, nous ne faisons que suivre les instructions du souverain, vieilles de dix ans.

Abordons d'abord la loi sur l'information des consommateurs. Dans le droit actuel, il existe déjà une vingtaine de dispositions concernant l'information des consommateurs. La loi la plus ancienne, datant de 1905, est celle sur les denrées alimentaires, qui vise à la protection de la santé. Elle fournit des indications aux consommateurs, de même que la loi sur les toxiques, de 1969. On peut citer aussi la loi sur les ventes par acomptes et par paiements préalables, de 1962, qui doit protéger la partie la plus faible au contrat.

La meilleure protection des consommateurs vient de la diversité de l'offre. Il ne s'agit pas de les materner, mais de les mettre en état de connaissance, leur permettant ainsi d'assumer leur poids et leur choix. L'idée forte de la loi qui vous est soumise est de permettre aux consommateurs de comparer les offres qui seront explicitées par des déclarations comparables. En d'autres termes, la loi tend à améliorer le fonctionnement du marché, mettant le consommateur, c'est-à-dire la partie la plus faible au contrat, an état de choisir.

Un des moyens principaux de cette loi est la déclaration qui devra accompagner toutes les marchandises et certains services dans leur offre sur le marché. La déclaration elle-même fera l'objet d'une convention de droit privé entre les organisations de la partie offrante, d'un côté, et les consommateurs, de l'autre. L'exemple classique que l'on peut citer est celui de l'étiquette des textiles. Dans le secteur privé, on s'est mis d'accord afin que l'étiquette indique la composition du tissu, sa provenance et son traitement.

Etant donné que la déclaration est d'abord fixée par convention, l'Etat n'interviendra que subsidiairement. C'est seulement en cas d'échec conventionnel que l'autorité établira des prescriptions. La Confédération ne se mêlera des déclarations que dans des cas d'urgence, si aucune entente n'est intervenue en temps utile ou si les termes de l'entente ne sont pas respectés. Par conséquent, la législation que nous proposons est conforme aux règles du marché.

Un autre point principal du projet concerne le soutien financier aux activités des organisations de consommateurs. La Confédération crée enfin la base légale pour les subventions attribuées à ces organisations depuis les années septante. On a versé de l'argent sans loi, on paiera sur une base légale. L'exécution des tests comparatifs est devenue une des activités centrales des organisations de consommateurs, et ces tests sont un élément important de l'information. Ils doivent donc être effectués de manière comparable et sérieuse, d'où la raison de l'intervention financière de la Confédération. En soutenant financièrement et en posant des conditions au subventionnement, il est possible d'influencer ces tests. Ceux qui demandent le soutien financier de l'Etat devront se plier à ces conditions. Ce projet se fonde sur l'idée d'un consommateur adulte. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral nous soumet, comme pièce de résistance, une loi qui vise à améliorer l'information des consommateurs. On est parti de l'idée que le consommateur bien informé est en mesure de se protéger lui-même. Il peut tirer des conclusions justes et prendre des décisions judicieuses au point de vue économique; on ne

veut donc pas d'un consommateur materné par la Confédération.

La commission s'est longuement penchée sur la question de savoir si les services devaient être inclus dans l'obligation de déclaration. Je vous expliquerai dans le détail, lorsque nous en arriverons à cette question, pourquoi la décision n'a été prise qu'à une voix de majorité, celle du président. La majorité de la commission était pour la version initiale du Conseil fédéral. L'exemple de l'information donnée dans le domaine des services et que l'on peut suivre est celui de l'hôtellerie, où l'on a coté la qualité des hôtels par des étoiles, des toques et des croix.

Le projet initial enrichi des conditions de subventionnement avait été modifié par le Conseil des Etats. Notre commission a voulu réduire le texte à l'essentiel, à la suite d'une demande de M. Grassi. Elle s'est adressée à l'administration pour que soit redessinée une solution sous la forme d'une clause générale. Vous trouverez le résultat de nos travaux sur ce point important à l'article 6.

Enfin, une des questions qui a attiré notre attention était de savoir si nous devions suivre la volonté du Conseil des Etats soit que la Commission fédérale de la consommation devait être paritaire. Notre commission a jugé préférable de suivre le Conseil fédéral, de lui laisser la liberté de trouver un bon équilibre dans la composition de la commission. Nous reparlerons donc aussi de la question du soutien financier aux organisations de consommation dans la discussion de détail.

Tels étaient les points importants du premier volet qui nous est soumis

Le Conseil fédéral propose aussi une modification du Code des obligations dans la seconde loi qu'il nous soumet. Il s'agit d'abord d'un nouvel article 6a du code, réglant les droits et les devoirs du destinataire d'une chose non commandée. Le Conseil fédéral propose une règle simple et claire qui mettra fin aux ambiguités juridiques. Sur ce point, le Conseil des Etats n'est pas entré en matière, ni sur aucune modification du Code des obligations. Il est vrai qu'il existe déjà des dispositions générales qui protègent la partie la plus faible dans le contrat, qui sanctionnent la liberté non librement exprimée ainsi que des dispositions de la loi sur la concurrence déloyale. Mais ne serait-ce que pour la question de l'envoi de choses non commandées, il nous a paru important de suivre le Conseil fédéral. L'essentiel des modifications du Code des obligations est lié au droit de révocation qu'on accorderait au consommateur qui a conclu un contrat sans mûre réflexion, sous l'effet de surprise ou par l'utilisation de moyens illégaux. On vise essentiellement le démarchage à domicile et les personnes qui sont agressivement sollicitées. Ce droit de révocation a été fort discuté dans notre commission ainsi qu'au Conseil des Etats, puisque ce dernier a refusé d'entrer en matière. Dans ce domaine, nous pouvons remercier l'administration qui nous a proposé une nouvelle version, différente du texte paru dans le message, avec un champ d'application beaucoup plus restreint et qui s'inspire principalement sur les directives correspondantes de la Communauté européenne.

En comparaison avec le projet initial, la deuxième version a éliminé le droit de révocation, les contrats où le fournisseur avait sollicité l'acquéreur par téléphone ainsi que tous les contrats d'assurance. Dans la deuxième version, on prévoit des exceptions au droit de révocation, si les négociations ont eu lieu dans le cadre d'un rapport contractuel préexistant ou si, à plusieurs reprises, l'acquéreur a acquis du fournisseur des articles du même genre. Là nous avons un exemple intéressant d'une législation suisse qui serait sur la même longueur d'onde que celle du Marché commun.

En conclusion, nous vous invitons à entrer en matière sur les deux projets de loi, sur la loi ayant trait à l'information des consommateurs qui n'a que quatorze articles - si nous pouvions faire toutes les lois avec quatorze articles! c'est un format de poche qui détermine seulement un certain nombre de conditions - ainsi que sur la deuxième loi relative aux deux modifications du Code des obligations.

D'une manière générale, on peut dire que la législation met l'accent sur la responsabilité des commerçants. Elle ne le fait qu'en exécution du mandat de légiférer que nous avions ob-

tenu, elle se contente de poser certaines règles sans interventionnisme excessif, elle vise à faire fonctionner le marché libéral, en mettant l'accent sur la responsabilité des parties. Mais on sait que la responsabilité des gens est le prix de la liberté.

Le président: Je rappelle que le débat d'entrée en matière est réservé aux porte-parole des groupes et qu'il porte, à la fois, sur le projet A et sur le projet B.

Basler: Dieses neue Bundesgesetz erhält in unserer Fraktion Gegenwind, zum einen wegen der Regelungsdichte. Die Zeit ruft eher nach Deregulierung denn nach neuen Gesetzen. Dass es dabei gelegentlich ohne ein neues Gesetzeswerk geht, fand auch unser Parlament, indem es auf das Konsumkreditgesetz verzichtet hatte. Zum anderen erinnert man sich an die Schäden für Anbieter, deren Produkte unfairen oder dilettantisch durchgeführten Tests unterzogen worden sind.

Die Stärke des Gegenwinds hat nun abgenommen. Gesetz und Botschaft haben einen anderen Geist als im letzten Jahrzehnt. Noch der 1981 gutgeheissene Verfassungsartikel lief unter der Bezeichnung «Konsumentenschutzartikel». Dieses Ausführungsgesetz heisst richtigerweise «Konsumenteninformationsgesetz», und das ist es, was wir brauchen können. In unserer hochtechnisierten Welt brauchen wir Kenntnis über Umwelt und energiebezogene Daten, um durch eigenverantwortliches Handeln für die Umwelt verträglicher zu werden.

Da streiten wir uns um die Aufnahme eines Energieartikels in der Bundesverfassung, lassen es aber zu, dass Wohnungen mit Waschmaschinen ausgerüstet werden, von denen nur die maximale Anschlussleistung angegeben wird, statt auszudrücken, wie viele Kilowatt-Stunden bei welchem Waschprogramm benötigt werden.

Wer sich Energiespargedanken über einen neuen Backofen machen will, der liest auf seitenlangen Anleitungen vieles über Kontrollampen, Grillmotor, Schubladenbeheizung, elektronische Zeitschaltung und Heissluftbetrieb, aber den Energieverbrauch bei einem normierten Testzyklus sucht er vergeblich.

Diese Daten zu fordern und zu liefern ist Aufgabe der Konsumentenorganisationen. So könnten neue, besonders umweltverträgliche Produkte den Durchbruch auf dem Markt schaffen. Insgesamt würde vielleicht über Marktkräfte mehr erreicht als über Elektrizitätswirtschaftsgesetze, die zwar die gröbsten Energieverschwender vom Markt fernhalten können, aber noch keine Innovation fördern.

Bei diesen Beispielen kann man sich fragen, ob nicht der Energienutzungsbeschluss, den wir in der ausserordentlichen Februarsession als Erstrat behandelt haben, die Lösung brächte. Allgemein stellt sich die Frage, ob diese Vorlage aus dem Jahre 1986 noch zeitgemäss sei, nachdem der EWR an Bedeutung zunimmt, ob daher nicht die Richtlinien des einheitlichen europäischen Marktes abzuwarten wären. Beide, die Richtlinien wie der Energienutzungsbeschluss, sind noch nicht greifbar. Zudem ist die nun vorliegende Gesetzgebung die sanfteste. Sie basiert auf Hilfe zur Selbsthilfe. Daher verdient sie unsere Unterstützung und eine rasche Verabschiedung.

Bezüglich Aenderung des Vertragsrechtes (Teil B der Vorlage) gehen die Meinungen in unserer Fraktion auseinander. Zwar ist man auch einhellig der Meinung, der Empfänger einer unbestellten Ware solle weder zur Bezahlung noch zur Aufbewahrung und auch nicht zu deren Rücksendung verpflichtet werden. Aber ein Widerrufsrecht für Haustürgeschäfte lehne ich – mit anderen Parlamentariern – ab. Denn zu vernunftigem Handeln gehört auch überlegtes Entscheiden. Man kann nicht den Bürger für mündig erklären, ihn an der Urne so schwierige Entscheide treffen lassen wie «Kernenergie – ja oder nein» und ihm gleich wieder zugestehen, dass er mit seiner Vertragsunterschrift zu Hause überfordert sei.

Natürlich bereut man gelegentlich eine Entscheidung. Aus Fehlentscheiden lernt man auch. Sicher gilt beim einen oder anderen Urnengang die Feststellung: «Nach der Tat hält der Schweizer Rat.» Aber die Folgerung ist doch auch nicht die, dass man einen zweiten Abstimmungssonntag oder eine

zweite Gemeindeversammlung ansetzt, um festzustellen, ob der Bürger wirklich gewollt hat, wofür er gestimmt hat.

Einige von uns werden daher dem Beschluss B nicht zustimmen. Die Zustimmung zum Beschluss A hängt davon ab, ob die Dienstleistungsdeklaration eliminiert werden kann. Denn der Vergleichbarkeit von Dienstleistungen sind Grenzen gesetzt.

M. Petitpierre: Le groupe radical a décidé d'entrer en matière sur les deux lois et, pour l'essentiel, de suivre les décisions de la majorité de la commission. La protection des consommateurs est réglée, on le sait, depuis juin 1981 par un article de la Constitution fédérale qui donne à la Confédération le mandat «de prendre des mesures pour protéger les consommateurs tout en sauvegardant les intérêts généraux de l'économie nationale et en respectant le principe de la liberté du commerce et de l'industrie».

Les deux projets que nous traitons ce matin ont la particularité de combiner plutôt que d'opposer les valeurs énoncées et mises en équilibre par l'article constitutionnel que je viens de citer. Dans un système fondé sur la concurrence et sur l'autonomie de la volonté des partenaires ayant conclu un contrat portant sur la livraison d'un bien ou la prestation d'un service, il est conforme à la philosophie générale de veiller à ce que la volonté soit librement formée et fondée sur une information suffisante de part et d'autre. Il est conforme aussi à cette philosophie que ce soient les partenaires eux-mêmes et leurs organisations qui assurent cette information avec l'aide, si nécessaire, de la Confédération plutôt que l'Etat par le biais d'une législation détaillée et de l'activité des services de l'administration. Il reste enfin qu'une bonne information des consommateurs renforce par contrecoup la loyauté de la concurrence et qu'elle protège ainsi les distributeurs loyaux contre les abus de leurs concurrents peu scrupuleux.

Ce qui vaut pour l'information, qui est l'objet principal de la loi A, vaut aussi pour la loi B qui est centrée sur la libre formation de la volonté contractuelle. Le principe des engagements contractuels – sur ce point, je m'oppose à l'orateur précédent – trouve déjà dans le droit actuel ses limites quand la volonté est viciée dans sa formation ou dans son expression. Les articles 40a et suivants proposés dans la loi B ne font que concrétiser l'application de cette idée dans une circonstance particulière.

A ces raisons de principe d'entrer en matière, s'ajoutent le devoir du législateur de respecter la constitution et le souci de tenir compte de ce qui se fait dans les pays comparables au nôtre.

Dans le détail, notre groupe souhaite également que les services soient soumis, comme cela est prévu dans la loi A à l'article 2, à la déclaration permettant la comparaison et ceci pour trois raisons essentielles que je n'aurai pas besoin de reprendre plus tard. Premièrement, l'article constitutionnel ne distingue pas entre les biens et les services: je ne vois pas comment la loi appliquant cet article pourrait le faire. Deuxièmement, la Communauté européenne inclut les services dans sa directive et nous avons le souci de voir ce qui se fait autour de nous en Europe. Troisièmement, les difficultés propres à certains services seront surmontées parce que le Conseil fédéral éliminera, comme l'article 2, alinéa premier, lettre a de la première loi lui en donne la faculté, tous les services qui ne se prêtent pas à la déclaration.

Pour la loi B, le groupe radical souscrit à l'élimination du contrat d'assurance du champ d'application de la loi, dans l'idée que, pour l'assurance-vie, la résiliation est déjà possible dès la fin de la première année de la durée du contrat et que, pour les autres assurances, le droit de révocation présente en tout cas autant d'inconvénients que d'avantages en raison de problèmes de technique juridique.

Le groupe radical vous propose d'entrer en matière sur les deux lois, de repousser toute proposition qui irait dans le sens contraire et, dans le détail, de suivre la majorité de la commission

Wiederkehr: Mit der Annahme von Artikel 31sexies BV durch Volk und Stände im Jahre 1981 haben Konsumenten und Organisationen offiziell den ihnen zukommenden Stellenwert als Partner im schweizerischen Wirtschaftsgeschehen erhalten. Basierend auf Absatz 2 wurde den Konsumentenorganisationen das Klagerecht im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zugestanden. Aufgrund von Absatz 3 beauftragte der Bund die Kantone, Schlichtungsstellen oder einfache Prozessverfahren für Streitigkeiten zwischen Anbieter und Letztverbraucher einzuführen. Dem sind die Kantone allerdings nur widerwillig und zögernd nachgekommen.

Offen ist jetzt noch die Umsetzung von Absatz 1 dieses Artikels 31sexies, in dem es heisst: «Der Bund trifft unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.» Dieser Auftrag ist klar. Ich zitiere ihn, weil ich der Meinung bin, dass der Ständerat diesen Satz falsch gelesen hat. Er hat offensichtlich ein «zur» gelesen: «Der Bund trifft zur Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.» Glücklicherweise hat der Nationalrat das geändert. Heute ist es so, dass ein guter Vorschlag vorhanden ist, der der Konsumenteninformation dient und nicht den Konsumenten rund um die Uhr einfach unbesehen schützen will. Die Fassung der Kommissionsmehrheit stärkt die Konsumentenorganisationen und ist geeignet, die unabhängige Konsumenteninformation zu fördern. Nach dem politischen Vokabular heisst «Förderung» immer Geld. Bei der Vollzugsverordnung ist darauf zu achten, dass diese Bundesmittel, die - verglichen mit anderen Bereichen - nicht ausserordentlich gross sind, wirklich den Konsumentenorganisationen zugute kommen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass es einen Antrag Dormann auf Streichung von Artikel 5 Absatz 2 gibt, nach welchem auch Organisationen Beträge zugesprochen erhalten könnten, die sich zwar gemäss ihrer Statuten auch der Konsumenteninformation widmen, obwohl dies nicht ihre Hauptaufgabe ist. Das könnte dazu führen, dass Coop oder Migros, der TCS oder der ACS Konsumentenschutzgelder anfordern könnten. Es könnte aber auch dazu führen, dass die Umweltorganisationen Geld erhalten. Persönlich bin ich der Meinung, dass diese in ihren Auswirkungen unklare Passage arigesichts der knappen zu verteilenden Mittel gestrichen werden sollte.

Wichtig scheint der LdU/EVP-Fraktion vor allem auch, dass wir nicht hinter Europa herhinken, dass wir also die Dienstleistungen sowohl im Beschluss A wie im Beschluss B mit einbeziehen. Denn Dienstleistungen machen einen immer grösser werdenden Anteil an den Ausgaben des Schweizers und der Schweizerin für Konsum aus. Zu diesem Dienstleistungssektor gehören auch die Versicherungen.

Ich bin erstaunt über die Ansicht von Kollege Basler, wenn er sagt, mündige Bürger müssten nicht durch ein Widerrufsrecht geschützt werden. Wir alle wissen doch, Herr Basler, dass diejenigen, die unter der Haustüre mit den mündigen Bürgern ein Geschäft tätigen wollen, bestens geschult sind und mit wunderschönen farbigen Prospekten mit der grössten Selbstverständlichkeit das Blaue vom Himmel herunter versprechen können. Wer, selbst wenn er ein mündiger Bürger ist, ist nicht schon selbst auf solche geschulten Leute hereingefallen und hat es im nachhinein bereut? Seriöse Anbieter haben von diesem Widerrufsrecht überhaupt nichts zu befürchten, im Gegenteil, es schützt ihre moralische Integrität. Die Unseriösen hingegen werden durchfallen.

Noch einmal: Dasselbe gilt für Versicherungen. Wir werden in nächster Zeit erleben, dass vor allem junge Leute unter Beschuss der Werbung kommen werden. Es darf doch nicht dazu führen, dass ein Zwanzigjähriger als nicht mündiger Bürger bezeichnet werden kann, weil er einem aufdringlichen Haustürverkäufer aufgesessen ist.

Wir bitten Sie, im Prinzip den Anträgen der Mehrheit zu folgen, dem Antrag Dormann auf Streichung bei Artikel 5 Absatz 2 zu folgen und auch den Antrag von Frau Nabholz zu berücksichtigen: Es kommt nicht darauf an, ob eine Konsumentenschutzorganisation tatsächlich gesamtschweizerisch tätig ist, sondern ob das, was diese Organisation macht, gesamtschweizerische Auswirkungen hat. Das ist der Antrag von Frau Nabholz. Im übrigen bitten wir Sie, die Dienstleistungen mit aufzuneh-

men, inklusive die Versicherungen. Das ist ein Erfordernis nicht nur von morgen, sondern bereits von heute.

M. Coutau: De l'avis du groupe libéral, le projet de loi sur l'information des consommateurs présente incontestablement, dans son but et dans sa conception, des avantages réels. D'une part, il convient de le souligner ici, son ambition consiste essentiellement à combler un certain nombre de lacunes. Le rapporteur de langue française y a insisté, je n'y reviens pas longuement. Mais, il est à souligner que le législateur suisse n'a pas attendu le vote de l'article constitutionnel de 1981 sur la protection des consommateurs pour prendre des mesures dans ce sens. De très nombreux textes, anciens et plus récents, se soucient de la protection de la santé, de la bonne foi, des intérêts des consommateurs. Les lacunes à combler sont donc relativement restreintes. Dès lors, le projet peut rester d'une ampleur limitée - quatorze articles - on l'a souligné. D'autre part, et peut-être surtout, ce projet respecte le principe fondamental de la subsidiarité, c'est-à-dire qu'il se fonde largement sur des conventions que sont appelés à passer entre eux des représentants des producteurs et ceux des consommateurs en matière d'information et, plus précisément, de déclarations relatives aux biens et services offerts sur

C'est dire que ce projet évite de considérer les consommateurs a priori comme des êtres mineurs et irresponsables que l'Etat devrait prendre par la main quand ils vont faire leur marché. Le projet les considère au contraire comme des partenaires indispensables du processus économique, qui exercent leur libre arbitre en connaissance de cause devant l'abondance et la diversité de l'offre.

Le groupe libéral souscrit donc à cette conception générale et approuve les buts essentiels du projet qui porte d'abord sur la déclaration des caractéristiques essentielles de ce qui est offert aux consommateurs, ensuite sur les conditions d'exécution des tests comparatifs et, enfin, sur le soutien financier accordé aux associations de consommateurs. Dès lors, nous approuvons, sur ce point, l'entrée en matière.

Nous assortissons pourtant cette approbation de trois réserves essentielles: la première porte sur le risque de complications et de surenchère auxquelles un tel projet est exposé, soit déjà au niveau du texte de la loi lui-même, qui pourrait souffrir du zèle législatif de certains collègues, soit, plus insidieusement, dans les ordonnances d'application, décrétées par le Conseil fédéral, même après une consultation auprès des partenaires. Par exemple, en matière de déclaration des caractéristiques essentielles des produits, on doit craindre des prescriptions trop détaillées dont la complexité finirait par nuire à la compréhension et, surtout, qui deviendrait complètement disproportionnée en regard du produit offert, par exemple. On aime, dans ce pays, le perfectionnisme, mais ce goût aboutit trop fréquemment à des entraves et à des coûts parfaitement démesurés.

Au moment où la lutte contre les déchets surabondants pose des problèmes considérables et où l'on demande à juste titre une plus grande modération en matière d'emballages, il ne faudrait pas que les exigences relatives aux déclarations aboutissent à des catalogues à la fois inopérants et surdimensionnés. Il ne s'agit pas pour nous d'ouvrir, du fait de cette loi, la porte à la rage réglementaire, totalement démodée dans la plupart des pays voisins qui en sont bien revenus et qui aboutissent au contraire à une certaine déréglementation. C'est dans ce sens que nous soutiendrons la proposition d'une forte minorité qui vise à écarter les services de cette déclaration.

Notre deuxième réserve porte sur la liberté des échanges. Une législation trop spécifiquement helvétique et trop tatillonne contient inévitablement le risque de déboucher sur une restriction des échanges internationaux. Sous prétexte de protection des consommateurs, on pourrait créer de véritables discriminations qui reviendraient à remettre finalement en cause certains de nos engagements internationaux en matière de libreéchange. Des exemples étrangers sont édifiants à cet égard. Il est vrai, le chef du Département de l'économie publique, en commission, a pris des engagements assez formels à ce sujet. Il serait bon qu'il les répète devant le plénum de ce conseil, no-

tamment en ce qui concerne les risques liés à la désignation de la provenance des produits offerts sur le marché suisse. Nous devons absolument nous mettre à l'abri de mesures de rétorsion éventuelles, auxquelles nous exposeraient des hélvétismes disproportionnés et bien inopportuns en cette période d'ouverture des marchés.

La troisième réserve porte sur la crédibilité des informations fournies aux consommateurs. Cette crédibilité est le pendant indissociable de la transparence recherchée à juste titre. Il s'agit bien entendu de la riqueur et de l'objectivité avec lesquelles devront être conduits les tests comparatifs. Cette rigueur et cette objectivité sont des conditions exigeantes, certes, mais absolument impératives. Il ne s'agit pas seulement de se garder d'induire les consommateurs en erreur avec des effets désastreux qui peuvent en résulter, il s'agit aussi de protéger la bonne foi et les intérêts légitimes des producteurs. Les risques liés à la publication de tests erronés peuvent se solder par des dégâts considérables. La responsabilité des organisations, des laboratoires et des personnes qui procèdent à des tests peut, dans certains cas, prendre des proportions considérables. C'est dire les précautions qu'il convient d'imposer quant aux compétences et à l'objectivité des auteurs et des diffuseurs de ces tests. Nous proposons aussi ici de les limiter à des marchandises, tant les difficultés et les risques liés aux tests sur les services nous semblent disproportionnés en regard de la signification réelle que les consommateurs pourraient en tirer.

Enfin, les conséquences financières de l'appui matériel apporté aux associations de consommateurs, notamment pour l'exécution de tests comparatifs, doit rester dans des limites compatibles avec l'évolution des finances de la Confédération. Les subventions qui leur sont octroyées en vertu de cette loi devront respecter les dispositions de la future loi sur les subventions. C'est une des explications à l'introduction d'une clause potestative au sujet de l'octroi de ces subventions. A cet égard, la base constitutionnelle de l'octroi de celles-ci me semble assez fragile - nous ne la remettons pas en cause - en ce sens que l'article constitutionnel nous indique que «les organisations de consommateurs bénéficient, dans les limites de la législation sur la concurrence déloyale, des mêmes droits que les associations professionnelles et économiques». C'est sur cette base que se fonde le financement des associations de consommateurs; il est évident que les autres associations professionnelles et économiques ne vont pas se référer à cette base constitutionnelle pour demander toutes des subventions à la Confédération, elles s'en félicitent.

Quant à la loi B qui, pour l'essentiel, introduit un droit de révocation dans certaines circonstances, nous avons été tentés de suivre le Conseil des Etats et de refuser l'entrée en matière. En effet, il porte une atteinte directe à un des principes fondamentaux du droit des contrats, à savoir le respect de la volonté clairement exprimée des parties au contrat. Nous refusons de considérer a priori tous les vendeurs comme des filous et tous les acheteurs comme des victimes incapables de jugement et de discernement. Plusieurs dispositions, notamment la loi récemment révisée contre la concurrence déloyale, prévoient déjà des limites qui protègent les acheteurs dont la bonne foi a été surprise par des démarcheurs trop habiles. Faut-il vraiment prendre le risque de troubler les relations commerciales pour renforcer unilatéralement la position des consommateurs?

Si nous nous rallions finalement à l'entrée en matière, c'est que les travaux de la commission ont démontré deux choses. Premièrement, certaines pratiques contestables et non couvertes par d'autres dispositions légales prennent une certaine ampleur. Il arrive effectivement que l'accord des parties au contrat repose sur des volontés concordantes bien fragiles, parfois pratiquement extorquées à l'acheteur par des moyens que nous réprouvons. Ce n'est pas notre conception de la liberté du commerce. Il n'empêche que nous regrettons qu'une fois de plus les abus de quelques-uns nous poussent à légiférer éventuellement aux dépens de la majorité des commerçants qui se gardent de ces procédés contestables.

Enfin, le second résultat convaincant des travaux de la commission, est qu'il a été possible de formuler le projet sur des bases plus concrètes, mieux définies, se référant à des critères un peu plus restrictifs et, qui plus est, compatibles avec les pratiques étrangères. Dans la mesure où les propositions de la commission seront ratifiées par le plénum, nous pourrons, tout bien considéré, nous y rallier.

Hafner Rudolf: «Die Katze im Sack kaufen», «Die Leute für dumm verkaufen» – das sind zwei Sprichwörter, die im Bereiche der Konsumenteninformation langsam an Wert verlieren sollten. Wir sind der Auffassung, dass es – wenn die Menschen als mündige Bürger angesprochen werden – nötig ist, im Bereich der Konsumenteninformation mit möglichst offenen Karten zu spielen und eine möglichst umfassende und wirklichkeitsgetreue Information zu bieten.

Es ist kein Zufall, dass die grüne Fraktion eine möglichst umfassende und wirklichkeitsgetreue Information will. Gerade die Kreise, die uns nahestehen – wie die Kag (Konsumenten-Arbeits-Gruppe zur Förderung tierfreundlicher, umweltgerechter Nutzung von Haustieren), die «Volksgesundheit Schweiz», der VCS oder die Drittweltläden –, sind seit langer Zeit Vorreiter in diesem Bereiche und bieten mehr und genauere Information, als das beim allgemeinen Angebot der Fall ist.

Von uns aus gesehen ist es daher konsequent, auch die Dienstleistungen einzubeziehen, und es erscheint uns schwer verständlich bzw. ein bisschen zweideutig, wenn eine grosse bürgerliche Minderheit die Dienstleistungen ausnehmen will. Mit der Feststellung von Herrn Basler, die Dienstleistungen seien schwer miteinander zu vergleichen, sind wir einverstanden. Gerade im Hinblick auf den Versicherungsmarkt haben selbst kaufmännisch geschulte Leute grösste Mühe, beispielsweise die Angebote von Lebensversicherungen zu vergleichen

Wenn aber Vergleiche dermassen schwierig anzustellen sind, sollte man die Konsumenteninformation doch eher verstärken als abschwächen. Wir hoffen, dass dieser wichtige Punkt zum Tragen kommt und dass sich eine Mehrheit findet, um etwas mehr Licht in diesen zum Teil obskuren Versicherungsmarkt oder in die Bankdienstleistungen zu bringen.

Der Bürger soll als mündiger Mensch wissen, was für Waren oder was für Dienstleistungen er konsumiert und was deren Inhalt ist. Von grosser Bedeutung kann der Bereich der Lebensmittel sein. Solange nicht eine Spezialgesetzgebung die Konsumenteninformation im Bereich der Lebensmittel regelt, solange gilt dieses generelle Konsumenteninformationsgesetz. Es ist bekannt, dass sich im Bereich der Lebensmittel höchst problematische Entwicklungen abzeichnen – man denke an die radioaktive Bestrahlung zur Haltbarmachung, an die gentechnologisch veränderten Lebensmittel.

Die grüne Fraktion wendet sich generell gegen diese höchst gefährlichen Techniken. Es versteht sich von selbst: Wenn schon solche Techniken angewendet werden, muss dieses Vorgehen restlos deklariert werden, auch wenn diese Techniken offiziell zugelassen sein sollten. Es kann wirklich nicht in Frage kommen, dass der Bürger Dinge konsumiert, von denen er nicht genau weiss, mit welch gefährlichen Techniken sie in Berührung gekommen sind. Wir fordern die Sicherstellung einer restlosen Information, falls solche gefährlichen Techniken zur Anwendung kommen. Nur so könnten wir diese überhaupt verantworten.

Mit dem Beschluss B haben wir Mühe, hat sich doch die Mehrheit dafür ausgesprochen, die Versicherungsleistungen auszuschliessen, und werden doch sehr starke Tendenzen sichtbar, das Rücktrittsrecht mittels Zusätzen einzuschränken. Wir warten die Diskussion ab und werden je nach Ergebnis für oder gegen den Bundesbeschluss B stimmen.

Wir sind aber in beiden Geschäften für Eintreten, damit sie behandelt werden können. Gesamthaft sind wir für jene Anträge, die ein möglichst breites Spektrum der Konsumenteninformation bieten wollen. Wir sind auch für den Vorschlag Nabholz, wobei wir eine Zusicherung von Bundesrat Delamuraz haben möchten, dass der Bund die Förderung im Sinne der Finanzierung versteht, nicht aber im Sinne einer Bundeseingriffnahme in die Tätigkeit dieser Organisationen. Das scheint uns sehr wichtig zu sein.

Grassi: Die CVP-Faktion ist für Eintreten auf beide Vorlagen und für Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen, mit einer Ausnahme, wie ich in der Detailberatung darlegen werde. Zunächst einige grundlegende Bemerkungen. Die marktwirtschaftliche Ordnung mit einem funktionierenden Leistungswettbewerb ist durch sich selbst und vom System her auf die optimale Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse ausgelegt. Das beinhaltet auch die Zielrichtung, die Interessen der Konsumenten zu wahren. Aus dieser theoretischen Sicht ist ein besonderer Schutz der Verbraucher durch Gesetzesnorm wohl zumindest paradox.

Der Wettbewerb sorgt für ein vielfältiges und differenziertes Angebot als Antwort auf differenzierte Bedürfnisse der Konsumenten. Dies schafft die Voraussetzung, dass jeder individuelle Verbraucher das ihm zusagende Angebot auswählen kann. Der erbitterte Kampf um den Kunden veranlasst den Anbieter häufig, den Wettbewerb nicht ausschliesslich mit echten, eigenen Leistungen auszufechten. Erscheinungen einer systematischen Schleuderpreispolitik, die Unübersichtlichkeit von Spezialaktionen und die einseitige Konzentration auf das Preiselement unter Vernachlässigung anderer Leistungskomponenten verschleiern zusehends das Preis-Leistungs-Verhältnis. Dadurch werden hohe Ansprüche an die Eigenverantwortlichkeit der Verbraucher gestellt.

Mit Blick auf die konkreten Ausführungserlasse zum Konsumentenschutzartikel der Bundesverfassung ist hervorzuheben, dass der Souverän nicht nur die Kompetenz, sondern den Auftrag zum Erlass von Konsumentenschutznormen gegeben hat. Dem Verbraucher sollten über das bisherige Mass hinaus die Mittel zur besseren Entscheidungsfindung im Markt gegeben werden.

Verbraucherschutz wird ja nicht erst seit Erlass von Artikel 31sexies der Bundesverfassung betrieben. Verbraucherschutz wurde als Massnahme zur Abwehr von Gefahren verstanden, die Rechtsgütern wie Leben, Gesundheit, Treu und Glauben im Geschäftsverkehr drohen können. Eine ganze Reihe einschlägiger Verfassungsartikel bestehen seit jeher. Entsprechend lang ist denn auch die Liste konsumentennaher Gesetzesbestimmungen.

Es ist unbestritten, dass der gut informierte Konsument sich weitgehend selber schützen kann und in der Unübersichtlichkeit der vorliegenden Marktstruktur die wohl richtigen Entscheidungen trifft, wie und wo er seine Kaufkraft einsetzt.

Wichtig ist dabei, welche Informationen ihm zur Verfügung stehen. Diese zu umschreiben und zu konkretisieren ist die Aufgabe des ersten Erlasses, den wir heute beraten: des Bundesgesetzes über die Förderung der Konsumenteninformation. Die Information des Konsumenten, wie sie im Gesetz umschrieben ist, geschieht durch die Deklaration von Waren und Dienstleistungen sowie durch die Qualitätsprüfungen. Wir sind der Meinung, dass auch die Dienstleistungen in das Gesetz einbezogen werden sollen. Aber nicht nur der Verbraucher soll von einer effizienten Information profitieren. Die gesamte Wirtschaft, also auch die Gegenseite - d. h. Produzent und Verteiler als Teile der Wirtschaff-, soll aus einer korrekten und umfassenden Information Nutzen ziehen können. Die richtig geführte, objektive Information des Konsumenten stimuliert den Wettbewerb, spornt zu besserer Leistung und zu besserer Qualität an und ist zugleich eine Ergänzung und sogar ein Korrektiv der Produktewerbung.

Wir begrüssen die Konzeption, wonach die Erarbeitung von Deklarationen grundsätzlich Sache privatrechtlicher Vereinbarungen ist. Aus dieser Optik ist es auch richtig, dass die subsidiäre Kompetenz des Bundesrates im Sinne einer Kann-Formel formuliert ist. Können sich nämlich die Parteien nicht auf ein Deklarationssystem einigen, bedeutet dies noch nicht, dass ein Eingreifen der Bundesbehörden sinnvoll ist.

Unbestritten ist, dass den Konsumentenorganisationen Finanzhilfen zur Erfüllung ihrer Informationsaufgaben sowie für ihre Testtätigkeit zur Verfügung stehen sollen. Auch hier sind wir der Ansicht, dass die Kompetenz des Bundes im Sinne einer Kann-Formel formuliert wird. Die Anträge Nabholz und Leutenegger Oberholzer gehen zu weit. Die Kann-Formel gewährt dem Bundesrat die notwendige Flexibilität. Dass die Konsumentenorganisationen angemessene Eigenleistungen erbringen und gewisse Spielregeln einhalten müssen, wenn sie die Bundeshilfe in Anspruch nehmen, scheint uns richtig. In diesem Zusammenhang ist auf die wichtige Arbeit, welche die verschiedenen Konsumentenorganisationen bisher geleistet haben, hinzuweisen. Seit den sechziger Jahren haben sie ständig ihre Arbeit erweitert und verbessert und wesentlich dazu beigetragen, dass der Konsument verantwortungsbewusster handelt und sich im heutigen vielfältigen und in gewissen Sparten überdimensionierten Angebot zurecht findet. Die Weiterführung dieser Arbeit soll deshalb vom Bund unterstützt werden.

Auch auf den zweiten Bundesbeschluss ist nach Ansicht der CVP-Fraktion einzutreten. Es ist nicht zu bestreiten, dass unter den Anbietern nicht alle Schafe weisser Farbe sind. Ich möchte aber gleich hinzufügen, dass es sich nie um allgemeine Erscheinungen, sondern um Einzelfälle handelt, wenn Irreführungen und Angebotsmethoden auftreten, die den Verbraucher benachteiligen. Das Gros seriöser Anbieter ist keineswegs daran interessiert, den Kunden zu beschummeln.

Wenn es darum geht, Gesetzesbestimmungen zu formulieren, die notgedrungen generell Gültigkeit haben, muss der Versuchung widerstanden werden, von Einzelfällen auf das Ganze zu schliessen und damit die grosse Mehrheit korrekter Anbieter und eigenverantwortlicher, handlungsfähiger Konsumenten zu bevormunden und in ein unangemessenes, enges Korsett zu zwängen. Aus diesem Grund sind Schwerpunkte zu bilden. Der Konsumentenschutz hat sich auf echte, allgemeine Verbraucheranliegen zu beschränken. Der jedoch im ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates gezogene Schluss, den Kunden kurzerhand bei allen ausserhalb von Geschäftslokalitäten abgeschlossenen Verträgen ein Widerrufsrecht einzuräumen, ging zu weit. Deshalb hat die Kommission einen neuen Vorschlag gutgeheissen, welcher im Interesse der Rechtssicherheit das Widerrufsrecht auf ganz spezielle Fälle beschränkt.

In diesem Sinne sind auch die Ausnahmen klarer umschrieben. Ich erachte es als richtig, wenn man dem Verbraucher in gewissen, genau bezeichneten Fällen eine Bedenkzeit einräumt, vor allem dort, wo die Gefahr eines unüberlegten Vertragsabschlusses gegeben ist.

Wir sind jedoch gegen die Einbeziehung der Versicherungsverträge in das Widerrufsrecht; denn eine Sache ist es, ob man Ihnen zu Hause Bücher, Wein oder Elektroapparate verkauft – wo psychologisch die Ware visuell eine grosse Rolle spielt –, und eine andere, wenn Versicherungsverträge abgeschlossen werden, wo schon von der Sache her die Unterschrift des Vertrages verzögert werden kann. Es wäre auch verfehlt, die Versicherungsgeschäfte mit den dubiosen Haustürgeschäften bzw. den Werbecarfahrten auf die gleiche Stufe zu stellen. Ich werde in der Detailberatung auf das Problem zurückkommen.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen im Namen der CVP-Fraktion, auf beide Vorlagen einzutreten.

Frau Ulrich: Wir sprechen heute über die Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten, aber genauso über die Anliegen der Wirtschaft, denn Konsumentinnen und Konsumenten sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft. Nur informierte Konsumentinnen und Konsumenten können ihren Part in diesem Spiel gut ausführen. Geld, das für Waren oder Dienstleistungen ausgegeben wird, welche die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, fehlt nachher, um es für solche Dinge einzusetzen, die dem Ziel der Konsumenten und Konsumentinnen entgegenkommen. In diesem Sinn hat auch die Wirtschaft ein Interesse an Deklarationen, die eine gute Wahl ermöglichen. Es wurde vorhin immer wieder von den mündigen Konsumentinnen und Konsumenten gesprochen, welche selber entscheiden sollen, wofür sie ihr Geld ausgeben und welche sich sicher nicht durch Werbung oder durch Haustürkäufe überrumpeln lassen. Aber: Um selbstverantwortlich entscheiden zu können, braucht jeder und jede Grundlagen, und zwar obiektive Informationen.

Wo und wie kann man diese erhalten? Wir brauchen unbedingt offizielle Deklarationen, welche für eine bestimmte Warengruppe oder ein bestimmtes Dienstleistungsangebot nach

bestimmten Kriterien, die ausgehandelt werden müssen, einen Vergleich erlauben.

Hier setzt die Arbeit und die Aufgabe der Konsumentenorganisationen ein: Sie sind es, welche als Partnerinnen der Wirtschaft beim Aushandeln der Deklarationen auftreten können; sie sorgen für die Information der Konsumentinnen und Konsumenten in den Medien, den elektronischen und den gedruckten; sie sind es auch, die vergleichende Tests durchführen. Die dazu benötigten finanziellen Mittel können die Konsumentenorganisationen nicht allein von ihren Mitgliedern her aufbringen. Sie brauchen dazu die Unterstützung des Bundes. Dazu soll in diesem Gesetz nun die Grundlage geschaffen werden.

Zu den einzelnen Punkten: Die SP will in diesem Gesetz auch die Dienstleistungen verankern. Der Dienstleistungssektor nimmt an Bedeutung immer noch zu. Es ist uns klar, dass nicht alle Dienstleistungen vergleichbar und damit objektiv deklarierbar sind. Aber dort, wo sie unter standardisierten Bedingungen und mit einheitlichem Inhalt angeboten werden – ich denke z. B. an Pauschalreisen, an die chemischen Reinigungen, an Service-Abonnements, an Unterrichtsverträge usw. –, sollen sie auch von den Konsumenten verglichen werden können, indem sie einheitliche Deklarationen aufweisen; somit wird ermöglicht, dass die Konsumentinnen und Konsumenten selbstverantwortlich entscheiden können.

Deklarationen sind ja nichts Neues; es gibt sie bereits auf freiwilliger Basis. Aber das soll nun ausgebaut werden. Wie vorhin schon einmal erwähnt wurde, sind wir zwar sehr dafür, dass Deklarationen z. B. den Energieverbrauch umfassen, wie das Herr Basler gesagt hat. Aber nicht nur Energieverbrauch oder Materialzusammensetzung sind wichtig: Wenn immer wieder davon gesprochen wird, dass Konsumentinnen und Konsumenten das Angebot auch beeinflussen und dass sie mitverantwortlich seien dafür, dass bestimmte Dinge gekauft werden, die ökologisch nicht so sinnvoll sind, dann muss ich den Spiess umdrehen und sagen: Geben wir den Konsumentinnen und Konsumenten über die Deklaration die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie z. B. ein Produkt aus nichtbiologischem Anbau oder lieber aus biologischem Anbau kaufen wollen. Geben wir ihnen die Möglichkeit zu wissen, unter welchen ökologischen bzw. sozialen Bedingungen ein Produkt entstanden ist, aus welchem Land es stammt usw.

Es ist mir klar, dass nicht jedes Produkt in allen diesen Sparten deklariert werden kann; aber es gibt Produkte, bei denen das wichtig ist und wo die Konsumenten, wenn sie selbstverantwortlich entscheiden wollen, alles wissen müssen.

Sollte es z. B. einmal soweit kommen – ich hoffe, es komme nicht soweit; die SP würde sicher Widerstand leisten –, dass gestattet wird, Lebensmittel zu bestrahlen oder dass gentechnologisch veränderte Lebensmittel auf den Markt kommen, dann muss auf jeden Fall eine Deklaration da sein, die es mir erlaubt zu entscheiden, ob ich das will oder nicht.

Es wird immer wieder gesagt, die Konsumentinnen und Konsumenten beeinflussten das Angebot; aber sie können es nur dann bewusst beeinflussen, wenn sie auch das Wissen darüber haben. Das Aushandeln der Inhalte dieser Deklarationen soll – wie es im Gesetz vorgesehen ist – zwischen Konsumentenorganisationen und Wirtschaft geschehen, der Bund soll nur dann eingreifen, wenn es nicht möglich ist, innert nützlicher Frist zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen. Die Finanzhilfe des Bundes soll auch an die Kosten dieser Ver-

Die Finanzhilfe des Bundes soll auch an die Kosten dieser Verhandlungen ausgerichtet werden, nebst den Kosten für die Informationsvermittlung und die Testdurchführungen.

Das Aushandeln kann nur durch gesamtschweizerische Organisationen bewerkstelligt werden. Das ist mit regionalen Organisationen nicht möglich. Insofern ist es verständlich, dass der Bundesrat die Subventionen nur an Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung ausrichten will.

Für die Durchführung von Tests auf Waren und Dienstleistungen ist es heute schon so, dass sich die einzelnen Gruppen zusammenschliessen, teilweise sogar europäisch oder international. Es ist nötig, dass eine Konzentration der finanziellen Kräfte erfolgt.

Wir von der SP begrüssen es, dass die Finanzhilfe an die Durchführung vergleichender Tests durch eine Generalklausel geregelt werden soll, und wir lehnen den Antrag Hänggi zu Artikel 6 ab.

Zum zweiten Teil, zur OR-Revision: Sie wird von der SP begrüsst. Es werden hier längst fällige Korrekturen und Klarstellungen realisiert. Ich denke z. B. an Artikel 6a (neu), wo es darum geht, dass endlich klar gesagt wird, was man tun soll mit Dingen, die einem unbestellt zugestellt werden. Da gibt es heute noch sehr viele unterschiedliche, auch juristisch unterschiedliche Meinungen.

Zu den Haustürverkäufen, die vorhin von Herrn Basler angesprochen worden sind: Das Ueberrumpeln der Konsumentinnen – es sind sehr oft die Frauen, die zu Hause sind – ist leider eine Tatsache. Es werden nicht nur junge Frauen angepeilt; sehr oft sind es auch Frauen der älteren Generation, die einem wortgewandten Anbieter an der Haustüre nicht gerade ausgeliefert sind, aber ihm gegenüber doch am kürzern Hebel sitzen. Das Widerrufsrecht muss für solche Fälle unbedingt im Gesetz bleiben.

Wir sind auch der Meinung, dass das Widerrufsrecht für Versicherungsverträge, die länger als ein Jahr dauern, gegeben sein sollte. Wer schon einen solchen Versicherungsvertrag, der nicht sofort in Kraft tritt, unterschrieben hat, der weiss, dass sich auch die Versicherungen eine Bedenkzeit ausbedingen, dass innert 14 Tagen die Gesellschaft zum Antrag ja oder nein sagen kann.

In diesem Sinn bitten wir Sie um Eintreten auf die beiden Vorlagen.

Neukomm, Berichterstatter: Es ergaben sich keine grundsätzlich neuen Apekte. So kann ich mich sehr kurz halten. Ich danke allen Sprechern für die wohlwollende Beurteilung der Gesetzesvorlage. Ganz besonders das Konsumenteninformationsgesetz fand ausserordentlich gute Aufnahme. Die Vorlage B wird noch einiges zu reden geben.

Herr Basler hat eigentlich den Kern erwähnt: Es geht in erster Linie um Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade beim Verfassungsartikel 1981 kam es deutlich zum Ausdruck, dass die Entwicklung, und zwar in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht, den Konsumenten überfordert hat und dass nach dem liberalen Leitbild eigentlich der Konsument der wahre Lenker der Wirtschaft sein sollte. Nun sollen die objektiven Informationen als produktbegleitende Deklarationen oder auch die Tests den Konsumenten die Grundlage geben, um sich marktgerecht zu verhalten.

Die Dienstleistungen bei den Deklarationen sind umstritten, das haben wir aus den Eintretensvoten gehört. Da möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die entscheidende Veränderung unserer Konsumgewohnheiten darin liegt, dass in den letzten 20, 30 Jahren ein gewaltiges Wachstum an Dienstleistungen zu verzeichnen ist. Ich denke nicht nur an die Banken und Versicherungen, sondern an unzählige andere Sektoren. Auch wenn es schwierig ist, vergleichbare Programme und Daten aufzustellen, sollte dies doch im Aufgabenkatalog bleiben. In der ganzen Welt, in allen europäischen Ländern beschäftigen sich Private und staatliche Institutionen mit der Deklaration von staatlichen Dienstleistungen und vor allem auch hier, wo es besonders schwierig ist, vor dem Vertragsabschluss Vergleiche anzustellen, eine Orientierungshiffe erhalten.

Der Staat hat also gewisse Aufgaben auf sich zu nehmen, um ein marktgerechtes Verhalten des Konsumenten überhaupt zu ermöglichen, und der Wettbewerb soll spielen. Herr Grassi hat darauf hingewiesen. Ich sage immer wieder: Der Wettbewerb ist der beste Freund des Konsumenten, aber er sollte in der Praxis auch funktionieren, und da braucht es einigermassen gleiche Gewichte. Wenn von Herrn Basler beispielsweise beim Widerrufsrecht kritisiert wird, der Staatsbürger sei selbständig, er müsse sich auch an der Urne für gewichtige Sachen entscheiden, so möchte ich hier doch sagen, dass beispielsweise bei den Haustürverkäufen die Situationen ungleich sind: auf der einen Seite der wohlpräparierte Vertreter, auf der anderen Seite in der Regel ein unvorbereiteter Konsument. Deshalb ist es sinnvoll, eine gewisse «Unterkühlungsphase» einzubauen, also ein Widerrufsrecht von 7 Tagen. Die

Missbrauchsbekämpfung soll auch hier im Zentrum stehen. Es gibt bereits private Anbieter, z. B. den Verband der Direktverkaufsfirmen, die schon ein freiwilliges Widerrufsrecht haben.

Zu den Dienstleistungen möchte ich noch einzelne Beispiele erwähnen, die gerade in der Deklaration von Bedeutung sein dürften. Ich denke an Fernkurse, chemische Reinigungen, Kleinkredite, Pauschalreisen, Heiratsvermittlung – also verschiedene Märkte, die in den letzten Jahren zunehmend eine Bedeutung erlangt haben.

Ich bitte Sie, auf beide Vorlagen A und B einzutreten.

M. **Pidoux**, rapporteur: L'entrée en matière n'étant pas combattue, mon intervention pourra être d'une brièveté inhabituelle. Il est dans l'intérêt des acheteurs et des vendeurs que la concurrence fonctionne harmonieusement. C'est d'abord aux partenaires à la faire fonctionner et la législation que l'on propose aujourd'hui n'est qu'une législation subsidiaire au cas où la concurrence ne fonctionnerait pas. Je pense que nous pouvons tous nous y rallier. C'est sans doute pourquoi aucun d'entre nous n'a proposé de ne pas entrer en matière sur les deux projets de loi qui nous sont soumis.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: L'intérêt des consommateurs que nous sommes tous n'est pas fondamentalement préservé par un ensemble de lois, d'ordonnances, de règlements qui nous mettraient tous sous cloche, mais dépend d'une économie pleine de vitalité, qui offre une large gamme de produits et de services, à des prix d'autant plus intéressants qu'ils résultent du libre jeu de la concurrence. C'est la première responsabilité du législateur et du gouvernement, ici comme ailleurs, de permettre précisément à cette économie, par les conditions-cadres qu'ils fixent, de continuer d'être performante et d'offrir un choix et des prix aux consommateurs qui sont la première garantie de qualité. Mais le peuple et les cantons ont estimé, un certain dimanche de juin 1981, de manière très catégorique - 858 000 oui contre 451 000 non et 22 cantons contre 4 - qu'il fallait aller au-delà de cette protection naturelle et fondamentale et permettre au législateur, grâce à un article constitutionnel, de puiser dans son arsenal législatif afin de «protéger» les consommateurs - le terme a été expressément retenu.

Sur la base de ce mandat constitutionnel, le Conseil fédéral s'est demandé tout d'abord si l'on pouvait, moyennant quelques modifications des lois en vigueur, réaliser cette protection des consommateurs et satisfaire ainsi à la volonté populaire claire et nette. Il a dû constater que cela n'était pas possible et que si nous voulions respecter la décision populaire il convenait bel et bien d'édicter une loi visant à améliorer l'information des consommateurs. C'est cette loi que nous vous présentons.

De grâce, n'y voyez pas l'intention du Conseil fédéral de persister dans l'erreur et de légiférer encore davantage là où tant de voisins en sont à l'heure de la dérégulation! En réalité, cette loi n'est pas un monstre de perfectionnisme, née de cerveaux fertiles qui voudraient assujettir le commerce, les consommateurs et les vendeurs à un nombre absolument disproportionné de prescriptions. Cette loi tient en 14 petits articles, c'est un format de poche parmi les législations que propose le Conseil fédéral, et il ne s'agit certainement pas d'une contribution à l'inflation législative que nous désirons combattre avec vous. Ensuite, au-delà du problème du format de cette loi, je voudrais attirer votre attention sur le fait qu'elle ne vise pas tant à protéger le consommateur qu'à améliorer son information.

En d'autres termes, la philosophie dont le Conseil fédéral s'est inspiré en vous proposant ce texte n'a pas été de considérer au départ qu'il y avait nécessairement des vendeurs filous face à des acheteurs innocents, tous et nécessairement victimes des marchands, mais qu'il suffisait de mettre les deux parties en présence sur la base d'une information claire et que l'offre faite à l'acheteur soit accompagnée de la documentation qui lui permet de prendre sa décision. Il n'y a donc pas du tout la volonté de prendre le consommateur par la main et de vouloir, au nom de l'Etat, s'interposer. Il y a tout au plus – c'est d'ailleurs le sens fondamental de la loi que nous vous proposons –

la volonté de tenir compte du vieil aphorisme français selon lequel un homme averti en vaut deux.

A propos de ce premier texte, j'ajouterai quelques remarques. Tout d'abord - nous y reviendrons au moment de la discussion de détail - il serait fâcheux de vouloir exclure les services du champ d'application de cette loi. En effet, a priori, le mandat constitutionnel ne nous donne pas le droit d'éliminer tous les services de l'obligation d'informer. De plus, les risques de mauvaise information et de non-information sont aussi grands en matière de présentation et d'offre de services qu'en celle de produits. A cet égard, il est tout à fait naturel que pour les services - du moins pour un certain nombre d'entre eux - le consommateur puisse se renseigner et être averti. C'est dans cette optique que je combattrai la proposition d'exclure les services qui nous sera présentée tout à l'heure. Cependant, j'ajoute aussitôt qu'il n'est pas question d'inclure tous les services. Non seulement c'est impossible, mais absurde, car certains de par leur nature ne se prêtent manifestement pas à une telle déclaration. Si vous entrez en matière sur ce point, l'idée du Conseil fédéral est d'édicter ensuite une ordonnance d'application qui limitera expressis verbis la nature des services qui peuvent être soumis à déclaration, afin qu'on ne s'embarque pas dans une réglementation absurde et inutile.

Ma deuxième remarque se rapporte au fait que la loi que nous vous soumettons est conforme au droit communautaire qui, dans ce domaine, a évolué au cours de ces derniers mois. Sachez que vous n'agiriez pas à contretemps en adoptant cette loi. Ma troisième remarque répond à une intervention de M. Hafner. Je garantis que la Confédération donnera une entière liberté dans l'appréciation des analyses scientifiques et techniques effectuées par les organisations qui se chargent de tests subventionnés. En revanche – c'est normal – elle appliquera quelques moyens de contrôle de l'octroi de subventions. La coordination entre les organisations et les conditions pour les tests, telles qu'elles sont formulées à l'article 6 de cette loi constituent l'intervention minimale que la Confédération a l'obligation d'effectuer pour contrôler l'utilisation des deniers publics. Merci d'entrer en matière sur cette loi.

J'en viens à la modification du Code des obligations qui constitue la seconde partie de notre repas d'aujourd'hui et à propos de laquelle le Conseil des Etats a adopté une attitude plutôt réticente. Aussi bien pour la transformation du Code des obligations que pour l'édiction de la nouvelle loi, la philosophie du Conseil fédéral qui a prévalu se réfère à un vendeur qui n'est pas nécessairement et a priori un menteur et à un acheteur qui n'est pas nécessairement et a priori une innocente victime des méchants. Tant qu'il y aura des affaires, il y en aura de bonnes et de mauvaises, aussi bien pour les vendeurs que pour les acheteurs. L'Etat n'a pas la candeur de vouloir ne recueillir que de bonnes affaires pour l'ensemble du commerce. En revanche, ce qui doit être préservé, c'est une certaine égalité de conditions de base entre l'acheteur et le vendeur. Il s'agit d'encadrer d'un certain nombre de règles simples des décisions prises sous l'empire d'une situation manquant de sérénité, afin d'établir un climat de confiance dans les relations commerciales. Ainsi en va-t-il tout d'abord de l'envoi de marchandises non commandées à propos desquelles des règles de comportement fixées dans ces dispositions éviteront les ambiguités et les mauvaises surprises que nous enregistrons actuellement chaque jour.

Ensuite, il s'agit du droit de révocation. Pour des affaires de démarchage à domicile ou des contrats semblables (cf. article 40), il faut éviter au consommateur de se trouver à l'improviste dans des situations précipitées, face à un fournisseur de choses mobilières ou de services. Dans ces cas, le danger de conclure précipitamment un contrat est grand. Il ne s'agit pas d'interdire au consommateur d'en conclure, mais de lui permettre de donner un consentement libre, réfléchi et éclairé. Le droit de révocation permet en quelque sorte au client d'agir comme un partenaire égal et il le protège contre les abus lors de la négociation. D'ailleurs, nous constatons – ce sera la remarque conclusive de mon intervention – que les entreprises professionnelles de la vente directe qui ont introduit volontairement un droit de résiliation et qui sont prêtes, spontanément, à se plier à ce droit de révocation, ne connaissent pas de

problèmes avec leurs clients. Ces bonnes entreprises ont jugé elles-mêmes ce que le législateur serait bien inspiré de juger aujourd'hui, à savoir qu'il fallait installer une soupape de sécurité pour harmoniser les rapports entre elles et leurs acheteurs éventuels et, par conséquent, au départ, limiter le nombre de litiges possibles qui surgiraient de la précipitation ou de la non-information. N'imaginez pas que, par cette disposition modeste, nous mettions en cause le droit des contrats, la loyauté des rapports entre vendeurs et acheteurs, bref, que nous mettions à bas toute une législation et un ensemble de pratiques tout à fait correctes parce que reposant sur la bonne foi. Voyez simplement une précaution supplémentaire pour éviter des cas difficiles, nés d'une différence de conditions manifeste entre le vendeur et l'acheteur.

Monsieur Basler, vous avez raison de dire que les Suisses majeurs sont capables de voter et de prendre des décisions populaires importantes. Ils doivent donc aussi être capables de prendre des décisions privées. Le droit de vote peut être exercé dans ce pays en toute sérénité, mais les affaires de démarchage à domicile, avec une situation de surprise unilatéralement créée par le vendeur potentiel, sont des conditions toutes différentes de celles dans lesquelles le citoyen va exprimer son vote le dimanche matin.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung - Discussion par articles

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation (Konsumenteninformationsgesetz, KIG) Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs (Loi sur l'information des consommateurs, LIC)

Titel und Ingress

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Antrag Leutenegger Oberholzer

Die Redaktionskommission wird beauftragt, das KIG sprachlich dahingehend zu bereinigen, dass eine sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann gewährleistet ist.

Proposition Leutenegger Oberholzer

La Commission de rédaction est invitée à amender le texte de la LIC de manière à éliminer toute trace de sexisme dans la formulation de la loi.

Frau **Leutenegger Oberholzer:** Der Bundesrat hatte im Rechtsetzungsprogramm 1986 versprochen, dass er inskünftig auf die sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann in der Gesetzgebung achten werde. In diesem Sinne hat er auch die Kantone angewiesen, bei der Gesetzgebung inskünftig darauf zu achten, dass die Frauen sprachlich nicht diskriminiert werden. Wenn man sich nun die Erlasse der jüngeren Vergangenheit vor Augen führt – ich denke zum Beispiel an die Weiterbildungsoffensive, die wir gestern beraten haben –, so müssen wir feststellen, dass diesem Grundsatz in der Praxis nicht nachgelebt wird. Das geht soweit – ich möchte auf das Bürgerrechtsgesetz verweisen –, dass dies zu ganz krassen Missverständnissen führt.

Ueber die Gründe, die für eine sprachliche Gleichbehandlung sprechen, brauche ich nicht viele Worte zu verlieren. Sie wurden im Rechtsetzungsprogramm des Bundesrates ausgiebig erläutert, und ich möchte darauf verweisen. Der Bundesrat hat auf Seite 86 selbst festgehalten, wie wichtig für das Rollenverständnis von Frau und Mann die sprachliche Gleichbehand-

lung ist. Heute ist es eine Tatsache, dass wir Frauen in der Gesetzgebung praktisch inexistent sind. Wir Frauen werden in der Regel in der Gesetzgebung und im allgemeinen Sprachverhalten den männlichen Begriffen untergeordnet. Wir werden einfach «mitgemeint».

Diese Negation der Frauen hat durchaus diskriminatorischen Charakter, und das hat offenbar auch der Bundesrat eingesehen, auch wenn dies – wie ich in der Praxis leider oft feststellen muss – von vielen Männern nicht verstanden wird. Nur, Herr Bundesrat Delamuraz, die Taten fehlen bislang leider noch, denn in den meisten neuen Gesetzen folgt der Bundesrat nicht einmal seinen eigenen Empfehlungen. Am einfachsten kann die sprachliche Bereinigung eines Erlasses jeweils dann durchgeführt werden, wenn ein Gesetz total revidiert oder wenn es neu geschaffen wird. Hier kann es denn auch keinerlei Missverständnisse oder Anpassungsprobleme geben.

Beim Konsumenteninformationsgesetz handelt es sich nun um einen solchen neuen Erlass. Er ist zudem kurz, und eine sprachliche Anpassung wäre meines Erachtens sehr einfach

möglich.

Ich ersuche Sie deshalb, meinem Antrag stattzugeben und die Redaktionskommission zu beauftragen, das Konsumenteninformationsgesetz im Sinne einer sprachlich nicht diskriminierenden Regelung zu überarbeiten. Damit könnte man einen Schritt machen und zeigen, dass es gar nicht so schwierig ist, zumindest nicht so schwierig, wie uns die Bundeskanzlei wahrmachen will.

Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, dass ich nur beantrage, das Konsumenteninformationsgesetz in diesem Sinne zu überarbeiten, nicht aber die Teilrevision des Obligationenrechtes, weil in diesem Erlass meines Erachtens eine sprachliche Ueberarbeitung in diesem Sinne nicht möglich wäre. Ich bitte Sie, meinem Antrag stattzugeben.

Neukomm, Berichterstatter: In der Kommission haben wir über diesen Antrag natürlich nicht gesprochen, weil er nicht vorlag, aber ich kann ihn auch nicht bekämpfen, denn am 14. Juni 1981 wurde ja nicht nur der Verfassungsartikel über Konsumentenpolitik im Verhältnis 2 zu 1 angenommen, sondern auch der Verfassungsartikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau». In diesem Sinne meine ich, dass das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement und die Redaktionskommission diese Anpassungen vornehmen sollten.

M. Pidoux, rapporteur: La commission n'a pas traité de cette proposition qui est un des exemples du «Röstigraben» qui existe dans notre pays parce que, véritablement, nous ne ressentons pas ce problème en français. Nous ne sommes pas ici pour réformer la langue et, je viens de m'en assurer auprès de Mme Gardiol, il existe en Suisse romande la Fédération romande des consommatrices qui informe le consommateur! Bien sûr, je comprends que l'on soumette à la Commission de rédaction cette question. Mais, si ce problème paraît important en allemand, en français, nous nous comportons avec les personnes du sexe opposé d'une certaine manière et ne discutons pas de la langue!

Le président: La proposition est-elle combattue par un membre du conseil? Ce n'est pas le cas, il en est donc ainsi décidé.

Angenommen - Adopté

Antrag der Kommission

Art. 1

Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

a. Vorschriften über die Warendeklaration;

b.

Art. 1

Proposition de la commission Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

a. Des prescriptions concernant la déclaration de biens;

b. ...

M. Coutau, porte-parole de la minorité: La minorité, et – vous avez pu le constater – une forte minorité de votre commission vous proposent de limiter la portée des prescriptions concernant les déclarations aux seuls biens, à l'exclusion des services. On retrouve cette modification à l'article 2, alinéa 1, à l'article 3 et à l'article 4, alinéa 2. Le Conseil fédéral, notamment à l'article 2, alinéa 1, s'est bien rendu compte qu'on ne pouvait pas, en matière de déclaration, mettre les marchandises sur le même pied que les services. Pour ces derniers, il prévoit une énumération limitative qu'il inscrira dans une ordonnance. C'est bien la démonstration, de son propre aveu, que le problème se pose en des termes distincts selon qu'il s'agit de marchandises ou de services.

Pourquoi cela? Le message, de son côté, reste assez discret sur ce point. D'abord, il faut dire que toute une série de services ne seraient pas inclus dans l'ordonnance parce qu'ils sont assujettis à d'autres dispositions spécifiques. Ces dispositions sont aussi destinées à protéger les consommateurs. Il s'agit par exemple des médecins, des assurances et dans une certaine mesure des banques, qui sont astreintes à des législations particulières.

Une autre série de services ne saurait être incluse car,par définition, leur qualification dépend d'appréciations essentiellement subjectives ou rapidement changeantes; c'est le cas par exemple des transporteurs, des coiffeurs ou de l'hôtellerie. Sur ce dernier point, il est intéressant de savoir que la classification des hôtels en diverses catégories, même selon des critères assez objectifs (dimension des chambres, situation de celles-ci, équipement sanitaire, etc.) ne pourra rien dire de l'élément décisif de la prestation hôtellère, c'est-dire de la qualité de l'accueil. Quant aux services rendus, pour prendre un autre exemple, par les administrations publiques ou semipubliques, peuvent-ils véritablement et de façon significative faire l'objet d'une déclaration, je vous en laisse juges vous-mêmes.

S'il est déjà problématique de renseigner correctement sur un produit et sur les effets sanitaires, économiques, écologiques de son usage et de sa consommation, il est d'autant plus difficile de donner ce type d'informations concernant des services. Le Conseil fédéral est lui-même bien conscient de cette difficulté. M. Delamuraz a cité en commission une liste très restrictive des services qui figureraient dans la future ordonnance du Conseil fédéral. M. Delamuraz a même fait allusion en commission à une décision que le Conseil fédéral aurait dû prendre avant que nous débattions devant ce plénum du contenu de cette ordonnance. Pour ma part je n'ai pas vu de décision du Conseil fédéral à l'heure actuelle, mais il est vrai que les types de services énumérés par M. Delamuraz sont extrêmement restreints. D'ailleurs, quant au risque d'étendre cette ordonnance - je lui fais personnellement largement confiance.

Deux choses me gênent néanmoins: d'abord l'inclusion générale dans la loi du terme générique de «services». On crée des illusions qui sont propres à induire le citoyen-consommateur en erreur, à le bercer de fausses illusions. Il croira que la nouvelle loi le protège alors qu'en fait, elle en sera bien incapable pour la grande majorité des services. On pourrait imaginer que certaines définitions soient introduites restrictivement dans la loi, mais aucune proposition n'a été faite dans ce sens et, à la limite, on pourrait imaginer que créant une divergence, le Conseil des Etats trouve une définition nettement restrictive qui correspondrait en fait à celle envisagée par M. Delamuraz. Outre la difficulté d'énumérer les critères objectifs sur la composition des services, le projet dans son libellé actuel ouvre la

porte à une regrettable insécurité pour l'avenir. Si l'on veut en rester aux voyages à forfait, aux contrats d'enseignement et à quelques autres rares services analogues, comme on nous en assure, pourquoi ne pas le dire expressément dans la loi, ou du moins trouver une expression légale restrictive correspondante assortie de définitions précises? Il n'en est rien: la loi cite les services en général, sans restriction ni distinction et, dès lors, elle ouvre la porte à l'incertitude et nous le regrettons. Aujourd'hui restrictive, l'ordonnance sera demain élargie, modifiée, amendée, sans que nous-mêmes, législateurs, n'ayons rien à redire.

Pour toutes ces raisons je vous suggère, avec une confortable minorité de la commission, de renoncer dans ces articles à soumettre les services à une déclaration nécessairement aussi imprécise que subjective.

Dietrich: Die Frage der Dienstleistungen hat in der Kommission breiten Raum eingenommen. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Unser Entscheid fiel nur mit Stichentscheid des Präsidenten zugunsten des Belassens.

ich möchte aus meiner beruflichen Erfahrung im Testbereich berichten. Ich war massgeblich an der Einführung der bereits erwähnten Hotelklassifikation in unserem Land beteiligt. Wir wollten zuerst auch die Dienstleistung als solche einbeziehen, sind dann aber zum Schluss gekommen, dass nur und ausschliesslich quantifizierbare Leistungen aufgenommen werden können, was an und für sich ein Mangel ist, wenn man über alles informieren will.

Aber man hat dann gesehen, auch aufgrund der Gästereklamationen, dass meistens Unfreundlichkeit, schlechter Empfang, Behandlung im entsprechenden Betrieb, zu hohe oder zu tiefe Temperaturen oder Preis-Leistungs-Verhältnis Inhalt von Reklamationen waren. Wie wollen Sie die Freundlichkeit, die sehr wichtig ist, den Accueil in einem Hotel, messen?

Man hat dann bei der Stiftung Warentest in Deutschland im Grossraum Berlin einen Versuch gemacht. Ich war bei der Stiftung Warentest als Experte tätig. Man hat dort weitere Kriterien miteinbezogen, z. B. eben den Empfang, den Accueil. Man hat beispielsweise die «Abgewohntheit» eines Zimmers getestet. Man hat die Funktionalität getestet. Man musste diese Uebung abbrechen, weil man sich nicht finden konnte und Streit aufkam. Wie wollen Sie ein Hotel anpreisen, wenn alles in Ordnung ist, es aber im publizierten Test heisst: «Schon etwas schmuddelig, leicht abgewohnt»? Das war das Ergebnis der Tests, und da hat es in Berlin ziemlich viel Juristenfutter gegeben.

Denken Sie an die alljährlichen Diskussionen, wenn die Restaurant-Führer – Gault et Millau usw. – herauskommen. Die Ambiance wird dort bewertet. Es wird gesagt, die Temperatur des Weines sei zu hoch oder zu niedrig gewesen usw. Alle Dienstleistungen werden von uns in erster Linie erlebt, also subjektiv empfunden, von jedem auf seine Weise und oft bezogen auf seine Stimmungslage.

Es wurden die Pauschalreisen angesprochen. Das gab in der Kommission viel zu diskutieren. Sie wissen, dass gelegentlich – wir sind bereit! – eine parlamentarische Initiative «Touristenrecht» auf den Tisch des Hauses kommt. Die Kommission schlägt ein Postulat vor, das den Bundesrat beauftragt, die Entwicklung im europäischen Raum, in der EG, zu verfolgen. In der EG ist momentan in bezug auf diese Pauschalreisen eine Vernehmlassung im Gange. Man tut sich sehr schwer mit dem Touristenrecht, das sehr wichtig wäre, wenn man bedenkt, wie viele Schweizer heute schon im Ausland buchen, ab Frankfurt, ab Luxemburg usw. Der Schweizerische Reisebüroverband – Sie konnten es dieser Tage selber lesen – hat seine allgemeinen Geschäftsbedingungen bereinigt. Er hat einen Ombudsmann eingesetzt und diese Woche in der «Schweizer Illustrierten» dafür sogar die Rose bekommen.

Ich bin Präsident des Schweizerischen Institutes für Hauswirtschaft, wo auf paritätischer Basis, gemeinsam mit Anbietern, mit allen Konsumentenorganisationen, mit der Wirtschaft, mit Fachexperten, Tests durchgeführt werden. In Arbeitsgruppen werden Prüfungsprogramme erarbeitet, die nur quantifizierbare Kriterien enthalten dürfen. Schon dort kommen wir zum Teil an die Grenzen der Möglichkeiten der Beurteilung, wenn

es beispielsweise um die Funktionalität eines Gerätes geht. Schon dort wird die Funktionalität subjektiv empfunden. Ein Linkshänder hätte eben gern die Schalter links am Backofen usw.

Alles in allem: Im Gesetz sind die Dienstleistungen ganz generell aufgeführt. Der Bundesrat hat in der Kommission gesagt, es könne sich nur um wenige Dienstleistungen handeln. Der Bundesrat bezeichnet diese wenigen Dienstleistungen sogar, die dann testfähig sind. Wir hätten zustimmen können, wenn das eingeschränkt wäre, wenn man auch bei der Deklaration klarer gesagt hätte, was man deklarieren kann. Das liegt uns noch nicht vor. Die Konsumentenorganisationen sind im übrigen frei, in ihrer Information über Dienstleistungen zu berichten. Wir haben auch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das in vielen Fällen fassen kann.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, der Minderheit zu folgen und die Dienstleistungen nicht aufzunehmen, in der Meinung, der Ständerat käme auf die Angelegenheit zurück.

Mme Jeanprêtre: En 1981, lorsque les citoyennes et citoyens suisses ont accepté l'article 31 sexies, sur la protection des consommateurs, ils avaient assurément déjà l'espoir qu'à l'avenir ils seraient objectivement informés, non seulement sur les biens de consommation, mais aussi sur les services qu'ils consomment ou utilisent. Depuis lors, les services ont pris de plus en plus d'importance dans notre société qui tend, tout particulièrement en Suisse, à devenir justement une société de services, qu'il s'agisse du domaine des assurances, des services bancaires, des contrats de location, d'entretien, des agences de voyages, etc. On suppute d'ailleurs que les ménages suisses consacrent environ le tiers de leur revenu à des prestations de services.

Si l'on peut reconnaître que, dans le domaine des biens de consommation relativement courants, règne une certaine transparence due à la pression des organisations de consommateurs et de consommatrices, force est de constater que cette transparence n'existe pas dans le domaine des services. Il existe encore, en matière d'information, un obscurantisme indigne de notre époque.

Nous ne disons pas que tous les vendeurs sont des filous et les consommateurs des innocents. Mais nous exigeons que l'on puisse être assuré de la transparence minimum nécessaire à une bonne information du consommateur qui fera son choix en toute connaissance de cause, sans qu'il risque d'être abusé par un texte illisible qui n'offre aucune comparaison possible, ou sans qu'il doive avoir une formation de juriste ou une vue particulièrement aiguisée pour lire les textes qui figurent en miniature.

Si l'on doit légiférer, Monsieur Coutau, c'est parce que des organisations professionnelles n'arrivent pas à nous offrir ce minimum de transparence spontanée que nous serions en droit d'attendre et que nous tous, en tant que consommateurs avertis, appelons de nos voeux.

Il m'a intéressé de jeter un coup d'oeil dans le message du Conseil fédéral, plus précisément en ce qui concerne la procédure de consultation. En effet, les cantons acceptent presque unanimement le projet de loi. Seul le canton de Zurich émet des réserves de principe. Tous les partis politiques acceptent le projet de loi, sauf le Parti libéral. La majorité des associations faîtières se prononcent pour le projet. Les associations de salariés l'accueillent avec satisfaction. Les organisations de consommateurs le soutiennent également, certaines relevant qu'il s'agit d'un compromis.

Dès lors, nous constatons que l'Association suisse d'assurances et la Fédération des cafetiers, restaurateurs et hôteliers se sont prononcées en faveur d'une exception générale de l'obligation de déclarer pour ce qui est des services. Cela est intéressant pour la suite, non seulement en ce qui concerne les discussions, mais aussi le vote. En effet, comme l'a précisé M. Delamuraz, ce projet de loi est minimum, c'est un projet de poche.

Il sera dès lors intéressant de voir qui, dans cette assemblée, sera du côté des corporations qui refusent l'inclusion des services dans le projet de loi, et qui sera du côté des consommateurs-électeurs, soit de la population qui a massivement accepté, en 1981, l'article constitutionnel qui nous donne aujourd'hui le mandat de légiférer.

Par conséquent, je vous encourage à accepter le projet du Conseil fédéral, afin qu'il reste un projet de poche et non pas de pochette.

Le président: Avant de donner la parole à M. Grassi, je lui souhaite un bon anniversaire puisque c'est le sien aujourd'hui. (Applaudissements)

Grassi: Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich für den Einbezug der Dienstleistungen in die Deklarationspflicht. Die Bedenken der Minderheit sind weitgehend durch die Ausführungen der Botschaft und die ausdrücklichen Erklärungen des Bundesrates in der Kommission und im Ständerat zerstreut worden. Es ist mit Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen worden, dass nur eine beschränkte Anzahl Dienstleistungen in Frage kommt, die objektiv vergleichbar ist und wo der Kunde besonders gut informiert sein muss. Der Bundesrat wird die wenigen Dienstleistungen in einer Verordnung bezeichnen, wobei die betroffenen Organisationen immer ein Wort mitreden können.

Wo sich die Vergleichbarkeit bereits eingespielt hat, wie bei der Hotelklassifikation – hier muss ich meinem Fraktionskollegen Dietrich widersprechen –, besteht kein Grund zur gesetzlichen Regelung. Ausgeschlossen von der Deklarationspflicht sind auch alle Dienstleistungen, die auf einer individuellen Bearbeitung fussen. Ein ständig steigender Anteil der Konsumausgaben geht in den Dienstleistungssektor. Daher ist es richtig, dass auch hier «Glasnost» gefordert wird, damit der Kunde Klarheit über die gebotene Leistung hat und seinen Entscheid nach objektivem Vergleich fällen kann.

Wir empfehlen Ihnen mit der Mehrheit der Kommission, der Fassung des Bundesrates und des Ständerates zuzustimmen.

Frau **Dormann:** Ist es Ihnen schon passiert, dass Sie mittags kurz vor zwölf unter der Haustüre einen Staubsauger gekauft haben, der sehr bequem und praktisch war, weil Sie ihn sitzend bedienen konnten? Erst bei der Lieferung haben Sie gemerkt, dass es sich um einen Schulhausstaubsauger handelt, der nicht sehr geeignet war für eine Zweizimmerwohnung.

Oder gehören Sie zu jenen Glücklichen, die auf einer Werbefahrt zu Engros-Preisen Fensterputzmittel gekauft haben, zehn Liter, weil günstiger, und Sie haben erst bei der Lieferung gemerkt, dass es Konzentrat ist und dass-Sie mindestens für 40 Jahre mit Fensterputzmittel eingedeckt sind?

Solche Türverkäufe könnte ich Ihnen aus meiner Praxis als Sozialarbeiterin noch viele aufzählen. Nicht jede Konsumentin und jeder Konsument – denken Sie an ältere Leute – sind gleich gewiegt wie der Verkäufer unter der Türe. Nicht jede Konsumentin, nicht jeder Konsument ist so kritisch im Einkaufen, wie wir uns das vorstellen. Dass die wesentlichen Eigenschaften der zum Kauf angebotenen Waren deklariert werden müssen, ist uns wahrscheinlich allen klar. Dass aber auch die Dienstleistungen solchen Bestimmungen unterworfen werden, ist ebenso notwendig. Wir Schweizer und Schweizerinnen sind ein Volk, das ausgeprägt viele Dienstleistungen in Anspruch nimmt

Früher war der Gang auf die Bank nur einem kleinen Teil unserer Bevölkerung vorbehalten. Heute erhält praktisch jeder Arbeitnehmer seinen Lohn über die Bank. Zunehmend ist der bargeldlose Verkehr, das System der Kredit- und Bankomatkarten. Viele Leute kommen im grossen Bankgeschäft nicht mehr mit. Sie wissen nicht, worin die Gebühren bestehen und wie die vergleichenden Zinse festgestellt werden können. Nicht zu erwähnen die vielen Kleinkreditgeschäfte.

12 Prozent des Nettoeinkommens gibt der Schweizerbürger und die Schweizerbürgerin heute für Versicherungen aus. Die meisten Leute sind überversichert, und viele Versicherungen decken die früheren Versicherungen zur eigenen Absicherung ab. Viele Hefte und Zeitungen sowie eine Grosszahl kleiner Eintagsreisebüros preisen Pauschalreisen an, zum Beispiel mit ruhigen Zimmern und Blick aufs Meer. In Wirklichkeit geht das Zimmer aber auf die Hauptstrasse und der Blick aufs Meer

muss zuerst um die Ecke. Auch wenn der Preis der Reise günstig ist, hat der Konsument Anspruch auf eine ehrliche Offerte mit genauen Angaben.

Unsere Inanspruchnahme von Dienstleistungen beginnt beim öffentlichen Verkehr, geht über Müllabfuhr, Kaminfeger, Zahnarztbesuch, Coiffeur, Serviceleistungen für Auto, Heizung, Video, Partnerschaftsvermittlungen, chemische Reinigung bis zu Fernkursen, die das Erlernen eine Fremdsprache in 30 Tagen versprechen. Sind wir nicht gegenüber Handelspartnern, die solche Dienstleistungen seriös anbieten, verpflichtet, dieses Anliegen ernst zu nehmen und es im Konsumenteninformationsgesetz zu berücksichtigen?

Ich glaube nicht, dass ehrliche Geschäftspartner einen Nachteil erleiden, wenn auch die Dienstleistungen in Zukunft deklariert werden müssen. Ich bin aber überzeugt, dass durch dieses Gesetz die Konsumentin oder der Konsument nicht länger Objekt der zum Teil diffusen Pauschalangebotsverkäufe bleiben, sondern kritischer und überlegter einen Kauf eingehen, wenn sie wissen, was ihnen dieses Geschäft bringt. Nehmen wir unser Dienstleistungszeitalter ernst und wahr und stimmen wir den neuen Vorschriften über die Waren- und Dienstleistungsdeklaration zu.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Mme **Paccolat:** La déclaration de services et le soutien financier aux organisations de consommateurs représentent les pierres d'achoppement essentielles de cette loi. J'ai souscrit en commission au principe d'inclure dans la loi la notion même de services. Plusieurs bonnes raisons justifient la déclaration de services pour une meilleure information du consommateur.

Tout d'abord, en légiférant en la matière, nous sommes liés par le principe constitutionnel de la protection du consommateur. Chacun s'accorde à reconnaître qu'une protection saine implique une information objective, transparente qui, en l'occurrence, doit passer par la déclaration des biens et des services, par l'exécution de tests et la proclamation de leurs résultats.

Restons cohérents. Alors qu'il est reconnu que notre société se «consumérise» de plus en plus, que le temps des loisirs gagne non seulement en qualité mais en quantité, que l'activité économique évolue vers le secteur tertiaire des services, il m'apparaît contradictoire de restreindre l'information du consommateur à la notion de biens de consommation, sans compter que le développement des nouvelles technologies associe de plus en plus les produits et les services.

Dans cette loi, la notion de services a une portée restreinte, M. Coutau l'a du reste souligné. Le Conseil fédéral s'est prudemment avancé dans ce domaine. Il offre des garanties par rapport aux risques et aux difficultés que peut présenter la déclaration des services. Première garantie: cette déclaration sera limitée à des secteurs de grande consommation qui seront définis dans l'ordonnance, par exemple les voyages à forfait, le nettoyage chimique, l'abonnement de services, le contrat d'enseignement, etc. Mais ni les assurances, ni les services médicaux, ni la banque, qui sont déjà couverts par une législation spéciale, ne sont concernés par cette disposition. Deuxième garantie: la déclaration de services, comme celle des biens, sera unifiée par voie de convention de droit privé, passée entre les organisations de consommateurs et les associations professionnelles. Ce n'est qu'exceptionnellement que la Confédération interviendra dans ces relations commer-

Il a été objecté que les services sont difficilement mesurables ou comparables et que leur évaluation par la méthode des tests comparatifs est discutable. Or, nous devons nécessairement traverser une phase d'expérience et de développement de la pratique des tests comparatifs dans ce domaine des services. Faisons donc confiance à la méthodologie, aux techniques expérimentales et scientifiques, aux sondages, enquêtes ou tests.

Enfin, dans le climat de référence européenne, d'introduction de compatibilités avec le droit communautaire, la directive européenne de 1985, qui s'applique aux biens comme aux services, renforce la conviction que nous devons inclure les services dans cette loi. C'est pourquoi je vous invite à suivre la proposition de la majorité de la commission.

M. Borel: Prétendre garantir l'information correcte du consommateur sans y inclure les services, c'est, d'une part, refuser de voir la réalité quotidienne du consommateur et, d'autre part, lui refuser les moyens d'information dans les domaines où cela est le plus nécessaire.

Je commencerai par la réalité quotidienne où je vois deux raisons majeures d'informer le consommateur en matière de services. La première raison est la part du budget que chacun de nous consacre à des services. Cette part est importante et elle va en augmentant d'année en année. Alors que, dans nos dépenses privées, nous investissons toujours davantage en matière de services, la minorité voudrait nous refuser une information légitime.

La deuxième raison réside dans le fait que, dans la pratique, il n'est pas si simple de dissocier l'achat d'un bien de celui d'un service. Pour de nombreux achats, le consommateur conclut un contrat de crédit. Pour certains achats, il est parfaitement logique de conclure par la même occasion une assurance liée à l'utilisation du bien.

Enfin, un domaine est actuellement en pleine expansion, celui des contrats d'entretien. Ce genre de service vous est souvent proposé lors de l'achat, par exemple, d'un téléviseur ou d'un ordinateur personnel, et il mérite d'être traité par les mêmes règles légales que lors de l'achat de l'objet proprement dit.

Pour ce qui est des besoins d'information du consommateur, il est déjà difficile de se faire une opinion lorsque l'on veut acquérir un bien. Lorsque l'on désire conclure un contrat concernant un service, la question devient encore plus complexe. Dans les cas faciles, la minorité accepte que le consommateur soit informé selon des règles déontologiques; dans ceux plus difficiles, elle voudrait refuser ce droit légitime à l'information. Certes, si cela est compliqué pour le consommateur, ce le sera aussi pour le Conseil fédéral lorsqu'il devra rédiger une ordonnance. Néanmoins, nous considérons que le gouvernement et les services compétents en la matière sont parfaitement à même de régler un certain nombre de questions.

Si les milieux concernés – l'intervention de M. Dietrich l'illustrait – s'opposent à l'inclusion des services dans la loi, c'est bien parce qu'il y a un malaise qu'ils ne voudraient pas voir régler par le législateur. Or, ce malaise existe depuis suffisamment longtemps pour que l'on ait eu le temps de nous donner une réponse privée.

Maintenant, nous devons légiférer car, en matière d'assurances, de crédits à la consommation et de voyages, nous méritons une information minimale. Chacun a l'occasion de conclure une assurance-ménage, mais comment comparer celle-ci à une autre? Nous sommes probablement tous, citoyens suisses et habitant ce pays, surassurés, et les assurances en profitent. Elles vivent de cette situation et c'est la raison pour laquelle elles refusent une information complète du consommateur. Nous devons donc nous, législateurs, obliger ces assurances à informer de manière correcte.

Comment pouvons-nous, simples citoyens, comprendre quelles sont les conditions offertes par ceux qui nous accordent des crédits de consommation? Les nombreuses lettres de lecteurs et les questions posées dans les pages économiques des quotidiens et des hebdomadaires prouvent que le besoin d'information des consommateurs est réel. En matière de voyages, je ne ferai allusion qu'aux prix d'appel qui semblent offrir des conditions extraordinaires de vacances et, lorsqu'on lit en détail, on constate qu'il est très difficile de remplir des conditions permettant de profiter de ces prix d'appel et que le montant réel à payer est nettement plus élevé.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à suivre la majorité de la commission et à inclure les services dans la loi en discussion.

Wiederkehr: Ich möchte kurz zu diesen Dienstleistungen Stellung nehmen. Für mich ist ganz klar: Wenn Sie die Dienstleistungen nicht miteinbeziehen, dann wird der Volkswille, der Verfassungsauftrag nicht erfüllt. Und wenn Sie die Dienstleistungen hier im A nicht miteinbeziehen, dann ist die logische Folge, dass Sie es bei B auch nicht machen. Das würde dann

heissen: kein Widerrufsrecht für Dienstleistungen – während rings um uns herum in Europa dieses Widerrufsrecht verankert ist.

Das wird für unsere Wirtschaft, für unsere Unternehmen, für unsere Dienstleistungsunternehmen gefährlich werden: Wenn es hier kein Widerrufsrecht gibt, aber ennet der Grenze eines vorhanden ist, dann wird sich ein Konsument oder eine Konsumentin zweimal überlegen, ob er bzw. sie eine Dienstleistung hier in der Schweiz beanspruchen will – oder eben nicht doch lieber ennet der Grenze. Es werden dann z. B. Reisen nicht mehr in der Schweiz gebucht, sondern in Mailand oder im Elsass oder sonstwo im angrenzenden Ausland, wo bessere Konsumentenrechte bestehen.

Ich bitte Sie, daran zu denken und diese Dienstleistungen miteinzubeziehen.

Hafner Rudolf: Es geht beim Einbezug der Dienstleistungen um einen Kernpunkt des Gesetzes: Daher ist es schon gut, wenn eine ausführliche Debatte darüber stattfindet.

Herr Coutau beantragt für die Minderheit der Kommission, die Dienstleistungen nicht einzubeziehen. Er hat das begründet, dass Dienstleistungen schlecht vergleichbar seien. Damit liegt er in zweifacher Hinsicht falsch, weil es eben Dienstleistungen gibt – z. B. die Touristenbranche, die Reisebüros –, die sehr wohl Vergleiche zuliessen. Wenn Sie die Hochglanzprospekte dieser Reisebüros anschauen, können Sie den Eindruck gewinnen, dass der Sandstrand und die üppigen Frauenformen das Wesentliche an Konsumenteninformation sei. Genauere Sachverhalte über Raumverhältnisse usw. lesen Sie, wenn überhaupt, im Kleingedruckten. Hier ist es offensichtlich so, dass die Materie relativ einfach wäre und Verbesserungen ohne weiteres möglich wären.

Ein anderer wichtiger Bereich sind die Versicherungen: Die dominieren allein schon aufgrund ihrer repräsentativen Paläste. Tatsächlich ist es so, dass der sogenannte Cecchini-Bericht, der im Auftrag der EG erstattet wurde, festgestellt hat, dass die Prämien der Versicherungen europaweit um 15 bis 25 Prozent zu hoch sind. Im Klartext heisst das: Wenn bessere Vergleichsmöglichkeiten vorhanden wären, würde der eine oder andere die günstigere Versicherung wählen; das ist of fensichtlich. Wenn die Versicherungen allein in den letzten zwei Jahren in der Lage waren, weltweit für Milliardenbeträge andere Gesellschaften aufzukaufen, so muss das zu denken geben. Es ist ein grösserer Bericht darüber im «Tages-Anzeiger» erschienen, der darauf eingeht.

Ein weiteres Faktum von Interesse: Für das Kleingeschäft in der Schweiz war es so, dass rund 44 Prozent der Prämien an Schaden rückerstattet wurden; dagegen wurden im sogenannten Grossgeschäft, wo es um die Firmen geht, 81 Prozent zurückbezahlt. Das heisst, dass der kleine Bürger oder die Bürgerin den Grossen, den Industriellen die Prämien im Versicherungsgeschäft zu zahlen mithilft. Das ist noch kaum bekannt, aber von seiten des Volkes wird das nicht länger hingenommen.

Es ist höchste Zeit, dass im Bereich des Versicherungsgeschäftes mehr Transparenz entsteht. Es ist daher eine falsche Schlussfolgerung, wenn Herr Coutau sagt: Diese Dienstleistungen sind schlecht vergleichbar, darum wollen wir diese Vergleichbarkeit nicht. Es ist doch im Gegenteil so, dass dort, wo ein unübersichtlicher, obskurer Markt besteht, die Konsumenteninformation spielen und mehr Transparenz geschaffen werden muss.

Fäh: Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Kommission mit dem denkbar knappsten Ergebnis dieser Aufnahme von Dienstleistungen zugestimmt hat: Zehn Kommissionsmitglieder waren dagegen und zehn dafür; nur der Stichentscheid des Präsidenten hat zu diesem Entscheid geführt.

Wir haben das Ganze in der Kommission sehr ausgiebig diskutiert. Es ist eigenartig, dass jetzt alle im Namen der Kommissionsmehrheit reden. Es gibt gute Gründe, die gegen die Aufnahme dieser Dienstleistungen in dieses Gesetz in der vorgesehenen Form sprechen.

Eine erste Bemerkung: Herr Coutau wendet sich gegen den

Einbezug der Dienstleistungen in der vorgesehenen Form. Ich persönlich bin gegen den Einbezug der Dienstleistungsdeklarationen. Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn Dienstleistungen getestet werden; das ist etwas anderes.

Zudem wird hie und da gesagt, die Bundesverfassung, das Volk wolle das. Also das wissen Sie überhaupt nicht, ob das Volk das will oder nicht. Die Bundesverfassung sagt nämlich nur: «Der Bund trifft unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft und der Handelsund Gewerbefreiheit Massnahmen zum Schutze der Konsumenten.» Vergessen Sie also den ersten Teil dieses Verfassungsartikels nicht, und reden Sie nicht immer nur vom zweiten!

Die Deklarationspflicht bei Waren hat sich eingespielt. Da bin ich einverstanden. Aber wenn man das genau anschaut, stützt sie sich auf bestehende Gesetze: Lebensmittelgesetz, Umweltschutzgesetz, Giftgesetz, um drei zu nennen. Dass die Deklarationspflicht aktualisiert werden muss, damit bin ich einverstanden.

Die Aufnahme von Deklarationspflichten für Dienstleistungen hingegen ist sehr problematisch. Ich bin auch da einverstanden, dass es Dienstleistungen gibt, bei denen man über Deklarationspflichten reden muss; das ist richtig, es wurden ein paar genannt, Kleinkredite zum Beispiel. Aber wenn Sie den Gesetzestext genau anschauen, wird dort gesagt, dass der Bundesrat die Kompetenz bekommen soll, das zu regeln.

Meiner Meinung nach geht es nicht an, dass der Bundesrat auf Verordnungsebene Dienstleistungen diesem Gesetz unterstellen kann. Wenn man ausnahmsweise Dienstleistungen unterstellen will, dann muss man das in der entsprechenden Spezialgesetzgebung regeln und darf es nicht mit einer generellen Kompetenzklausel einführen.

Mich erstaunt, wie unkritisch man glaubt, man müsse einfach ein Gesetz erlassen, und dann sei alles gut. Und wie unkritisch man sich gegenüber staatlichen Stellen verhält, die man in anderen Bereichen sehr kritisiert; dabei ist es der genau gleiche Staat! Wir erlassen Gesetze über Gesetze und jammern nachher über den Vollzug. Wir würden besser überlegen, ob es schlau ist, das Gesetz zu erlassen. Behandeln wir doch unsere mündigen Bürger als mündige Bürger und nicht als Kindergarten, und regeln wir nur das, was notwendig ist. Regelungen der Dienstleistungen in der vorgesehenen Form gehören nicht dazu

Frau Leutenegger Oberholzer: Ich ersuche Sie ebenfalls, den Minderheitsantrag abzulehnen und die Deklaration der Dienstleistungen im Gesetz zu belassen. Das Herausbrechen der Dienstleistungsdeklaration würde meines Erachtens einen entscheidenden Einbruch im Ausbau der Konsumenteninformation darstellen. Das wäre aus konsumentenpolitischer Sicht äusserst bedauerlich, denn meines Erachtens stellt das Gesetz, wie es jetzt vorliegt, in bezug auf die Deklarationsvorschriften ein Minimum dar. Wir haben keine inhaltlichen Vorschriften. Inhalt und Umfang der Deklaration werden den Marktpartnern und -partnerinnen überlassen; wir haben nicht einmal verbindliche Fristen, bis zu denen die Vereinbarungen über die Deklaration zustande kommen müssen.

Persönlich hätte ich mir ein wesentlich griffigeres Informationsgesetz vorstellen können und auch gewünscht. Was uns heute vorliegt, ist das absolute Minimum eines Konsumenteninformationsgesetzes. Nun kommt ausgerechnet von einer Seite, die sich eigentlich auf die Marktwirtschaft berufen sollte, der Antrag, diese Minimalregelung weiter auszuhöhlen, indem die Dienstleistungen ausgeklammert werden.

Das ist meines Erachtens politisch und sachlich falsch. Dazu ein paar Gründe. Erstens: Die Dienstleistungen werden ökonomisch immer wichtiger. Verschiedene Rednerinnen und Redner haben bereits darauf hingewiesen. Sie machen einen immer grösseren Anteil im Warenkorb der Konsumentinnen und Konsumenten aus.

Zweitens: Bei den Dienstleistungen ist es noch sehr viel schwieriger als bei den Waren, Markttransparenz herzustellen. Denken Sie z. B. an Bankenleistungen, an Versicherungsangebote, an die Reisebranche usw. Zudem werden immer mehr auch die Dienstleistungen zu standardisierten Bedingungen

angeboten. Es ist doch längst nicht mehr so, dass es sich bei den Dienstleistungen um absolut individuelle Angebote handeln würde. Dies erleichtert natürlich auch die Warendeklaration. Zudem wird die Deklaration von den Marktpartnern und partnerinnen im einzelnen ausgearbeitet. Hier möchte ich Herrn Dietrich doch bitten, die Vorlage einmal genau anzuschauen. Es ist beileibe nicht so, dass der Bundesrat vorschreiben würde, was im einzelnen deklariert wird. Das wird im Rahmen einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen den Organisationen der Wirtschaft und der Konsumentinnen und Konsumenten ausgearbeitet. Da wird man wohl einen Weg finden können, wie auch die Dienstleistungen vernünftig deklariert werden können.

Ich finde es besonders bemühend, wenn – wie Herr Fäh das gemacht hat – noch die Handels- und Gewerbefreiheit angerufen wird. Die Handels- und Gewerbefreiheit entspricht auf der anderen Seite dem Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft. In der Marktwirtschaft gehen wir doch von rational handelnden Konsumentinnen und Konsumenten aus. Dazu gehört als unabdingbare Voraussetzung Markttransparenz, denn ohne sie ist ein rationaler Kaufentscheid gar nicht möglich. Gerade diese Markttransparenz fehlt sehr oft bei den Dienstleistungen.

Genau aus diesem Grund erstaunt es mich auch, dass ausgerechnet von bürgerlicher Seite ein solcher Streichungsantrag kommt, denn gerade diese Markttransparenz gehört, wie gesagt, zentral zur Marktwirtschaft. Deshalb müssen auch die Dienstleistungen deklariert werden, wenn dieses Gesetz den Namen eines Konsumenteninformationsgesetzes zu Recht tragen soll.

Ich bitte Sie also, der Mehrheit zu folgen.

M. Petitpierre: Le groupe radical, dans sa majorité, est favorable à l'inclusion des services dans la loi. C'est une chose que j'ai déjà dite clairement mais je la répète pour qu'il n'y ait aucune ambiguïté à ce stade du débat.

Après avoir entendu MM. Coutau et Dietrich notamment, le voudrais simplement revenir sur un point absolument essentiel - je n'insisterai jamais assez là-dessus (je m'adresse aussi à M. Fäh): le texte de la constitution, à l'article 31 sexies, alinéa premier, est clair. Cet article ne fait pas de distinction entre la protection des consommateurs de biens et celle des consommateurs de services. C'est donc que, dans l'optique du constituant, la protection des consommateurs doit intervenir dans les deux domaines de façon adéquate mais non pas identique, car les biens et les services sont deux choses distinctes et je remercie au passage M. Coutau de nous l'avoir expliqué. C'est si vrai que le législateur propose ici un système pour les biens et un autre pour les services. C'est le point que je tiens à souligner, je le répète. Il n'est pas question ici d'invoquer une volonté hypothétique et inconnue du peuple: la volonté du peuple veut que l'on respecte la constitution. Or, la constitution est claire et je ne comprends pas que l'on puisse encore discuter de la volonté du peuple ou de celle du constituant. Il faut appliquer le texte.

Je ferai une deuxième remarque. Le Conseil fédéral a si bien fait son travail en distinguant les biens et les services qu'il précise quels services seront soumis à la déclaration parce qu'il sait que certains d'entre eux ne s'y prêtent pas. On peut évidemment commencer le débat traditionnel: «Le Conseil fédéral actuel, d'accord, mais plus tard?» Si nous continuons dans cette voie, nous ne nous lèverons bientôt plus le matin! Il ne faut pas faire ces procès d'intention! Le Conseil fédéral contrôle la liste des services soumis à la déclaration, c'est une garantie tout à fait suffisante.

Je vous prie, par conséquent, de respecter la constitution et, pour le surplus, j'appuie tout ce qui a déjà été dit en matière d'inclusion des services dans la protection et l'information des consommateurs.

Vollmer: Ich möchte auch dafür plädieren, dass man die Dienstleistungen hier mit einschliesst. Ich war ein bisschen überrascht, als ich der Argumentation der Minderheit zugehört habe. Sie hat es offensichtlich darauf abgesehen, den Rat zu verwirren.

Herr Dietrich hat an einem Beispiel gezeigt, wie man in Deutschland versucht hat, Hotels auf ihre Qualität zu testen, wobei gewisse Schwierigkeiten auftraten. Mag sein, dass gewisse Dienstleistungen im Bereiche der Tests nicht über alle Zweifel erhaben sind und nicht miteinander verglichen werden können.

Herr Fäh anderseits argumentiert, dass er Tests für Dienstleistungen selbstverständlich vollumfänglich einbezogen haben möchte, dass er das aber bei der Deklaration nicht will.

Das zeigt offensichtlich, dass man sich bei der Minderheit nicht im klaren ist, welche Bedeutung die Deklaration auch für den Bereich der Dienstleistungen hat.

Es ist doch in Wirklichkeit so, dass für den Konsumenten gerade im Bereiche der Dienstleistungen eigentlich ein altes, praktisches Prinzip immer mehr unter den Tisch fällt, nämlich das Prinzip, dass man eine Ware prüft, bevor man sie kauft. Bei einer Ware können Sie das noch einigermassen machen. Da können Sie das vielleicht noch selber prüfen, sie können sie in der Hand halten, sie können sie umdrehen, hineinschauen und dann entscheiden, ob Ihnen diese Ware passt oder nicht. Bei den Dienstleistungen ist der Konsument insofern in einer viel schwierigeren Situation, als er einen Vertrag abschliesst und das Produkt dann vielleicht erst einen Monat, ein Jahr oder drei Jahre später vor die Augen bekommt, dann, wenn die Dienstleistung in Anspruch genommen wird. Es fehlt ihm also die Möglichkeit, selber zu schauen, ob die Ware gut ist oder nicht. Deshalb ist es ausserordentlich wichtig, gerade die Dienstleistungen in die Deklarationspflicht einzubeziehen.

Ein Streichen der Dienstleistungen würde bedeuten, dass wir bei dem Gesetz von allem Anfang an dafür sorgen, dass sein Wirkungsgrad kontinuierlich abnimmt. Wir wissen nämlich, dass der Anteil der Dienstleistungen bei den Konsumentenausgaben massiv zunimmt. Mit der Streichung der Dienstleistungen aus der Deklaration würden wir dafür sorgen, dass ein immer kleinerer Teil der Konsumausgaben tatsächlich dem Deklarationsprinzip unterworfen ist.

Ich möchte einen Gedanken aufnehmen, den Frau Leutenegger Oberholzer schon angesprochen hat. Ich bin auch überrascht, dass gerade die Vertreter, die sich sonst immer so für die Marktwirtschaft stark machen, bei den Dienstleistungen plötzlich eine Ausnahme machen und die Dienstleistungen nicht dem Prinzip der Transparenz, der Offenheit, der Deklaration unterwerfen wollen. Hat man denn in den Bereichen und bei Kreisen, die die Minderheit vertritt, Angst, dass die so vielgelobte Marktwirtschaft tatsächlich spielt? Wer für die Marktwirtschaft eintritt, muss auch dafür eintreten, dass der Markt funktioniert. Zum Funktionieren des Marktes gehört auch, dass der Konsument, der Nachfrager die Produkte vergleichen kann. Und um Dienstleistungen zu vergleichen, braucht er auch eine Deklaration.

Ich bitte Sie darum, den Minderheitsantrag abzulehnen. Wenn wir ihm zustimmen – ich habe es gesagt –, schwächen wir das Gesetz für alle Zukunft. Wir geben ihm von jetzt an auch eine kleinere Bedeutung. Es darf doch nicht der Wille des Gesetzgebers sein, etwas zu beschliessen, von dem wir wissen, dass es in Zukunft immer weniger Bedeutung haben wird.

Neukomm, Berichterstatter: Es geht hier um den wichtigen Grundsatz, ob nur Waren oder auch Dienstleistungen deklariert werden sollen. Herr Petitpierre hat darauf hingewiesen: Wir haben im Grunde genommen nicht nur eine, sondern zwei Sicherungen, dass nicht leichtfertig verordnet wird. Einerseits haben wir in Artikel 2 klar umschrieben, dass jede Deklaration im Interesse des Konsumenten liegen muss. Andererseits haben wir auch ganz klar festgehalten, dass der Bundesrat die Dienstleistungen bezeichnen kann. Also sind gewisse Einschränkungen vorhanden.

Herr Dietrich hat erklärt, was deklariert werden solle, fehle ihm. Ich begreife seinen Standpunkt, aber hier geht es um die Gesetzgebung. Dabei sollen Grundsätze verankert werden. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass auch auf freiwilliger Basis, in freiwilliger Uebereinkunft eine Deklaration geschaffen werden kann bei Dienstleistungen dort, wo es für seriöse, wettbewerbswillige Anbieter und für die interessierten Konsumenten wünschbar ist. Wenn es nicht zu einer freiwilligen Verein-

barung kommt, obwohl es unbedingt zweckmässig wäre, kann der Bundesrat respektive das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement auf dem Verordnungsweg in gewissen Fällen auch die Deklarationen bezeichnen.

Wir haben 1979, 1980, 1981 bei der sehr breiten Diskussion des Verfassungsartikels immer wieder darauf hingewiesen, dass mit der Gesetzgebung die Grundlagen für Waren- und Dienstleistungsdeklarationen geschaffen werden müssen. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit des Parlaments, ob wir jetzt, nach neun Jahren, Einschränkungen machen oder den Verfassungsauftrag ernst nehmen.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. **Pidoux**, rapporteur: Le débat s'est dramatisé au cours des dernières interventions et la guerre de religion des services a débuté car, sur ce point-là, on se fait beaucoup d'illusions. On vous l'a dit, les avis étaient partagés au sein de la commission, mais cette question des services n'a pas été l'objet d'un enjeu au Conseil des Etats.

Nous parierons dans un instant du contenu de la déclaration. D'après le message (page 19 du texte français) «la déclaration doit informer le consommateur des conséquences, d'un produit ou d'un service, du point de vue économique, sanitaire, énergétique et écologique lié à la consommation ou à l'usage du produit». C'est donc une déclaration ambitieuse requise par le Conseil fédéral. Certains ont dit que les conditions de cette déclaration pouvaient être envisagées pour un produit, mais pas pour un service, qu'il était hors de question d'envisager la qualité des services d'un médecin ou d'un avocat.

M. le conseiller fédéral nous a déclaré en commission que «rai-

sonner ainsi serait d'une stupidité sans borne, car il était évident que telle n'était pas la volonté du Conseil fédéral». En d'autres termes, l'obligation de la déclaration ne s'appliquerait qu'à un certain nombre de services désignés dans une ordonnance et pas à tous – cela résulte de l'article 2, alinéa premier – et faute d'accord entre les parties – cela résulte de l'alinéa 4. Quels seraient ces services visés? Paradoxalement ces services ne devraient pas être personnalisés. En page 10 du message du Conseil fédéral, on précise que l'on ne vise que les services qui: «comme des marchandises sont proposés en nombre illimité», donc pas en nombre limité comme les services d'un médecin ou d'un avocat, «à des conditions standardisées et avec un contenu unifié», et de citer: voyages forfaitaires, nettoyage chimique, abonnements de service et contrats

droits aux consommateurs.

Dès lors, même si j'appartiens à la minorité, au nom de la majorité de cette commission, compte tenu des explications raisonnables qui ont été données et du côté très limité des conséquences de l'inclusion des services, je vous invite à suivre le texte de la majorité.

portant sur des cours. De toute manière un certain nombre de

services ne seront pas touchés par la loi, comme les services

d'une assurance, les services médicaux, ceux d'une banque,

qui ressortissent à des lois bien précises qui assurent les

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Je suis parfaitement d'accord avec M. Coutau: il faut faire une distinction entre les biens et les services et c'est précisément pour cette raison que le Conseil fédéral vous propose de les traiter différemment dans le cadre de cette loi et de l'ordonnance d'application, mais pas de les exclure comme le proposent M. Coutau ainsi qu'une robuste minorité de la commission.

A l'article 2, dont nous traiterons tout à l'heure, cette différence entre biens et services apparaît très clairement en ces termes: «a) les caractéristiques essentielles des biens mis en vente ou dont l'usage est proposé à des tiers; et b) les éléments essentiels des services désignés par le Conseil fédéral.» La loi précise donc d'ores et déjà qu'il y a une délimitation plus étroite pour les services que pour les biens auxquels la déclaration s'applique de manière générale.

Par conséquent, dans une économie moderne où le nombre des services qui sont commercialisés ne cesse de croître, pourquoi se priverait-on, d'entrée de cause et a priori, de la possibilité d'assortir certains services de déclarations alors même que dans un certain nombre de cas ces déclarations

sont encore plus utiles et même plus indispensables pour les services que pour les biens? C'est à cette question que nous devons répondre dans le sens d'une possibilité d'assortir un certain nombre de services à la déclaration d'intention.

Le texte du message du Conseil fédéral indique clairement que, par leur nature, un certain nombre de biens ne se prêtaient absolument pas à déclaration. Nous avons donc éliminé d'emblée l'éventualité que certains milieux reprochent au Conseil fédéral de vouloir soumettre à déclaration, avec une rage destructrice, tous les biens et tous les services sans aucune exception. Comme l'a rappelé le rapporteur de langue française, nous définissons, à la page 10 du message, les critères selon lesquels tel ou tel service sera ou non soumis à déclaration. Et, allant au-delà de ces critères théoriques, nous avons donné quelques exemples qui prouvent la volonté du Conseil fédéral de n'assujettir à déclaration que les cas de services où cela a un sens et où cela peut être nécessaire. On a pris l'exemple des voyages à forfait, où les déclarations concerneraient avant tout la durée du voyage ou du séjour et certaines prestations accessoires comme l'assurance contre les frais d'annulation. Que signifient les mots «Vienne 5 jours!» Est-ce cinq jours à Vienne plus un jour de voyage aller et un jour de voyage au retour? Ou bien est-ce cinq jours, voyage compris? Autre exemple, les cours par correspondance, pour lesquels les critères de déclaration que l'on devrait envisager sont la durée de ces cours, la nature du certificat dispensé à la fin, les prestations accessoires. Dans le cadre du petit crédit, après le rejet de la loi sur les crédits à la consommation, les organisations de consommateurs souhaitent également une déclaration dans la publicité pour les petits crédits.

Il ne s'agit que de cela, et vouloir se priver de cette possibilité, dont le Conseil fédéral fera un usage mesuré mais nécessaire, c'est véritablement trahir, qu'on le veuille ou non, l'esprit et la lettre de la décision constitutionnelle du peuple et des cantons d'il y a maintenant neuf ans.

Je vous invite à ne pas commettre cette bévue et à suivre par conséquent la majorité de votre commission.

Le président: Nous allons procéder à un vote par appel nominal sur l'article premier. Ce vote porte également sur les articles 2, 3, 4, 5, 8, 10, 11 et 13.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Ammann, Antille, Baerlocher, Baggi, Bär, Bäumlin, Béguelin, Biel, Blatter, Bodenmann, Borel, Braunschweig, Bremi, Brügger, Bundi, Bürgi, Büttiker, Caccia, Carobbio, Cavadini, Columberg, Cotti, Couchepin, Danuser, Darbellay, David, Déglise, Diener, Dormann, Dubois, Ducret, Dünki, Eggenberg-Thun, Engler, Etique, Fehr, Feigenwinter, Fierz, Fischer-Sursee, Frey Claude, Gardiol, Grassi, Grendelmeier, Günter, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hänggi, Hess Peter, Hildbrand, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Keller, Kohler, Kuhn, Kühne, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Martin, Mauch Ursula, Meier Fritz, Meier-Glattfelden, Meizoz, Müller-Aargau, Müller-Meilen, Nabholz, Neukomm, Nussbaumer, Oehler, Ott, Paccolat, Perey, Petitpierre, Philipona, Pini, Pitteloud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruckstuhl, Ruf, Salvioni, Savary-Fribourg, Scheidegger, Schmid, Schmidhalter, Schnider, Schüle, Segmüller, Segond, Spielmann, Stamm, Stappung, Stocker, Theubet, Ulrich, Vollmer, Wanner, Weder-Basel, Wellauer, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Zbinden Hans, Züger, Zwygart

Für den Antrag der Minderheit (Coutau) stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité (Coutau):

Aliesch, Allenspach, Aregger, Basler, Berger, Bühler, Burckhardt, Cincera, Coutau, Daepp, Dreher, Eisenring, Fäh, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Friderici, Früh, Giger, Graf, Gysin, Hari, Hess Otto, Hösli, Houmard, Jeanneret, Loeb, Lo-

retan, Luder, Massy, Mauch Rolf, Mühlemann, Müller-Wiliberg, Nebiker, Neuenschwander, Pidoux, Reich, Reichling, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Rutishauser, Rüttimann, Rychen, Scherrer, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Steinegger, Stucky, Weber-Schwyz, Wyss Paul, Wyss William, Zölch, Zwingli (53)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent: Dietrich, Eggly, Gros, Guinand, Leuba, Portmann, Spälti (7)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents: Aubry, Auer, Bircher, Blocher, Bonny, Cevey, Eppenberger Susi, Euler, Fankhauser, Fischer-Seengen, Herczog, Humbel, Iten, Jung, Leuenberger Moritz, Maitre, Matthey, Sager, Savary-Vaud, Seiler Rolf, Steffen, Thür, Tschuppert, Uchtenhagen, Zbinden Paul, Ziegler (26)

Präsident Ruffy stimmt nicht M. Ruffy, président, ne vote pas

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

-, so sind die wesentlichen Eigenschaften der zum Kauf oder Gebrauch angebotenen Waren in vergleichbarer Form zu deklarieren.
- a. Streichen
- b. Streichen

Abs. 2-4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 5 (neu)

Die Deklaration erfolgt in den Amtssprachen der Schweiz.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... le justifie, les caractéristiques essentielles des biens mis en vente ou dont l'usage est proposé à des tiers, doivent être indiquées sous une forme unifiée et permettant les comparaisons.

a. Biffer

b. Biffer

Al. 2-4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 5 (nouveau)

La déclaration est indiquée dans les langues officielles de la Suisse.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basier, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... Inhalt der Warendeklarationen. Sie berücksichtigen

Antrag Vollmer

.... Sie berücksichtigen dabei die internationalen Normen, diejenigen der EG sowie den Grundsatz

Art. 3

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... la déclaration de biens, en respectant

Proposition Vollmer

.... en respectant les normes internationales et celles de la Communauté européenne ainsi que le principe

Vollmer: Mein Antrag, dass die betroffenen Organisationen, die privatrechtliche Vereinbarungen bezüglich der Deklaration abschliessen, nicht einfach generell internationale Normen, sondern speziell auch die Richtlinien, die Normen der Europäischen Gemeinschaft berücksichtigen sollen, ist nicht etwa überflüssig.

Wie ich von einigen zu hören bekam, sei es ein Pleonasmus, internationale Normen und diejenigen der EG aufzuführen. Dies trifft aber nicht zu: Wenn wir ausdrücklich festhalten, dass die Vereinbarungen, Richtlinien und Normen, wie sie heute in der EG gelten, berücksichtigt werden sollen, ist das eine ganz klare Vorgabe für die Deklarationspflicht.

Ich kann dem Bundesrat zugute halten, dass er damals, als er die Vorlage ausgearbeitet hat, noch nicht ausdrücklich auf die EG-Richtlinien hinweisen konnte, weil sie, als die Expertenkommission diesen Entwurf erarbeitet hat, noch gar nicht in der Art und Weise, wie sie heute vorliegen, existiert haben. Aber beim langen Gang der Gesetzgebung sollten wir auch die Entwicklungen, die in Europa seither stattgefunden haben, nicht ausser acht lassen. Wenn wir uns in dieser Session in diesem Rat verschiedentlich zu einer gewissen Anpassung bekannt haben und einer Berücksichtigung derjenigen Richtlinien und Normen, wie sie in der EG gelten, zugestimmt haben, sollten wir das ganz besonders auch im Bereich des Konsumentenrechtes tun.

Es ist eine Uebernahme von europäischen Richtlinien, die unsere Wettbewerbsfähigkeit in keiner Weise schmälert oder einschränkt, im Gegenteil. Wir schaffen im Grunde genommen gleich lange Spiesse, auch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, unserer Hersteller auf dem europäischen Markt. Ich bitte Sie deshalb, diesen Zusatzantrag anzunehmen und damit ganz klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass wir uns als Vorgabe nicht nur allgemeine, zum Teil recht schwammige internationale Normen und Vorgaben vorstellen, sondern dass wir in der Deklarationspflicht so weit gehen wollen, wie das in der Europäischen Gemeinschaft heute gang und gäbe ist. Das ist das absolute Minimum, so wie dieses Gesetz ein absolutes Minimum darstellt.

Das ist nicht zuletzt auch deshalb eine Notwendigkeit, weil der Warenaustausch zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft äusserst intensiv ist. Deshalb scheint es mir nur folgerichtig zu sein, dass wir die Richtlinien und Normen der Europäischen Gemeinschaft in der Deklarationspflicht, in unseren Vorgaben für die privatrechtlichen Vereinbarungen übernehmen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Neukomm, Berichterstatter: Bestehende ausländische Deklarationen sollen übernommen werden, wenn sie unseren Vorstellungen und Bedürfnissen entsprechen. Wir wollen mit dem Konsumenteninformationsgesetz keine Handelshemmnisse schaffen, deshalb auch die Formulierung, dass die Deklarationen «internationale Normen» zu berücksichtigen haben. Unter «internationale Normen» fallen selbstverständlich auch europäische Normen.

Es stimmt tatsächlich, dass in den letzten zwei Jahren die Europäisierung der Märkte und vor allem die Diskussion um die Europafähigkeit auch in unserem Rat zunehmend an Gewicht gewonnen haben. Herr Vollmer will die Formulierung präziser fassen, ergänzen durch diejenigen der EG. Der Rat soll entscheiden. In der Kommission wurde darüber nicht diskutiert. Ich persönlich hätte dagegen nichts einzuwenden.

M. Pidoux, rapporteur: La proposition de M. Vollmer n'a pas été soumise à la commission. Cependant, le projet de texte du Conseil fédéral indique clairement que les déclarations étrangères qui devront accompagner les biens et les services seront reconnues en application de l'article 2, alinéa 3. Nous avons voulu ainsi marquer notre désir d'avoir une législation conforme au libre-échange international et aux contacts avec l'étranger qui font la force de notre pays. Dès lors, comme il est évident que nous devons respecter les normes internationales, je dirai à titre personnel que la proposition de M. Vollmer est un peu curieuse et superfétatoire. Si nous acceptions la formulation qui nous est suggérée dans cette loi, pourquoi ne l'insérerions-nous pas dans tous les autres textes que nous adoptons? Je rappelle que le contenu de la déclaration sera visible, par exemple sous forme d'étiquette, comme cela existe pour les textiles ou sur l'emballage d'un produit, comme c'est le cas pour les denrées alimentaires, ou encore sur un mode d'emploi, comme pour les appareils électroménagers. Par conséquent, la proposition Vollmer est l'objet d'une appréciation que nous laissons à l'ensemble du Conseil.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Tout bien considéré, je propose au plénum d'en rester à la formule du Conseil fédéral; non parce que je ne suis pas parfaitement d'accord avec M. Vollmer quant à la substance de son propos, car il est évident que le respect des normes internationales équivaudra, en l'occurrence, à se préoccuper particulièrement des normes européennes, notamment communautaires, si nous voulons accomplir un travail cohérent, mais parce que je pense que si l'on éprouve le besoin de devoir préciser ici la notion de la Communauté européenne, on ne manquera pas de relever une certaine hétérogénéité dans nos lois puisque beaucoup d'entre elles pourraient également contenir cette référence. Il faut conclure d'une manière tout à fait générale et comprendre dans les «normes internationales» également les «normes européennes». Cette déclaration gouvernementale étant effectuée, je vous propose à la réflexion d'en rester à la thèse du Conseil fédéral.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Vollmer Dagegen Minderheit offensichtliche Mehrheit

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 4

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

...., wer die Ware in Verkehr bringt.

Art. 4

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AI. 2

Maiorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... qui met en vente la marchandise.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 5

Antrag der Kommission Abs. 1 Einleitungssatz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 1 Bst. a

 a. die objektive und fachgerechte Konsumenteninformation durch Veröffentlichungen in gedruckten oder elektronischen Medien;

Abs. 1 Bst. b

Mehrheit

b. die Durchführung von vergleichenden Tests über wesentliche und eindeutig erfassbare Eigenschaften von Waren und über den wesentlichen Inhalt von Dienstleistungen; Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

b. und eindeutig erfassbare Eigenschaften von Waren;

Abs. 1 Bst. c

c. das Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen.

Abs. 1 Bst. d

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Der Bund kann Finanzhilfe nach Absatz 1 Buchstabe a und b auch andern Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung gewähren, die sich statutengemäss unter anderem dem Konsumentenschutz widmen.

Antrag Nabholz

Abs. 1

Der Bund gewährt Konsumentenorganisationen, deren Tätigkeit von gesamtschweizerischer Bedeutung ist und die sich statutengemäss ausschliesslich dem Konsumentenschutz widmen.

Antrag Leutenegger Oberholzer

Abs. 1

Der Bund gewährt

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Jeanprêtre

Abs. 1

Der Bund gewährt Konsumentenorganisationen Finanzhilfe von höchstens 75 Prozent der anrechenbaren Kosten für:

Antrag Dormann Abs. 2 Streichen

Art. 5

Proposition de la commission Al. 1 phrase introductive Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1 let. a

a. L'information objective et correcte des consommateurs par la presse ou les médias électroniques;

Al. 1 let. b Majorité b. L'exécution de tests comparatifs portant sur les caractéristiques essentielles et compréhensibles de biens et les éléments essentiels de services;

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

b. de biens;

Al. 1 let c.

c. La négociation de conventions sur des déclarations.

Al. 1 let. d

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AL 2

...., lettres a et b, à d'autres organisations d'importance nationale, qui se consacrent statutairement, entre autres, à la protection des consommateurs.

Proposition Nabholz

Al. 1

La Confédération accorde aux organisations de consommateurs dont l'activité est d'importance nationale et qui se consacrent statutairement et exclusivement à la protection des consommateurs

Proposition Leutenegger Oberholzer

Al. 1

La Confédération accorde

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Jeanprêtre

Al. 1

La Confédération accorde aux organisations de consommateurs jusqu'à concurrence des 75 pour cent des frais pris en compte,

Proposition Dormann

Al. 2

Biffer

Abs. 1 - Al. 1

Frau Nabholz: Artikel 5 Absatz 1 hat innerhalb und ausserhalb der Kommission zu langwierigen Diskussionen Anlass gegeben. Das hing mit dem Begriff «Konsumentenorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung» zusammen. Wenn man diese Formulierung eng interpretiert, heisst das doch nichts anderes, als dass Finanzhilfe nur an Organisationen geleistet wird, die sich auch eine gesamtschweizerische Struktur gegeben haben, oder mit anderen Worten: Kriterium für Subventionen bilden in erster Linie die Organisationsform und die Statuten eines Verbandes und nicht das, was dieser Verband leistet. Das Gefäss wird dadurch wichtiger als der Inhalt. Das ist eine ausgesprochen formalistische Sichtweise.

Hinzu kommt, dass nach der Formulierung, wie sie von Bundesrat und Kommission vorgeschlagen wird, heute nur gerade zwei Organisationen die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen würden. Es ist dies einerseits die Stiftung für Konsumentenschutz, deren Präsident ebenfalls Präsident dieser Kommission ist, sowie der Schweizerische Konsumentenbund. Diesen Dachverbänden sind so unterschiedliche Organisationen angeschlossen wie die Angestelltenverbände, der Touring-Club, die Gewerkschaften und auch Grossverteiler.

Touring-Club, die Gewerkschaften und auch Grossverfeiler. Stossend ist an dieser Formulierung, dass gerade diejenigen Konsumentenorganisationen, die sich als Basisorganisationen für den Konsumentenschutz einsetzen, nämlich die Konsumentinnenforen der deutschen Schweiz, der welschen Schweiz und des Tessins, sich nicht am zu verteilenden Kuchen beteiligen könnten, weil sie sich nicht gesamtschweizerisch zusammengeschlossen haben. Niemand wird behaupten wollen, dass die Arbeit, die von diesen drei Basisorganisationen für die Konsumenten geleistet wird, nicht unterstützungswürdig wäre.

Die Tests werden unter den drei Organisationen jeweils abgesprochen, thematisch wie terminlich. Das präsentierte Resultat wird jeweils von einer einzigen Organisation getragen, aber es ist für das ganze Land von Bedeutung. Obwohl also diese Organisationen nicht gesamtschweizerisch unter einem Dach tätig sind, beschlagen sie doch mit ihrer Tätigkeit den ganzen schweizerischen Markt. Darauf sollte es im Interesse der Konsumenten eigentlich ankommen.

Wenn Sie dem Vorschlag von Bundesrat und Kommission zustimmen, ist zu befürchten, dass diese Vielfältigkeit im Konsumentenschutz einem völlig neuen Druck ausgesetzt wird. Weil die Finanzen nur an bestimmte Organisationen verteilt werden sollen, müssten sich die gewachsenen Strukturen, die gewachsenen Verbände einer Umstrukturierung unterziehen. Sie müssten sich quasi zwangsweise unter ein zentralistisches Gebilde stellen, was immer auch vermehrten bürokratischen Aufwand bedeutet. Ich bin der Meinung, dass die Bundesgelder primär der Sache und nicht einem Verbandsapparat zur Verfügung stehen sollten.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen, weil er nicht lenkend im Sinne von Verbandstrukturpolitik wirkt, sondern lenkend in bezug auf das, was diese Verbände an Untersuchungen, an Aufklärungs- und Informationsarbeit leisten. Das ist das Hauptziel dieser Vorlage, nicht Zwangskartelle auf

seiten der Konsumentenorganisationen.

Es ist übrigens nicht zu befürchten, dass dadurch plötzlich unkoordiniert eine Vielzahl von Organisationen ans Werk geht. Ich möchte Sie auf Artikel 6 Absatz 2 aufmerksam machen, wo ganz klar gesagt wird, dass die zuständige Bundesstelle für die Koordination der Testtätigkeit der um Finanzhilfe nachsuchenden Organisationen verantwortlich ist. Auch hier haben Sie also ein Instrument, das dazu beiträgt, dass die Kräfte schlussendlich nicht verzettelt werden, sondern gebündelt, voll und ganz, den Konsumentinnen und Konsumenten zur Verfügung stehen.

Ob die Kann-Formel oder die Formel des Bundesrates - also die direkte Formel – gewählt wird, ist ein sekundäres Problem. Mein Hauptanliegen ist, dass der Inhalt zählt und nicht das Gefäss, in welchem dieser Inhalt präsentiert wird. Ich kann mich auch anschliessen, wenn mein Antrag unter die Kann-Formel gestellt wird, solange das, was ich präsentiert habe, in Sinn und Gehalt erhalten bleibt.

Frau Leutenegger Oberholzer: Ich ersuche Sie, die Gewährung von Finanzhilfen an die Konsumentenorganisationen durch den Bund als klare Verpflichtung im Gesetz zu verankern, wie dies seinerzeit auch der Bundesrat vorgeschlagen hatte.

Die blosse Kann-Formulierung, wie sie der Ständerat und die Kommission nun vorschlagen, ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Zum einen steht die Kann-Formel im Widerspruch zu Artikel 1 Buchstabe b des Gesetzes, in dem ganz klar festgehalten wird, dass den Konsumentenorganisationen Finanzhilfen ausgerichtet werden sollen. Dies ist einer der Zwecke dieses Gesetzes.

Zum zweiten müsste die Abschwächung in eine Kann-Formel als klares Misstrauensvotum gegen die Konsumentenorganisationen verstanden werden. Dies ist um so unverständlicher, als ganz klar festgehalten und eingegrenzt ist, unter welchen Voraussetzungen diese Finanzhilfe gewährt werden soll.

Die Organisationen der Konsumentinnen und Konsumenten erfüllen in der Marktwirtschaft eine wichtige Funktion, die durchaus von der öffentlichen Hand mit Finanzhilfen honoriert werden soll. Zudem übernehmen sie mit dem Aushandeln der Waren- und der Dienstleistungsdeklaration eine wichtige Aufgabe für den Staat.

Die Kann-Formulierung ist auch aus realpolitischen Gründen nicht zu verstehen. Seit 1970 erhalten die Konsumentenorganisationen Bundessubventionen. Zuerst waren es 100 000 Franken, die auch ohne jede Gesetzesgrundlage ausgerichtet worden sind. Inzwischen haben wir den Konsumentenartikél in der Bundesverfassung verankert und damit einen ganz klaren Verfassungsauftrag, denn im seinerzeitigen Abstimmungskampf wurde immer wieder betont, dass es selbstverständlich auch um die Subventionierung der Konsumentenorganisationen gehen soll.

Besonders merkwürdig nimmt sich die Kann-Formulierung in Absatz 1 von Artikel 5 zusammen mit der sehr weiten Formulierung von Absatz 2 aus, mit dem nun plötzlich alle möglichen Organisationen subventioniert werden sollen.

Es ist doch wichtig, dass wir - vor allem angesichts der beschränkten Mittel, die zur Verfügung stehen - klare Prioritäten festlegen; die müssen dahingehen, dass der Bund verpflichtet wird, diese Subventionen vorerst an die eigentlichen Konsumentenorganisationen auszurichten.

Ich ersuche Sie deshalb mit meinem Antrag, die zwingende Formulierung, wie sie seinerzeit auch der Bundesrat vorgeschlagen hatte, wiederaufzunehmen. Etwas anderes würde von den Konsumentenorganisationen nicht verstanden. Es würde auch ganz klar den Intentionen dieses Gesetzes widersprechen. Zudem sind die Konsumentenorganisationen, wenn sie ihre wichtige Funktion im marktwirtschaftlichen Prozess wahrnehmen sollen, darauf angewiesen. Dies müssen wir jetzt endlich mit diesem Gesetz auch anerkennen.

Mme Jeanprêtre: Mon intervention a pour but de porter à 75 pour cent et non pas à 50 pour cent le montant des contributions que le Conseil fédéral veut attribuer aux organisations de consommateurs pour leurs frais. En effet, depuis 1950 et sur la base d'un arrêté du Conseil fédéral et non d'une loi, les organisations de consommateurs reçoivent un tel subside. Pourquoi dès lors ce chiffre de 50 pour cent et non pas de 75 pour cent, maintenant que nous fixons une base légale? Vraisemblablement, le Conseil fédéral a tiré un parallèle avec le projet de loi sur les subventions fédérales. Je vous cite un passage du message: «Le projet du Département fédéral des finances prévoyait que l'aide financière ne devait pas dépasser, subventions cantonales comprises, 50 pour cent des dépenses déterminantes. Cette limitation du montant a suscité de très nombreuses critiques lors de la procédure de consultation. Nous l'avons - dit le Département des finances - abandonnée car elle était effectivement par trop schématique.»

Faut-il rappeler que les organisations de consommateurs sont à but non lucratif; que leurs activités sont d'une utilité publique de la plus haute importance? A ce titre, elles ne doivent pas seulement disposer des compétences et des obligations que l'on veut bien leur fixer légalement, mais elles doivent aussi obtenir les moyens (financiers) d'exercer ces compétences. A propos des aspects financiers, je voudrais signaler que dans quelques pays qui nous entourent - pour citer les plus proches, la France ou l'Allemagne - il existe des instituts nationaux en matière de consommation, pour lesquels l'Etat investit chaque année des millions afin d'effectuer des tests, par exemple. A ce propos, il est bon de dire que ceux-ci représentent l'essentiel des activités des organismes de consommateurs. Le message dit, en page 11: «De toute évidence, il n'appartient pas à l'Etat d'effectuer des tests. Bien au contraire, ceux-ci doivent être exécutés sous la responsabilité des organisations de consommateurs. Toutefois, il est d'intérêt public que ces tests soient effectués de façon irréprochable».

Ces tests coûtent cher. Une information incontestable doit se baser sur des recherches sérieuses, pratiquées dans des laboratoires fiables et entreprises par des chercheurs qualifiés. De plus, les appareils testés - je pense par exemple aux ordinateurs - sont fort coûteux et doivent être achetés afin d'assurer toute l'indépendance voulue. Actuellement, dix tests en moyenne sont entrepris par année, alors que, pour répondre à la demande des consommateurs, il faudrait en effectuer trois

fois plus.

Si les subventions devaient tomber à 50 pour cent, la différence incomberait aux organisations de consommateurs qui seraient priées de limiter la quantité des tests ou de les porter sur des biens de moindre valeur. De tels choix ne devraient pas, dans l'intérêt du consommateur, être restreints par des critères d'ordre financier.

Il y a donc exactement vingt ans que les organismes de consommateurs bénéficient de cette participation de 75 pour cent. On peut presque parler d'un droit acquis. Nous comprenons le Conseil fédéral qui a sauté sur l'occasion de faire quelque

N

économie, vraisemblablement, mais en consommateurs avertis, nous refusons que ce soit aux dépens des organismes de consommateurs, et en parlementaires vigilants – ou plutôt attentifs et lucides – nous demandons au Conseil fédéral de reconnaître que ce chiffre de 50 pour cent n'est plus d'actualité. Dès lors, je vous engage à suivre ma proposition et de porter cette contribution à 75 pour cent.

Mme Gardiol: Le premier alinéa de l'article 5 a inspiré plusieurs propositions. Je vais clarifier mes propos, tout d'abord, sur l'intervention de Mme Leutenegger Oberholzer qui demande que l'on inscrive une forme contraignante aux contributions de la Confédération. Mme Nabholz formule d'ailleurs le même souhait. Par conséquent, le texte serait le suivant: «la Confédération accorde» en lieu et place de «peut accorder», selon la version de votre commission et du Conseil des Etats. Cette forme contraignante est une conséquence claire du mandat constitutionnel qui oblige à prendre des mesures. On ne peut pas, au moment de donner une certaine force à ces mesures par le biais d'un soutien financier, l'affaiblir par la forme potestative.

Je soutiens donc la proposition de Mme Nabholz en la matière et vous invite à accepter aussi celle de Mme Leutenegger Oberholzer. Il est en effet juste que la manne fédérale soit accordée en priorité aux associations de consommateurs, qui se consacrent exclusivement à la protection de ceux-ci.

Mme Nabholz a apporté une deuxième modification au texte de loi. Elle propose de répartir les subventions entre les associations dont l'activité est d'importance nationale. Je ne suis pas du tout sûre que l'on puisse distinguer une telle activité, mais cette idée est très séduisante au premier abord. Elle laisse entrevoir la possibilité que des subventions soient versées directement aux associations régionales dont les activités seraient d'importance nationale et qui, comme chacun le sait, font la plus grande partie du travail d'information. Elles sont en effet en contact constant avec les consommateurs et consommatrices. Néanmoins, dans de nombreux cas, il sera difficile de prouver la portée nationale des activités d'information fournies par les associations régionales, car ces associations ont une portée nationale lorsqu'on additionne leurs activités dans les trois régions linguistiques.

C'est pourquoi, au nom des minorités linguistiques, je vous demande de rejeter la proposition Nabholz. Je pense en effet préférable que l'on considère les activités des consommateurs comme nationales en additionnant les activités de toutes nos régions. Il faudra les coordonner, en vue de l'octroi des subventions, mais je vous demande de laisser aux associations de consommateurs le soin de s'occuper de cette tâche et de répartir les subventions. Il faudra également trouver une nouvelle clé de répartition en tenant compte du travail effectif de chaque association et de son audience. Cette solution me semble être la meilleure afin que chaque association garde sa spécificité et continue à s'adresser en priorité aux consommateurs de sa région linguistique, répondant à leurs besoins et à leurs questions sans trop se préoccuper de la portée nationale de ses intentions et de ses travaux.

L'exigence du Conseil fédéral qui accordera des subventions à notre association faîtière nous oblige à coordonner nos activités, à nous mettre d'accord entre nous sur les thèmes à traiter, ce que nous faisons d'ailleurs déjà. Si un accord ne peut être obtenu, l'article 6 prévoit de laisser à l'Office fédéral compétent le soin d'assurer cette coordination. Mais, je le répète, je préfère que les associations de consommateurs et consommatrices en aient la charge.

En conclusion, je vous invite à accepter la proposition Leutenegger Oberholzer, à rejeter celle de Mme Nabholz. De plus, je soutiens la suggestion de Mme Jeanprêtre concernant le 75 pour cent de la portion subventionnable des activités du consommateur.

Hänggi: Nachdem ich beim Eintreten keine Möglichkeit zu sprechen hatte, möchte ich hier die Gelegenheit benützen, um einige Bemerkungen grundsätzlicher Art, aber insbesondere zu den Warentests, anzubringen. Der guten Ordnung halber lege ich meine Interessen offen. Ich bin Mitglied der Ge-

schäftsleitung einer Firma, die Konsumgüter herstellt. Ich bin aber auch, wie Sie alle, Konsument. Aus der Sicht von beiden Interessen schätze ich die Konsumenteninformation und unterstütze deshalb diese Tätigkeit; ich bin in der grossen Linie mit diesem Gesetzentwurf einverstanden. Trotzdem einige Bemerkungen dazu:

Im Konsumentenschutz haben die Warentests, wie sie jetzt in den Artikeln 5 bis 7 umschrieben sind, einen ganz zentralen Stellenwert. Solche Tests und Vergleiche können dem Konsumenten Sicherheit über den Wert seiner Ware verschaffen. Sie können den Missbrauch von Werbeaussagen behindern. Sie können aber auch ein Produkt hochjubeln und ebenso ein Produkt zum Tode verurteilen.

Gerade weil solche Tests – insbesondere Vergleichstests – eine so grosse Wirkung erzielen können, müssen sie immer mit der entsprechenden Seriosität, Objektivität und Fairness erarbeitet werden.

Dies war in der Vergangenheit nicht immer so. Beispiele könnten mit Leichtigkeit aufgeführt werden. Wiederholt wurden Tests veröffentlicht, welche unsorgfältig und wenig wissenschaftlich erarbeitet wurden. Deshalb mache ich zu den Artikeln 5 bis 7 folgende Anregungen zuhanden des Subventionsgebers:

 Die Beiträge sollen allen im Bereich der objektiven Konsumenteninformation tätigen Institutionen zukommen, also zum Beispiel auch dem Schweizerischen Institut für Hauswirtschaft.

2. Mit der Subventionierung übernimmt der Bund auch eine gewisse Mitverantwortung für die Objektivität der Konsumenteninformation. Dabei ist die Aufstellung von allgemeingültigen Testregeln geboten. Dies kann im einzelnen auf dem Verordnungswege geschehen.

 Die zuständige Bundesbehörde soll die Tests und die übrige Informationstätigkeit auf ihre Uebereinstimmung mit diesem Gesetz regelmässig überprüfen.

Aus diesen drei Vorbenalten ergibt sich eigentlich logischerweise die Forderung nach einer gemeinsamen Warentest-Institution Schweiz. Eine solche zentrale Testorganisation wäre eine entscheidende Verbesserung im Testwesen der Schweiz. Darin könnten nebst den Konsumentenorganisationen auch die Anbieter, die Wissenschaft und die Subventionsbehörden beteiligt werden. Dank der damit verbundenen Konzentration der Kräfte liessen sich nicht nur die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen, ganz im Sinne, wie es Frau Jeanprêtre gefordert hat, sondern es kāme zu einer Partnerschaft zwischen den Konsumentenorganisationen und der Wirtschaft, welche letztlich im Interesse der Verbraucher und der Anbieter liegt. Ausländische Beispiele wie die Stiftung Warentest in Berlin haben die Funktionsfähigkeit solcher Testinstitutionen längst unter Beweis gestellt. Die Wirtschaft scheint an der Mitwirkung bei einem solchen Vorhaben interessiert zu sein. Als Rechtsform für eine zentrale Testorganisation käme am ehesten die Form einer Stiftung in Frage.

Ich bitte deshalb den Bundesrat, zu diesen Fragen, insbesondere zu einer zentralen Testorganisation, Stellung zu nehmen.

Grassi: Ich habe bereits auf die Präferenz der Kann-Formel hingewiesen. Ich beantrage Ihnen, den Antrag Leutenegger Oberholzer abzulehnen und damit dem Willen des Rates zur Beibehaltung der Kann-Formel Ausdruck zu geben.

Im Zusammenhang mit dem Antrag Nabholz scheint mir jedoch wichtig, dass etwas über die «gesamtschweizerische Bedeutung» der Konsumentenorganisationen für die Gesetzesmaterialien gesagt wird. Eine gesamtschweizerische Konsumentenorganisation besteht im Moment nicht. Vier Konsumentenorganisationen im eigentlichen Sinn sind in der
Schweiz tätig. Sie arbeiten vorwiegend im jeweiligen Sprachgebiet, so das Konsumentinnenforum der deutschen
Schweiz, die Fédération romande des consommatrices und
die Associazione delle consumatrici della Svizzera italiana.

Die Arbeit dieser Organisationen kommt nicht nur den Einwohnern der entsprechenden Regionen zugute, sondern allen, die sich in der betreffenden Sprache informieren wollen. Es wäre sicher nicht richtig und würde dem Geist der Verfassungsbestimmung und des Gesetzes widersprechen, wenn diese Organisationen von der Finanzhilfe für die von ihnen vermittelte Konsumenteninformation ausgeschlossen würden. Wenn anderseits bei der Durchführung von Tests eine gewisse Koordination und Abstimmung erwünscht ist, so heisst das noch nicht, dass nur eine einheitliche, in sich geschlossene Gesamtorganisation in den Genuss der für Tests vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes kommen soll. Es sollte deshalb klar zum Ausdruck gebracht werden, dass «gesamtschweizerische Bedeutung» nicht streng territorial gemeint ist, sondern im Sinne einer «bedeutungsvollen Tätigkeit im allgemeinen Interesse» interpretiert werden muss.

Wir erwarten vom Bundesrat eine entsprechende Präzisierung, ansonsten der Antrag Nabholz unterstützt werden kann. Der Antrag Jeanprêtre auf Erhöhung der Bundesfinanzhilfe auf 75 Prozent ist abzulehnen. Die Proportionen müssen gewahrt bleiben. Es ist nicht richtig, dass man jedesmal in diesem Rat die Anträge des Bundesrates in grosszügiger Weise erhöht. Die Eigenleistungen der Organisationen sind wichtig; sie müssen bei mindestens 50 Prozent bleiben. Sie können zum Teil durch die Konsumenten selbst aufgebracht werden.

Frau **Dormann**: Ich möchte mich kurz zum Antrag von Frau Nabholz äussern, was die Erklärung des Begriffes «gesamtschweizerische Bedeutung» betrifft. Ich tue dies in der Eigenschaft als delegiertes CVP-Frauenmitglied im Vorstand des Konsumentinnenforums der deutschen Schweiz.

Eine gesamtschweizerische Konsumentenorganisation existiert nicht. Es gibt aber vier Konsumentenorganisationen, die alle von gesamtschweizerischer Bedeutung sind, weil ihre Arbeit allen Schweizerinnen und Schweizern zugute kommt, auch wenn sie ihren Beitrag vorwiegend in der jeweiligen Sprachregion leisten und primär in der jeweiligen Landessprache publizieren. Es sind dies die parteipolitisch unabhängigen, neutralen und wirtschaftlich unabhängigen Konsumentinnenorganisationen: Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz, die Fédération romande des consommatrices und die Associazione delle consumatrici della Svizzera italiana sowie die Stiftung für Konsumentenschutz.

Durch die Konsumentenorganisationen in allen drei Sprachregionen der Schweiz werden die Bedürfnisse der sprachlichen Minderheiten wahrgenommen. Auch die Tests erfolgen in den entsprechenden Sprachen und können somit von jedermann gelesen werden. Solche Institutionen haben eine Tätigkeit, die von gesamtschweizerischer Bedeutung ist. Ich würde die Gedanken von Herrn Hänggi, der eine einzige Stiftung für die ganze Schweiz anstrebt, niemals unterstützen.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag von Frau Nabholz zu unterstützen.

Wanner: Ich möchte Sie ebenfalls bitten, den Antrag von Frau Nabholz zu unterstützen. Schaffen Sie mit einer anderen Formulierung keine monopolistischen Strukturen, sehen Sie den Inhalt und nicht primär das Gefäss an! Sie schaffen damit zudem keine Differenz zum Ständerat, wenn Sie, was ich Ihnen empfehlen möchte, die Kann-Formulierung wählen. Zusätzlich sorgen Sie dafür, dass dieses Gesetz, weil keine unnötigen Differenzen zum Ständerat entstehen, möglichst rasch in Kraft treten kann.

Dazu kommt noch etwas anderes: Im Subventionsgesetz hat man weitgehend an der Linie der Kann-Formulierung festgehalten, und ich vermag nicht einzusehen, wieso nun bei dieser Gelegenheit diese Linie verlassen wird.

Ich möchte Sie bitten, der Kann-Formulierung des Antrags Nabholz zuzustimmen.

Frau **Stamm:** Ich unterstütze die drei Anträge Nabholz, Leutenegger Oberholzer und Jeanprêtre, allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

Ich meine, dass es eine Verpflichtung des Bundes ist, jene Organisationen zu unterstützen, welche die in Verfassung und Gesetz vorgeschriebenen Test- und Informationsaufgaben wahrnehmen. Insofern meine ich, dass der Antrag Leutenegger Oberholzer und der entsprechende Punkt im Antrag Nabholz, welcher die Verpflichtung des Bundes festhält, der bessere Weg ist.

Ich unterstütze auch den Antrag Jeanprêtre, welcher vorschlägt, dass die Subventionen auf 75 Prozent erhöht werden sollen. Es scheint, dass der Bundesrat mit seinen 50 Prozent dem seinerzeitigen Vorschlag auf 50 Prozent im Subventionsgesetz folgte, der aber nach Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens untergegangen ist. Ich sehe eigentlich keinen Grund, das bisherige Limit von 75 Prozent nun durch 50 Prozent zu ersetzen.

Das Allerwichtigste an diesen drei Anträgen ist die Formulierung von Frau Nabholz, welche ganz klar festlegt, dass wir nun nicht eine oktroyierte zentrale Test- und Informationsinstanz wollen, sondern auf den traditionell gewachsenen Strukturen aufbauen wollen. Dazu gehören eben nicht nur gesamtschweizerisch organisierte Institutionen, sondern auch die sprachregional organisierten Institutionen der Konsumentinnenorganisationen.

Wir wissen ja, dass die Koordination unter den sprachregionalen Konsumentinnenorganisationen im Rahmen des Testwesens gewährleistet ist. Diese Organisationen haben eine Tradition seit 1976. Das hat sich bestens eingespielt und bewährt. Die Absprache sämtlicher testenden Organisationen in der Schweiz ist ebenfalls institutionalisiert, ebenso die Absprache zwischen der Schweiz und den übrigen europäischen Konsumenten- und Testorganisationen. Wir müssen also hier nicht eine zentralistisch organisierte Institution schaffen, sondern wir müssen mit der Formulierung von Frau Nabholz gewährleisten, dass der Inhalt der Tätigkeit der Organisationen das Wichtige ist und nicht die Form.

Ich bitte Sie also, alle drei Anträge zu unterstützen. Ich bitte Sie aber sehr vehement, auf jeden Fall den Antrag Nabholz im zweiten Teil zu unterstützen.

Neukomm, Berichterstatter: Als Kommissionspräsident habe ich mich an die Vorschläge der vorberatenden Kommission zu halten. Ich bitte Sie also, diesen zuzustimmen.

Ich möchte aber doch – weil wir die Anträge in der Kommission nicht beraten konnten – in einzelnen Punkten meine persönliche Meinung dazu anbringen.

Zum Antrag Leutenegger Oberholzer und zum Antrag Nabholz erster Teil: Der Bund «gewährt» Konsumentenorganisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung Finanzhilfe, im Gegensatz zur Kann-Formel. Ich habe Verständnis für diese Anträge, weil der Verfassungsauftrag klare Vorgaben gibt. Auf der anderen Seite ist bereits in der Diskussion darauf hingewiesen worden, dass im Subventionsgesetz auch überall die Kann-Formulierungen aufgenommen worden sind. Wesentlich ist ja schliesslich, dass dann tatsächlich etwas passiert, dass die Finanzhilfe beansprucht wird, dass der Bundesrat den Auftrag der Verfassung ernst nimmt. Für diese zwingende Formulierung habe ich volles Verständnis, weil er dem Verfassungsauftrag am ehesten entspricht. Deshalb hat der Bundesrat auch diese Formulierung vorgesehen.

Zum zweiten Antrag Nabholz: Frau Nabholz will auch regionale, lokale Organisationen erfassen. Da muss sich dann vor allem der Departementsvorsteher äussern, denn wir haben natürlich seit einigen Jahren auch die Aufgabenteilung Bund/Kantone. Wir haben in diesem Rat auch darüber sehr lange gesprochen und sind damals zur Auffassung gelangt, dass mit dieser neuen Aufgabenteilung gesamtschweizerische Organisationen berücksichtigt werden sollten.

Der Antrag Nabholz hat etwas für sich, das ist klar, wenn man von der Form und vom Inhalt spricht. Auf der anderen Seite wäre es ein Präjudiz. Da müssten natürlich verschiedene regionale und lokale Organisationen, die auch noch aufgebaut werden könnten, berücksichtigt werden. Bis jetzt war es auf jeden Fall eindeutig so, dass der Bund einen Partner möchte, und zwar einen gesamtschweizerischen Partner. Deshalb auch die Subventionsbedingungen schon 1970. Da haben sich die beiden gesamtschweizerischen Organisationen, Konsumentenbund und Stiftung für Konsumentenschutz, zusammengetan, d. h. sie mussten sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschliessen, und der Bund hat die bescheidene Finanzhilfe bis jetzt dieser Arbeitsgemeinschaft gewährt. Sinn und Zweck wäre eigentlich auch, dass künftig eine Orga-

nisation gegenüber dem Bund für die Einhaltung der Subventionsbedingungen verantwortlich wäre.

Wir werden dann noch Herrn Bundesrat Delamuraz hören. Ich überlasse dem Rat den Entscheid, bitte Sie aber nochmals, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Zum Antrag Jeanprêtre: Dort spielt natürlich das Subventionsgesetz direkt hinein. Nachdem dieses im Differenzbereinigungsverfahren ist – es wurde soeben im Ständerat durchberaten, jetzt kommt es wieder in den Nationalrat –, wäre es tatsächlich sinnvoll, wenn wir heute keine bestimmte Prozentzahl festlegen würden, sondern dies dann auf dem Wege des Subventionsgesetzes regeln und es dem Bundesrat überlassen würden, wieviel er den Konsumentenorganisationen effektiv gewähren will, analog zum Subventionsgesetz.

M. Pidoux, rapporteur: Au sujet des différentes propositions qui nous sont présentées, l'une concerne la forme potestative, c'est-à-dire de savoir si la Confédération doit ou peut accorder des subventions. En tant que rapporteur, je défendrai la solution, adoptée par la commission, d'en rester au texte du Conseil des Etats.

Bien que la forme potestative présente l'inconvénient — comme l'a rappelé M. Neukomm — de s'éloigner du texte constitutionnel, elle a l'avantage de régler la deuxième question — soumise par plusieurs propositions — du cercle des bénéficiaires. Y a-t-il lieu de n'allouer des subventions qu'à quelques organisations faîtières — idée de Mme Gardiol — ou doit-on étendre le cercle des bénéficiaires — avis de Mme Nabholz?

Au sujet de la répartition des tâches, il existe un principe selon lequel la Confédération subventionne les organisations qui déploient une activité nationale et non celles qui ont des activités régionales, même si elles accomplissent un travail tout aussi valable. Ces subventions sont réparties entre elles dans le cadre des organisations faîtières.

La proposition de Mme Jeanprêtre d'augmenter le pourcentage des frais pris en compte doit être envisagée sous l'angle suivant: s'il n'appartient pas à l'Etat de faire des tests – ce qui figure expressément dans le message – le subventionnement est la seule méthode pour réglementer ces tests. En effet, la subvention permet à l'Etat de fixer certains principes pour la réalisation des tests et la publication de leurs résultats. Certes, on est toujours libre d'effectuer des tests non subventionnés, mais on en connaît les difficultés.

Il est peut-être bon que les organisations de consommateurs s'engagent aussi économiquement. Il est précisé à la page 24 du message que «le soutien financier, conformément au principe appliqué actuellement pour l'octroi de subventions, est accordé à la condition que le bénéficiaire fournisse lui-même au moins la moitié du financement». Cela expliquait l'indépendance de l'organisation qui n'est pas totalement payée par l'Etat.

De toute façon, nous examinerons à nouveau cet objet dans le cadre de la loi sur les subventions, actuellement à l'étude auprès du Conseil des Etats. Sur ce point donc, la commission n'a pas pris position et je vous suggère d'en rester au texte que nous vous avons soumis.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La première partie de la proposition Nabholz contient l'idée d'en venir à la formule impérative quant à l'octroi de subventions par la Confédération. Mme Leutenegger Oberholzer va dans le même sens. Le Conseil fédéral, quant à lui, serait heureux de pouvoir garder le texte originel et suivre par conséquent Mme Leutenegger Oberholzer sur ce premier point.

Puis Mme Nabholz aborde une question centrale, celle de la définition des organisations à subventionner, et là je vous invite à ne pas la suivre. En effet, le principe de ne subventionner que des organisations d'importance nationale est nécessaire. Il découle du principe plus général encore de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Seule une organisation d'importance nationale peut garantir une coordination entre les régions ainsi que l'emploi économique de la manne fédérale que nous aurions accordée à ces organisations. Les institutions soeurs de la Suisse romande et du Tessin ont bien compris la valeur d'une organisation faîtière

comme celle qui existe toujours, mais à laquelle les organisations de consommatrices de Suisse alémanique veulent tourner le dos. Elles ont bien compris la valeur d'une telle organisation qui leur sert de point de liaison, à l'égard de la Confédération, d'autres organisations et du monde politique en général.

Si l'on se mettait à subventionner une organisation régionale, on ne heurterait pas seulement le principe de la répartition des tâches mais, en l'occurrence, on discriminerait de manière intolérable d'autres régions, dans le cas actuel la Suisse romande et le Tessin. La Confédération, en vertu de la paix entre les régions linguistiques, a donc tout intérêt à ce que la Fédération suisse des consommateurs poursuive sa fonction d'organisation faîtière à l'échelon suisse. Cela correspond à une nécessité de mission, et ne saurait désavantager la Suisse latine par une sécession unilatérale de la région alémanique. Il faut être conscient que la transformation du Forum des consommatrices de Suisse alémanique en une organisation d'importance nationale mettrait fin à la collaboration entre la Suisse latine et la Suisse alémanique et, à cause du nombre simplement, privilégierait de façon insupportable l'organisation alémanique qui a fait sécession. Il faut maintenir cette exigence de l'organisation faîtière.

Enfin, Mme Jeanprêtre a présenté une proposition selon laquelle il faudrait fixer la limite du financement à 75 pour cent et non à 50 pour cent comme proposé. Je donne raison à Mme Jeanprêtre, à savoir que l'idée du 50 pour cent était née de l'élaboration alors en cours d'une loi fédérale sur les subventions qui avait prévu une limite générale à 50 pour cent. Cette limite n'a pas survécu et, pour cette raison, Mme Jeanprêtre voudrait que l'on n'ancrât pas 50 pour cent dans la loi actuelle, mais 75 pour cent, ce qui correspond d'ailleurs au principe théorique du subventionnement maximum appliqué aujourd'hui.

Au total, cela n'a pas tellement d'importance dans la réalité. Même si maintenant on a effectivement limité à 75 pour cent le subventionnement maximum, en réalité, à cause des budgets que vous votez au Parlement et qui sont limités sur ce poste, c'est moins de 40 pour cent que la Confédération subventionne actuellement en faveur de ces tests.

Par conséquent, comme je n'ai pas l'impression que le Parlement va changer du tout au tout ses pratiques financières et qu'il va, dans les prochains budgets, libérer des sommes beaucoup plus élevées que celles qu'il a octroyées à ces fonctions jusqu'à maintenant, on sera de toute façon en-dessous de 50 pour cent et, par conséquent, l'élévation que vous proposez à 75 pour cent n'aura certainement qu'une valeur théorique et n'entraînera pas d'effets pratiques quant aux finances de ces organisations. Je laisse le Parlement se déterminer sur ce point.

Je répond aux trois questions de M. Hänggi qui demande, premièrement, une contribution à toutes les organisations. Il n'est pas question de contribuer à toutes les organisations, la COOP, la Migros etc. En revanche, il est certainement possible d'étendre et de comprendre parmi les bénéficiaires cet Institut de recherche ménagère auquel vous avez fait allusion.

Ensuite, je considère que la Confédération porte la responsabilité d'employer économiquement les subventions ainsi que de faire respecter les conditions fixées à l'article 6 que nous allons aborder. Enfin, une seule organisation de tests: la Confédération ne saurait aller si loin en en matière de structures. Mais on a certainement intérêt à ce que le travail des organisations de consommateurs soit coordonné et c'est en ce sens que je réponds à votre dernière question et que je peux confirmer ce que j'ai dit du danger que représente la proposition Nabbolz, car elle mettrait un terme à cette possibilité de coordination indispensable à l'échelon national.

Le président: Nous passons au vote. Nous procéderons en trois temps: D'abord, nous opposerons la proposition de Mme Nabholz à celle de la commission; ensuite, nous opposerons la proposition de Mme Jeanprêtre à celle de la commission; puis nous voterons sur l'alternative, formule potestative ou formule impérative.

Abstimmung - Vote

Eventuell - A titre préliminaire

Für den Antrag Nabholz Für den Antrag der Kommission 58 Stimmen 54 Stimmen

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission Für den Antrag Jeanprêtre 71 Stimmen 46 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Kommission

(«kann gewähren»)

69 Stimmen

Für den Antrag Leutenegger Oberholzer/Nabholz

(«gewährt»)

57 Stimmen

Le président: La proposition de la minorité étant caduque après le vote sur l'article premier, vous avez donc adopté l'alinéa premier de l'article 5 selon la version de la majorité, mais compte tenu de la proposition Nabholz, toutefois dans la formule potestative.

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr La séance est levée à 12 h 55

Dreizehnte Sitzung - Treizième séance

Mittwoch, 21. März 1990, Nachmittag Mercredi 21 mars 1990, après-midi

15.00 h

Vorsitz - Présidence: M. Ruffy

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Fortsetzung - Suite

Siehe Seite 542 hiervor - Voir page 542 ci-devant

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

Fortsetzung - Suite

Art. 5 Abs. 2 - Art. 5 al. 2

Frau **Dormann:** Ich beantrage Ihnen, Absatz 2 von Artikel 5 ersatzlos zu streichen. Vor zwei Stunden haben wir einer Finanzhilfe des Bundes an Organisationen zugestimmt, die sich statutengemäss ausschliesslich dem Konsumentenschutz widmen. In Absatz 2 wollen wir nun ein Jekami-Programm einflechten, das nicht dem Ernst der Sache dienen kann, das unter anderem auch Subventionen bezahlen will an Organisationen, die sich u. a. auch für Konsumentenschutz einsetzen.

Gemäss Artikel 1 des Konsumenteninformationsgesetzes ist dessen Ziel die Förderung der objektiven Konsumenteninformation. Das Geld muss somit den wirtschaftlich unabhängigen, parteipolitisch und konfessionell neutralen Konsumentenorganisationen zukommen. Sie allein bieten Gewähr für unabhängige und objektive Konsumenteninformation. Mit der Fassung des Bundesrates und der nationalrätlichen Kommission besteht die Möglichkeit, dass Organisationen, die sich vorwiegend anderen Interessen widmen, für ausgewählte Tätigkeiten ebenfalls Unterstützung verlangen könnten. Heute morgen hat Herr Nationalrat Wiederkehr Migros oder Coop erwähnt, die ab und zu auch Programme für Konsumentenschutz anbieten; das sind Grossverteiler, Verkaufsorganisationen. Ich denke z. B. auch an den «Kassensturz» oder die «Index»-Sendung der SRG, die dadurch doppelt subventioniert würden.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen, der Klarheit schafft und der der direkten Konsumenteninformation gerecht wird. Die bestehenden Organisationen gewähren optimale Wahrnehmung der Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten.

Frau **Leutenegger Oberholzer:** Ich beantrage Ihnen, bei Artikel 5 Absatz 2 auf die bundesrätliche Fassung zurückzukommen. Die Variante, wie sie die Kommission vorschlägt, ist meines Erachtens in der Abgrenzung viel zu unscharf. Es ist völlig unklar, welche Organisationen damit subventioniert werden könnten.

Mit der Fassung, wonach Finanzhilfe alle Organisationen erhalten sollen oder erhalten sollen können, die sich u. a. dem Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten widmen, werden unzählige Organisationen angesprochen. Dies öffnet Tür und Tor für Subventionsbegehren. Beliebige Organisationen könnten sich an den Bund wenden, z. B. auch Coop oder Migros, die u. a. sicher auch dem Schutz der Konsumenten und Konsumentinnen verpflichtet sind. Das kann sicher nicht der Sinn dieses Gesetzes sein.

Wir müssen - meine ich - klar eingrenzen, wer subventionsberechtigt sein soll. Die umfassende Kommissionsfassung ist meines Erachtens um so stossender, als in Absatz 1 bei der Subventionierung der eigentlichen Organisationen der Konsumenten und Konsumentinnen eine sehr restriktive Fassung gewählt worden ist, indem diese sich «ausschliesslich» dem Konsumentenschutz widmen müssen. Mit der heute vormittag beschlossenen Kann-Formulierung in Absatz 1 fehlt auch jegliche Prioritätensetzung in bezug auf die Finanzhilfe. Es kann sich - wie gesagt - praktisch jede beliebige Organisation, die sich irgendwie auch dem Konsumentenschutz veroflichtet fühlt, an die Bundeskasse wenden. Diese Aufsplitterung der dazu noch sehr begrenzten Mittel, die für den Schutz der Konsumenten und Konsumentinnen zur Verfügung stehen, ist sicherlich nicht sinnvoll. Sie führt zu einer direkten Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip.

Auf der anderen Seite aber geht mir der Streichungsantrag von Frau Dormann zu weit. Ich kann mir vorstellen, dass es Organisationen gibt, die Aufgaben im Bereich der Information der Konsumentinnen und Konsumenten wahrnehmen, die der Bund unterstützen können sollte. Ich denke z. B. an die Kag. Meines Erachtens stellt die Variante des Bundesrates eine Art Mittelweg dar. Ich wäre aber froh, wenn Bundesrat Delamuraz noch eingrenzen könnte, was er sich unter der Information der Konsumentinnen und Konsumenten vorstellt, und wenn er festhalten könnte, ob darin auch eine gewisse Testtätigkeit enthalten ist.

Ich bitte Sie, auf die bundesrätliche Fassung zurückzukommen. Sie begrenzt die subventionsberechtigten Organisationen, was sicher sinnvoll ist und letztlich eigentlich die Organisation der Konsumentinnen und Konsumenten stärkt.

Dietrich: Ich bitte Sie, die beiden Anträge abzulehnen und der Kommission zuzustimmen.

Dies aus folgenden Gründen: Es ist genau festgehalten: in Buchstabe a die Information, in Buchstabe b die Tests. Wenn es heisst, der Bund kann Finanzhilfe auch an andere geben, so heisst das auch, er kann diese Hilfe verweigern, und er hat zu prüfen, ob sie angemessen ist. Es gibt nun aber verschiedene Institutionen, die nur u. a. Konsumentenschutz betreiben.

Ich lege offen, ich vertrete hier u. a. die Interessen des Schweizerischen Instituts für Hauswirtschaft. Dieses hat zum Ziel, auch Forschung zu betreiben, Forschung im Hinblick auf wirtschaftliche, rationelle und umweltgerechte Haushaltführung; zweites Ziel sind auch Unfallverhütung, hauswirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und Konsumenteninformation. Es sind diesem Institut alle Konsumentenorganisationen angeschlossen. Wir führen auch zum Teil im Auftrag dieser Organisationen Tests durch. Wir möchten aber auch direkt profitieren können, weil es doch mühsam ist, immer wieder das Geld zusammenzukratzen. Ich glaube, dass die Tests des Instituts für Hauswirtschaft gesamtschweizerisch Anerkennung finden.

Obwohl ich nicht beauftragt bin, dafür zu sprechen, erwähne ich noch den Touring-Club der Schweiz, der im Bereich der Automobilwirtschaft anerkanntermassen ausgezeichnete Tests durchführt. Ich denke an die Tests, die der TCS in bezug auf die Autobahnraststätten durchgeführt hat usw.

Es wurde heute verschiedentlich von Koordination usw. gesprochen. Ich weiss beispielsweise, dass die Grossverteiler, und zwar alle, darüber diskutieren, eine Dachorganisation zu schaffen. Es wäre wahrscheinlich nicht schlecht, wenn wir in unserem Land eine auf freiwilliger Basis beruhende Dachorganisation hätten – sei es nun eine Stiftung oder ein anderes Gremium –, die sich mit den Tests befasst und partnerschaftlich – Wirtschaft und Konsumenten gemeinsam – bestimmt, was

man testen will. Informieren soll Sache aller bleiben. Die Bündelung wäre gut; in anderen Ländern funktioniert es, wir könnten uns ein Beispiel daran nehmen.

Ich bitte Sie, der Kommission zuzustimmen.

Neukomm, Berichterstatter: Das Anliegen von Herrn Dietrich ist bereits im Bundesratsantrag von 1986 enthalten. Für das würde es keine Neuformulierung brauchen, wie es die nationalrätliche Kommission in ihrem Antrag darlegt.

Die Mehrheit der Nationalratskommission will noch weiter gehen als Herr Dietrich. Die Finanzierung der Information und der Prüftätigkeit des Schweizerischen Instituts für Hauswirtschaft, für das er gesprochen hat, wäre bereits in der Bundesratsfassung abgedeckt gewesen. Aber in der Kommission wollte man das Netz noch weiter spannen. Jetzt ist es an Ihnen zu entscheiden, ob man so weit gehen will, dass auch Organisationen berücksichtigt werden, die sich nur unter anderem dem Konsumentenschutz widmen. In der Bundesratsfassung hiess es: « Organisationen, die sich statutengemäss der Konsumenteninformation widmen.»

Die Kommission hat sich längere Zeit darüber unterhalten. Die Mehrheit wollte hier möglichst öffnen, auch für « Organisationen ..., die sich statutengemäss u. a. dem Konsumentenschutz widmen».

Jetzt ist es an Ihnen zu entscheiden.

M. Pidoux, rapporteur: Ainsi que le message vous l'indique, l'alinéa 2 de cet article vise notamment l'Institut suisse de recherche ménagère et les tests qu'il mène à la satisfaction générale. Vous aurez remarqué que nous avons ici une forme potestative, «Kann-Formel» (on peut subventionner), et qu'apparemment cela ne déchaîne pas les flots d'éloquence auxquels nous avons assisté ce matin au sujet du premier alinéa. Entre la proposition extrême de Mme Dormann de biffer cet alinéa et celle du Conseil fédéral, la commission vous proposait un texte qui constitue une solution de compromis. Au cours des discussions, il est apparu que cette même solution de compromis, qui est bonne, bien sûr, pourrait receler une contradiction interne entre l'article 5, alinéa 1, puisque les organisations de consommateurs d'importance nationale doivent se consacrer exclusivement, selon le texte du Conseil des Etats que nous avons adopté, à la protection des consommateurs, et ici, on nous dit qu'on pourrait accorder des subventions à des organisations qui sont, entre autres, consacrées à la protection des consommateurs. Il faudra résoudre cette contradiction, mais peut-être est-ce une pure question de vocabulaire. De toute façon, c'est dans le cadre de cette formule potestative que le Conseil fédéral pourra choisir.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je précise tout d'abord ce qu'il faut entendre par «information objective» des consommateurs, en réponse à la question de Mme Leutenegger Oberholzer. Il faut entendre par là toute information fournie par des brochures ou grâce à des médias - écrits ou électroniques. A la riqueur, il faut aussi entendre les résultats de tests susceptibles d'être considérés comme une information objective des consommateurs. Ce qu'il faut aussi retenir, et c'est une notion importante qui n'a cependant jamais été évoquée dans ce débat. c'est que le Conseil fédéral n'a pas l'intention de verser des subventions au coup par coup, pour un test ou une brochure. La politique de subventionnement sera globale et consistera à honorer des versements de la Confédération telle ou telle organisation pour l'ensemble de son oeuvre annuelle.

Les débats, relatifs à ce deuxième alinéa de l'article 5, ont été vifs à la commission du Conseil national - le Conseil des Etats, lui, a passé très rapidement sur cette question. Par esprit d'apaisement et constatant que les positions étaient très diverses et très confortées, j'ai dit à la commission qu'on pouvait s'accommoder du texte proposé, bien qu'il ne soit pas sans danger. En effet, d'abord on étend manifestement aux tests l'ensemble de la politique de subventionnement prévue; ensuite, comme le rappelaient tout à l'heure les deux rapporteurs, on pourrait soutenir des organisations qui, entre autres, se consacrent à la protection des consommateurs. Ce n'est pas tout à fait la même chose que ce qui est affirmé plus haut,

où l'on mentionne: «exclusivement», ce qui, à la rigueur, pourrait conduire à subventionner des organisations comme les coopératives Coop ou Migros, la radio ou la télévision, qui se consacrent, dans le cadre d'émissions spéciales, à la protection des consommateurs; bref, nous aurions là un champ dangereusement étendu. Si j'ai malgré tout accepté cette formule en séance de commission, c'est qu'elle est potestative et que le Conseil fédéral dispose, en l'espèce, de la possibilité de calibrer intelligemment l'aide qu'il apportera à telle ou telle organisation. Il saura séparer le bon grain de l'ivraie.

Maintenant, en fonction de la solution retenue par la majorité de la commission, ne doit-on pas lui préférer l'une ou l'autre des deux formules qui lui sont opposées? La première, celle de Mme Dormann, propose de biffer purement et simplement ce deuxième alinéa. Je crois pourtant, Madame, qu'il s'agit d'une formule trop restrictive et qu'une certaine souplesse dans les possibilités de soutenir officiellement les organisateurs d'information aux consommateurs, voire de tests, doit être laissée au Conseil fédéral, en dehors des associations et des institutions prévues à l'alinéa premier de l'article 5. C'est pourquoi votre solution très musclée qui a pour elle, en effet, la clarté, comme vous l'avez dit vous-même, est à mon avis extrême, et ne devrait pas être retenue.

Alors, devons-nous en revenir au texte original du Conseil fédéral tel que le propose Mme Leutenegger Oberholzer? Ce serait mon désir profond et personnel. Je me suis engagé devant la commission à soutenir cette solution de compromis potestative qu'avait proposé, si je me rappelle bien, le conseiller national Paul Fäh, et je ne veux pas changer d'idée. Mais il est clair que si le Conseil national, lui, voulait changer d'idée par rapport à la commission et qu'il en revienne au texte original du Conseil fédéral, je ne serais pas un conseiller fédéral malheureux!

Le président: Nous passons au vote. Nous opposerons d'abord la proposition de Mme Leutenegger Oberholzer à la proposition de la commission. Le résultat de ce vote sera opposé à la proposition de Mme Dormann.

Abstimmung - Vote

Eventuell – A titre préliminaire	
Für den Antrag der Kommission	58 Stimmen
Für den Antrag Leutenegger Oberholzer	43 Stimmen

Definitiv – Définitivement Für den Antrag Dormann 53 Stimmen Für den Antrag der Kommission 45 Stimmen

Art. 6 Antrag der Kommission Abs. 1

a. bei der Auswahl der Testthemen und bei der Durchführung der Tests auf das Informationsbedürfnis der Konsumenten abstellt:

b. die Tests nach wissenschaftlichen Prinzipien durchführt: c. eine technisch einwandfreie, fachkundige und neutrale

Durchführung der Tests sicherstellt;

d. den betroffenen Anbietern ein Anhörungsrecht einräumt; e. Streichen

f. Streichen

g. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Abs. 2 (neu)

Die zuständige Bundesstelle sorgt für die Koordination der Testtätigkeit der um Finanzhilfe nachsuchenden Konsumentenorganisationen.

Antrag Hänggi Abs. 1 Bst. d

d. den betroffenen Anbietern vor der Veröffentlichung den Wortlaut der Publikation zur Stellungnahme unterbreitet und berechtigten Einwänden Rechnung trägt.

Art. 6

Proposition de la commission

~"

- a. Choisit les thèmes des tests et effectue ceux-ci pour répondre aux besoins d'information des consommateurs;
- b. Effectue les testes selon des principes scientifiques;
- c. Assure une exécution des tests techniquement impeccable, compétente et neutre;
- d. Accorde aux fournisseurs concernés le droit d'être entendus.
- e. Biffer
- f. Biffer
- g. Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2 (nouveau)

L'office fédéral compétent veille à assurer la coordination des activités en matière de test entre les organisations de consommateurs qui soumettent une demande de contributions.

Proposition Hänggi

Al. 1 let. d

d. Soumet, avant sa publication, le texte pour avis aux fournisseurs concernés et respecte leurs objections justifiées.

Hänggi: Ich habe meine Interessen bereits heute morgen oftengelegt.

Mit dem vorliegenden Antrag, in welchem ich verlange, dass den betroffenen Anbietern vor der Veröffentlichung der Wortlauf der Publikation zur Stellungnahme unterbreitet und den berechtigten Einwänden Rechnung getragen wird, möchte ich einen Beitrag zur grösseren Objektivität und zum Fair play leisten. Zu einer solchen Fairness gehört nicht nur die Neutralität, sondern auch die fachgerechte Durchführung. Denn nur richtige Testresultate dienen dem Ziel einer objektiven Information.

Die Hersteller von Konsumgütern fürchten sich nicht vor fachgerecht durchgeführten Vergleichstests; deren Resultate können ohne weiteres auch in den Medien veröffentlicht werden. Doch scheint es mir nichts weniger als recht und billig zu sein, dass den betroffenen Anbietern vor der Veröffentlichung der Publikationen die Möglichkeit gegeben wird, dazu Stellung zu nehmen, und dass die Tester selbst ebenfalls die Möglichkeit und die Pflicht haben, berechtigten Einwänden Rechnung zu tragen. Also keine Zensur; davon kann nicht die Rede sein.

Ist das eine unzumutbare Forderung? Ich meine nein, besonders nicht, wenn Sie sich der Auswirkungen von mangelhaften Tests bewusst sind. Die Publikation von Warentests wirkt sich unbestrittenermassen auf den Verkauf der geprüften Produkte aus. Absatzsteigerung gelobter, Absatzminderung getadelter Produkte sind das Resultat.

Dies ist immer so lange in Ordnung, als es sich um die Folge objektiver und fachgerechter Tests handelt. Anders verhält es sich, wenn die geschilderten Auswirkungen auf den Absatz Folge mangelhafter Tests sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob einzelne Produkte zu Unrecht gelobt oder getadelt wurden. Durch mangelhafte Tests werden gute Produkte benachteiligt und schlechte möglicherweise privilegiert. Beide Konsequenzen beruhen auf einer Fehlinformation der Konsumenten und widersprechen somit dem Ziel, das sich der Gesetzgeber mit diesem Gesetz gesetzt hat.

«Dass sich mangelhafte Warentests wettbewerbsverzerrend auswirken, ist wohl unbestritten. Die wirtschaftlichen Folgen sind unabsehbar. Aufgrund dieser Darlegungen ergibt sich eine hohe Verantwortung der Testveranstalter und der mit der Durchführung betrauten Institute. Die Botschaft zur Revision des Gesetzes zum unlauteren Wettbewerb hat deshalb bereits 1983 anerkannt, dass auch Konsumentenorganisationen durch die Veröffentlichung von Warentests den Wettbewerb unlauter beeinflussen können.» So nachzulesen in der Botschaft, Seite 52. Doch bringt dieser Hinweis in der Praxis den betroffenen Unternehmen wenig Nutzen, weil bis zur Erledigung eines Prozesses die Schäden bereits eingetroffen sind. Mit meiner Formulierung könnten diese Befürchtungen ausgeräumt werden. Im Interesse der Fairness bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Mme Gardiol: La formulation de l'article 6, qui nous occupe maintenant et qui a été retenue par notre commission, définit le cadre dans lequel les tests doivent être exécutés. Une loi a pour rôle de poser les principes qui gèrent l'exécution des tests. L'énumération des conditions de détail doit être insérée dans une ordonnance d'application, et la proposition de M. Hänggi me semble aller dans ce sens.

Toutefois, il semble que M. Hänggi se soit trompé dans la formulation de sa proposition, en ce sens qu'il ne désire pas que le test soit soumis au fournisseur mais bien les résultats de laboratoire. S'il s'agit de cela, je puis lui assurer que le groupe suisse de tests soumet, par écrit, les résultats tels qu'ils ressortent du rapport de laboratoire avec un délai de réponse. Ce dernier a été prolongé à environ trois semaines depuis à peu près un an. Ainsi, la plupart des fabricants et des importateurs prennent contact avec les fournisseurs de tests, discutent et s'informent avant la publication. Dans certains cas, ceux qui ne se seraient pas manifestés sont même relancés afin de s'assurer que leur silence est bien une approbation. La méthode des tests leur est aussi fournie pour qu'ils puissent se déterminer en connaissance de cause. Par conséquent, si l'on parle des résultats des tests, les conditions de M. Hänggi sont comprises dans la formulation de la lettre d: «Accorde aux fournisseurs concernés le droit d'être entendus», présentée par la commission.

La façon de procéder que le groupe suisse de tests pratique depuis fort longtemps est adoptée par toutes les associations de consommateurs européennes qui sont elles-mêmes réunies dans le groupe européen des tests. Par contre, il n'est jamais et nulle part question de soumettre le test ou les commentaires aux fabricants. Deux raisons principales le justifient. Tout d'abord, il est important de ne pas allonger inutilement des délais de parution, une fois que l'exactitude des résultats a été contrôlée. Il est bon d'en faire part dans les plus brefs délais aux consommateurs.

Ensuite, il faut laisser aux associations la responsabilité de la présentation des résultats et de leurs commentaires, ce qu'elles font en s'appuyant, d'une part, sur leur expérience, sur les questions que leur posent les consommateurs et, d'autre part, sur les discussions qu'elles ont entretenues avec les spécialistes et les fabricants lors de la consultation. Il en va de la liberté d'expression de manière générale et de la presse notamment.

Deux garde-fous ont d'ailleurs été prévus: tout d'abord, le droit de réponse; la presse des associations de consommateurs est soumise à ce droit. Ensuite, et M. Hänggi l'a rappelé, les associations de consommateurs sont soumises à la loi sur la concurrence déloyale, qui permettrait à des personnes lésées de faire valoir leur point de vue en cas d'erreur. Ces deux précautions protègent les intérêts légitimes des parties concernées.

C'est pourquoi je vous recommande de rejeter la proposition Hänggi, qui n'a pas sa place à l'article 6, et d'accepter la proposition de la commission relative à la lettre d. Je pense en effet que les droits des fournisseurs sont ainsi garantis.

Frau Nabholz: Ich verstehe die Bedenken von Herrn Hänggi in bezug auf Artikel 6 Absatz 1. Ich möchte ihm aber doch zu bedenken geben, dass das, was er hier einzuführen gedenkt, auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Zensur der Publikation von Testergebnissen. Stellen Sie sich vor: Wenn die Konsumentenorganisationen Tests in ihren eigenen Publikationsorganen dem Publikum bekanntmachen wollen, könnte die Anbieterseite kommen und hätte quasi ein Vetorecht gegen das Erscheinen dieser Publikationen!

Eine solche Form von Eingriff auch in die Pressefreiheit der besagten Organisationen scheint mir doch weit übers Ziel hinausgeschossen, zumal – wie Frau Gardiol vorhin sehr ausführlich dargetan hat – ja der Dialog vor Publikation der Testergebnisse mit der Anbieterseite äusserst gut funktioniert und die Konsumentenorganisationen selbst alles Interesse daran haben, qualitativ hochstehende Tests durchführen zu lassen und nicht anfechtbare Resultate zu veröffentlichen. Die Gefahr, dass ihre Publikationsorgane permanent voller Gegendarstellungen wären oder dass sie sich dauernd mit Klagen wegen

Verletzung des Wettbewerbsrechtes herumzuschlagen hätten, wäre viel zu gross.

Ich meine, dass den Bedenken von Herrn Hänggi im Rahmen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und mit den Möglichkeiten des Rechts zur Gegendarstellung durchaus Genüge getan wird und dass deshalb ein derartiger Antrag in diesem Gesetz unnötigen Ballast darstellt.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Hänggi abzulehnen und der Kommission zu folgen.

Neukomm, Berichterstatter: Ich lehne den Antrag Hänggi energisch ab, weil er auch das Konzept unserer Kommission zerstört.

Wir haben uns in der Kommission sehr lange und an mehreren Sitzungen über diesen Artikel 6 gestritten. Deshalb habe ich in meinem Eintretensvotum heute morgen gesagt, er sei der eigentliche Schicksalsartikel.

Auf der einen Seite hatten wir die Wünsche, die Forderungen der Anbieter, möglichst viel hineinzupacken. Ich habe Verständnis. Auf der andern Seite all jene Anliegen, die sagen, die Testtätigkeit müsse noch eine gewisse Freiheit haben, wenn sie glaubhaft sein solle.

Am Schluss ist uns eigentlich ein kleines Wunder gelungen, indem wir die wichtigsten Grundsätze nun im Gesetz haben. Diesen klaren Grundsätzen konnten die Kommissionsmitglieder zustimmen. Auf der andern Seite haben wir die Details in einer Verordnung, die der Bundesrat respektive das Departement erlassen wird. Herr Bundesrat Delamuraz hat uns bereits skizziert – er hat das mit der Verwaltung schon eingehend abgeklärt –, wie eine solche Verordnung aussehen könnte. Sie geht sehr in die Details. Das hat den Vorteil, dass man jederzeit aufgrund der laufenden Entwicklung anpassen kann und dass wir nicht jedesmal eine Gesetzesänderung vornehmen müssen.

Alle Kreise haben ein Interesse daran, dass die Tests objektiv, fachkundig und korrekt durchgeführt werden, und wenn Herr Hänggi von Fairness spricht, so trifft das bei den Resultaten tatsächlich zu. Er hat auch hier mit Recht in erster Linie von den Resultaten gesprochen. Aber sobald es an den Text geht, an den Kommentar, dann hat es nichts mehr mit Fairness zu tun, sondern ich muss es ganz deutlich sagen: Es ist Zensur, wenn der Wortlaut vorgelegt werden muss. Das wäre etwa der gleiche Unsinn, wie wenn die Anbieter den Wortlaut der Werbebotschaften irgendeiner Stelle vorher vorlegen müssten. Ich glaube, da braucht es doch einen gewissen Handlungsspielraum: für die Anbieter in ihrer Tätigkeit, aber auch für die unabhängige Tätigkeit der Konsumentenorganisationen.

Ich bitte Sie, der nicht sehr einfach zustande gekommenen Formulierung – einem Konzept, zu dem alle Kommissionsmitglieder stehen konnten – zuzustimmen. Der Bundesrat wird in den Details dann laufend die nötigen Vorkehren treffen.

M. Pidoux, rapporteur: La proposition de M. Hänggi me paraît bien intentionnée. Je ne crois pas qu'on puisse lui reprocher de vouloir censurer la manière dont les tests seraient élaborés, mais il soulève une question délicate qui se rapporte aux droits des personnes subissant le test et de celles qui les effectuent. Plutôt que de déterminer dans la loi une procédure précise et de suivre le texte du Conseil fédéral modifié par le Conseil des Etats, qui avait compliqué la situation en ajoutant encore d'autres conditions, nous nous en sommes tenus à l'essentiel en définissant le cadre de l'article 6 et en laissant à l'ordonnance, qui devra de toute manière être rendue par le Conseil fédéral, la liberté de fixer ces détails. C'est la raison pour laquelle la commission, à la lettre d, a simplement rappelé «le droit d'être entendues» et vous propose de biffer les lettres e et f.

Je souscris entièrement au principe de base rappelé par Mme Gardiol. Sur le plan de la procédure, il vaut mieux en rester au cadre que nous avons tracé et rejeter la proposition de M. Hänggi.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: On ne doit pas jouer avec les producteurs de biens et de services. Si la Confédération soutenait financièrement des organisateurs de tests qui seraient dépourvus de rigueur, de compétence scientifique et d'éthique, elle ferait fausse route. M. Hänggi a raison. Les conséquences de tests peuvent être lourdes, en bien ou en mal, pour les entreprises qui sont en cause. Dès lors, des tests mal faits sont inadmissibles, en particulier du point de vue de la Confédération. Celle-ci ne saurait cautionner des essais mal exécutés. Il faut donc trouver des conditions adéquates pour que d'abord les tests soient bien faits par des organisations dignes de foi et qu'ensuite les intéressés aient la possibilité de prendre connaissance des résultats avant de lire leurs journaux préférés. Le Conseil fédéral subodorait et exprimait même ce souci dans la première édition de son message et de la loi. Dans cette dernière, à l'article 6, il avait énoncé des conditions très détaillées pour que l'on soit sûr que la Confédération n'octroierait sa caution matérielle qu'à des entreprises dignes de foi.

Or, le Conseil des Etats, éprouvant le même souci que M. Hänggi, a encore ajouté d'autres détails. Le résultat des délibérations dans la Chambre haute a engendré une réglementation trop détaillée, indigne d'une loi fédérale. C'est pourquoi la commission du Conseil national a eu raison d'élaguer et de fixer dans la loi quelques principes rigoureux, sans continuer dans cette surenchère de précisions techniques qui relèvent des ordonnances d'exécution et d'application. C'est ainsi qu'ensemble avec l'administration nous avons préparé le texte qui vous est soumis par l'intermédiaire de votre commission. Je vous suggère de le retenir plutôt que d'aller dans la direction parfaitement compréhensible souhaitée par M. Hänggi, car nous retomberions dans les défauts des deux premières moutures de ce projet de loi.

Ce sont les raisons pour lesquelles la rigueur de l'expression, telle que l'a retenue la majorité de la commission, est préférable à d'autres formules. Il est clair que pour tenir compte des remarques faites par M. Hänggi et par le Conseil des Etats luimême, l'ordonnance d'application fixera de manière scrupuleuse et très détaillée les conditions qui s'imposeront et grâce auxquelles on aura du «fair play».

La communication intégrale du texte (der Wortlaut der Publikation) sera-t-elle nécessairement exigée par l'ordonnance d'application fédérale, en cas d'adoption de cette loi, ou bien les seuls résultats seront-ils communiqués uniquement à l'entre-prise concernée? La question reste ouverte. En ce qui me concerne, je suis en faveur de la transmission des résultats concernant l'entreprise, sans qu'il s'agisse nécessairement de la communication du texte intégral. En tout cas, les conditions de fonctionnement que l'ordonnance fixera, notamment les questions de délais dans lesquels la communication doit être faite – il ne saurait être question de donner 48 heures de délai à une entreprise qui a été testée – seront examinées très minutieusement.

En conclusion, je vous suggère de ne pas retenir l'amendement proposé par M. Hänggi, mais je lui confirme que le Conseil fédéral partage ses préoccupations sur le fond et qu'il en tiendra compte dans l'établissement de son ordonnance.

Hänggi: Frau Gardiol hat in ihrer Antwort bemerkt, dass mein Antrag eigentlich nicht nötig sei; es sei andernorts alles schon in meinem Sinne geregelt. Und Frau Nabholz spricht von einer Zensur. Es trifft weder das eine noch das andere zu.

Aufgrund der Ausführungen des Kommissionspräsidenten und insbesondere der Erklärungen von Herrn Bundesrat Delamuraz ziehe ich meinen Antrag zurück.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission Adopté selon la proposition de la commission

Art. 6bis

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(wird voraussichtlich durch das zukünftige Subventionsgesetz aufgehoben werden)

Art. 7

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats (sera vraisemblablement biffé par la future loi sur les subventions)

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission Abs. 1 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... sowie die Anbieter von Waren müssen über die Warendeklaration (Art. 4) erforderlich sind.

Art. 8

Proposition de la commission Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AJ. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... les fournisseurs des biens, doivent sur les déclarations de biens (art. 4).

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 9

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Hafner Rudolf, Eisenring, Mauch Rolf)

.... die Konsumenten, die Produzenten und der Handel sowie die Wissenschaft vertreten sind.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 9

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Hafner Rudolf, Eisenring, Mauch Rolf)

.... des consommateurs, des producteurs, du commerce et de la science.

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 1 - Al. 1

Hafner Rudolf, Sprecher der Minderheit: Sie haben vorhin festgestellt, dass das Konsumenteninformationsgesetz eigentlich ein recht interessantes Gesetz ist und dass es viele Sachfragen gibt, die nicht einfach nach dem Links-Rechts-Schema beurteilt werden können, sondern bei denen auch in den Fraktionen verschiedene Meinungen auftreten können. Der Minderheitersprehlen, den ich Ihnen bier bei Adikal Quie

Der Minderheitsvorschlag, den ich Ihnen hier bei Artikel 9 unterbreite, ist auch in dieser Richtung zu verstehen. Es geht darum, dass man die sprachliche Fassung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit verbessert, sowohl formal als auch inhaltlich.

Nach traditionellem Sprachverständnis hat man unter dem Begriff Wirtschaft bis heute immer drei funktionale Bereiche verstanden, nämlich Produktion, Konsum und Handel. Sie sehen jetzt in der Fassung Bundesrat oder auch Kommissionsmehrheit, dass hier die beiden Begriffe Konsumenten und Wirtschaft nebeneinander erwähnt werden. Das ist sprachlich schlicht und einfach falsch, weil Konsum ja ein Bestandteil der Wirtschaft ist. Es wird da ein Gegensatz konstruiert zwischen Konsumenten und Wirtschaft, der unproduktiv ist.

Wenn Sie die Wirtschaft ansehen, haben Sie vom Gewerbe über das Handwerk bis zum Grossbetrieb überall Institutionen, die auch Konsumenten sind, eigentlich sogar die grössten Konsumenten. Die Fassung des Bundesrates ist entweder eine sprachliche Schludrigkeit, oder sie ist nicht logisch durchdacht. Man kommt zum Schluss, dass es schlicht und einfach falsch ist. Es wäre angebracht, in diesem neuen Gesetz das in sorgfältiger Arbeit so zu regeln, dass es sprachlich und inhaltlich richtig ist.

In der Kommission wurde gesagt, ähnliche Formulierungen seien schon bei zwei oder drei anderen Regelungen gewählt worden. Das macht die Sache auch nicht besser. Wir haben hier ein neues Gesetz und sind dafür verantwortlich, dass es richtig formuliert wird. Es ist aber auch aus inhaltlichen Gründen notwendig, den Handel nicht auszuklammern, da dieser ein wichtiger Bestandteil der gesamten Wirtschaft ist.

Im Vorschlag der Kommissionsminderheit wird offengelassen, wie der Bundesrat die Besetzung der Kommission vornimmt. Ich habe Vertrauen in Sie, Herr Bundesrat Delamuraz, dass Sie das richtig machen und die Interessen der Konsumenten nicht plötzlich untervertreten sind, sondern dass eine richtige Besetzung stattfindet. Die Formulierung ist jedenfalls so, dass alle wichtigen Gremien vertreten sein können, inklusive des Handels.

Ich bitte Sie, die ungute Blockbildung zwischen Konsumenten und sogenannter Wirtschaft zu beheben und den Handel auch einzuschliessen. Es sollte nicht nochmals der ungute Fall vorkommen – wie es in der Kommission der Fall war –, dass die Vertreterin der Migros als Konsumentenvertreterin aufgetreten ist. Das ist eine absurde Situation; wenn schon, müsste die Migros unter Handel figurieren. Meine Meinung wäre, dass hier Institutionen zum Zuge kämen, die primär Handelsinteressen vertreten, nicht einseitig nur gewisse Interessen.

Neukomm, Berichterstatter: Herr Hafner mag theoretisch recht haben. Aber wir müssen uns auch die Praxis vor Augen führen. Die Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen wurde bereits 1965 eingesetzt. Sie funktioniert sehr gut. Es geht heute darum, diese Institution in einem Gesetz zu verankern. Wahrscheinlich ist die Formulierung gleich wie auch bei anderen Kommissionen.

Es sollte dem Bundesrat überlassen werden, wie er eine beratende Kommission zusammensetzt, vor allem personell. Wir sollten also nicht vorschreiben, wer welche Organisation zu vertreten hat. Dass alle Partner vertreten sind – ich glaube, das wollte Herr Hafner zum Ausdruck bringen –, ist richtig. Dafür spricht sich auch die Kommission aus. Es sollen alle Partner vertreten sein; in der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen sind meines Wissens sogar die Konsumenten eher übervertreten. Auch das ist richtig in einer Kommission, die in erster Linie die Konsumentenbelange aufgreifen und tatkräftig in die Verwaltung einbringen soll. In diesem Sinn ist die Kommission des Nationalrates der Meinung, der Wortlaut des Bundesrates sei in Ordnung.

M. Pidoux, rapporteur: Cette commission existe déjà, depuis un certain nombre d'années; on lui confère une base légale, et votre commission avait à disposition le texte du Conseil des Etats où l'on exigeait une fameuse parité entre les représentants des consommateurs et ceux des producteurs. Nous avons pensé qu'il valait mieux en revenir au texte du Conseil fédéral, de lui faire confiance quant à la composition de cette commission-là. C'est le rôle du gouvernement de trouver les appuis nécessaires pour qu'il puisse faire passer le message contenu dans cette loi. Peut-être qu'en allemand la proposition de M. Hafner Rudolf s'impose, en français on est moins formaliste. Il est évident que dans la commission il y aura des consommateurs, des producteurs, des représentants du commerce et de la science, mais il nous semble préférable d'en rester au texte relativement clair du Conseil fédéral.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Avant d'aborder la proposition de M. Hafner Rudolf, j'insiste sur le fait que votre commission, en vous proposant de revenir au texte du Conseil fédéral, fait une oeuvre utile par rapport à la solution du Conseil des Etats. Ce dernier prétend en effet qu'il est indispensable dans cette commission d'assurer la parité entre producteurs et consommateurs - je les appellerai ainsi, si vous voulez bien - ce qui n'est pas conforme à la définition, à la mission et à la nature même de la commission. De plus, si le Conseil des Etats était parfaitement cohérent dans sa formule, un nombre impressionnant de commissions économiques devraient elles aussi être en quelque sorte soumises au régime paritaire, là où manifestement les consommateurs sont représentés en nombre moindre que les producteurs, et cela, le Conseil des Etats ne le souhaite probablement pas. C'est dire le prix que j'attache à la formule que votre commission a finalement retenue. Faut-il encore l'amender dans le sens proposé par M. Hafner Rudolf? Formellement, vous avez parfaitement raison, Monsieur Hafner. En réalité, ne comprendre en français la définition générique d'«économie» que dans le sens de «production», «offre», et non pas «demande», c'est commettre une erreur de forme et de fond. Nous sommes en effet tous, consommateurs compris, acteurs de l'économie, et chercher à faire ce distinguo n'est pas conforme à la réalité substantielle des choses. Mais c'est un peu comme la loi de Gresham, qui affirme que la mauvaise monnaie chasse la bonne. Je vous dirai que le mauvais vocabulaire chasse le bon, et qu'à vouloir redresser le tir, dans cette loi en particulier, c'est un travail de Sisyphe que nous effectuerions car, dans toutes les autres lois de la Confédération suisse, le terme économie est bel et bien compris non pas comme vous souhaiteriez qu'il le soit, et moi aussi, mais bien comme il l'est dans le texte dont nous discutons.

Avant de vous répondre, j'ai évidemment consulté en commission et cet après-midi les «vestales» de la Confédération, les vigilants gardiens du droit et des formes, c'est-à-dire le Chancelier de la Confédération et l'Office fédéral de la justice. Tous m'ont confirmé que, dans la loi sur les cartels, par exemple, lorsque l'on parle de la représentation de l'économie, on entend économie comme cela figure dans le projet d'aujourd'hui. Dans la loi fédérale sur la concurrence déloyale, il en va de même, ainsi que dans la loi fédérale sur l'approvisionnement économique du pays et dans la loi fédérale réglant l'observation de la conjoncture et l'exécution d'enquêtes sur la conjoncture. Dès lors, pour méritoire que soit votre volonté de réforme - j'allais dire de révolution - Monsieur Hafner, je crois qu'il faut y renoncer, sans quoi on créerait une étrangeté dans l'ensemble du corps législatif et il y aurait alors lieu de procéder à d'abondantes corrections ailleurs, ce qui, en soi, serait peut-être souhaitable mais, en pratique, guère possible.

C'est la raison pour laquelle, en reconnaissant tout l'intérêt de la proposition de M. Hafner Rudolf, je vous engage à la repousser.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 55 Stimmen 35 Stimmen Abs. 2, 3 – Al. 2, 3 Angenommen – Adopté

Art. 10

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... Vereinbarungen über die Warendeklaration (Art. 3) gilt das Zivilprozessrecht.

Art. 10

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... les déclarations de biens (art. 3).

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 11

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

a. über die Warendeklaration (Art. 4) verstösst, b.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Δrt 11

Proposition de la commission

AI. 1

Maiorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

a. les déclarations de biens (art. 4), lorsque b.

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 12

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 13

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung, Neuenschwander, Pidoux)

.... der Vorschriften über die Warendeklaration (Art. 4) die betroffenen Organisationen

Art. 13

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AJ. 2

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Coutau, Aliesch, Basler, Dietrich, Eisenring, Fäh, Früh, Jung,

Neuenschwander, Pidoux)

.... des dispositions concernant les déclarations de biens (art. 4), il peut faire appel

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 14

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes Dagegen 88 Stimmen 13 Stimmen

B. Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts (Die Entstehung der Obligationen) Loi fédérale modifiant le Code des obligations (De la formation des obligations)

Titel und Ingress, Ziff. I Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 6a (neu)

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

.... der Empfänger den Absender benachrichtigen.

Antrag Fäh

Abs. 3

Ist eine unbestellte Sache offensichtlich irrtümlich zugesandt worden, so hat der Empfänger Rechte und Pflichten eines Finders (Art. 720 bis 722 des Zivilgesetzbuches).

Art. 6a (nouveau)

Proposition de la commission

Al. 1.2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... informer l'expéditeur.

Proposition Fäh

Al. 3

Si l'envoi d'une chose non commandée est manifestement dû à une erreur, le destinataire a les droits et les devoirs de celui qui a trouvé une chose perdue (art. 720 à 722 du Code civil).

Fäh: Im Artikel 6a Absatz 3 wird geregelt, was der Empfänger zu tun hat, wenn er eine offensichtlich irrtümlich zugestellte Sache bekommt. Dabei muss erkenntlich sein, dass die Sache offensichtlich irrtümlich zugestellt worden ist. Der Bundesrat hat vorgeschlagen, dass dann der Empfänger den Absender auf dessen Kosten benachrichtigen muss. Die Kommission hat «auf dessen Kosten» richtigerweise herausgestrichen und schreibt nun, der Empfänger müsse den Absender benachrichtigen.

Persönlich hatte ich das Gefühl – nach Abschluss der Kommissionssitzung –, die Formulierung: «so muss der Empfänger benachrichtigen» sei noch nicht optimal. Auf deutsch heisst das, er muss telefonieren oder schreiben. Wenn Sie irrtümlich etwas bekommen haben, von dem Sie wissen, wem es gehört, gibt es auch andere Wege, um das zurückzugeben. Ich muss nicht benachrichtigen. Ich kann es einfach wieder abliefern oder dafür sorgen, dass es aufbewahrt oder zurückgegeben wird.

Gestützt auf diese persönliche Ueberlegung habe ich mich ans Bundesamt für Justiz gewandt und gebeten, man solle sich überlegen, ob es eine bessere Formulierung gebe für das, was wir wollen. Das Bundesamt für Justiz hat einen Vorschlag gemacht, den ich Ihnen nun als Antrag unterbreite. Der Text meines Antrages ist also identisch mit dem Vorschlag des Bundesamtes für Justiz.

Ich bin mir bewusst, dass es immer noch Probleme gibt. Wenn ich die Rechte und Pflichten eines Finders stipuliere, unterliegt das dem Strafgesetzbuch bezüglich Ahndung. Bei der Formulierung der Kommission ist eine solche Ahndung problematisch. Da es natürlich möglich ist, dass irrtümlich Sachen zugestellt werden, die hohe Werte haben und von denen ich weiss, dass sie mir nicht gehören, sind diese Bestimmungen richtig. Abschliessend möchte ich Ihnen beliebt machen, dem Antrag zuzustimmen. Sollten sich schliesslich juristische Bedenken durchsetzen, wird das im Ständerat noch einmal behandelt werden. Es kommt so oder so zu einer Beratung im Ständerat und nachher noch einmal bei uns.

David: Ich bitte Sie, auf die Unterstützung des Antrages Fäh zu verzichten. Sein Antrag stellt ein Problem in den Raum, das so gar nicht lösbar ist. Er sagt: «Ist eine unbestellte Sache offensichtlich irrtümlich zugesandt worden »; das ist die Voraussetzung, an die er dann erhebliche Folgen knüpft. Wenn Sie ein Buch, eine Schallplatte oder irgend etwas anderes zugestellt erhalten, wissen Sie doch nicht, ob Ihnen das irrtümlich zugestellt worden ist oder bewusst – in den weitaus meisten Fällen wird Ihnen etwas sehr bewusst zugestellt.

Wenn nun der Empfänger prüfen, quasi abklären müsste, ob ihm das irrtümlich zugestellt worden ist, und er dann in Kauf nehmen müsste, dass er z. B. wegen Fundunterschlagung bestraft werden könnte, weil sich herausstellt, dass der Zusender irrtümlich gehandelt hat, dann würde er in eine Rechtsstellung versetzt, die seiner Situation in keiner Weise angemessen ist. Ich bitte Sie zu bedenken, dass jemand, der etwas unfreiwillig zugestellt erhält, ja gar nichts will. Wenn man ihm irrtümlich etwas zustellt, muss der Zusteller die Konsequenzen dieser Zustellung tragen – und zwar grundsätzlich nur er allein.

Ich bitte Sie davon abzusehen, diesem Empfänger solche Pflichten aufzuerlegen, wie es Herr Fäh vorschlägt. Im übrigen gilt nach dem allgemeinen Zivilrecht, dass derjenige, der etwas unaufgefordert zugestellt erhält – ob es irrtümlich ist oder nicht –, dieses aufbewahren muss, sonst aber überhaupt keine Pflichten hat. Er muss niemanden benachrichtigen, er kann warten, ob sich jemand meldet und nach angemessener

Frist die Sache wegwerfen. Mehr Pflichten kann man ihm nicht aufbürden.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzuweisen.

Neukomm, Berichterstatter: Ich kann mich sehr kurz fassen: Meiner Ansicht nach lässt sich der Antrag der Kommission ohne weiteres aufrechterhalten. Es sind Feinheiten angebracht worden von Herrn Fäh und Herrn David. Auf der anderen Seite hat Herr Fäh darauf hingewiesen, dass das Bundesamt für Justiz seinem Antrag zustimmen könnte. Es liegt nun an Ihnen, ob Sie eher Herrn David oder eher Herrn Fäh zustimmen möchten. Für die Kommission ist der vorliegende Text nach wie vor in Ordnung.

M. **Pidoux**, rapporteur: L'essentiel, dans cet article, est que l'on autorise le destinataire, c'est-à-dire le consommateur à garder la chose non commandée, étant donné l'incertitude existant dans la situation actuelle.

Quant au texte présenté par M. Fäh, il devrait être celui de l'Office fédéral de la justice et, à première vue, il ne paraît pas en contradiction avec les autres dispositions et avec ce que nous désirons, de sorte que nous pouvons nous y rallier.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Cette loi, pour certains articles, est vraiment le résultat d'une coproduction entre le Parlement et ses commissions et le Conseil fédéral. En cette matière, la proposition de M. Fäh me paraît admissible en ce sens qu'elle précise les choses.

De quoi s'agit-il? Selon le droit actuel, le malheureux qui reçoit un envoi sans l'avoir commandé risque, dans tous les cas – que cet envoi soit erroné ou intentionnel mais unilatéral – une peine pour détournement s'il s'approprie la chose. Le projet du Conseil fédéral établit une distinction utile entre les cas d'envois manifestement erronés, d'une part, et tous les autres cas qui n'entraîneraient pas d'obligation pour l'intéressé, d'autre part.

Entre le texte du Conseil fédéral et celui de M. Fäh, il n'y a pas de différence fondamentale. Mais la version de M. Fäh, qui a reçu la bénédiction de l'Office fédéral de la justice, contient une précision et une volonté supplémentaires. C'est la raison pour laquelle, à tout prendre, nous pouvons retenir la proposition de M. Fäh qui a l'avantage d'être encore plus explicite que celle du Conseil fédéral.

David: Nach meiner Meinung besteht ein Unterschied, und zwar in der Rechtsfolge: Wenn der Empfänger behandelt wird wie ein Finder und sich nicht an die entsprechenden Regeln hält, macht er sich der Fundunterschlagung schuldig. Das ist ein Straftatbestand. Es geht nach meiner Meinung darum, ob man das zusätzlich will; ich finde das übertrieben und bitte Sie daher, den Antrag Fäh abzulehnen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission Für den Antrag Fäh offensichtliche Mehrheit Minderheit

Art. 40a (neu)

Antrag der Kommission Randtitel

H

Randuntertitel

I. Geltungsbereich

Abs.

Die nachfolgenden Bestimmungen sind auf Verträge über bewegliche Sachen und Dienstleistungen, die für den persönlichen oder familiären Gebrauch des Kunden bestimmt sind, anwendbar, wenn:

a. der Anbieter der Güter oder Dienstleistungen im Rahmen einer beruflichen oder gewerblichen T\u00e4tigkeit gehandelt hat und
 b. Streichen

C.

Abs. 2 Mehrhei

Die Bestimmungen gelten nicht für Versicherungsverträge.

Minderheit

(Wiederkehr, Bäumlin Ursula, Borel, Hafner Rudolf, Morf, Ulrich) Streichen

Abs. 3

Bei wesentlicher Veränderung der Kaufkraft des Geldes passt der Bundesrat den in Absatz 1 Buchstabe c genannten Betrag entsprechend an.

Art. 40a (nouveau)

Proposition de la commission

Titre marginal

H. Droit de révocation en matière de démarchage à domicile ou de contrats semblables

Sous-titre marginal

1. Champ d'application

Al T

Les dispositions ci-après sont applicables aux contrats portant sur des choses mobilières ou des services destinés à un usage personnel ou familial du client; si:

a. Le fournisseur de biens ou de services a agi dans le cadre d'une activité professionnelle ou commerciale et que

b. Biffer

c.

Al. 2

Majorité

Les dispositions ne sont pas applicables aux contrats d'assurance.

Minorité

(Wiederkehr, Bäumlin Ursula, Borel, Hafner Rudolf, Morf, Ulrich)

Biffer

Al. 3

En cas de modification importante du pouvoir d'achat de la monnaie, le Conseil fédéral adaptera en conséquence le montant indiqué au 1er alinéa, lettre c.

Randtitel, Randuntertitel, Abs. 1 Titre marginal, sous-titre marginal, al. 1 Angenommen – Adopté

Abs. 2-Al. 2

Wiederkehr, Sprecher der Minderheit: Artikel 40a Absatz 2 ist eng gekoppelt mit Artikel 40bbis Buchstabe e. Wenn ich hier postuliere, die Bestimmungen des Widerrufsrechtes sollten auch für Versicherungsbeträge gelten, so nehme ich davon diejenigen Versicherungsabschlüsse aus, die nur eine Mindestdauer von einem Jahr haben.

Normalerweise haben die Versicherungen die Möglichkeit, einen Antrag 14 Tage lang zu prüfen. Der Versicherungsnehmer hat kein solches Recht. Es besteht also ganz klar eine Einseitigkeit. Man weiss in der Versicherungsbranche, dass dies stossend ist, und deshalb gibt es bereits Versicherungen, die allen ihren Kunden ein generelles Rücktrittsrecht gewähren. Andere Versicherungen, die etwas auf sich halten, werden zweifellos folgen. Aber es gibt in unserem Land auch noch unseriöse Anbieter im Versicherungswesen; vor allem gibt es unseriöse Agenten. Diese arbeiten auf Provisionsbasis und sind daher leider oft imstande, irgendwo zwischen Tür und Angel etwas jemandem aufzuschwatzen, der eigentlich gar nichts will. Wie gesagt: Der Vorschlag gilt nur für Verträge, die länger dauern als ein Jahr; der Kunde hat kein Widerrufsrecht, wenn er eine Versicherung aufgeschwatzt bekommt, die weniger als ein Jahr dauert. Dies deshalb, weil wir nicht die ganze Angelegenheit mit Bagatellfällen belasten wollen.

Die Stiftung zum Schutz der Versicherten meint dazu: «Die Gesellschaften müssen ihre Agenten besser ausbilden und kontrollieren, Das heute übliche Provisionssystem führt zu unzähligen Abschlüssen, die für die Konsumentinnen und Konsumenten letztlich zu nutzlosen Belastungen werden.» Nutzlose

Belastungen sind diese aber auch für die Versicherungen selbst, wenn sie sich mit Leuten herumschlagen müssen, die übers Ohr gehauen wurden.

Als sich in der Kommissionssitzung abzeichnete, dass die Mehrheit die Versicherungen vom Widerrufsrecht ausnehmen wollte, sagte Herr Bundesrat Delamuraz, dass er persönlich den Ausschluss der Versicherungen bedauern würde, denn im Rahmen der zukünftigen Verhandlungen mit der EG werde das Widerrufsrecht für Versicherungen sicherlich eingeführt. Dazu kann ich nur sagen: Warum nicht einmal zukunftsweisend und europafähig sein schon von vornherein und jetzt schon eine solche Möglichkeit für Konsumentinnen und Konsumenten einbauen!

Seriöse Versicherungsanbieter haben nämlich nichts zu fürchten, im Gegenteil: Die seriösen Anbieter haben doch ein Interesse daran, dass die schwarzen Schafe der Branche nicht un-

geschoren davonkommen.

Es wurde auch gesagt, wenn es Streitfälle gäbe, hätten die Privatversicherungen ja einen Ombudsmann. Ich bin absolut dagegen, dass man etwas ombudsmännlich oder richterlich beurteilen lässt, weil wir als Politiker es verpasst haben, die richtige Richtung anzugeben.

Ich fasse zusammen:

t. Der Einbezug der Versicherungen in das siebentägige Widerrufsrecht entspricht der ersten Version des Bundesrates. Auch der Bundesrat hat das gewollt. Herr Delamuraz hat das in der Kommission bekräftigt.

 Seriöse Versicherungsanbieter haben nichts zu fürchten, im Gegenteil. Sie sollten dankbar sein, dass sie sich von den

schwarzen Schafen distanzieren können.

3. Es gilt den in Artikel 31 sexies ausgedrückten Volkswillen zu respektieren.

Grassi: Im Namen der CVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, den Minderheitsantrag Wiederkehr abzulehnen.

Der Versicherungsvertrag ist ein besonderer Vertrag, der bereits heute eine eigene gesetzliche Grundlage hat, und zwar im Rahmen des Zivilrechts. Es ist dies das Gesetz über den Versicherungsvertrag von 1908. In diesem Gesetz sind Bestimmungen zum Schutz des Konsumenten enthalten, wie die Bezeichnung des Bundesamtes für Privatversicherung als Aufsichtsbehörde, gewisse zwingende Bestimmungen, die im Einzelvertrag nicht abgeändert werden dürfen, sowie sogenannte halbzwingende Bestimmungen, die nicht zuungunsten des Versicherten verändert werden dürfen. Ferner gehört es zur Aufgabe des Bundesamtes für Privatversicherungen, die allgemeinen Versicherungsbedingungen zu prüfen.

Hier erstreckt sich diese Prüfung zunächst auf die Frage, ob der Versicherungsnehmer den Vertragsinhalt und die Tragweite des Versicherungsbetrages feststellen kann, dann auf die Klarheit der Formulierungen, d. h. darauf, ob sie unklar, widersprüchlich oder unbillig sind. Dies bedeutet einen weitgehenden Schutz des Konsumenten gegen missbräuchliche all-

gemeine Vertragsbestimmungen.

Es stimmt, wie Herr Wiederkehr sagt, dass gemäss Versicherungsvertragsgesetz der Versicherte bei der Unterzeichnung eines Antrages während 14 Tagen daran gebunden ist; wenn eine ärztliche Untersuchung notwendig ist, sogar vier Wochen. Dies ergibt sich aber aus der Notwendigkeit, das Risiko abzuklären bzw, eine ärztliche Untersuchung durchzuführen. Während dieser Zeit soll der Antragsteller an seinen Antrag gebunden bleiben. Räumt man ihm ein Widerrufsrecht ein müsste er die nicht unerheblichen Kosten für die Abklärungen rückerstatten, denn es wäre unbillig, diese auf die Gesamtheit der Versicherungsnehmer abzuwälzen.

Bei gewissen Verträgen, Herr Wiederkehr, würde sich das Widerrufsrecht übrigens auf die Versicherten negativ auswirken. So könnte keine sofortige Deckung gewährt werden, z. B. bei der Autohaftpflicht, bei der Unfallversicherung, bei der Reiseund Diebstahlversicherung, bei Feuer- und Sachversicherung, d. h. überall dort, wo ein Risiko gedeckt werden soll. Solche Versicherungen werden auch für weniger als ein Jahr abgeschlossen. Es wäre eine Zumutung, von den Versicherungsgesellschaften zu verlangen, dass sie ein Risiko abdecken, wenn nicht einmal feststeht, ob der Vertrag gültig ist

oder nicht. Sie würden auch keine Versicherungsgesellschaft finden, die einen Vertrag für eine Dauer von weniger als einem Jahr abschliesst. Also hier leisten wir dem Konsumenten mit einem Widerrufsrecht keinen guten Dienst.

Die Versicherung ist für den Konsumenten eine bekannte Ware. Er muss sich aber über Ihre verschiedenen Eigenschaften beraten lassen. Sollte es doch zu einem sogenannten unfreiwilligen oder leichtsinnigen Abschluss kommen, hat der Versicherte die Möglichkeit, den Ombudsmann – ja, Herr Wiederkehr, den Ombudsmann – anzurufen.

Als Kontaktstelle Tessin des Ombudsmannes der Privatversicherungen kann ich Ihnen aufgrund meiner bald zwanzigjährigen Erfahrung sagen, dass solche Fälle sehr selten vorkommen und dass die Versicherungsgesellschaften in dieser Hinsicht sehr kulant sind und nicht auf dem Vertrag bestehen, wenn die Beschwerde begründet ist. Abgesehen davon gehört eine solche Bestimmung gar nicht in dieses Gesetz, sondern höchstens in das Gesetz über den Versicherungsvertrag. Ich beantrage Ihnen daher, der Mehrheit der Kommission und dem Bundesrat zu folgen und den Antrag Wiederkehr abzuleh-

Hafner Rudolf: Herr Grassi will uns glauben machen, es sei alles bestens geregelt und in Ordnung. Wenn Sie sich jedoch bei Konsumentenorganisationen erkundigen, tönt es etwas anders. Konsumentenorganisationen haben gerade im Bereich des Versicherungswesens die grössten Probleme, wenn die Versicherungsverträge rasch abgeschlossen werden.

Sie können sich vielleicht erinnern, wenn Sie selber je Kontakte mit Versicherungsvertretern hatten, dass dabei meistens mit einem gewissen Druck gearbeitet wird. Häufig unterbreitet die Versicherungsgesellschaft einen Vorschlag; der Betreffende unterzeichnet in der Meinung, das sei vorerst einmal provisorisch, doch in der Regel ist es schon definitiv. Der Betreffende ist dann an diesen Vorschlag gebunden.

Ich habe schon bei der Eintretensdebatte gesagt, dass der Versicherungsmarkt in der Schweiz sehr gross ist, er ist ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft. Selbst kaufmännisch gebildete Leute sind heute kaum in der Lage, alle die diversen Vertragsbedingungen klar zu unterscheiden.

Ich bitte Sie, der Realität Rechnung zu tragen und daran zu denken, dass diese Versicherungsverträge grosse Probleme bieten können und auch bieten und dass die Leute ein Widerrufsrecht haben sollten.

Wiederkehr, Sprecher der Minderheit: Wenn das stimmen würde, Herr Grassi, was Sie hier alles gesagt haben, dann würde keine Versicherung in der Schweiz freiwillig ein generelles Rücktrittsrecht einräumen. Ein grosser Versicherer in der Schweiz hat das aber gemacht, freiwillig, fünf Tage; andere werden folgen. Es geht darum, die schwarzen Schafe in der Versicherungsbranche auch hier zu eliminieren.

Neukomm, Berichterstatter: Das Widerrufsrecht war in der Kommission sehr umstritten. Das zeigte sich vorher auch schon im Ständerat; dieser hat nämlich am 7. Oktober 1987 Eintreten auf die Vorlage B mit 14 zu 7 Stimmen abgelehnt. In der nationalrätlichen Kommission kam es dann zu dem Konsens, der vor Ihnen liegt, und zwar ohne Versicherungsverträge.

Es ist jetzt an Ihnen zu entscheiden, ob Sie dem Antrag Wiederkehr zustimmen wollen. Praktikabel ist er natürlich, das hat er zum Ausdruck gebracht, denn einzelne Versicherungen – mindestens eine hat er angeführt, die kenne ich auch – haben bereits freiwillig ein solches Rücktrittsrecht eingeräumt.

Aber ich möchte doch betonen: In der Kommission haben wir lange gerungen und sind dann zu diesem Kompromiss gekommen. Dieser lehnt sich auch an die EG-Richtlinien an. Die Verwaltung hat im Oktober 1989 den Auftrag erhalten, einen neuen Vorschlag zu erarbeiten. Diesem Vorschlag wurde dann in der Kommission mehrheitlich zugestimmt. Die Kommission hat Ihnen diesen jetzt unterbreitet.

M. Pidoux, rapporteur: Nous avons donc introduit dans cet article la possibilité pour une partie de ne pas se tenir au contrat. Toutefois la révocation est limitée à trois cas précis, où le risque de surprise et d'abus sont flagrants: d'abord la visite spontanée du fournisseur dans l'appartement, ensuite l'interpellation du client dans les transports publics et, enfin, les manifestations publicitaires liées à des excursions. Or, le contrat d'assurance est un contrat particulier, - on l'a déjà rappelé - il fait l'objet d'une loi spéciale (loi sur le contrat d'assurance) et il est conclu en principe en dehors des locaux de la compagnie commerciale, donc il pourrait être visé très facilement par les cas de révocation que nous avons introduits dans cet article. La commission a été sensible au fait que, depuis 1986, la République fédérale d'Allemagne connaît un droit de révocation générale, mais qu'elle en a précisément exclu le contrat d'assurance et que dans la législation des Communautés européennes, on a également exclu du droit de révocation générale le même type de contrat. C'est pourquoi, à la demande de M. Grassi, l'administration nous a proposé un nouveau texte pour cet article, non seulement pour l'alinéa 1 (cas ordinaires de révocation) mais également pour l'alinéa 2 qui en exclut le contrat d'assurance.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Dans la proposition originelle, le Conseil fédéral a proposé de ne pas tenir compte de l'exception de l'assurance. Les discussions qui se sont tenues dans le cadre de la commission du Conseil des Etats, avant que celui-ci ne débouche sur une non-entrée en matière générale à propos de la réforme du Code des obligations, arrêté B, loi B, il était évident que le cas particulier de l'assurance était traité d'une manière particulièrement exclusive et que les chances, dès lors, de trouver une entente avec la Chambre haute dans ce domaine étaient particulièrement ténues. C'est la raison pour laquelle nous avons tenté, pour sauver ce qui devait être sauvé, de trouver une solution que vous avez sous les yeux.

Au nom de la commission je vous invite à vous rallier à cette

Par ailleurs, nous pensons pouvoir tenir compte des normes de la Communauté européenne – s'il en est besoin – dans un autre cadre et dans un autre texte que celui que nous discutons actuellement. C'est la raison pour laquelle je pense qu'on peut se rallier à la décision de la majorité de la commission. Par contre, si vous voulez suivre M. Wiederkehr, c'est possible mais je pense que les chances d'aboutir avec cette solution de minorité sont très minces, pour ne pas dire nulles et que nous sommes en présence ici d'un problème d'efficacité.

Le président: Nous passons au vote. Le vote est valable à la fois pour l'article 40a et 40bbis, lettre e. Nous opposons la proposition Wiederkehr à celle de la commission et du Conseil fédéral.

Abstimmung - Vote

proposition.

Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 73 Stimmen 48 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3 Angenommen – Adopté

Art. 40b (neu)

Antrag der Kommission Randuntertitel II. Grundsatz

Einleitung

Der Kunde kann seinen Antrag zum Vertragsabschluss oder seine Annahmeerklärung widerrufen, wenn der Anbieter oder sein Beauftragter ihn zu einer solchen Erklärung veranlasst hat:

Bst. a - c

- a. als er den Kunden in Wohnräumen besuchte;
- b. als er ihn ausserhalb seiner Geschäftsräume ansprach:
- 1, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder
- 2. im Bereich öffentlich zugänglicher Verkehrswege; oder

c. an einer Werbeveranstaltung, die mit einer Ausflugsfahrt oder einem ähnlichen Anlass verbunden war.

Art. 40b (nouveau)

Proposition de la commission

Sous-titre marginal

II. Principe

Introduction

L'acquéreur peut révoquer son offre ou son acceptation si le fournisseur ou son mandataire l'a amené à faire une telle déclaration:

Let. a - c

- a. En lui rendant visite dans les locaux d'habitation;
- b. En l'interpellant hors de ses locaux commerciaux:
- 1. dans des transports publics ou
- 2. dans le domaine de voies de communication accessibles au public ou
- c. Lors d'une manifestation publicitaire liée à une excursion ou à une occasion semblable.

Angenommen - Adopté

Art. 40bbis (neu)

Antrag der Kommission Randuntertitel Ilbis Ausnahmen

Einleitung

Der Kunde hat kein Widerrufsrecht, wenn er:

Bst. a - c

- a. den Anbieter zu Verhandlungen über den betreffenden Vertrag oder einen ähnlichen Vertrag aufgefordert hatte oder die Verhandlungen im Rahmen eines vorbestehenden Vertragsverhältnisses führte;
- b. vom Anbieter wiederholt gleichartige Sachen bezogen oder gleichartige Dienstleistungen in Anspruch genommen hatte;
 c. an einem Markt- oder Messestand zu seiner Erklärung veranlasst wurde; oder

Bst. d

Mehrheit d. eine Sache bereits gebraucht hat.

Minderheit

(Grassi, Bäumlin Ursula, Borel, Morf, Paccolat, Petitpierre, Ulrich, Wiederkehr)

d. Streichen

Bst. e

Mehrheit

e. Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Wiederkehr, Bäumlin Ursula, Borel, Hafner Rudolf, Morf, Ulrich)

e. einen Versicherungsvertrag beantragt oder angenommen hat, dessen Mindestdauer nicht mehr als ein Jahr beträgt.

Art. 40bbis (nouveau)

Proposition de la commission

Sous-titre marginal Ilbis Exceptions

Introduction

L'acquéreur ne peut invoquer son droit de révocation

Let. a - c

- a. S'il a invité le fournisseur à négocier le contrat en question ou un contrat semblable ou si les négociations ont eu lieu dans le cadre d'un rapport contractuel préexistant;
- b. Si, à plusieurs reprises, il a acquis du fournisseur des choses de même genre ou s'il a accepté des prestations de même genre, ou;
- c. S'il a été amené à faire sa déclaration à un stand de marché ou de foire, ou

Let. d

Najorite

d. S'il a déjà fait usage de la chose.

Minorité

(Grassi, Bäumlin Ursula, Borel, Morf, Paccolat, Petitpierre, Ulrich, Wiederkehr)

d. Biffer

Let. e Majorité

e. Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Wiederkehr, Bäumlin Ursula, Borel, Hafner Rudolf, Morf, Ulrich)

e. S'il a proposé ou accepté un contrat d'assurance dont la durée minimale n'excède pas une année.

Randuntertitel, Einleitung, Bst. a – c Sous-titre marginal, introduction, let. a – c Angenommen – Adopté

Bst. d-Let. d

Grassi, Sprecher der Minderheit: Die beiden Bestimmungen von Artikel 40bbis Buchstabe d und Artikel 40e Absatz 2 gehören zusammen. Die Mehrheit der Kommission will das Widerrufsrecht in jenen Fällen ausnehmen, in denen der Kunde eine Sache bereits gebraucht hat. Konsequenterweise brauchen dann die Folgen des Gebrauchs nicht mehr geregelt zu werden. Die grosse Minderheit will auch in diesem Fall am Widerrufsrecht festhalten. Immerhin ist vorgesehen, dass der Kunde, hat er die Sache ausnahmsweise bereits gebraucht. dem Anbieter einen angemessenen Mietzins bezahlen soll. Durch die von der Mehrheit der Kommission befürwortete Ausnahme würde das Widerrufsrecht empfindlich geschwächt. Die Pflicht des Anbieters, den Kunden über sein Widerrufsrecht zu informieren, könnte kaum mehr durchgesetzt werden. Ein Anbieter könnte geradezu dazu verleitet werden, eine Sache sofort zuzustellen, ohne den Kunden über sein Widerrufsrecht zu informieren. Dabei könnte er damit rechnen, dass der Kunde Gebrauch von der Sache macht und so sein Widerrufsrecht verliert.

Nehmen Sie einmal den Fall an: Es kommt ein Verkäufer zu Ihnen nach Hause und bringt Ihnen eine Kaffeemaschine, macht eine Demonstration, Sie sind begeistert über die Maschine und den Kaffee; Sie bestellen, kaufen die Maschine. Nach zwei Tagen stellen Sie fest, dass Sie sie gar nicht brauchen, weil Sie gar nicht soviel Kaffee trinken, und Sie rufen den Verkäufer an. Sie sagen: Holen Sie die Kaffeemaschine ab. Der Verkäufer sagt Ihnen – nach der Mehrheit –: Sie haben gekauft, Sie haben bezahlt, Sie haben kein Widerrufsrecht. Nach unserer Minderheit können Sie sagen: Holen Sie die Maschine ab! Und der Verkäufer muss die Kaffeemaschine abholen, und er verrechnet Ihnen einzig einen angemessenen Mietzins. Das ist der Unterschied zwischen Minderheit und Mehrheit.

Der Entwurf des Bundesrates enthält in Artikel 40e genügend Sanktionen für den Fall, dass der Kunde eine Sache gebraucht hat, obwohl er von seinem Widerrufsrecht Kenntnis hatte. Zum einen muss er nämlich einen angemessenen Mietzins bezahlen, zum andern muss er gegebenenfalls für den Minderwert aufkommen. Ein korrekt handelnder Anbieter wird also bei Haustürgeschäften die Ware erst nach Ablauf der Widerrufsfrist liefern oder aber bereit sein, die Sache zurückzunehmen, wie dies beim Versandhandel üblich ist.

Im übrigen wird der Handelsreisende schon wegen Artikel 8 des Handelsreisendengesetzes, das grundsätzlich nur die Bestellungsaufnahme, nicht aber den unmittelbaren Verkauf von Waren zulässt, einen Kaufgegenstand nicht direkt übergeben können

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Wir haben im Obligationenrecht bereits die Regelung des Bereicherungsrechts. Analog sieht die umstrittene Bestimmung vor, dass der Kunde mit der Rückerstattung rechnen muss, sobald er sein Widerrufsrecht kennt. Von diesem Moment an haftet er für Wertverminderung oder Untergang der Sache nach den Artikeln 97ff. des Obligationenrechtes. Der angemessene Mietzins gilt daher als Ersatz für die Wertverminderung.

Folgen wir dem Antrag der Mehrheit, so führen wir ein neues

Konzept ein, das unser Zivilrecht nur kompliziert. Die Minderheit will einen wirtschaftlichen Ausgleich schaffen, jedoch vermeiden, dass sich der Kunde bereichern kann.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit, dem sich die CVP-Fraktion mehrheitlich anschliesst, zuzustimmen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral vous propose de suivre la minorité de votre commission qui, pour les raisons que vient d'exposer M. Grassi et sur lesquelles je ne reviendrai pas, vous engage à biffer cette lettre d à l'article 40bbis (nouveau) ainsi qu'à adopter la version du Conseil fédéral à l'article 40e (nouveau), les deux choses étant liées. Cette question sera donc traitée en un seul vote. Je vous suggère par conséquent de suivre, je le répète, l'avis de la minorité de la commission, c'est-à-dire de rétablir à l'article 40e le projet originel du Conseil fédéral.

Le président: La proposition de la minorité n'est pas combattue. Je précise que votre décision est également valable pour la proposition de la minorité à l'article 40e, deuxième alinéa.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit Adopté selon la proposition de la minorité

Bst. e – Let. e Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit (gemäss Entscheid zu Art. 40a) Adopté selon la proposition de la majorité (selon la décision sur l'art. 40a)

Art. 40c (neu), 40d (neu)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 40c (nouveau), 40d (nouveau) Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 40e (neu)

Antrag der Kommission Abs. 1 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 Mehrheit Streichen Minderheit

(Grassi, Bäumlin Ursula, Borel, Morf, Paccolat, Petitpierre, Ulrich, Wiederkehr)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 40e (nouveau)

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al, 2 Majorité Biffer Minorité

(Grassi, Bäumlin Ursula, Borel, Morf, Paccolat, Petitpierre, Ulrich, Wiederkehr)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit (gemäss Entscheid zu Art. 40b bis) Adopté selon la proposition de la minorité (selon la décision sur l'art. 40b bis)

Art. 40f (neu) und Ziff. II

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 40f (nouveau) et ch. II

Proposition de la commission Adherer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes Dagegen 81 Stimmen 17 Stimmen

Abschreibung - Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Seite 1 der Botschaft
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

87.036

Rettung unserer Gewässer. Volksinitiative und Gewässerschutzgesetz. Revision

Sauvegarde de nos eaux. Initiative populaire et loi sur la protection des eaux. Révision

Siehe Jahrgang 1989, Seite 1804 – Voir année 1989, page 1804 Beschluss des Ständerates vom 5. Dezember 1989 Décision du Conseil des Etats du 5 décembre 1989

Differenzen - Divergences

Ordnungsantrag Seiler Hanspeter Die Differenzen sind:

- 1. noch im Laufe dieser Session zu behandeln;
- 2. falls nötig, wird die Sitzung vom 22. März 1990 verlängert.

Ordnungsantrag Columberg

Die Differenzen sind noch am gleichen Abend, 21. März 1990, zu behandeln.

Motion d'ordre Seiler Hanspeter

Traiter les divergences:

- 1. encore durant la session;
- 2. en prolongeant, au besoin, la séance du jeudi 22 mars 1990.

Motion d'ordre Columberg

Traiter les divergences encore le soir même, 21 mars 1990.

Rüttimann, Berichterstatter: Wie Ihnen bekannt ist bzw. noch in Erinnerung sein dürfte, hat der Ständerat die Vorlage der Gewässerschutzgesetzrevision in der Herbstsession 1988 beraten und verabschiedet. Sie hinterliess erhebliche Differenzen zum Entwurf des Bundesrates. Unser Rat behandelte die Materie in der Sommersession 1989 und schuf zusätzliche Dif-

ferenzen zum Ständerat. Dieser wiederum nahm in der Wintersession 1989 den ersten Anlauf zur Differenzbereinigung, wobei er von den insgesamt 28 Differenzen 9 durch Zustimmung zum Nationalrat eliminierte; es bestehen also immer noch 19 Differenzen.

Unsere Kommission ging an zwei Sitzungstagen wieder über die Bücher und beantragt Ihnen bei 8 Differenzen Zustimmung zum Ständerat. Zusätzlich schlägt sie bei 4 Differenzen im Sinne einer konstruktiven Konfliktlösung einen neuen Text vor. 7 Minderheitsanträge, die Sie auf der Fahne vorfinden, wurden zu den Beschlüssen unserer Kommission eingereicht. Und schliesslich haben Sie bis jetzt 10 Einzelanträge auf Ihrem Pult vorgefunden. Sie sehen also, dass noch relativ viel Konfliktstoff vorhanden ist, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass es vier Schwerpunktthemen bei der bisherigen Beratung der Gewässerschutzgesetzrevision gibt, die bis anhin nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden konnten. Es sind dies der qualitative Gewässerschutz in der Landwirtschaft (Art. 14-16), der Schutz der natürlichen und naturnahen Gewässer (Art. 28a und 28b), die Sicherung angemessener Restwassermengen (Art. 29 bis 36) und schliesslich die Problematik der Abgeltungen für den Verzicht auf Wasserkraftnutzungen (Art. 75 Ziff. 6, Aenderung des Wasserrechtsgesetzes). Wir werden bei der Behandlung der einzelnen Differenzen, zu denen Sie in der Zwischenzeit noch verschiedene Zuschriften erhalten haben, darauf zu sprechen kommen.

Man hat mir gemeldet, dass die Fraktionssprecher kurze Erklärungen zu den Behandlungen in ihren Fraktionen abgeben möchten. Es wäre der Behandlung wohl dienlich, wenn Sie dem zustimmen würden, damit die Fraktionssprecher bereits jetzt die Stellungnahmen ihrer Fraktionen zu den Schwerpunktthemen bekanntgeben können.

Ich würde nachher bei Artikel 14 - das ist die erste Differenz - wieder das Wort ergreifen.

M. Rebeaud, rapporteur: Le fossé reste profond entre le Conseil des Etats et la commission de votre conseil sur les points essentiels de cette révision de loi sur la protection des eaux. Je ne répéterai pas les chiffres que vous a indiqués tout à l'heure le président de la commission. Il faut simplement savoir que, sur trois sujets de controverse importants, votre commission vous propose de maintenir les positions antérieures du Conseil national contre l'avis du Conseil des Etats. Ce sont: l'article 14, à savoir la réglementation concernant le rapport entre la surface agricole et le nombre de têtes de bétail consenti aux agriculteurs; l'article 32, à savoir la question centrale des débits minimums; enfin l'article 75 qui concerne la possibilité pour la Confédération de percevoir une taxe sur la production d'électricité pour financer une compensation aux régions qui auraient à subir un préjudice économique du fait des débits minimaux. Cet article est maintenu par votre commission contre l'avis du Conseil des Etats qui aurait voulu le supprimer.

Sur ces trois points nous risquons d'avoir des débats importants, outre ceux concernant l'article 28 à propos duquel votre commission s'est ralliée d'extrême justesse à la proposition du Conseil des Etats qui a voulu le supprimer. Cet article reprend en partie les revendications de l'initiative pour la protection des eaux.

Cela nous mène à estimer que les débats dureront plus longtemps que les deux heures et dix minutes que nous laisse le programme. Puisque nous allons avoir un bref débat d'entrée en matière partielle sur ces divergences, je souhaiterais que nous décidions, soit tout de suite, soit après le débat d'entrée en matière, d'une question de principe et d'organisation, à savoir si nous allons ce soir jusqu'à la fin de l'élimination des divergences, ou plutôt jusqu'à la fin de la loi car je ne crois pas qu'on éliminera toutes les divergences aujourd'hui, ou bien si nous décidons d'interrompre de toute façon à 19 heures ce soir, auquel cas nous devrons prévoir la suite des débats demain après-midi. C'est important pour le Conseil fédéral mais aussi pour ceux d'entre nous qui ont pris des engagements après 19 heures ce soir et qui doivent savoir s'ils devront y renoncer ou s'ils peuvent les confirmer. Je remercierai notre

Dritte Sitzung - Troisième séance

Donnerstag, 7. Juni 1990, Vormittag Jeudi 7 juin 1990, matin

08.00 h

Vorsitz - Présidence: Herr Affolter

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Siehe Jahrgang 1987, Seite 544 – Voir année 1987, page 544 Beschluss des Nationalrates vom 21. März 1990 Décision du Conseil national du 21 mars 1990

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

A. Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

Differenzen - Divergences

Art. 2 Abs. 5

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 al. 5

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Hier will der Nationalrat ausdrücklich festhalten, dass die Publikationen in den Amtssprachen zu erfolgen haben. Die Kommission hatte keine Einwände und hat dem Nationalrat zugestimmt.

Angenommen – Adopté

Art. 5

Antrag der Kommission Abs. 1 Einleitungssatz Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Minderheit (Cavadini, Bührer, Kündig, Reichmuth) Festhalten

Abs. 1 Bst. c Festhalten (= streichen)

Abs. 2 Festhalten, aber Buchstabe a

Art. 5

Proposition de la commission
Al. 1 phrase introductive
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil national
Minorité
(Cavadini, Bührer, Kündig, Reichmuth)
Maintenir

Al, 1 let, c Maintenir (= biffer)

Al. 2 Maintenir, mais, lettre a,

Abs. 1 Einleitungssatz - Al. 1 phrase introductive

Frau Bührer, Berichterstatterin: In Artikel 5 bestehen mehrere Differenzen. Eine erste Differenz betrifft den Einleitungssatz. Hier geht es um die Definition des Kreises der möglichen Subventionsempfänger. Die Nationalratsfassung ermöglicht die Ausschüttung von Subventionen auch für regionale Organisationen, allerdings nur, wenn deren Tätigkeit von gesamtschweizerischer Bedeutung ist. Bis vor kurzem waren die Konsumentenorganisationen der deutschen, der französischen und der italienischen Schweiz im Schweizerischen Konsumentenbund zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Eidgenossenschaft verkehrte mit dieser gesamtschweizerischen Organisation, die ihrerseits die Verteilung der Subventionen an ihre Mitgliederorganisationen vornahm. Nun ist das Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz aus diesem Dachverband ausgetreten. Die nationalrätliche Fassung bezweckt, dass das Konsumentinnenforum direkt vom Bund Subventionen für seine konsumentenpolitischen Aktivitäten erhalten kann.

Ihre Kommission hat sich mit 5 zu 4 Stimmen dem Nationalrat angeschlossen. Für die nationalrätliche Fassung wurde ins Feld geführt, dass die Subventionen für die Leistungen der Basisorganisationen direkt gesprochen werden sollten. Eine unnötige zusätzliche Organisation, wo allenfalls Gelder für die Verwaltung hängenbleiben, solle vermieden werden. Die angeführten Gründe obsiegten über die Bedenken, dass es im Gegensatz zum sehr potenten deutschschweizerischen Konsumentinnenforum für die kleineren Organisationen wie beispielsweise die Associazione consumatrici della Svizzera italiana schwierig sein dürfte, die gesamtschweizerische Bedeutung ihrer Tätigkeit nachzuweisen.

Persönlich habe ich mich um des Ausgleiches zwischen den Sprachregionen willen der Minderheit angeschlossen. Es stört mich in diesem Fall überhaupt nicht, dass ich mich in einer etwas ungewohnten Allianz befinde.

M. Cavadini, porte-parole de la minorité: Nous vous proposons de maintenir, au nom de la minorité de la commission, notre première position et de ne pas suivre la décision qu'a prise avec une courte majorité le Conseil national. Le droit au soutien financier qu'accorde la Confédération aux organisations de consommateurs doit se justifier par une activité d'importance nationale. Nous connaissons les schismes qui ont pu diviser les associations de consommateurs, principalement en Suisse alémanique. Il est certain qu'une grande association alémanique peut, par exemple, faire sécession car le nombre de ses membres, la puissance de ses moyens lui permettent de conserver un rôle important. Mais, telle autre association, romande ou tessinoise par exemple, n'aura jamais cette même capacité d'étendre son rôle au plan national.

Dès lors, nous assisterons à la confusion des responsabilités et à la confusion des activités. La répartition géographique doit pouvoir être respectée. En acceptant la régionalisation du soutien financier, on reconnaît puis on institutionnalise le désordre. La sécurité du subventionnement fédéral ne peut être consolidée que par une organisation faîtière. Il en va de l'équilibre des régions et de celui des associations. Nous vous proposons donc de maintenir notre première position.

Mme Jaggi: Le problème dont nous débattons ici avec cette question d'importance nationale, c'est le cas de le dire, est simple, même s'il revêt en fait des apparences complexes, voire un peu mystérieuses et la composition de la minorité pourrait inciter à penser qu'il y a là quelque chose d'effectivement mystérieux, en tout cas, n'entrant pas dans les normes

habituelles du débat politique dans notre conseil. En fait, le problème est quand même compréhensible bien qu'il se situe à plusieurs niveaux qui ne sont pas tous très ouvertement explicités, ce que je vais essayer de faire en reprenant les choses simplement et franchement et en procédant du particulier au

Ĭi y a trois niveaux: le premier est particulier au mouvement de consommateurs. Depuis le début de ce mouvement en Suisse, c'est-à-dire, comme ailleurs dans les pays européens, fin des années cinquante début des années soixante, les associations de base dans les régions latines, au Tessin et en Suisse romande, ont eu une implantation plus dense, avec une proportion plus élevée des ménages adhérant à ces organisations de base de consommatrices et surtout, manifestant un engagement plus militant dans les cantons, dans les régions, dans les villes, les quartiers même.

Outre Sarine, outre Gothard, si on se place du point de vue de la Suisse romande ou du point de vue des Tessinois, on a toujours attribué, à notre sens à tort d'ailleurs, la moins bonne insertion du «Konsumentinnenforum» dans la population et sa moindre notoriété a une fausse cause, c'est-à-dire a une concurrence qui lui serait faite par les deux organisations faîtières, y compris par la Fédération suisse des consommateurs, dont le KF pourtant a été, à l'instar des autres organisations de base des consommatrices, membre dès le début. Et cela jusqu'à la fin de l'année dernière, c'est-à-dire jusqu'au moment où le KF est sorti de cette organisation faîtière. Voilà pour le premier niveau l'explication relative au mouvement de consommateurs lui-même en Suisse.

Le deuxième niveau est celui de la région linguistique, j'allais presque dire le niveau culturel. A Zurich, siège du Konsumentinnenforum, on se croit volontiers interlocuteur direct sinon partenaire supérieur de la Berne fédérale. Il se peut effectivement que les rapports de force - je l'ai souvent dit et soupconné pour ne pas le répéter ici - entre la métropole commerciale des bords de la Limmat et la ville où siègent les autorités politiques soient en faveur de la première, c'est-à-dire de Zurich. Mais c'est un autre problème que celui dont nous avons à traiter, encore que cela permette d'en éclairer une dimension importante. En tout état de cause, les Romands et les Tessinois, de manière toujours générale, savent très bien que le dialogue avec les autorités fédérales ne peut se faire, selon le voeu même de ces autorités d'ailleurs, que par l'intermédiaire d'organisations faîtières, comme on en trouve dans toutes les branches et secteurs économiques qui ont d'ailleurs, à l'instar des deux organisations faîtières de consommateurs, pignon sur rue dans le centre de Berne. A Zurich, on pense pouvoir entrer directement, quand le besoin s'en fait sentir, dans la salle des négociations et des débats à Berne. Dans les régions linguistiques minoritaires, on sait qu'il faut avoir en permanence quelqu'un sur place dont la mission est d'avoir constamment le pied dans la porte.

Le troisième niveau, qui éclaire ce problème apparemment mystérieux, est économique et international. De quoi s'agit-il à propos de ces subventions dont il est question dans la section 3 du projet de loi que nous examinons et, plus particulièrement, à l'article 5 dont nous débattons maintenant? Il s'agit du financement et du subventionnement principalement pour la réalisation de tests comparatifs, d'analyses de produits et de prestations. Or, il se trouve que les produits, pour ne parler rien que d'eux, sont le plus souvent des articles de marque, présents sur l'ensemble du marché suisse. C'est dire que l'analyse comparative de ces produits doit se faire pour l'ensemble de ce marché suisse, de manière coordonnée à l'échelle nationale. C'est pour cette raison que, à notre sens, il faut que les organisations de consommateurs d'importance nationale demeurent les récipiendaires des subventions. S'ajoute à cela une dimension internationale. Pour les articles de marque notamment, l'offre s'internationalise; tout le monde peut le vérifier, jusque dans la promotion faite par la télévision transfrontière et par les autres supports qui, eux aussi, se moquent de plus en plus des limites politiques des pays.

Aussi donc que l'on envisage le mouvement consommateur, que l'on examine la question sous l'angle culturel ou linguistique, que l'on se place au niveau suisse ou international, il est évident que les interlocuteurs tout désignés, et qui doivent rester privilégiés des autorités fédérales, sont des organisations faîtières, si possible une seule. Heureusement, on parle de plus en plus d'une fusion entre la Fédération suisse des consommateurs et la Fondation pour la protection des consommateurs. Par conséquent, il faut logiquement choisir pour la première phrase de l'alinéa premier de l'article 5 une formulation que l'on retrouve dans le projet fédéral et dans la version du Conseil des Etats, à savoir des organisations de consommateurs «d'importance nationale» et rejeter la solution adoptée de justesse par le Conseil national.

Frau Weber: Es geht um die Frage - wie wir gehört haben -, ob der Bund nur sogenannte nationale Konsumentenorganisationen, also die Dachorganisationen, oder eventuell auch sprachregionale Konsumentenorganisationen, die aber eine gesamtschweizerische Tätigkeit ausüben, unterstützen will. Ich bitte Sie – ich sage das gerade zu Beginn –, die Möglichkeit einzuräumen, dass man auch sprachregionalen Organisationen, die gesamtschweizerisch arbeiten, eine Unterstützung gibt. Ich glaube, Sie machen damit einen Schritt in Richtung Wettbewerb. Und Wettbewerb ist auch unter den Konsumentenorganisationen etwas sehr Wichtiges

Welches ist die Ausgangssituation? Es gibt in der Schweiz fünf Konsumentenorganisationen. Es gibt zwei sogenannte Dachorganisationen, die aus einem Büro in Bern bestehen und die ich betone das - keine Mitgliederorganisationen sind, die aber sehr gute Arbeit leisten, die heute Subventionen erhalten und die dementsprechend auch von gesamtschweizerischer Bedeutung sind. Es gibt daneben drei Frauenorganisationen, die vor 20 oder 25 Jahren im Schweizerischen Konsumentenbund zusammengefasst wurden, die sprachregional verwurzelt sind und die Mitglieder haben. Alle drei haben sämtliche schweizerischen Frauenorganisationen hinter sich; sie sind international auch anerkannt. Die Romandes und die Tessinerinnen bekommen eine Subvention bzw. vom SKB etwas an ihre Arbeit, insbesondere an die Uebersetzungskosten. Das ist nicht der Fall für das Konsumentinnenforum.

Diese sprachregionalen Organisationen sind eindeutig Mitgliederorganisationen oder - wie Frau Jaggi gesagt hat - Basisorganisationen. Sie sind zwar von der Wurzel her konzentriert auf die Region, aber sie arbeiten, wie die anderen Organisationen, ebenfalls auf gesamtschweizerischer Ebene. Alle fünf Organisationen – das möchte ich deutlich sagen – leisten eine gute Arbeit, und sie pflegen auch bis zu einem gewissen Grad eine Zusammenarbeit, insbesondere in der Testplanung. Sonst arbeiten sie weitgehend unabhängig voneinander, auch innerhalb des SKB.

Wir wissen, dass heute gewisse Spannungen zwischen SKB und Konsumentinnenforum bestehen. Das ist an sich keine neue Erscheinung, sondern es gab schon immer Spannungen zwischen den Konsumentenorganisationen. Die Grenzen wurden zu meiner Zeit ein bisschen anders gezogen. Damals waren die drei Frauenorganisationen zusammen eigentlich der Meinung, dass man sich überlegen müsse, ob man nicht aus der Dachorganisation austreten wolle. Das hatte verschiedene Gründe. In der einen Dachorganisation sind zwei Regionalorganisationen, und eine, das Konsumentinnenforum, hat

sich selbständig gemacht.

Ich meine, dass in der heutigen Zeit ganz grundsätzlich - nicht nur bei den Konsumentenorganisationen - Dachorganisationen eine subtile Arbeit leisten müssen, dass sie nicht einfach über die Mitgliederorganisationen hinweggehen können und dass Dachorganisationen sich auch grosszügig zeigen sollten, wenn es um die Verteilung von Subventionen geht. Das würde ich auch hoffen, wenn diese Förderungsmassnahmen in diesem Gesetz gesprochen werden.

Ich möchte aber deutlich sagen, dass wir dieses Gesetz natürlich nicht nur zugeschnitten auf die heutige Situation verabschieden sollten, sondern wir sollten über die heutige Zeit hinaus denken, grundsätzlich legiferieren. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir der Forderung nach mehr Flexibilität nachleben sollten.

Was sollen wir also tun? Wir können uns einerseits dafür entscheiden, dass wir eine offenere Lösung treffen, oder wir können für eine Lösung eintreten, mit der wir historisch gewachsene Strukturen – wie die Konsumentinnenorganisationen – quasi übergehen und künftig diese Organisationen zur Verschmelzung zwingen. Ich sage Ihnen offen: Ich bin davon überzeugt, dass man eher mehr Luft schaffen sollte, dass man dem Pluralismus das Wort reden sollte, und ich meine, dass es auch gut ist, wenn Konsumentenorganisationen in einem gewissen Wettbewerb zueinander stehen, auch bezüglich der Parteizugehörigkeit. Es ist wichtig, dass nicht nur ein Monolith da ist, sondern es ist von Bedeutung, dass es auch eine gewisse Konkurrenz gibt.

Es ist für Sie schwierig, sich zurechtzufinden, ich kann mir das vorstellen. Ich bitte Sie, im Sinne von mehr Wettbewerb und von mehr Flexibilität der Mehrheit, also dem Nationalrat zuzustimmen.

Rhinow: Die Differenz, über die wir diskutieren, besteht darin, dass im Gesetzestext im einen Fall Konsumentenorganisationen an und für sich im gesamtschweizerischen Interesse und im anderen Fall deren Tätigkeit im gesamtschweizerischen Interesse liegen müssen. Sie verzeihen mir, wenn ich beim Subventionsbegriff beginne. Wir haben ja in der letzten Session hier über das Subventionsgesetz beraten und es verabschiedet. Es geht bei den Subventionen in erster Linie darum, dass Verhaltensweisen unterstützt und gefördert werden – Verhaltensweisen, Massnahmen, Tätigkeiten, die im öffentlichen Interesse liegen. Wenn ich sehe, dass in der nationalrätlichen Fassung verlangt wird, dass die Tätigkeit im gesamtschweizerischen Interesse liegen muss, dann imponiert mir eigentlich diese Fassung schon vom Subventionsgedanken her mehr als die andere, wo die Organisationen als solche im gesamtschweizerischen Interesse liegen oder von gesamtschweizerischer Bedeutung sein müssen.

Nun ist hier immer die Rede davon, man wolle nicht, dass regionale Organisationen ebenfalls in den Genuss von Subventionen kommen könnten, weil sonst Unordnung einziehe oder ein Chaos entstehen würde. Ich glaube, da liegt ein Missverständnis vor. Bei den Konsumentenorganisationen heisst regional - wie es hier schon gesagt worden ist - sprachregional und nicht regional etwa im Sinne des Raumplanungsrechts. Wenn wir den Vergleich anstellen etwa zum Medienrecht, dann stellen wir fest, dass die Sprachregionen auch auf die nationale Ebene gehoben werden. Die Sprachregionen sind also besondere Regionen, und in der Regel leisten sie ebenfalls etwas im gesamtschweizerischen Interesse. Das ist ja bei den Konsumentenorganisationen und speziell auch beim Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz ganz besonders der Fall. Ihre Tätigkeit ist für den gesamten Markt der Schweiz bestimmt und nicht auf einen Teilmarkt, etwa die deutsche oder die welsche Schweiz, beschränkt. Die Produkte, die untersucht und verglichen werden, werden in der ganzen Schweiz abgesetzt. Insofern ist es wichtig, dass wir die Subventionen an diese gesamtschweizerischen Tätigkeiten knüpfen und nicht an irgendeine Organisationsform.

Es ist gesagt worden, wenn wir hier der Fassung der Minderheit zustimmen würden, würden wir das Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz ausschliessen. Es ist aber just diese Organisation, die als Basisorganisation mit ihren Verbrauchertests – wie sie etwa in der Zeitschrift «Prüf mit» publiziert werden und die wir sicher alle kennen – ganz wesentliche Arbeit leistet.

Ich sehe nicht ein, warum nun jetzt just diese Organisation indirekt bestraft werden soll, und ich sehe nicht ein, warum man von Bundes wegen einen zentralistischen Organisationsgrad über das Scharnier der Subventionen vorschreiben muss. Ich möchte es im Gegenteil mit Frau Kollegin Weber halten. Ich würde vielleicht sogar noch etwas schärfer sagen: Es ist paradox, wenn wir in einem Bereiche, wo es letztlich um die Förderung des Wettbewerbes geht, nämlich um die Vergleichbarkeit von Produkten, just etwas tun würden, was den Wettbewerb bei den Organisationen ausschliesst. Damit würde – gedanklich zumindest – das Gegenteil dessen bezweckt, was eigentlich beim Verbraucherschutz angestrebt wird.

Eine letzte Bemerkung: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir das Klagerecht der Konsumentenorganisationen einer-

seits im UWG, im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, und andererseits im Preisüberwachungsgesetz immer den Konsumentenorganisationen von gesamtschweizerischer (oder nationaler) und von regionaler Bedeutung zugesprochen haben, genau aus diesem Grunde, weil eben deren Tätigkeit weit über die Region hinausgeht. Ich sehe auch deshalb nicht ein, warum wir bei den Subventionen mit anderen Ellen messen, als wir es beim unlauteren Wettbewerb und bei der Preisüberwachung getan haben.

Ich bitte Sie, im Sinne einer effizienten Subventionsausschüttung, im Sinne einer Ausrichtung auf die Subventionsidee und zur Vermeidung möglicher Aufblähungen von zentralen Verwaltungsapparaten der Fassung der Mehrheit der Kommission den Vorzug zu geben.

M. Jelmini: Il est question dans le débat d'aujourd'hui de minorités linguistiques et on serait tenté de voter plutôt pour la version de la majorité. Néanmoins, je suis d'avis qu'il faut suivre la minorité afin de ne pas pas laisser pénétrer l'idée que, dans cette question, les minorités puissent être défendues ou mieux représentées par des organisations régionales de caractère national. C'est plus ou moins le thème que l'on a voulu introduire par la majorité. Il s'agit ici d'une activité qui est bien délimitée dans l'article 5 de la loi et qui précise que l'aide financière de la Confédération doit être limitée et canalisée dans trois directions: l'influence faite à la presse et aux médias électroniques, l'exécution de tests comparatifs, l'information des consommateurs sur les déclarations.

Ces activités ont besoin d'être concentrées au niveau national par une seule organisation. J'admets que toutes les régions doivent être représentées mais dans les organisations mêmes. Le dialogue doit se faire à l'intérieur des organisations d'importance nationale. Sans cela, on court le risque d'éparpiller l'aide fédérale, sans avoir un partenaire avec une conception propre et une volonté formées avec la coopération des différentes régions. On ne peut pas partir de l'idée qu'en éparpillant l'aide fédérale on puisse renforcer la représentation régionale. Il faut en effet avoir une conception nationale, formée par les volontés manifestées dans les différentes régions du pays. J'appuie donc la version de la minorité qui semble mieux correspondre au but de cette réforme.

Mme Jaggi: Je dirai juste quelques mots à la suite du débat qui vient d'avoir lieu et, particulièrement, pour revenir sur l'un ou l'autre des propos tenu par M. Rhinow. Je crois avoir compris que, dans son esprit, l'organisation des consommateurs suisses alémaniques a des activités d'importance nationale, comme les autres organisations, mais tout de même un peu plus importantes et nationales. On pouvait percevoir très clairement dans votre discours une appréciation - j'allais dire typiquement de majoritaire - c'est-à-dire que vous vous êtes référé expressément au texte réalisé en commun avec d'autres organisations par le KF, en laissant entendre que ces activités étaient proportionnées au marché sur lequel elles opéraient et auxquelles elles avaient à se référer. Or, justement, je tire de ce même argument fondamenal, que j'ai appelé tout à l'heure économique et national, la conclusion inverse à la vôtre. Je crois que, précisément, c'est en concentrant leurs forces, en les rassemblant à l'échelle nationale et tout en commun, que les organisations de consommateurs pourront apporter ce que l'on attend d'elles, c'est-à-dire un effet correcteur dans le fonctionnement de l'économie dont elles analysent l'offre de biens et de services.

J'aimerais encore, Monsieur Rhinow, vous rappeler un élément qui doit entrer dans votre appréciation de ce problème qui, encore une fois, peut paraître plus complexe qu'il ne l'est en fait. Je veux parler de la lettre que vous avez reçue, les uns et les autres, émanant de la Fédération suisse des consommateurs et de la Fondation pour la protection des consommateurs, lettre signée entre autres par les responsables de ces deux organisations faîtières et par ceux des organisations romandes et tessinoises respectivement. Que dit cette lettre? Elle prend tout à fait clairement position en faveur de la

version de la minorité de notre commission. C'est ce que, pour ma part, comme d'autres qui se sont exprimés, je compte faire en vous priant de vous y rallier aussi.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Cette question est controversée au sein du Parlement. A chaque fois de courtes majorités se sont révélées: au Conseil national, en mars dernier, quatre voix de différence entre majorité et minorité; dans le cadre de votre propre commission, une voix de différence. Malheureusement, dans le cas du Conseil national comme dans celui de votre commission, ces courtes majorités n'allaient pas dans le bon sens. Je vous demande donc, d'entrée de cause, de suivre la minorité de votre commission.

De quoi s'agit-il? Lorsque le «Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz» a fait sécession de la Fédération suisse des consommateurs, les responsables du mouvement se sont dit qu'au sens où nous l'entendons dans ces textes ils allaient échapper à la manne fédérale. En effet, ils ne pouvaient pas prétendre à constituer une association nationale, d'où l'astuce qui a été proposée et qui a malheureusement impressionné la majorité de votre commission, qui consiste à transformer la réalité et la substance d'une association qui reste régionale dans sa définition et dans son ancrage, mais qui s'affuble d'activités prétendûment nationales. Cette organisation y parvient dans une mesure d'autant plus facile qu'elle dispose d'une base démographique naturellement beaucoup plus large que n'en disposent les Romands et les Tessinois tout particulièrement, pouvant ainsi continuer de recevoir l'argent de la Confédération.

Une telle solution est un travestissement de pratiques que je qualifie de séculaires dans notre Confédération. Cela signifierait en réalité que le Conseil fédéral aurait, pour la première fois, à subventionner des organisations régionales, alors qu'il n'est manifestement pas dans l'intérêt et dans la bonne orthodoxie de l'organisation de notre pays que la Confédération doive procéder à une aide directe en faveur d'organisations strictement régionales.

Avec une telle couverture, même si, je le reconnais, la forme potestative a été donnée à l'article 5, nous courons tout droit le risque, non seulement d'une altération de ce principe selon lequel l'aide directe de la Confédération concerne des associations nationales et non régionales, mais encore de nous conduire à saupoudrer, selon la mauvaise technique de l'arrosoir, l'ensemble des milieux des consommateurs.

Outre que vous créez une inégalité de traitement de fait entre l'association alémanique, d'une part, et les associations romande et tessinoise, d'autre part, ce qui serait suffisant pour combattre la décision de la majorité, les principes que j'ai rappelés viennent au secours de cette thèse minoritaire. Réellement, si vous voulez effectuer un travail d'équité et d'efficacité à l'intérieur du pays en faveur de cette cause, vous devez suivre la minorité. Je me permets de vous le recommander très chaleureusement afin de rétablir la bonne marche de l'institution et d'éviter qu'elle ne continue de boiter comme le Conseil national, hélas, a voulu qu'elle boite.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 20 Stimmen 14 Stimmen

Abs. 1 Bst. c - Al. 1 let. c

Frau Bührer, Berichterstatterin: In Litera c hat Ihre Kommission beschlossen festzuhalten, d. h. Litera c zu streichen. Das Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen sei ein Verwaltungsakt und Verwaltungskosten sollten vom Bund nicht übernommen werden. Auch sei es störend, dass nur eine Seite der Verhandlungspartner subventioniert würde. Und schliesslich sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass um der Subventionen willen endlose Verhandlungen geführt werden.

Das sind die Gründe, die mit einem Stimmenverhältnis von 6 zu 4 Stimmen zur Streichung dieser Litera c geführt haben.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Après le résultat du vote que vous venez d'accomplir, le Conseil fédéral suit votre commission et vous propose, par conséquent, de biffer la lettre c.

Angenommen - Adopté

Abs. 2 - Al. 2

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: In Absatz 2 beantragt Ihre Kommission Festhalten. Es gibt hier eine kleine Umstellung ohne materielle Aenderung: Es muss neu «Buchstabe a» heissen, weil Litera a und b vom Nationalrat ausgetauscht worden sind. Aber das Wichtige ist, dass wir festhalten möchten. Damit ist es möglich, auch anderen Organisationen, die sich statutengemäss der Konsumenteninformation widmen, eine Subvention zukommen zu lassen. Eine gewisse Flexibilität ist geboten, die es gestatten würde, beispielsweise dem SIH Subventionen zukommen zu lassen. Der Bundesrat stellt eine sehr zurückhaltende Handhabung dieser Flexibilität in Aussicht.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est d'accord.

Angenommen - Adopté

Art. 6

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Artikel 6 ist von Ihrer Kommission in der nationalrätlichen Fassung angenommen worden. Er wurde durch den Nationalrat wesentlich knapper gefasst, und Elemente, die in die Verordnung gehören, sind gestrichen worden. Ihre Kommission hat dem zugestimmt.

In Litera d möchte ich darauf hinweisen, dass die Anhörung selbstverständlich vor der Publikation der Testergebnisse stattfinden muss, ohne dass dies im Gesetzestext ausdrücklich gesagt wird.

Im übrigen habe ich keine Bemerkungen zu diesem Artikel 6.

Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 9

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Ihre Kommission hat dem Nationalrat in Artikel 9 zugestimmt und den Begriff «paritätisch» fallengelassen. Die Paritätsforderung entspricht nicht dem Auftrag dieser Kommission. Abgesehen davon würde die Einführung hier die Zusammensetzung unzähliger anderer Kommissionen in Frage stellen. Wir stimmen deshalb dem Nationalrat zu.

Angenommen - Adopté

- B. Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts
- B. Loi fédérale modifiant le Code des obligations

Antrag der Kommission Eintreten Proposition de la commission Entrer en matière

Präsident: Wir kommen nun zu Vorlage B. Hier besteht die Situation, dass in der ersten Beratung der Ständerat nicht eingetreten ist, während dies der Nationalrat getan hat.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Ihre Kommission hat mit 7 zu 4 Stimmen Eintreten auf Teil B beschlossen. Die Einwände, sowohl die Materie als auch die Plazierung im Obligationenrecht betreffend, die im Plenum seinerzeit mit 23 zu 17 Stimmen zum Nichteintreten geführt haben, wurden in der Kommission erneut vorgebracht. Indessen obsiegten die Argumente, die für Eintreten sprechen.

Festgehalten sei, dass dieses Gesetz keineswegs vom Bild eines unmündigen Konsumenten ausgeht. Durch die neuen Marktgewohnheiten kann der Konsument aber in Situationen kommen, in denen er unter ungebührlich starkem Druck steht. Dieses Gesetz will die freie Entscheidung des Konsumenten garantieren. Die Tatsache, dass bereits heute viele Anbieter ein freiwilliges Rücktrittsrecht gewähren, zeigt übrigens, dass seriöse Anbieter von den neuen Gesetzesbestimmungen nichts zu befürchten haben. Auch ist bei den Konsumenten trotz des grosszügigen Rücktrittsrechts kein zunehmender Trend zur Sorglosigkeit festzustellen. Das Rücktrittsrecht gilt nur in bestimmten, klar umschriebenen Fällen. Die Versicherungsverträge sind ausgenommen.

Frau **Meier** Josi: Vor rund drei Jahren haben wir bei der Beratung der Vorlage B eigentlich alles gesagt, was zu sagen war. Ich habe nicht im Sinne, in der heutigen Differenzbereinigung alles zu wiederholen. Aber wir stehen nochmals vor dem Eintretensentscheid. Zudem hat die Hälfte der Mitglieder in Kommission und Rat gewechselt. Da darf ich fünf Punkte in Erinnerung rufen:

1. Aus den Unterlagen zum Abstimmungskampf um Artikel 31 sexies BV, besonders aus dem damaligen Bundesbüchlein, geht klar hervor, dass wir mit der Vorlage B einen Verfassungsauftrag erfüllen. Das Volk wollte und will klare Normen über die Zustellung bestellter Waren, und es will eine Ausweitung des Rücktrittsrechtes auf Verträge mit ungewöhnlichen Angebotsmethoden. Diesem Auftrag nach fast zehn Jahren endlich nachzukommen würde uns sicherlich nicht dem Vorwurf aussetzen, überstürzt und unüberlegt gehandelt zu haben.

2. Der Allgemeine Teil des Obligationenrechtes ist nichts Sakrosanktes. Er ist schliesslich über hundert Jahre alt und darf neuen, allgemeinen Erscheinungen angepasst werden. Das tut seiner Würde keinen Abbruch, sondern beweist vielmehr seine Lebendigkeit. Vor hundert Jahren war die Feinverteilung von Waren auf Einzelhöfen an der Haustüre die Regel. Heute ist ein solches Angebot die Ausnahme. Damals waren unbestellte Warensendungen kein Thema, heute sind sie zur Pest geworden. Veränderte Verhältnisse erfordern veränderte Regelungen. Wir wollen nicht nur ein schönes, sondern wir wollen ein brauchbares und ein richtiges Gesetz.

 Die Neuregelung geht in Richtung der EG-Richtlinie auf diesem Gebiet. Sie ist damit zukunftsträchtig und dient jedenfalls der Rechtsharmonisierung mit unseren Nachbarstaaten.

4. Die vorgeschlagenen Regelungen der Vorlage B sind systemkonform. Sie stehen im Dienst einer richtig verstandenen Vertragsfreiheit und damit einer gesunden, aber auch sozial ausgerichteten Marktwirtschaft. Wir wollen, dass informierte Konsumenten frei und ohne Druck entscheiden können, ob sie Angebote annehmen wollen oder nicht. Anständige Anbieter halten sich längst an die vorgeschlagenen Regeln. Wir wollen nur, dass das, was sich geziemt, auch allgemeine Norm werde. Das trifft auch dann zu, wenn wir auf die Retouche im Sinne des Antrages Zimmerli einschwenken.

5. Der Nationalrat hat die Vorlage B einer Schlankheitskur unterzogen. Er nahm schliesslich das Ganze mit solidem Mehr, nämlich im Verhältnis 6 zu 1, an. Schon die politische Klugheit verlangt deshalb Einlenken und Zustimmung. Ich empfehle Ihnen beides.

Wenn dabei schliesslich ein fünfzehn Jahre alter Vorstoss betreffend Haustürkauf aus meiner nationalrätlichen Vergangenheit endlich als erfüllt abgeschrieben werden könnte, würde mich das persönlich erst noch freuen und mich mit völlig neuen Hoffnungen über die Wirksamkeit politischer Tätigkeit von Parlamentariern erfüllen!

Schmid: Am 8. Oktober 1987 habe ich den Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage B gestellt. Mit 23 zu 17 Stimmen ist mir der Rat gefolgt. Ich bedaure es ausserordentlich, dass es mir heute nochmals notwendig erscheint, denselben Antrag zu wiederholen. Ich bedaure es, weil ich an sich die Ziele, die zu dieser Vorlage führen, durchaus einsehe und der Auffassung bin, dass unsere Konsumenten ihre Käufe nicht mehr in der gleichen Art und Weise tätigen wie vor hundert Jahren, wo Käufer und Verkäufer einander gleichgestellt waren, sondern heute haben wir es zum Teil mit einem Konsumenten zu tun. der seine Angebotspalette nicht mehr derart gut übersehen kann und darum eine Information braucht. Ich bin daher der Auffassung, dass Bestrebungen, die dazu führen, den freien Willensentschluss des Konsumenten zu verbessern, durchaus akzeptabel und geradezu begrüssenswert sind. Ich kann aber der Kommission den Vorwurf nicht ersparen, dass sie keine Vorkehren getroffen hat, um mir diesen Nichteintretensantrag zu ersparen. In der Kommission wurde übersehen, dass die Ziele bereits in einem anderen Gesetz verwirklicht sind, nämlich im UWG. Bereits 1987 habe ich darauf hingewiesen, dass dieser Rat 1986 für die genau gleiche Materie ein neues Gesetz mit einer neuen Bestimmung erlassen hat. Ich darf nochmals darauf verweisen, dass im UWG vom 19. Dezember 1986 in Artikel 3 festgehalten wird: «Unlauter handelt insbesondere, wer: ...

h. den Kunden durch besonders aggressive Verkaufsmethoden in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt.»

Ich rufe Ihnen die Botschaft zum UWG in Erinnerung sowie die damaligen Ausführungen von Herrn Bundesrat Furgler vor dem Plenum. Was im UWG unter «besonders aggressive Verkaufsmethoden» gemeint ist, wird heute im Vorschlag der Kommission und des Bundesrates unter Artikel 40a ff. subsumiert. Es handelt sich mithin um den genau gleichen Regelungsgegenstand.

Ist es notwendig, sowohl im UWG als auch im Vertragsrecht zu nähen? Ich bin einverstanden, wenn Sie mir entgegenhalten, ein jeder, der nach UWG vorgehen müsse, habe einen komplizierteren Rechtsweg vor sich, als wenn er nach dem Allgemeinen Teil des Obligationenrechtes vorgehen könne. Immerhin ist nach Artikel 13 UWG in diesen Fällen ein einfaches und rasches Verfahren vorgesehen. Es gibt keine grossen Prozesse, sondern ein Marktgericht, das den Konsumenten entschädigt. Wenn wir im UWG die Gelegenheit nicht verpasst hätten, die Litera h von Artikel 3 zu streichen, hätte ich aber noch Bedenken formeller Art; ich müsste einwenden, ob wir tatsächlich den Allgemeinen Teil des Obligationenrechtes derart verunstalten müssen. Da gäbe es zwar Ueberlegungen, die ich mir entgegenhalten lassen müsste. Ich sehe aber nicht ein, weswegen ein und derselbe Tatbestand unter fortwährender Verunglimpfung eines Berufsstandes immer wieder neu geregelt werden muss. Wir haben eine Handhabe in Artikel 3 Litera h UWG; lassen wir es dabei bewenden. Oder - das wäre für mich eindeutig besser gewesen - wir hätten Litera h von Artikel 3 UWG streichen können, dann hätten wir die vertragsrechtliche Regelung akzeptieren können. Aber in beiden Gesetzen ein und dasselbe zweimal zu pönalisieren, scheint mir nun doch des Guten zuviel zu sein.

Es geht hier nicht gegen den Konsumentenschutz. Es geht nicht gegen den einzelnen Konsumenten, sondern es geht darum, dass wir uns selbst gegenüber noch so etwas wie gesetzgeberische Disziplin walten lassen sollten. Wir sollten nicht aus den Augen verlieren, was wir tun. Ich bin überzeugt, und ich unterstelle Ihnen das, dass ein grosser Teil dieses Rates gar nicht mehr weiss, dass er seinerzeit einen Artikel 3 Litera h mit genau dem gleichen Regelungsgegenstand beschlossen hat.

Ich bitte Sie daher, den Nichteintretensantrag zu unterstützen.

zimmerli: Ich war seinerzeit beim berühmten Nichteintretensentscheid unseres Rates nicht dabei. Ich bin ein neues Kommissionsmitglied, und ich gestatte mir deshalb auch noch ein Wort zum Eintreten. Ueber die Frage, ob der Allgemeine Teil des Obligationenrechtes im Sinne eines besseren Konsumentenschutzes angereichert oder - nach den Worten unseres Kollegen Carlo Schmid - verunstaltet werden soll, kann man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein. Schon der erste Absatz des vom Bundesrat beantragten und vom Nationalrat beschlossenen Artikels 6a ist symptomatisch für den Zwiespalt, in dem sich der Gesetzgeber befindet. Der Satz ist entweder nahezu nichtssagend - zumindest nicht originell - oder, wenn man ihn wörtlich nimmt, fast ungeheuerlich. Auch die Bestimmungen über das Widerrufsrecht erscheinen doch als recht kleinkariert. Ich gehe mit Herrn Schmid einig, sie passen nicht recht in unsere Kodifikation, weil sie im Allgemeinen Teil des Obligationenrechtes einen durchaus alltäglichen Vorfall mit einer Normendichte regeln, die auch einen Oeffentlichrechtler mit selbstverständlicher Ehrfurcht vor dem Zivilrecht fast schaudern macht, auch wenn er der Meinung ist, dass der Allgemeine Teil des Obligationenrechtes nicht sakrosankt ist. Mit derartigen Bestimmungen wird die Rechtsanwendung jedenfalls nicht einfacher. Die Kommentatoren können sich gewiss freuen! Ich werde mit meinen Anträgen zu den Artikeln 40b und 40bbis darauf zurückkommen, wenn Sie Eintreten beschliessen. In der Kommission habe ich mich für Eintreten ausgesprochen - vorsätzlich, Herr Kollege Schmid, und hoffentlich in Kenntnis der Hintergründe. Ich werde das auch heute tun, trotz der skizzierten Bedenken. Warum?

Die politische Ausgangslage gestattet uns leider keinen juristischen Purismus mehr. Dieser würde als Votum gegen einen vernünftigen Konsumentenschutz missverstanden. Wir stehen in der Differenzbereinigung über eine alte Vorlage, deren Verabschiedung keinen Aufschub mehr erträgt. Das zwingt uns zum Kompromiss. So gesehen sind die Beschlüsse des Nationalrates im grossen und ganzen juristisch noch gerade vertretbar, wenn es uns in der Detailberatung gelingt, die Vorlage mindestens noch etwas praxistauglicher zu machen.

Nun noch ein Wort zum Argument UWG. Ich kann den Spiess umdrehen und sagen, ich sei nicht bereit, die Anbieter zivilrechtlich zu kriminalisieren und ihnen zu unterstellen, sie handelten schon widerrechtlich, nur weil sie sogenannte Haustürgeschäfte anbieten. Diese Seite sollte man auch sehen. Ich bin nicht der Meinung, dass die Vorschriften des UWG und diejenigen im Allgemeinen Teil des Obligationenrechtes einfach deckungsgleich sind. Wir dürfen ohne schlechtes Gewissen mindestens in diesem Punkt der Kommissionsmehrheit zustimmen und Eintreten beschliessen.

Frau Meier Josi: Ich möchte mich kurz zum Thema UWG äussern. Herr Kollege Schmid wehrt sich zu Recht für die Ehre der traditionellen beruflichen Direktverkäufer. Diesen kommen wir überhaupt nicht in die Quere. Das sind jene Leute, die im Verband die hier vorgeschlagenen Regeln über den Rücktritt längst als Ehrenkodex angenommen haben. Hingegen taugt das UWG nicht für die Behandlung der Probleme, die im OR anstehen. Das UWG ist darauf eingerichtet, Lauterkeit im Wettbewerb zu erzielen, also vorab das Verhältnis zwischen den Konkurrenten zu regeln und nicht das Vertragsverhältnis zwischen dem Anbieter und dem Abnehmer. Es hat zwar neu die Möglichkeit geschaffen, dass man auch von der Konsumentenseite gegen unlauteres Verhalten seitens der Anbieter vorgehen kann. Aber das ersetzt die Möglichkeit eines Rücktrittes vom Vertrage, einer einfachen Handlung unter Vertragspartnern, überhaupt nicht. Im übrigen hat schon Herr Kollege Zimmerli zu Recht darauf hingewiesen, dass der einzelne das zivile Vorgehen im Vertragsrecht dem zum Teil pönalen Vorgehen über UWG sicher grundsätzlich vorzieht.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Herr Schmid, Sie sagen, das UWG eröffne einen komplizierten Weg. Ich muss Ihnen sagen: Für den Konsumenten ist dieser Weg praktisch nicht gangbar. (Zwischenruf Schmid: Dann muss man ihn streichen!) Er ist nicht für den Konsumenten gedacht. Das UWG behandelt nun einmal nicht genau dieselben Tatbestände. Wir haben in der

Kommission über diese Sache durchaus gesprochen. Es geht bei diesem Widerrufsrecht nicht darum, dass nur besonders aggressive Verkaufsmethoden betroffen sind, sondern es geht darum, für Situationen, in denen sich der Konsument in einer schwachen Position befindet, in der seine Entscheidung nicht frei ist, ein Widerrufsrecht zu schaffen. Wenn also beispielsweise jemand für 100 Jahre Badezusatz kauft, ohne eine Badewanne zu haben, soll er auf einfache Weise diesen Unsinn aus der Welt schaffen können. Es muss für den Konsumenten ein gangbarer Weg sein, die eigenen Dummheiten ausgleichen zu können, immer vorausgesetzt, dass er in eine Situation gebracht wurde, in der er nicht frei entscheiden konnte. Dieses alte Postulat sollten wir mit diesem Gesetz endlich erfüllen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le 14 juin 1981, le peuple et les cantons ont approuvé le texte constitutionnel suivant: «La Confédération prend des mesures pour protéger les consommateurs, tout en sauvegardant les intérêts généraux de l'économie nationale et en respectant le principe de la liberté du commerce et de l'industrie».

Protéger les consommateurs est donc un mandat constitutionnel vieux de neuf ans maintenant, et vous avez commencé d'exécuter ce mandat en prenant tout à l'heure une décision en faveur d'une loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs. L'information est en effet le début d'une utile protection. Mais il faut aller plus loin et c'est ce à quoi je vous invite en entrant en matière sur ces modifications du Code des obligations.

Je constate que le débat parlementaire précédant la décision populaire de juin 1981 a été clair et engagé. Expressis verbis, et de tous les horizons politiques du Parlement, on a cité la protection nécessaire des consommateurs contre des méthodes d'offres défavorisantes. On a considéré à l'époque que ce serait sans doute, si le peuple et les cantons adoptaient cet article constitutionnel, l'un des moyens d'accomplir un tel mandat. Les majorités dans les deux Chambres ont été d'une clarté sans pareille: 147 oui contre 4 non au Conseil national; 29 oui contre 3 non au Conseil des Etats. Il est évident que la non-entrée en matière du premier débat du Conseil des Etats sur ce thème était un certain travestissement des engagements pris avant le vote populaire, et un certain affaiblissement de l'accomplissement du mandat constitutionnel né de l'acceptation populaire du 29 juin 1981.

Je suis donc heureux que la majorité de votre commission ait décidé de choisir un nouveau cap et que nous puissions ainsi améliorer quelque peu la situation du consommateur en situation défavorisée par rapport au vendeur. Il ne s'agit pas de mettre le consommateur sous cloche. D'imaginer qu'il est mineur et que, par conséquent, l'Etat, par toutes sortes de subterfuges, doit lui tenir la main et décider à sa place. Il est bien clair que le consommateur est adulte et vacciné et qu'il ne s'agit pas de se substituer à lui dans les décisions qu'il a à prendre en matière d'acquisitions commerciales.

Tant qu'il y aura des affaires, des bonnes pour le vendeur et des mauvaises pour l'acheteur, ou inversement - il peut même arriver que les deux fassent une mauvaise affaire - il sera toujours question de cela. Cependant, dans le régime de liberté du commerce que nous désirons, nous n'entendons pas nous préserver théoriquement et artificiellement contre de tels risques. Qu'on nous comprenne bien! Lorsque la bêtise est au rendez-vous, d'un côté comme de l'autre, on prendra sans doute des décisions bêtes. Celle que décrivait Mme Bührer est tout à fait révélatrice. Je ne vois pas pourquoi celui qui a la bêtise d'acheter des pinces à vélo alors qu'il ne sait pas aller à vélo et n'a pas de bicyclette devrait être autorisé à rectifier le tir par la suite et à dénoncer son acquisition. Nous sommes en présence de partenaires qui ont suffisamment de maturité pour que nous n'ayons pas à nous occuper d'eux et à dénoncer les erreurs de parcours qu'ils auraient accomplies.

En revanche, lorsque quelqu'un reçoit chez lui des marchandises qu'il n'a pas commandées ou des offres qu'il n'a pas sollicitées, il doit savoir comment se comporter s'il ne veut pas être victime d'un racket organisé qui consiste à inonder le pays de choses que l'on finit par payer et conserver. S'il ne le

E

veut pas, il doit connaître sa situation, ses moyens de droit, et c'est précisément le premier article que nous vous proposons de clarifier en mettant de l'ordre dans les méthodes concernant l'envoi de choses non commandées.

Le plus important est le droit de révocation qui constitue la matière des articles suivants, dans le cadre de la modification du Code des obligations. Si vous entrez en matière, nous aurons certainement l'occasion de nous livrer à quelques réflexions sur ce droit de révocation. Il m'importe de préciser ici que, contrairement à ce qui a été affirmé, ce droit de révocation ne bouleverse pas les principes du droit. Il ne sème pas le désordre là où le législateur, jusqu'à maintenant, a adopté des règles permettant de faire régner un minimum d'ordre. Il s'agit de permettre au consommateur attaqué ou sollicité à l'improviste, alors qu'il n'y a aucune démarche préalable de sa part, un consentement libre, éclairé et réfléchi de sa décision. C'est tout et cela suffit. Vous ne me direz pas qu'en adoptant ainsi ce droit de révocation limité à certains cas bien définis dans la loi et dans l'ordonnance d'application vous bouleversez les principes du droit. Cela n'est pas exact.

La matière de ces articles sur le droit de révocation est d'ailleurs, Monsieur Schmid, plus limitée que celle que le Conseil fédéral avait proposée. En effet, le Conseil national et votre commission ont expressément retiré de cet article les contrats d'assurance, suivant en cela une évolution observée dans le droit communautaire européen.

Dans le cadre de cette argumentation, nous répondons aussi, à ceux qui imaginent que l'usage des dispositions de la loi sur la concurrence déloyale pourrait aisément remplacer celui des dispositions du Code des obligations que nous vous proposons, que cela est également inexact. La loi sur la concurrence déloyale concernant les méthodes de vente particulièrement agressives les condamne au plan pénal, et cela parfois lourdement, mais elle ne signifie aucunement la nullité civile de l'acte d'achat. C'est précisément ce qu'il faut pouvoir, dans certaines conditions déterminées, obtenir par le biais du Code des obligations.

Il ne faut pas soumettre dès lors le consommateur surpris à une procédure lourde, coûteuse et longue qu'il devrait engager au cas où il aurait obtenu la condamnation pénale selon des dispositions de la loi sur la concurrence déloyale et qu'il voudrait obtenir la nullité de son contrat de vente. Nous vous disons que par ces dispositions-là nous visons les cas extrêmes – et Dieu sait! si certaines méthodes peuvent être aujourd'hui raffinées – afin de permettre au consommateur potentiel de réagir, d'avoir le temps et le bref délai de réflexion pour savoir comment s'y prendre définitivement. C'est une protection limitée du consommateur, mais une protection légitime au sens du mandat constitutionnel et c'est la raison pour laquelle j'invite votre conseil à entrer en matière.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission (Eintreten) Für den Antrag Schmid (Nichteintreten) 26 Stimmen 14 Stimmen

Detailberatung - Discussion par articles

Ziff, I - Ch. I

Art. 6a (neu)

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 6a (nouveau)

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 40a (neu)

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 40a (nouveau)

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Hier ist darauf hinzuweisen, dass die ganze Materie, also Artikel 40a bis Artikel 40f, vom Nationalrat neu gefasst worden ist, auch neu gegliedert. Es ist eine sehr klare Gliederung erstens in «Geltungsbereich», zweitens in «Grundsatz» und drittens in «Ausnahmen».

Inhaltlich ist kein wesentlicher Unterschied zur bundesrätlichen Vorlage festzustellen. Hingegen ist die ganze Materie konziser gefasst und eher noch restriktiver umschrieben. In Artikel 40a geht es um den Geltungsbereich. Hier ist ins-

besondere darauf hinzuweisen, dass die Versicherungsverträge ausdrücklich ausgenommen sind.

Angenommen - Adopté

Art. 40b (neu)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Zimmerli

Der Kunde kann seinen Antrag zum Vertragsschluss oder seine Annahmeerklärung widerrufen, wenn ihm das Angebot gemacht wurde:

a. in seinen Wohnräumen oder in ihrer unmittelbaren Umgebung;

b. in öffentlichen Verkehrsmitteln;

C. ..

Art. 40b (nouveau)

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Zimmerli

L'acquéreur peut révoquer son offre ou son acceptation s'il a été invité à prendre un engagement:

a. Dans ses locaux d'habitation ou dans leurs alentours immédiats;

b. Dans les transports publics;

c. ..

Zimmerli: Ich habe zum Artikel 40b bereits in der Kommission Vorbehalte angebracht und mir vorbehalten, Ihnen einen schriftlichen Antrag zu stellen. Er liegt nun vor Ihnen, und ich möchte ihn wie folgt begründen:

Es geht dem Nationalrat darum, in drei praktisch wichtigen Fällen von sogenannten Haustürgeschäften ein Widerrufsrecht im Gesetz zu verankern. Frau Bührer hat im Eintretensreferat gesagt, dass diese Fälle klar geregelt sein müssen. Ich will mich dem nicht widersetzen, denn wer zum Beschluss B schon ja sagt, muss auch dafür sorgen, dass er Substanz bekommt. Aber ich halte die Beschlüsse des Nationalrates nicht für glücklich, auch wenn ich anerkenne, dass die Gliederung als solche an Klarheit gewonnen hat.

Schon der Ingress sollte meines Erachtens wesentlich vereinfacht werden. Ich bin der Meinung, dass meine Formulierung

materiell durchaus das gleiche aussagt.

Ich sehe weiter nicht ein, weshalb das Widerrufsrecht gemäss dem Buchstaben a nur auf den Kundenbesuch in Wohnräumen beschränkt werden soll. Ich habe Herrn Bundesrat Delamuraz an der Kommissionssitzung die Frage gestellt, was für Geschäfte gelte, die im Garten abgeschlossen würden. Man kann den Faden weiterspinnen und sich fragen, wie es sich mit Geschäften im Keller verhalte; denn auch die Kellerräumlichkeiten eignen sich – mindestens in gewissen Landesgegenden – durchaus für solche Geschäfte.

Man kann zwei Dinge tun: Entweder zuhanden der Materialien erklären, der Begriff «Wohnräume» sei weit zu verstehen und umfasse praktisch alles in der weiteren Umgebung von Tisch und Bett. Oder man sagt es ausdrücklich – etwa im Sinne meines Antrages –, nämlich mit der Wendung «in seinen Wohnräumen oder in ihrer unmittelbaren Umgebung».

Ich weise darauf hin, dass in Deutschland die Formulierung

«im Bereich von Wohnräumen» verwendet wird und dass sich meine Formulierung ohne weiteres mit den EG-Richtlinien im hier interessierenden Widerrufsrecht verträgt. Frau Josi Meier hat bereits auf diese Richtlinien hingewiesen.

Zum Buchstaben b: Hier stört mich in der nationalrätlichen Fassung zweierlei: Erstens dürften sich Geschäftsraume nur ausnahmsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln befinden – das Gegenteil könnte man nämlich annehmen, wenn man diesen Absatz liest –, und zweitens halte ich ein Widerrufsrecht bei Geschäften ausserhalb der Geschäftsräume, aber im Bereich öffentlich zugänglicher Verkehrswege für ausserordent-

lich problematisch. Gibt es in unserem dicht besiedelten Land noch Flächen ausserhalb der Geschäftsräumlichkeiten, die zum Geschäften geeignet sind, nicht unter Buchstabe a fallen und nicht im Bereich öffentlich zugänglicher Verkehrswege liegen? Eigentlich gilt das nicht einmal für den Wald, denn dieser ist von Gesetzes wegen öffentlich zugänglich und meistens mit öffentlich zugänglichen Verkehrswegen erschlossen. Was ist denn gemeint? Soll etwa ein Widerrufsrecht haben, wer drüben auf dem Bärenplatz aus dem Tram aussteigt und auf dem Trottoir ein Geschäft abschliesst? Also wäre man versucht zu meinen, der Nationalrat habe eigentlich den öffentlichen Grund gemeint. Stellen Sie sich jetzt einmal den armen Richter vor, der darüber entscheiden muss, vorfrageweise, ob ein Geschäft auf öffentlichem Grund abgeschlossen wurde. Der Anbieter könnte dem leicht dadurch entgehen, dass er den Konsumenten oder die Konsumentin ins nächste Ladengeschäft hineinzieht - das ist zwar nicht sein Geschäftslokal, aber ein anderes -, und dann gibt es wieder Abgrenzungsschwierigkeiten. Oder er geht in den nächsten Hausgang hinein oder hinter den nächsten Gartenzaun, und dann ist das Geschäft wieder unbedenklich. Hier stimmt irgend etwas nicht! Bei näherer Prüfung reicht das Widerrufsrecht gemäss Buchstabe b in der nationalrätlichen Fassung viel weiter, als es der Nationalrat eigentlich wollte. Er hätte genausogut den an sich viel besser formulierten Artikel 40a Buchstabe a Ziffer 1 der bundesrätlichen Vorlage übernehmen können, der ihm aber zu weit ging, wenn Sie die Beratungen nachlesen. Es besteht ein wesentlicher Unterschied gegenüber der bundesrätlichen Fassung. Die bundesrätliche Fassung ging davon aus, dass praktisch alles ausserhalb der Geschäftslokalitäten unter dieses Widerrufsrecht fallen sollte. Genau das will der Nationalrat nicht

Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, auf Ziffer 2 der nationalrätlichen Fassung zu verzichten. Eine solche Formulierung ist kaum praktikabel und wirkt in jedem Fall kontraproduktiv. Wichtig ist Buchstabe c. Eine Bemerkung von Herrn Bundesrat Delamuraz hat mich jedoch aufgeschreckt. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er gesagt, es bestehe noch die Möglichkeit, in der «ordonnance d'application», also in einer Ausführungsverordnung, diese Widerrufstatbestände im Detail zu umschreiben. Das sehe ich nicht so. Wir bewegen uns hier im Bereich des Zivilrechtes. Es ist Sache des Gesetzgebers und nur des Gesetzgebers, die Widerrufsgründe abschliessend zu normieren. Ich möchte Herrn Bundesrat Delamuraz bitten, seine Bemerkung noch zu präzisieren.

Soviel zu meinem Antrag, den ich Ihnen zur Annahme empfehle

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Die Kommission hat sich über den Antrag Zimmerli nicht unterhalten können, er lag uns nicht vor. Ich kann Ihnen also nur in meinem eigenen Namen einige Gedanken übermitteln. An sich empfinde ich grosse Sympathie für diesen Antrag. Er bringt teilweise ohne Zweifel eine deutliche Verbesserung. Ich habe aber einige Einschränkungen anzubringen.

Zuerst zu den Verbesserungen, wie ich sie sehe: Der Einleitungssatz ist eleganter und sagt dasselbe. Kompliment! Er kann ohne weiteres übernommen werden. Bei Litera a habe ich Bedenken, mit dem Begriff «seinen Wohnräumen» eine Einschränkung zu bringen, die vielleicht nicht gewollt war. Stellen Sie sich den Fall vor, ein Vater weile bei seinem Sohn. Es kommt ein Käufer, und es wird ein Vertrag in den Räumen seines Sohnes abgeschlossen. Das wäre hier ausgeschlos-

sen. Das ist vermutlich nicht so gemeint. Hingegen ist zu begrüssen, dass Sie die Wohnräume erweitern mit «oder in ihrer unmittelbaren Umgebung». Es entspricht einer Notwendigkeit, das zu tun. Bei Litera b, «in öffentlichen Verkehrsmitteln», meine ich, dass etwas fehle. Man stelle sich den Fall vor: Jemand wird im Tram angesprochen, steigt aus, und das Geschäft wird auf dem Trottoir abgeschlossen. Im Tram hätte er ein Rücktrittsrecht; wenn er den Vertrag an der Haltestelle abschliesst, hat er keines. Das scheint mir ebenfalls eine Unebenheit zu sein. Vielleicht müsste man hier mit «oder auf öffentlichem Grund» ergänzen.

Das sind meine Bernerkungen zum Antrag Zimmerli, dem ich ich teilweise sehr wohl zustimmen könnte. Im Namen der Kommission kann ich mich jedoch nicht dazu äussern.

Zimmerli: Ich bin durchaus bereit, «in Wohnräumen oder in ihrer unmittelbaren Umgebung» zu formulieren. Das ist kein Problem.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Dans cette coproduction de M. Zimmerli, du Conseil fédéral qui y a tout de même un peu participé, du Conseil national qui a amélioré les choses, de la commission du Conseil des Etats qui n'a pas pu se prononcer sur vos propositions, j'essaie d'insérer les voeux de l'Exécutif qui vont dans le sens de la proposition de M. Zimmerli pour la première phrase de cet article qui est en effet plus élégante, mieux formulée et plus précise que celle présentée par le Conseil national. Je vous suggère donc de vous rallier à la première phrase de la proposition de M. Zimmerli.

S'agissant de la lettre a nous sommes maintenant d'accord avec M. Zimmerli en raison de la modification qu'il vient d'y apporter sur la suggestion de Mme Bührer. La formulation de cette lettre a selon la proposition de M. Zimmerli est donc la suivante: «... dans des locaux d'habitation ou dans leurs alentours immédiats ...» au lieu de: «... dans ses locaux d'habitation». Le texte français étant clarifié, je pense que pour la rédaction allemande vous vous êtes arrangés.

En revanche, en ce qui concerne la lettre b, je diverge. M. Zimmerli limite la possibilité de révoquer l'offre ou l'acceptation aux transports publics. J'estime que cela est trop restrictif, car je n'inclus pas dans cette notion - moi qui ai le privilège de ne pas être juriste - les stations et les alentours des transports publics. Il s'agit effectivement d'autre chose. Or, dans ces aires où le client peut être en quelque sorte attaqué, il faut le mettre au bénéfice d'une certaine protection. Très souvent les clients sont contactés dans la rue et, ensuite, invités à signer un contrat dans un café. Ils n'ont donc pas une meilleure position de défense que dans un transport public. Les acheteurs potentiels se retrouvent dans la même situation de fragilité dans ces conditions, dans les rues d'une ville que dans un transport public à proprement parler. C'est la raison pour laquelle je vous prie, en ce qui concerne la lettre b, de vous en tenir à la version du Conseil national que votre commission avait d'ailleurs acceptée.

S'agissant de la lettre c, il n'y a pas de problème puisqu'elle est inchangée. La proposition de M. Zimmerli ne concerne pas cette disposition.

Je donne une précision concernant l'ordonnance d'application de l'ensemble de la législation qui est en train de prendre forme. Je peux dire à M. Zimmerli que le Conseil fédéral n'avait prévu d'en édicter une que pour la loi sur l'information des consommateurs. En revanche, les nouveaux articles du Code des obligations que nous introduirions ici ne feraient pas l'objet d'une ordonnance gouvernementale, du moins pas dans l'état actuel des préparatifs.

Bst. a – Let. a Angenommen gemäss modifiziertem Antrag Zimmerli Adopté selon la proposition Zimmerli modifiée

Bst. b - Let. b

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Mir scheint, im Antrag von Herrn Zimmerli fehle etwas. Ich schliesse mich dem Antrag des Bundesrates an, den Ihre Kommission bereits angenom-

men hat. Die Version des Nationalrates scheint mir hier gegeben. Die Kommission hat diese Version auch beschlossen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Zimmerli Für den Antrag der Kommission 18 Stimmen 16 Stimmen

Bst. c – Let. c Angenommen – Adopté

Art. 40bbis (neu)

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Zimmerli

Der Kunde hat kein Widerrufsrecht, wenn er:

- a. selber die Vertragsverhandlungen angeregt oder diese im Rahmen eines bestehenden Vertragsverhältnisses geführt hatte:
- b. bereits früher mit dem Anbieter in gleicher Weise Verträge abgeschlossen hatte;
- seine Erklärung an einem Markt- oder Messestand abgegeben hatte.

Art. 40bbis (nouveau)

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Zimmerli

L'acquéreur ne peut invoquer son droit de révocation:

- a. S'il a lui-même proposé les négociations ou s'il les a menées dans le cadre d'un rapport contractuel existant;
- b. S'il a passé antérieurement et de la même manière des contrats avec le fournisseur;
- c. S'il a fait sa déclaration à un stand de marché ou de foire.

Zimmerli: Ich halte auch diese Bestimmung für zu kompliziert und für teilweise missverständlich. Es geht darum, drei wichtige Fälle aufzuführen, in denen ein Widerrufsrecht vernünftigerweise gerade nicht gelten darf. Mit dem Konzept bin ich durchaus einverstanden. Buchstabe a könnte aber im Sinne meines Vorschlages vereinfacht werden, ohne dass er an Substanz verliert. Es geht im Grunde genommen nur darum, dass kein Schutz nötig ist, wenn der Kunde selber Vertragsverhandlungen gesucht hat oder wenn nur ein bestehendes Vertragsverhältnis erneuert oder ergänzt werden soll. Das kann man auch direkt sägen. Beim Buchstaben b geht es - wenn ich es richtig sehe - darum, dass die Beteiligten schon früher in gleicher Weise miteinander ins Geschäft gekommen sind, und nicht darum - wie man aus der Formulierung des Nationalrates schliessen könnte -, dass gleichartige Sachen bezogen oder gleichartige Dienstleistungen in Anspruch genommen wurden. Anders gesagt: Für den Gesetzgeber interessant ist doch vielmehr der Vorgang, d. h. das Wie und gerade nicht die objektive Gleichartigkeit der Ware; denn sonst sehe ich den Sinn nicht recht ein. Es geht um die Methode und nicht um das Objekt.

Beim Buchstaben c handelt es sich nur noch um eine redaktionelle Anpassung.

Ich bitte Sie, meinen Anträgen zuzustimmen.

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Auch hier kann ich Ihnen keine Kommissionsmeinung vermitteln. Im grossen ganzen scheint mir der Antrag Zimmerli sehr akzeptabel, er gefällt mir, mit einer Einschränkung: Im Buchstaben b ist – wie das Herr Zimmerli selber auch betont hat – nicht dasselbe gesagt, es ist etwas anderes. Man kann darüber diskutieren, ob man das eine oder das andere will, ob man sich auf die gleichartigen Dinge, Sachen, Dienstleistungen beziehen will oder auf die Art und Weise des Vertragsabschlusses. Es sind zwei verschiedene Dinge. Ihre Kommission hat dem Nationalrat zugestimmt, also die Ausnahme soll sich beziehen auf gleichartige Sachen und gleichartige Dienstleistungen. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie auch das wollen oder ob die Art und

Weise des Vertragsabschlusses im Zentrum stehen soll. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La forme de votre proposition, Monsieur Zimmerli, est plus élégante et meilleure que celle adoptée par le Conseil national. Je pourrais donc m'y rallier. Il reste ce que Mme Bührer a dit à propos de la lettre b. Le Conseil national, dans sa version, se réfère à l'objet du contrat: «Le client a déjà acheté à plusieurs reprises des choses du même genre»; tandis que votre proposition se réfère à la manière dont a été conclu le contrat: «Le client a déjà conclu des contrats de la même manière». En réalité, il y a un choix à faire: voulons-nous viser la manière ou la répétitivité de l'acquisition de tel ou tel article, comme le souhaite le Conseil national? Une formule idéale serait, à mon avis, de combiner les deux notions: celle de la répétitivité et celle de la manière. Mais à tout prendre et s'il faut opérer un choix - je ne parle pas au nom du Conseil fédéral qui n'a pas pu se prononcer sur de telles formules - il me semble que votre formulation est meilleure que celle arrêtée finalement par le Conseil national. Donc, sur le fond, non sans quelques appréhensions, je peux me rallier à votre proposition en ce qui concerne l'article 40bbis (nouveau).

Präsident: Ist Herr Zimmerli mit der Modifikation seines Antrages einverstanden?

Zimmerli: Ich glaube, hier gibt es keine Modifikation. Ich bin froh darüber, dass Herr Bundesrat Delamuraz meinem Antrag nicht opponiert. Ich bin der Meinung, dass es hier um die Methode geht, und ich möchte diesen Antrag nicht abändern.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Zimmerli Für den Antrag der Kommission 30 Stimmen 2 Stimmen

Ziff. la (neu) - Ch. la (nouveau)

Antrag Schmid
Titel
la (neu) Aenderung von Gesetzen
Art. 3 Bst. h UWG
Aufgehoben

Proposition Schmid
Titre
la (nouveau) Modification d'une loi
Art. 3 let. h LCD
Abrogé

Schmid: Ich bedaure es ausserordentlich, dass es nicht gelungen ist, in der normalen Zeit einen schriftlichen Antrag vorlegen zu können. Ich stelle Ihnen den Antrag, in einer Ziffer la einen Untertitel «Aenderung von Gesetzen» einzubringen und dort Artikel 3 Buchstabe h des UWG zu streichen.

Ich glaube, es ist in dieser ganzen Diskussion weitherum die Meinung geteilt worden - ich verweise insbesondere auf das Votum von Frau Kommissionspräsidentin Bührer –, dass dem Konsumenten mit Artikel 3 Buchstabe h kein tunlicher Weg offensteht. Artikel 3 Buchstabe h ist eine Pönalisierung dessen, was in den Artikeln 40a folgende des Obligationenrechts zivilrechtlich mit Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit belegt wird. Diese Parallelität der Rechtsfolgen ist stossend und geht weit über das hinaus, was notwendig ist. Ich bin der Auffassung, dass es dem Nationalrat anheimgestellt sein sollte, hier nochmals die Frage aufzuwerfen und zu beantworten, ob dieser unselige Artikel 3 Buchstabe h des UWG tatsächlich gebraucht wird. Es wäre hier die Gelegenheit, mit dieser Gesetzesrevision dem gesetzgeberischen Missgriff, den wir 1986 gemacht haben, endlich ein verdientes Ende zu bereiten. Wenn Sie einverstanden wären, dass ohne schriftliche Vorlage ein Antrag gestellt wird, würde ich das machen; aber das entspricht nicht den Gepflogenheiten des Rates.

Präsident: Der Antrag von Herrn Schmid wird eben verteilt.

Frau Meier Josi: Ich bedaure, mich diesem Vorschlag widersetzen zu müssen. Aber ich tue es mit Entschiedenheit. Ich weise noch einmal darauf hin, dass das UWG und das Obligationenrecht andere Ziele und Zwecke haben. Das UWG will primär den lauteren Wettbewerb zwischen den Wettbewerbern herstellen, und es will, dass der einzelne Wettbewerber oder auch ein Konsument dagegen einschreiten kann, wenn ein Anbieter den Markt mit unlauteren Methoden «versaut». Diese Möglichkeit geben wir mit dem UWG, indem wir sagen, dass alles, was im Wettbewerb wider Treu und Glauben ist, beispielsweise nach Artikel 3 Buchstaben a bis m, im UWG-Verfahren besonders unter den Wettbewerbern angegriffen werden kann. Die Möglichkeit, dass der Markt selbst mit internen Methoden zum Rechten schaut, wollen wir doch nicht verschütten.

Die ganz andere Aufgabe des Obligationenrechtes ist es, die Vertragsverhältnisse zwischen Vertragspartnern zu regeln. Bei dieser Arbeitsteilung zwischen den beiden Gesetzen sollten und wollen wir bleiben.

Schmid: Es tut mir leid: Ich muss leider Frau Meier widersprechen. Was sie angeführt hat, hat bis zum 19. Dezember 1986 gegolten. Frau Meier hat übersehen, dass der Artikel 2 des neuen UWG eben nicht mehr diesen eng begrenzten Zweck hat, nämlich das lautere Verhältnis zwischen den Anbietern zu regeln. Ich darf diesen Artikel zitieren: «Unlauter und widerrechtlich ist jedes täuschende oder in anderer Weise gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstossende Verhalten oder Gesetzesgebaren, welches das Verhältnis zwischen Mitbewerbern - und da hat Frau Meier recht - «.... oder zwischen Anbietern und Abnehmern beeinflusst.» Das ist neu. Es ist neu, dass auch der Schutz des Konsumenten vor einem unlauteren Anbieter im UWG geregelt ist. Und einer der Hauptanwendungsbereiche - hat man uns seinerzeit weisgemacht - ist Artikel 3 Litera h. Wenn Sie dies aber in Artikel 40a ff. Obligationenrecht aufnehmen, ist der Gegenstand des Artikels 3 Litera h nur noch strafrechtlich relevant. Ich weiss nicht, was man hier noch strafen soll, wenn der Anbieter in zivilrechtlicher Hinsicht die Konsequenzen seiner Unlauterkeit tragen muss.

Frau Bührer, Berichterstatterin: Ich lasse mich ungern in den Streit zwischen Juristen ein, weil ich dann sowieso am kürzern Hebel sitze. Es scheint mir, dass die unvorbereitete Behandlung des Antrages Schmid doch recht wenig seriös ist, so dass wir hier im Plenum über diesen Antrag jetzt nicht diskutieren sollten. Ich möchte Herrn Schmid einladen, ein Postulat einzureichen, damit wir über diese Materie sprechen können. In der Kommission lag nicht im entferntesten ein solcher Antrag vor. Ich möchte Sie bitten, den Antrag Schmid abzulehnen.

Mme Jaggi: Je ne m'exprimerai pas ici sur la formulation et la procédure utilisée par M. Schmid. Il arrive au dernier moment avec une proposition qui peut surprendre d'aucuns et qui, de surcroît, quant à son fond, est d'un juridisme dans lequel je me déplace avec autant de résistance intérieure et d'insécurité que Mme la présidente de la commission. La lettre h de l'article 3 de la nouvelle loi sur la concurrence déloyale, qui se rapporte aux méthodes de vente agressives, poursuit bien entendu le même but que la LCD actuelle. Ce but a été rappelé par Mme Meier: protection de la loyauté des transactions entre concurrents et au profit des consommateurs ou de la plus faible partie au contrat.

A mes yeux, la proposition de M. Schmid ne peut pas être le moins du monde prise en considération par le fait que l'on a simplement ajouté un autre but à la loi sur la concurrence déloyale, un but qui paraît faire double emploi avec la loi que nous venons d'adopter. L'ancien but est toujours prioritaire dans la loi sur la concurrence déloyale, qui a bel et bien pour objectif de créer les conditions de transactions loyales et respecteuses de la bonne foi en affaire. Aucun changement sur ce point, tous les exemples cités à l'article 3 de la LCD doivent être conservés intégralement, y compris la lettre h, relative aux méthodes de vente agressives.

Je ne crois pas, Monsieur Schmid, que vous puissiez déduire de l'adoption de cette nouvelle loi sur l'information des consommateurs le caractère superflu de l'autre disposition. Si, par hasard – et les juristes peuvent mieux le dire que moi – elle faisait double emploi, à la bonne heure. Si on voulait éliminer tous les doubles emplois de notre législation fédérale, de chacun des vingt et quelques classeurs rouges qui la recueille, on aurait beaucoup à faire. Ce n'est pas cet éventuel double emploi qui figure ici qui doit nous affoler. Je propose que, puisque manifestement M. Schmid peut faire des propositions au dernier moment, nous l'examinions et que nous la rejetions.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je me prononcerai sur deux points relatifs à cette proposition. En ce qui concerne le fond, tout d'abord, j'ai sous les yeux la loi fédérale sur la concurrence déloyale. L'article 3 concerne les méthodes déloyales de publicité, de vente et autres comportements illicites. La lettre h de l'article 3 précise entre autres: «Agit de façon déloyale celui qui, notamment, entrave la liberté de décision de la clientèle en usant de méthodes de vente particulièrement agressives». M. Schmid veut que l'on biffe la lettre h, ce qui signifie qu'on limite du même coup la portée de l'article 3 de cette loi et que, par conséquent, les motifs pour lesquels pouvaient jouer la plainte de l'acheteur floué disparaissent. Comme nous l'avons dit, il n'y absolument pas identité de démarche et encore moins identité de contenu et de procédure entre, d'une part, les articles du Code des obligations que vous venez de modifier et, d'autre part, la loi sur la concurrence déloyale. A mon avis, on introduit ici, apparemment, une notion qui affaiblit cette loi. Et comme elle doit jouer et obéir aussi à d'autres principes que les articles du Code des obligations, cet affaiblissement est regrettable. Pour ma part, en considérant le fond, je vous propose de rejeter la proposition de M. Schmid. Le deuxième point est une question de forme qui mérite d'autres réflexions. Je vous propose donc de renoncer à votre proposition et de déposer un postulat invitant le Conseil fédéral à étudier cet aspect des choses. Je peux vous certifier d'ores et déjà que ce postulat, s'il demande une étude, sera accepté par le Conseil fédéral. Je ne peux cependant pas vous certifier qu'il conclura dans le sens que vous souhaitez. A mon avis, on fait un travail formellement plus approfondi et plus sérieux si on procède de cette manière.

Je vous demande donc, si M. Schmid maintient sa proposition, de vous y opposer et, s'il la retire, je lui assure que le Conseil fédéral acceptera d'ores et déjà un postulat demandant l'étude de cette question.

Schmid: Ich bin mir bewusst, dass dieses Vorgehen Ihnen wie ein Husarenstreich erscheinen muss, und bin nicht ganz unschuldig daran. Auf der anderen Seite sind die Unterlagen auch etwas spät verteilt worden. Ich möchte Sie nicht überrollen, es geht mir um die Sache, und ich bin daher Herrn Bundesrat Delamuraz ausserordentlich dankbar, weil auch er bereit ist, auf das Problem einzugehen.

Ich kann mich seiner Auffassung anschliessen und den Antrag zurückziehen. Ich werde das Problem auf eine Art und Weise wieder einbringen; so dass eine etwas weniger emotionale Ueberprüfung dieser Angelegenheit möglich ist.

Zurückgezogen – Retiré

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes Dagegen

28 Stimmen 1 Stimme

An den Nationalrat – Au Conseil national

Detailberatung - Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

105 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Siehe Seite 542 hiervor – Voir page 542 ci-devant Beschluss des Ständerates vom 7. Juni 1990 Décision du Conseil des Etats du 7 juin 1990 Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Differenzen - Divergences

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

(Konsumenteninformationsgesetz, KIG)

A. Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

(Loi sur l'information des consommateurs, LIC)

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 1 Bst. c

c. das koordinierte Aushandeln von

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 5

Proposition de la commission

Al. 1 let. c

 La négociation coordonnée de conventions sur des déclarations.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Neukomm, Berichterstatter: Wir haben es noch mit drei Differenzen zu tun: In der Vorlage A steht wohl die gewichtigste. Es geht hier um die Subventionierung der Konsumentenorganisationen im Zusammenhang mit dem Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen.

Der Ständerat hat diese Ziffer gestrichen, obwohl bereits der Bundesrat und der Nationalrat die Bedeutung dieser Bestimmung klar herausgestrichen hatten. Das Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen gehört zum Informationspaket, ist Bestandteil der Philosophie des Gesetzes. Ohne Aushandeln der Deklaration keine Deklaration, keine Orientierungshilfe; die Deklarationen haben ja die wichtige Aufgabe,

Licht in das Marktlabyrinth zu bringen, Einkaufshilfen zu bieten und Transparenz zu verschaffen.

Der Bundesrat hat im Ständerat signalisiert, dass durch die neue Bestimmung in Absatz 1, wonach auch regionale Konsumentenorganisationen Subventionen erhalten könnten, eine neue Situation eingetreten sei. Eine gewisse Unsicherheit bestand deswegen im Ständerat.

Wir haben nun in der Nationalratskommission eine tragfähige Lösung gefunden. Ich freue mich darüber. Wir haben in Buchstabe c das Aushandeln von Vereinbarungen über Deklarationen wiederaufgenommen, aber ausdrücklich erwähnt, das koordinierte Aushandeln sei zu unterstützen. Hier soll Finanzhilfe gegeben werden, aber nur, wenn sich die Konsumentenorganisationen absprechen. Es sollen keine Leerläufe, keine Doppelspurigkeiten entstehen. Die Kommission hat mit 14 zu 2 Stimmen dieser neuen Bestimmung zugestimmt.

Ich meine, die Konsumentenorganisationen übernähmen eine wichtige öffentliche Aufgabe. Sonst müsste das die Verwaltung tun. Das käme nicht nur teurer, sondern wäre auch viel schwieriger und würde bedeutend mehr Zeit in Anspruch nehmen. Es ist also sicher im allgemeinen Interesse, wenn wir diese Lösung anstreben.

M. Petitpierre, rapporteur: La divergence avec le Conseil des Etats, que nous proposons de maintenir d'une certaine façon, est cependant atténuée par notre proposition. Le Conseil des Etats avait constaté qu'à l'article 5, alinéa premier, le subventionnement général aurait été possible à plusieurs organisations. Le Conseil des Etats en a alors tiré la conclusion qu'il fallait biffer le subventionnement à la lettre c de la négociation de conventions, dans la mesure où il n'était plus certain que ces conventions engageraient l'ensemble des organisations. C'était donc une conséquence qu'on tirait de la décision à l'alinéa premier.

Nous avons été d'accord avec le critère adopté par le Conseil des Etats – il est juste que l'on ne subventionne pas la négociation de conventions qui n'engage pas l'ensemble des organisations de consommateurs - mais il est évident que si l'on arrive à une négociation coordonnée et qui engage l'ensemble de ces organisations, on ne voit pas pourquoi la subvention tomberait. En ce sens-là, nous tirons une autre conclusion que celle du Conseil des Etats: dans la mesure où elle est vraiment coordonnée, il n'y a pas de raison de ne pas subventionner, comme l'avait proposé initialement le Conseil fédéral, la négociation de conventions sur l'information qui fait partie du mandat constitutionnel et du but de la loi. On a donc trouvé une solution qui tient compte à la fois du point de vue du Conseil des Etats et du but de la loi. C'est pourquoi, en définitive, en l'approuvant, nous ne renforçons pas les divergences avec la petite Chambre mais nous les atténuons de telle sorte que le Conseil des Etats pourrait s'y rallier à son tour.

Nous vous invitons donc à suivre la commission qui s'est déterminée par 14 voix contre 2.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: C'est une longue gestation que celle de cet article. Le point de vue des rapporteurs et de la commission est le bon, il faut se rallier à l'avis de la grande majorité de celle-ci et tenter ainsi de trouver, au niveau du Conseil national en plénum, la bonne formule.

Je vous invite à suivre votre commission.

Angenommen – Adopté

B. Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationen-

(Die Entstehung der Obligationen)

B. Loi fédérale modifiant le code des obligations (De la formation des obligations)

Art. 40b (neu)

Antrag der Kommission

Einleitung, Bst. a, c

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ret b

b. ... Verkehrsmitteln oder auf öffentlichen Strassen und Plätzen:

Art. 40b (nouveau)

Proposition de la commission Introduction, let. a, c Adhérer à la décision du Conseil des Etats Let. b b, publics ou sur la voie publique;

Neukomm, Berichterstatter: In der Vorlage B hat der Ständerat eine Einschränkung gemacht in dem Sinn, dass er das Widerrufsrecht nur beim Vertragsabschluss in öffentlichen Verkehrsmitteln, Wohnräumen oder deren unmittelbaren Umgebung vorsieht. Wir haben in der Nationalratskommission das Widerrufsrecht auf Verkehrsmittel oder öffentliche Strassen und Plätzen ausgedehnt, denn sehr viele spontane Vertragsabschlüsse werden von raffinierten Vertretern auf öffentlichen Plätzen abgeschlossen, auf Strassen, unter den Lauben. Man spricht in der Praxis von Trottoirverkäufen. Deshalb ist das Widerrufsrecht hier am Platz.

Angenommen - Adopté

Art. 40b bis (neu)

Antrag der Kommission Einleitung, Bst. a, c Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Bst. b

b. abgeschlossen oder vom Anbieter wiederholt gleichartige Sachen bezogen oder gleichartige Dienstleistungen in Anspruch genommen hatte;

Art. 40b bis (nouveau)

Proposition de la commission Introduction, let. a, c Adhérer à la décision du Conseil des Etats Let. b

 b. ... avec le fournisseur, ou si, à plusieurs reprises, il a acquis du fournisseur des choses de même genre ou s'il a accepté des prestations de même genre, ou

Neukomm, Berichterstatter: In Artikel 40b bis unterbreiten wir Ihnen eine Synthese aus der früheren Nationalratsfassung und der Ständeratsfassung. Es sind zwei Ausnahmen vom Widerrufsrecht. Einerseits geht es um die Art und Weise des Vertragsabschlusses, also um die Methode, anderseits um die Wiederholung (« gleichartige Sachen bezogen oder gleichartige Dienstleistungen in Anspruch genommen hatte »).

M. Petitpierre, rapporteur: Il faut préciser en français que cette modification implique un léger élargissement de l'exception, en ce sens que l'on garde la formule du cumul sur l'antériorité et la manière des contrats en y ajoutant tout simplement «mêmes prestations» et «mêmes objets» sans s'occuper de la manière. Il y a donc un peu plus de cas où le consommateur n'aura pas le droit de révoquer. Il nous semble quand même que cela vaut la peine de le faire par souci de clarté et de facilité d'interprétation.

Angenommen - Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

89.053

Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten. Revision Amélioration du logement dans les régions de montagne. Révision

Botschaft und Gesetzentwurf vom 16. August 1989 (BBI III, 412) Message et projet de loi du 16 août 1989 (FF III, 405) Beschluss des Ständerates vom 7. März 1990 Décision du Conseil des Etats du 7 mars 1990 Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission Eintreten Proposition de la commission Entrer en matière

Aregger, Berichterstatter: Die Schweiz ist zum grossen Teil ein Bergland und relativ dezentral besiedelt. Diese dezentrale Besiedlung ist aber alles andere als selbstverständlich. Würde sie nicht bewusst gefördert und liessen wir allen Sogkräften freien Lauf, würde die Bevölkerungsverschiebung zu den Ballungsräumen bedrohliche Ausmasse annehmen. Es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, wenn die grossen Zentren immer grösser und die Berggebiete langsam entvölkert werden. Massnahmen gegen die Abwanderung sind denn auch die wichtigste Zielsetzung, in allen IHG-Entwicklungsregionen. Wir werden heute noch mehr davon hören, beispielsweise bei der Behandlung der Motion Steinegger.

Es würde zu weit führen, wollten wir die verschiedenen schon bestehenden Finanzhilfen und privaten Leistungen zugunsten des Berggebietes und seiner Bevölkerung aufzählen. Das heute zu behandelnde Geschäft betrifft eine solche Finanzhilfe, und zwar auf dem Gebiete der Verbesserung der Wohnverhältnisse. Das Bundesgesetz aus dem Jahre 1971 soll in seiner Wirkung um weitere zehn Jahre verlängert werden. Zudem sind zu einigen Artikeln Aenderungen vorgeschlagen. Das Gesetz hat rein subsidiären Charakter. Der Vollzug obliegt den Kantonen, Bundeshilfe wird nur gewährt, wenn auch Kantone und Gemeinden einen Beitrag leisten. Die Leistung von Finanzhilfe des Bundes setzt in jedem Einzelfall die Einhaltung einer Einkommens- und einer Vermögensgrenze voraus. Im Hinblick auf die Garantie eines normalen Ausbaustandards ist eine Baukostengrenze festgelegt, die nicht überschritten werden darf. Die erwähnten Grenzen sorgen dafür, dass die Wohnbauhilfe eine sozialpolitische Massnahme bleibt. Nach aktueller Praxis beträgt der jährlich zur Verfügung stehende Bundeskredit 20 Millionen Franken, die für die Sanierung von ungefähr 900 Wohnungen verwendet werden. Die Bundesleistung pro Objekt beträgt damit durchschnittlich etwa 23 000 Franken.

Die Kantone haben in einer Erhebung für die nächsten zehn Jahre einen Sanierungsbedarf von 28 000 Wohnungen festgestellt. Es lässt sich leicht berechnen, dass im bisherigen Rhythmus in den nächsten zehn Jahren 9000 Wohnungen saniert werden können. 19 000 Gesuchsteller müssen also auf später vertröstet werden, das sind immerhin zwei Drittel aller Interessenten.

Ich bin der Meinung, dass dies nicht so sein sollte. Es kann doch nicht unsere Absicht sein, Hilfesuchende im eigenen Land abzuweisen oder auf Jahre hinaus zu vertrösten. Wir müssen unbedingt im nächsten Budget die Jahrestranche anheben und auf einem höheren Niveau «verstetigen», damit die Kantone mit ihren entsprechenden Budgetposten nachziehen können. Nur so wird es uns gelingen, das vorliegende Gesetz im beabsichtigten Sinne zur Wirkung kommen zu lassen.

Nun zur Revision des Gesetzes. Erstens geht es – wie schon erwähnt – darum, die Geltungsdauer um zehn Jahre zu verlängern. Zweitens wird in Artikel 1 der Empfängerkreis neu definiert. Bisher bestand er aus kinderreichen Familien, Betagten

Siebente Sitzung - Septième séance

Mittwoch, 26. September 1990, Vormittag Mercredi 26 septembre 1990, matin

08.00 h

Vorsitz - Présidence: Herr Cavelty

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Siehe Seite 304 hiervor – Voir page 304 ci-devant Beschluss des Nationalrates vom 18. September 1990 Décision du Conseil national du 18 septembre 1990

Differenzen - Divergences

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

A. Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

Art. 5 Abs. 1 Bst. c

Antrag der Kommission c. das Aushandeln von

Art. 5 al. 1 let. c

Proposition de la commission c. La négociation de conventions

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Wir befinden uns in der zweiten Differenzbereinigung. Der Nationalrat hat mit seinen Beschlüssen vom 18. September drei Differenzen bestehen lassen. Die erste Differenz betrifft Artikel 5 Absatz 1 Litera c. Es geht um die Finanzhilfe für das Aushandeln der Vereinbarungen über die Deklarationen. Wir hatten seinerzeit diese Litera c des bundesrätlichen Entwurfes gestrichen. Der Nationalrat hält an der Litera c fest, fügt aber den Begriff «koordiniert» ein. Er möchte damit zum Ausdruck bringen, dass sich die Empfänger der Finanzhilfe untereinander absprechen, d. h. koordinieren sollen. Doppelspurigkeiten sollen vermieden werden. Ihre Kommission ist dem Nationalrat nicht gefolgt. Das Wort «koordiniert» schien ihr überflüssig, nichtssagend und juristisch unklar. Ihre Kommission stellte Ihnen den Antrag – er wurde mit 5 zu 4 Stimmen gefasst –, zur bundesrätlichen Fassung zurückzukehren.

Es wäre nützlich, wenn der Departementsvorsteher klarmachen könnte, dass der Bundesrat auch ohne die Einfügung des Wortes «koordiniert» für die nötige Koordination, für einen effizienten Einsatz der beschränkten Finanzmittel sorgen würde.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Il est clair que si le terme «coordonnée» disparaît et que le Conseil national se rallie à la proposition du Conseil des Etats, le département responsable veillera à coordonner précisément, lors de l'application de cette lettre c, le subventionnement fédéral et à éviter de créer des doubles emplois qu'il soutiendrait financièrement. Le Conseil fédéral fera de la coordination, que le mot «coordonnée» apparaisse ou non dans le texte de la loi.

Angenommen - Adopté

B. Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts

B. Loi fédérale modifiant le code des obligations

Art. 40b (neu) Bst. b

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 40b (nouveau) let. b

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: Die nächste Differenz betrifft Artikel 40b (neu). Ich muss Sie hier zuerst auf einen Fehler in der Fahne aufmerksam machen. Was auf der linken Seite unter «Entwürfe des Bundesrates» steht, stimmt nicht. Das betrifft nicht Artikel 40b, sondern Artikel 40bbis unten auf der Seite, die dritte Differenz.

In Artikel 40b geht es um den Grundsatz des Widerrufrechts. Litera b nennt die öffentlichen Verkehrsmittel. Der Nationalrat erweitert den Passus mit der Anfügung von «oder auf öffentlichen Strassen und Plätzen». Er nähert sich damit dem bundesrätlichen Entwurf, der öffentlich zugängliche Verkehrswege genannt hatte.

Ihre Kommission empfiehlt Ihnen, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen - Adopté

Art. 40bbis (neu) Bst. b

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 40bbis (nouveau) let. b

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Frau **Bührer**, Berichterstatterin: In der nächsten Differenz bei Artikel 40bbis geht es um die Einschränkung des Widerrufsrechts. Der Nationalrat und der Ständerat hatten inhaltlich unterschiedliche Versionen beschlossen, indem der Nationalrat die Gleichartigkeit der Sachen und der Dienstleistungen zum Gegenstand der Ausnahme machte, der Ständerat dagegen die Art und Weise, wie der Vertrag abgeschlossen wurde. Der Nationalrat schlägt uns nun vor, beides zu kombinieren, so dass eine leichte Erweiterung des Ausschlusskataloges resultiert. Die Kommission empfiehlt Ihnen, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen - Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

principe d'un revenu équitable, nous devons nous efforcer de trouver la solution pour que cet écart entre nos prix et ceux de l'étranger diminue et se stabilise afin de parvenir à une meilleure harmonisation.

Je répéterai ce que j'ai déjà dit hier, à l'intention de MM. Schnider et Kühne: notre législation impose des conditions onéreuses aux agriculteurs, ce qui est en contradiction avec nos efforts tendant à rendre l'agriculture suisse plus concurrentielle et plus «Europafähig» et le Conseil fédéral y est tout particulièrement sensible. Des solutions interdisciplinaires seraient nécessaires et nous devons en élaborer l'essentiel dès maintenant. Nous le disons en toute clarté: ce n'est pas l'agriculture suisse seule qui doit faire l'effort de diminuer l'écart avec les prix de la concurrence, c'est aussi les autres secteurs, en amont et en aval de l'agriculture. Cela ne sera possible que grâce à l'utilisation d'instruments divers, au besoin de l'instrument anticartellaire.

Quant à la survie des exploitations, je dirai que le terme de survie est abominable et que ce n'est pas ce que nous voulons, mais bien la vie des exploitations, leur capacité d'exister. Il est clair que les nouvelles orientations à prendre, le moment venu, devront signifier une agriculture plus performante et je m'empresse de dire que pour atteindre ce but ce ne sont pas nécessairement les petits qui doivent «trinquer», ce sont les moins performants effectivement, qui ne sont pas forcément les petits.

Enfin, M. Engler a demandé si les contingentements à l'importation – c'est là un de ses thèmes favoris – seront abandonnées à la suite de nos négociations au GATT. L'un des objectifs de ces négociations est de rendre la protection de l'agriculture aussi transparente que possible et de mieux prendre en considération les forces du marché dans la production et dans la commercialisation des produits agricoles. La tarification des mesures non tarifaires est un des moyens d'atteindre ce but. La Suisse participera autant que possible à cet effort de tarification et le vin est l'un des produits soumis à son étude.

Les prix différenciés, Madame Mauch, représentent aussi pour vous-même un des thèmes privilégiés. Je suis heureux que nous n'ayons pas cédé à cette pratique car aujourd'hui, où nous cherchons à rapprocher l'agriculture du marché, nous serions encombrés d'un instrument supplémentaire – sans doute cela ne serait-il pas aussi pénible que si le peuple suisse avait accepté la malheureuse initiative sur les petits paysans – qui rendrait encore plus difficile le chemin de l'agriculture vers davantage de marchés.

M. Reichling a insisté sur la nécessité d'une information dans ce domaine. Je ne peux que lui donner raison. Chaque année, le Parlement a été informé en détail sur l'évolution de la négociation du GATT, agricole en particulier. J'ai tenu le Parlement au courant en dehors des rapports annuels et à d'innombrables reprises, lorsque nous avons abordé ces sujets. Je disais à M. Reichling, en mars dernier, que nous continuerons à négocier durement pour obtenir un résultat final équitable, nous permettant de conserver une agriculture saine et dynamique. Nous n'échapperons pas au réexamen de l'instrument des prix. Une légère diminution de notre taux d'auto-approvisionnement pourrait aussi être une concession dans ce sens.

Ce sont des tendances qu'annonçait déjà le sixième rapport, dont nous pouvons continuer de partager les conclusions mais devons en changer les moyens d'accès, lorsque ce sixième rapport disait, à la page 318:

«Für die schweizerische Landwirtschaft ist es daher nur noch im begrenzten Masse möglich, die Produktion auszudehnen. Es sind deshalb, besonders in Bereichen mit hohem Selbstversorgungsgrad, keine Anreize zu weiterer Produktionsausdehnung mehr zu schaffen.»

En conclusion, le but de notre politique agricole est de donner des conditions-cadres, permettant une initiative épanouie des entrepreneurs, à tous et surtout aux agriculteurs de montagne, afin que les services spécifiques qu'ils rendent à la société en matière d'environnement et de régionalisation soient honorés et que les négociations du GATT ne les mettent nullement en péril. La multifonctionnalité de l'agriculture doit continuer d'être assurée par les prix et par les paiements directs, l'accent étant mis à l'avenir davantage sur les seconds et un peu moins

sur les premiers, et le problème du financement public de ces opérations devant naturellement être posé en soi, lié qu'il est à certaines circonstances de fiscalité. De bonnes conditionscadres et des paiement directs ciblés permettront à notre agriculture de remplir ses fonctions commerciales et non commerciales avec efficacité, tant sur le plan national qu'international. Nous voulons une agriculture paysanne, ni industrielle ni prolétarisée. Cela implique une économie libre et que les revenus des agriculteurs soient comparables à ceux de fonctions équivalentes, car c'est une condition de vie du secteur agricole. Nous ferons en sorte, par une protection adéquate à la frontière et par les paiements directs, que les agriculteurs dynamiques, qui disposent de données d'exploitation rationnelles, puissent réaliser de tels revenus. Nous sommes sûrs que notre agriculture saura s'adapter comme elle a su le faire au monde d'aujourd'hui, ses forces intactes nous le prouvent. La transformation sera accélérée par rapport à ce que nous avons connu et ses objectifs devront être précisés de manière claire et nette avant de s'embarquer dans des aventures. Cela incombera au Conseil fédéral, à la profession et aux autres secteurs économiques dans les mois à venir, afin de permettre de manoeuvrer avec discernement jusqu'à la fin de ce siècle. J'ajoute qu'en prenant les dispositions à adopter par le GATT dans l'offre que nous formulons, nous allons exactement dans cette direction. Nous ne mettons pas la charrue devant les boeufs. Par conséquent, nous ne risquons pas d'énoncer aujourd'hui une offre qui serait en contradiction avec les principes que nous énoncerons quant à l'agriculture suisse de demain. Une telle méthode serait évidemment inadmissible. Je peux heureusement vous donner la garantie du contraire.

Zwingli: Ich danke Herrn Bundesrat Delamuraz für die umfassende und sorgfältige Beantwortung meiner aufgeworfenen Fragen; ich erkläre mich als teilweise befriedigt. Ich werde mich dann als befriedigt erklären, wenn die schwierigen Verhandlungen einen guten Abschluss gefunden haben. Ich danke aber auch den Kolleginnnen und Kollegen, die gestern das Bild einer vielseitigen, wahrlich multifunktionalen Landwirtschaft gezeichnet haben. Sogar eigentliche Widersprüche werden unseren Bauernstand nicht daran hindern, seine Aufgabe in unserem Land zu erfüllen, sofern auch in Zukunft tüchtige junge Bäuerinnen und Bauern in diesen Beruf einsteigen und unsere Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft stimmen.

Le président: MM. Jung et Zwingli se déclarent partiellement satisfaits. Le groupe de l'UDC n'est pas satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Siehe Seite 1394 hiervor – Voir page 1394 ci-devant Beschluss des Ständerates vom 26. September 1990 Décision du Conseil des Etats du 26 septembre 1990

Differenzen - Divergences

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

A. Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

Art. 5 Abs. 1 Bst. c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 5 al. 1 let. c

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Neukomm, Berichterstatter: Der Nationalrat hat sich mit einer geringfügigen Differenz zu befassen. Wir kommen wieder zur alten Fassung des Bundesrates und unseres Plenums zurück. Der Ständerat wollte an seiner Sitzung vom Juni das Aushandeln der Vereinbarungen über die Deklarationen nicht unter die subventionsberechtigten Kosten einreihen. Wir haben dann im Nationalrat am 18. September 1990 das «koordinierte» Aushandeln eingefügt, nämlich in der Annahme, dass der Ständerat dann einschwenken könnte. Nun hat der Ständerat in seiner Sitzung vom 26. September 1990, also in der vergangenen Woche, gefunden, das «koordinierte» Aushandeln sei nicht unbedingt nötig, und hat unserer ursprünglichen Fassung zugestimmt. Deshalb können wir heute mit Freude zustimmen, und wir haben, was wir ursprünglich wollten! Damit ist die Geschichte nach 26jähriger Diskussion zu Ende, Bereits 1964 hat eine Studienkommission Bundesrat Hans Schaffner vorgeschlagen, ein Konsumentenschutzgesetz zu erarbeiten. Ich bin ausserordentlich glücklich, dass wir heute zu einem guten Ende gekommen sind. Dafür möchte ich den fünf Vorstehern des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements danken, die das Ganze begleitet haben, nämlich Hans Schaffner, Ernst Brugger, Fritz Honegger, Kurt Furgler und Jean-Pascal Delamuraz.

Angenommen - Adopté

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

90.055

Teuerungsbekämpfungsmassnahmen im Bereich der Hypothekarzinsen. Bundesbeschluss

Lutte contre le renchérissement dans le domaine des taux hypothécaires. Arrêté fédéral

Botschaft und Beschlussentwurf vom 10. September 1990 (BBI III, 405) Message et projet d'arrêté du 10 septembre 1990 (FF III, 387) Kategorie II, Art. 68 GRN – Catégorie II, art. 68 RCN

Antrag der Kommission Mehrheit Eintreten Minderheit (Frey Walter, Fischer-Hägglingen, Friderici, Gysin, Reimann Maximilian, Scheidegger, Schüle, Spälti, Stucky)

Antrag Fischer-Seengen Nichteintreten

Nichteintreten

Eventualantrag Rychen
(falls Eintreten beschlossen wird)
Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag, dem Parlament umgehend eine oder mehrere Vorlagen zu unterbreiten, die ordnungspolitisch vertretbare Vorschläge beinhalten:
a. für eine Sicherung der Refinanzierung der Hypotheken;

b. für Anreize zum Sparen, insbesondere für steuerliche Privilegierung von Spargeldzinsen;

c. für flexiblere Anlagevorschriften bei der zweiten Säule, insbesondere für die vermehrte Gewährung von Hypotheken durch Pensionskassen;

d. für die Abfederung sozialer Härtefälle, die aus der wiederholten Erhöhung der Hypothekarzinsen entstanden sind.

Eventualantrag Allenspach

(falls Eintreten beschlossen wird)

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, eine verfassungskonforme Vorlage vorzulegen, in der unmissverständlich umschrieben wird, nach welchen Grundsätzen und Verfahren die Zinsüberwachung zu erfolgen habe.

Eventualantrag Blocher

(falls Eintreten beschlossen wird)

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, dem Parlament eine Vorlage vorzulegen mit dem Ziel, das heutige Boden- und Mietrecht aus der heutigen Planwirtschaft in die Marktwirtschaft zu überführen.

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Frey Walter, Fischer-Hägglingen, Friderici, Gysin, Reimann Maximilian, Scheidegger, Schüle, Spälti, Stucky) Ne pas entrer en matière

Proposition Fischer-Seengen Ne pas entrer en matière

Proposition subsidiaire Rychen

(pour le cas où l'entrée en matière serait votée)

Renvoi du projet au Conseil fédéral

en l'invitant à soumettre sans retard au Parlement un ou plusieurs projets conformes aux principes régissant notre système économique:

a. En vue d'assurer le refinancement des hypothèques;

b. En vue d'encourager l'épargne et notament de privilégier sur le plan fiscal les intérêts perçus sur les fonds d'épargne;

 c. En vue d'assouplir les prescriptions régissant les placement au titre du 2e pilier et de permettre en particulier aux caisses de retraite d'accorder davantage d'hypothèques;

d. En vue de soulager les cas dus à la hausse des taux hypothécaires.

Proposition subsidiaire Allenspach

(pour le cas où l'entrée en matière serait votée)

Renvoi du projet au Conseil fédéral

en l'invitant à présenter un projet constitutionnel définissant de manière claire et nette les principes et la procédure appelés à régir la surveillance des taux hypothécaires.

Proposition subsidiaire Blocher

(pour le cas où l'entrée en matière serait votée)

Renvoi du projet au Conseil fédéral

en l'invitant à présenter au Parlement un nouveau projet visant à sortir le droit foncier et locatif du régime actuel d'économie dirigée pour le soumettre à l'économie de marché.

Frau **Ulrich**, Berichterstatterin: Mit der angekündigten vierten Erhöhung der Althypotheken haben sich diese seit Anfang 1989 um ganze 40 Prozent erhöht. Dies führt zu einer Verteuerung der Mieten um rund 22 Prozent. Mieter wie auch Besitzer von Wohneigentum sind von diesen neuen Erhöhungen stark betroffen. Dies zeigt auch eine Fernsehumfrage, in der 77 Prozent der Befragten in dieser Situation einen staatlichen Eingriff befürworteten. Ebenso sind unserer Kommission zuhanden des Rates einige tausend Unterschriften vom welschen Mieterverband eingereicht worden mit den zwei Forderungen, die Ueberwälzung der vierten Hypothekarzinserhöhung auf die

Dreizehnte Sitzung - Treizième séance

Freitag, 5. Oktober 1990, Vormittag Vendredi 5 octobre 1990, matin

08.00 h

Vorsitz - Présidence: Herr Cavelty

90.055

Teuerungsbekämpfungsmassnahmen im Bereich der Hypothekarzinsen. Bundesbeschluss

Lutte contre le renchérissement dans la domaine des taux hypothécaires. Arrêté fédéral

Fortsetzung - Suite

Siehe Seite 815 hiervor - Voir page 815 ci-devant

Dringlichkeitsklausel - Clause d'urgence

Abstimmung - Vote

Für Annahme der Dringlichkeitsklausel

29 Stimmen (Einstimmigkeit)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht La majorité qualifiée est acquise Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Siehe Seite 698 hiervor – Voir page 698 ci-devant Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1990 Décision du Conseil national du 2 octobre 1990

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

A. Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

Schlussabstimmung - Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 33 Stimmen Dagegen 1 Stimme

B. Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts

B. Loi fédérale modifiant le code des obligations

Schlussabstimmung - Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes Dagegen 35 Stimmen 1 Stimme

An den Nationalrat – Au Conseil national

86.069

Subventionsgesetz Loi sur les subventions

Siehe Seite 9 hiervor – Voir page 9 ci-devant Beschluss des Nationalrates vom 5. Oktober 1990 Décision du Conseil national du 5 octobre 1990

Schlussabstimmung - Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes Dagegen 38 Stimmen 1 Stimme

An den Bundesrat - Au Conseil fédéral

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 5. September 1990 Rapport écrit du Conseil fédéral du 5 septembre 1990

Die Ueberprüfung des Berichtes des Oeko-Institutes e. V. Darmstadt (BRD) durch die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) hat gezeigt, dass dieser in wesentlichem Ausmass auf falschen Grundlagen beruht. Wir verweisen diesbezüglich auf die am 16. Juli 1990 veröffentlichte eingehende Stellungnahme der HSK. Die Erwiderung des Oeko-Institutes vom 10. August vermag an der Beurteilung der HSK nichts zu ändern. Vertreter des Oeko-Institutes und der HSK werden sich im Oktober zu einer Aussprache treffen.

Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) wird im Bericht des Oeko-Instituts als veralteter Typ einer Siedewasserreaktoranlage dargestellt. Es wird nicht erwähnt, dass es weltweit 38 Anlagen mit dem gleichen Containment-Typ (Mark-1) gibt, von denen einige ihre erste Betriebsbewilligung erst vor wenigen Jahren erhalten haben. Sicherheitstechnisch günstige Eigenschaften des KKM werden nicht berücksichtigt (doppeltes Containment, Hochreservoir für die Kernnotkühlung) oder sogar ins Gegenteil verkehrt (Grösse des Containments)

Die Tendenz zu extrem ungünstigen Annahmen zeigt sich insbesondere bei den Unfallszenarien. Bei den im Bericht beschriebenen zwei schweren Reaktorunfällen sind ausserordentlich pessimistische und zum Teil willkürliche Annahmen getroffen worden. Die Wahrscheinlichkeit des Auftretens dieser Unfälle ist geringer als einmal in 100 Millionen Jahre, d. h. äusserst klein. Dies wird im Bericht nicht erwähnt, Ferner wird z. B. davon ausgegangen, dass die Betriebsmannschaft nach Störfällen einfache, vorgeschriebene Massnahmen während Stunden oder Tagen nicht vornimmt.

Die Sicherheitsbegutachtung eines Kernkraftwerkes erfordert sehr qute Kenntnisse der betreffenden Anlage einschliesslich ihrer positiven und negativen Besonderheiten sowie der zugehörigen Störfall- und Risikoanalysen. Diese Kenntnisse fehlten dem Oeko-Institut, da es seinen Bericht vor der Veröffentlichung des neuen umfassenden Sicherheitsberichtes für das KKM abgeschlossen hat. Wegen diesen Mängeln kann der Bericht des Oeko-Institutes keine umfassende Begutachtung der Sicherheit des KKM darstellen.

Der Bundesrat hat keine Veranlassung, an der Unabhängigkeit der Sicherheitsbehörden zu zweifeln. Diese beaufsichtigen die Kernanlagen und die atomrechtlichen Bewilligungsgesuche ohne Rücksicht auf die Interessen der Befürworter und Gegner der Kernenergie danach, ob sie dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die HSK ist bereit, die Studie des Oeko-Institutes mit ihren Verfassern ausserhalb des atomrechtlichen Bewilligungsverfahrens zu diskutieren, sobald die Betreiberin des KKM das Gesuch und die dazugehörigen Unterlagen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Betriebsbewilligungsverfahren eingereicht hat. Weitergehende Gespräche im Zusammenhang mit diesem Bericht sind nicht nötig.

2. Nach der Atomgesetzgebung haben die Sicherheitsbehörden des Bundes im Rahmen ihrer Aufgabe jederzeit ungehinderten Zutritt zu allen Anlagen. Dies gilt jedoch nicht für aussenstehende Dritte. Die Bernische Kraftwerke AG als Betreiberin des KKM hat den Vertretern des Oeko-Institutes bereits einen Besuch im KKM ermöglicht. Allfällige weitere Besichtigungen zu gewähren, ist ebenfalls Sache der Betreiberin.

3. Im Rahmen des atomrechtlichen Betriebsbewilligungsverfahrens für das KKM werden das Gesuch und die dazugehörigen Unterlagen öffentlich aufgelegt. Während die probabilistische Risikoanalyse aus Gründen des Sabotageschutzes nicht veröffentlicht werden kann, wird der dazugehörende Bericht, der alle Annahmen und Ergebnisse enthält, in die Auflage miteinbezogen. Aufgelegt wird auch der neue, dem heutigen Stand der Anlage entsprechende Sicherheitsbericht. Frühere Sicherheitsberichte werden damit gegenstandslos. Ueber den Betrieb der Kernkraftwerke wird jährlich im Geschäftsbericht des Bundesrates informiert. Zusätzlich gibt es seit 1986 ausführliche Jahresberichte der HSK über die schweizerischen Kernanlagen. Ueber Ereignisse im KKM vor 1986 geben

vier Berichte an die OECD Aufschluss. Sie wurden dem «Verein Mühleberg unter der Lupe» zuhanden des Oeko-Institutes

4. Im atomrechtlichen Betriebsbewilligungsverfahren werden neben dem Gesuch und den Gesuchsunterlagen in einer zweiten Phase auch die Gutachten der Sicherheitsbehörden öffentlich aufgelegt. Dieses Vorgehen bietet ausreichend Gelegenheit, zu den Sicherheitsanforderungen an das KKM Stellung zu nehmen. Die Durchführung eines öffentlichen Hearings ist daher nicht nötig und verfahrensrechtlich auch nicht vorgesehen.

Le président: L'interpellatrice n'est pas satisfaite de la réponse du Conseil fédéral.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag auf Diskussion offensichtliche Mehrheit Dagegen

Minderheit

Verschoben - Renvoyé

86.030

Konsumenteninformation und Vertragsrecht. Bundesgesetze Information des consommateurs et droit contractuel. Lois

Siehe Seite 1727 hiervor - Voir page 1727 ci-devant Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1990 Décision du Conseil des Etats du 5 octobre 1990

A. Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation

A. Loi fédérale visant à améliorer l'information des consommateurs

Schlussabstimmung - Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

132 Stimmen (Einstimmigkeit)

B. Bundesgesetz über die Aenderung des Obligationenrechts

B. Loi fédérale modifiant le code des obligations

Schlussabstimmung - Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

142 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat - Au Conseil fédéral